



Europäische Akademie Berlin

JAHRESBERICHT

2016

EUROPA
verstehen

EUROPA
gestalten

The cover features a minimalist design with two large, abstract grey shapes. On the left, a large grey circle is partially visible. On the right, a grey diagonal band extends from the top right towards the bottom left. The text is positioned in the white space between these shapes.

JAHRESBERICHT

2016

Impressum

Herausgeber:

Europäische Akademie Berlin
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
www.eab-berlin.eu

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

Dokumentation und Schlussredaktion:

Carolin Krauss
Viola Pröck

Englische Übersetzung:

Jenny Johnson

Gestaltung:

www.silvia-lorenz-design.de

Druck:

www.druckerei-ruess.de

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und FSC-zertifiziertem Papier

© 2017 Europäische Akademie Berlin

I. Jahresbericht 2016 – Überblick	6	I
1. Unterstützung der europapolitischen Bildungsarbeit in Schulen	8	
2. Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern	9	
3. Zusammenarbeit mit den Medien	10	
4. Veranstaltungen für Nachwuchsführungskräfte	11	
5. Stärkung des Ehrenamtes	11	
6. Politische Bildung in der Bundeswehr	12	
7. Handlungsraum Balkan, Osteuropa und Nordafrika	12	
II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2016	16	II
III. Das Team der Europäischen Akademie Berlin	40	III
IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin	52	IV
V. Danksagung	54	V
VI. Annual Report 2016 - Overview	60	VI
1. Supporting European civic education activity in schools	62	
2. Dialogue with members of the public	64	
3. Cooperation with the media	65	
4. Meetings and events for young potential leaders	66	
5. Strengthening volunteer and honorary work	66	
6. Civic education in the Federal Armed Forces	66	
7. Spheres of activity: The Balkans, Eastern Europe, North Africa	67	
VII. The team of the European Academy Berlin	70	VII
VIII. Members of the registered association (institutions and persons)	82	VIII
IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse	84	IX



Europa für Bürgerinnen und Bürger

Mit der Unterstützung des Programms Europa für
Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei



Mit der Unterstützung durch die Senatskanzlei Berlin
in Form einer institutionellen Förderung



Europe for Citizens

With the support of the Europe for Citizens programme
of the European Union

The Governing Mayor of Berlin
Senate Chancellery



Kindly supported by the Senate Chancellery Berlin

I. Jahresbericht 2016 – Überblick

1. Unterstützung der europapolitischen Bildungsarbeit in Schulen
 2. Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern
 3. Zusammenarbeit mit den Medien
 4. Veranstaltungen für Nachwuchsführungskräfte
 5. Stärkung des Ehrenamtes
 6. Politische Bildung in der Bundeswehr
 7. Handlungsraum Balkan, Osteuropa und Nordafrika
-

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

I. Jahresbericht 2016 – Überblick

Die Europäische Akademie Berlin – eine europäische Agora

„Europa verstehen. Europa gestalten“: In diesem Motto vereinen sich Leitbild, Mission und Ziel der Europäischen Akademie Berlin (EAB). Auch der zweifache Anspruch des Hauses zeigt sich in diesem Leitspruch: Als Wissensvermittler erklärt die EAB Politik und vermittelt europapolitische Zusammenhänge. Indem sie die Urteils- und Kritikfähigkeit des Einzelnen stärkt, leistet sie einen Beitrag zu einer aktiven und lebendigen Zivilgesellschaft in Europa.

Die EAB trägt damit auch ganz im Sinne ihres Gründungsauftrages zum Verständnis der Völker in Europa bei und sie fördert das Verständnis der Völker für Europa.

Darüber hinaus fungiert die EAB als eine Art moderne Agora. Sie bietet Rahmen und Raum für die eigene politische Willensbildung, für exemplarisches und anwendungsbezogenes Lernen und fungiert als Plattform für Positionen und Diskurse aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die in ihrer Vielfalt präsentiert und reflektiert werden. Sie erreicht ein internationales Publikum und ermöglicht länderübergreifende Diskurse – immer mit Themen und Trends am Puls der Zeit und auf der Höhe der inhaltlichen, professionellen und pädagogisch-didaktischen Anforderungen.

Vision und Ansatz

Die Vision des Trägervereins sowie der Mitarbeiter*innen der Europäischen Akademie Berlin ist ein friedliches, demokratisches, vereintes und gemeinsam handelndes Europa, das den Grundsätzen der Solidarität sowie der Nachhaltigkeit verpflichtet ist und einen entsprechenden Einfluss auf globaler Ebene geltend machen kann.

Die Europäische Akademie Berlin trägt zur Realisierung dieser Vision bei, indem sie Menschen in der Europäischen Union darin unterstützt, sich eine eigene Meinung zu europäischen Fragen zu bilden und sich in den europäischen Diskurs aktiv einzubringen beziehungsweise indem sie Partnern und Nachbarn der Europäischen Union hilft, ihr Land gemäß den europäischen Standards wirtschaftlich und politisch zu entwickeln und ein enges Verhältnis zur EU zu begründen.

Herausforderungen ...

Die Europäische Union hat sich seit Gründung der ersten Europäischen Gemeinschaft in erheblichem Maße entwickelt. Die Integration, ursprünglich monosektoral auf Kohle und Stahl beschränkt, wurde vertieft und gleichzeitig ist die Europäische Union von sechs auf derzeit 28 Mitglieder angewachsen. Der Binnenmarkt, die Reisefreiheit des Schengener Abkommens oder die Währungsunion sind einige Elemente der europäischen Integration, die für die Bürger*innen unmittelbar sichtbar sind. Die Europäische Union ist zweifellos die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts, hat es jedoch (spätestens seit der Osterweiterung 2004) versäumt, sich darüber zu verständigen, welche Ziele man im 21. Jahrhundert gemeinsam erreichen will.

Als die Europäische Union zuerst durch die Währungsturbulenzen und dann die „Flüchtlingskrise“ in Schwierigkeiten geriet, haben sich in vielen europäischen Ländern nationalistisch-populistische Bewegungen und Parteien gebildet, die die europäische Integration insgesamt ablehnen. Damit besteht die Gefahr, dass die Europäische Union ihre Aufgaben immer schlechter erfüllen kann, was wiederum zu einem weiteren Akzeptanzverlust führen würde. 2016 hat zudem eines der größten und wichtigsten Mitgliedsländer der Europäischen Union, nämlich Großbritannien, beschlossen, die EU zu verlassen. Diese Entwicklungen könnten, wenn sie zu einem Zusammenbruch oder einem Funktionsverlust der Europäischen Union führen, weitgehende Konsequenzen für die Bürger*innen der EU-Länder haben, da ihnen dadurch die Möglichkeit genommen wird, auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen ihrer Zukunft Einfluss zu nehmen. Es ist ja längst offensichtlich, dass die großen Herausforderungen der Zeit – von der Mitsprache bei der Globalisierung über die Gewährleistung von Sicherheit bis hin zum Umwelt- und Klimaschutz – im nationalen Rahmen nicht mehr angemessen adressiert oder gar gelöst werden können.

Die Länder des westlichen Balkan streben weiterhin die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an, weil sie sich davon einen stabilen demokratischen politischen Rahmen und Unterstützung in ihren wirtschaftlichen Transformationsprozessen versprechen. Auch wenn die Erweiterungseuphorie in der Europäischen Union geschwunden ist, liegt es auch im Interesse der EU, die Länder zumindest mittelfristig in die Union zu integrieren und damit zu einem Teil des wertebasierten demokratischen Europas zu machen.

Im Osten Europas besteht eine Integrationskonkurrenz zwischen der EU einerseits und der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion andererseits. Russland unternimmt wesentliche Anstrengungen, um eine Westorientierung von Georgien, Armenien, der Republik Moldau oder der Ukraine zu verhindern. In den genannten Staaten gibt es erhebliche Bemühungen, die Länder zu demokratisieren und politisch und wirtschaftlich in Anlehnung an die Standards der Europäischen Union zu entwickeln. Dieser Prozess verläuft keineswegs geradlinig, sondern stößt auch durch interne Veto-Spieler immer wieder auf Schwierigkeiten.

Die Stabilität der südlichen Nachbarschaft der Europäischen Union, also in Ländern wie Tunesien, Marokko, Algerien, Ägypten und auch Libyen ist nicht nur für die Menschen, die dort leben, von großer Bedeutung, sondern auch für die Europäische Union selbst, da die Instabilität Nordafrikas in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Verstärkung von Migrationsbewegungen in die Europäische Union hinein verbunden ist.

... und die Antworten der Europäischen Akademie Berlin

Die Europäische Akademie Berlin reagiert auf die skizzierten Herausforderungen durch Seminare, Konferenzen und andere Veranstaltungen, die einen Beitrag zur Lösung der beschriebenen Probleme leisten:

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

1. Unterstützung der europapolitischen Bildungsarbeit in Schulen

Schulen sind die beste Möglichkeit, junge Menschen mit europapolitischen Fragestellungen vertraut zu machen und sie zu befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich entsprechend zu engagieren. Daher bieten Schulen qualifizierten Pädagog*innen die Möglichkeit, Lehrinhalte zu europapolitischen Themen zu gestalten. Die Europäische Akademie Berlin sieht es daher als ihre Aufgabe an, Lehrkräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen, indem sie ihnen aktuelle Materialien zur Verfügung stellt und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit bietet, sich selbst in europäischen Fragen fortzubilden.

2016 hat die EAB das Projekt ELIN (Europäische Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen) weitergeführt. In diesem Projekt haben Lehrer*innen aus NRW vier Module für den Unterricht an Schulen entwickelt, mit denen die Themen „Flucht und Migration“, „Europäischer Binnenmarkt“, „Die EU als internationaler Akteur“ sowie „Warum Europa?“ unterrichtet werden können. Die Unterstützung durch die Stiftung Mercator sowie das Ministerium für Schule und Weiterbildung und die Kooperation mit der Technischen Universität Dortmund haben dieses Projekt ermöglicht, das 2017 abgeschlossen werden soll. Neben der Erarbeitung der Unterrichtsmodule wurden in NRW auch mehrere Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer*innen zu den Themen und Modulen durchgeführt.

In Berlin hat die EAB im Berichtszeitraum eine Lehrerfortbildungsmaßnahme begonnen, die sich in insgesamt fünf zweitägigen Modulen bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 ausdrücken wird. Für einen festen Teilnehmerkreis werden hier Informationen und Materialien zu den Themen Geschichte, Migration, internationales Handeln der EU, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie europäische Identität angeboten. 2017 wird die Gruppe auch für zwei Tage nach Brüssel reisen, um dort vor Ort Gespräche zu führen.

Darüber hinaus hat die EAB mit dem „Berliner Europa Club“ ein Format entwickelt und durchgeführt, in dem Berliner und Brandenburger Lehrkräfte mit aktuellen Informationen und Material versehen werden. Vier dieser Veranstaltungen, die sich jeweils über einen Nachmittag erstreckten, wurden 2016 durchgeführt.

Für den Unterricht in der Sekundarstufe I und II hat die Akademie eine Unterrichtseinheit konzipiert und online gestellt, die es ermöglicht, einen aktuellen und kompetenzorientierten Unterricht zu verschiedenen Aspekten der Europäischen Union durchzuführen (www.eab-berlin.eu).

Mit einer Berliner Schule wurde ein eintägiger Workshop zum Thema Integration und Kooperation durchgeführt, der auf einem Rollenspiel („Suity Hero“) basierte.

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung führte die EAB zwei mehrtägige Workshops für Lehrkräfte durch, in denen diese mit Planspielen vertraut gemacht wurden und eigene Planspiele für den Unterricht entwickelten.

Mit dem Verband Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen (VÖBAS) wurde ein Seminar zum Zusammenhalt in der Europäischen Union durchgeführt. Die Zielgruppe waren Lehrer*innen und Multiplikator*innen in der außerschulischen Bildung.

„Teaching history in the classroom“ war der Titel einer Veranstaltung, zu der 20 Geschichtslehrer*innen aus Großbritannien eingeladen und mit dem Geschichtsunterricht in Deutschland vertraut gemacht wurden.

Für deutsche und polnische Schüler*innen fand in Kooperation mit der Europäischen Akademie Sankelmark eine Sommerschule in Sankelmark und in Berlin statt, bei der die jungen Menschen sich begegnen und kennenlernen konnten.

Mit einem Berufskolleg wurde eine Debatte zur Massentierhaltung in Europa durchgeführt.

2. Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern

Die Zeiten, in denen die Europäische Union ein Elitenprojekt war, für das die meisten Menschen sich nicht interessieren, dass sie aber dennoch unterstützt haben, sind lange vorbei. Es ist – gerade in der Auseinandersetzung mit populistischen Vereinfachungen – äußerst wichtig, Bürger*innen aus verschiedenen Lebensbereichen in den europäischen Diskurs einzubeziehen.

Die EAB hat auch 2016 ein Seminar mit überwiegend jungen Landwirt*innen durchgeführt, das die europäische Agrarpolitik zum Gegenstand hatte.

Ein Seminar, das in Kooperation mit der Europa-Union durchgeführt wurde, beschäftigte sich mit den Szenarien für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Religiöse Toleranz und jüdisches Leben in Deutschland und Europa waren Gegenstand eines anderen Seminars.

Die EAB hat des Weiteren in verschiedenen Berliner Bezirken öffentliche Veranstaltungen, meist in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Europa-Beauftragten durchgeführt, in denen die Teilnehmenden sich mit Fragen der Europäischen Verteidigungsunion, dem Verhältnis zwischen der Türkei und Europa, den aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Euro- und der Flüchtlingskrise sowie des Brexits, der Zukunft der Europäischen Union, zum europäischen Gedenken im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg und zu den Schwerpunkten der slowakischen Ratspräsidentschaft beschäftigt haben. Eine Bilanz im Talk-Show-Format schloss diese Reihe ab. Alle Veranstaltungen waren interaktiv angelegt, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Fragen, Meinungen und Interessen einzubringen.

In einer öffentlichen Diskussion wurden unmittelbar nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen die Perspektiven für die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit mit der neuen US-Administration diskutiert.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu „Safe Harbor“ im Bereich des Datenschutzes war ebenfalls Gegenstand eines Seminars, das sich an 25 Expert*innen im Bereich Datenschutz und Informationsfreiheit richtete.

Große Beachtung fand der in Kooperation mit der Landesvertretung Baden-Württemberg und der Botschaft Serbiens durchgeführte Donausalon, in dem sich circa 200 Personen aus den Bereichen Politik und Tourismus mit der Donauraumstrategie der EU befassten.

3. Zusammenarbeit mit den Medien

in Deutschland

Die Kooperation mit den Medien ist für die EAB ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit, da es so möglich ist, einen großen Kreis von Menschen zu erreichen. Mit dem Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) hat die Akademie 2016 drei Veranstaltungen durchgeführt, von denen jeweils ein einstündiger Zusammenschritt im Inforadio ausgestrahlt wurde. Die Themen waren mögliche Auswege aus der Krise der EU, die Zusammenarbeit von Nachrichtenradios in Europa zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit sowie die Konsequenzen aus den Präsidentschaftswahlen in Österreich.

Mitarbeiter*innen der EAB standen deutschen Medien regelmäßig als Interviewpartner oder Gesprächspartner zur Verfügung, so zwölfmal dem Fernsehsender N24, fünfmal dem Sender ntv, zweimal den Sat 1-Nachrichten, zweimal dem RTL-Nachtmagazin und insgesamt zwanzigmal verschiedenen ARD-Rundfunkanstalten. Hinzu kamen zwei Gesprächs-sendungen von Privatradios sowie je eine Veröffentlichung auf Zeit online und in der deutschen Onlineausgabe der Huffington Post.

im Ausland

Zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit ist es wichtig, auch ausländische Medien – und damit deren Rezipienten – in den Diskurs einzubeziehen. 2016 hat die EAB Seminare für Journalist*innen aus Portugal und der Slowakei im jeweiligen Land durchgeführt. Außerdem war sie Gastgeberin für Journalist*innen aus verschiedenen europäischen Ländern bei insgesamt vier Seminaren, die sie in Berlin durchgeführt hat. So war es möglich, die in Deutschland stattfindenden Debatten auch in andere Länder zu transportieren und von dort Anregungen aufzunehmen.

Zielgruppe dieser Veranstaltungen waren Journalist*innen aus verschiedenen europäischen Ländern und auch außereuropäischen Ländern, die sich mit europapolitischen Fragestellungen beschäftigen.

Mitarbeiter*innen der Akademie standen darüber hinaus ausländischen Medien als Gesprächspartner zur Verfügung, so dreimal dem türkischen Staatsfernsehen, zweimal dem Schweizer Rundfunk, einmal dem portugiesischen Wirtschaftsmagazin „Noticias“, aber auch einmal dem iranischen Fernsehen.

4. Veranstaltungen für Nachwuchsführungskräfte

Die Europäische Akademie Berlin richtet ihre Angebote auch an Nachwuchsführungskräfte, also an junge Menschen, die in der ersten Phase ihrer Berufstätigkeit sind und aller Voraussicht nach in einigen Jahren Führungspositionen erreichen werden. Auch junge Wissenschaftler*innen sind in dieses Programm einbezogen.

Insgesamt fanden in diesem Rahmen 22, in der Regel mehrtägige Veranstaltungen statt, die sich vor allem an Nachwuchsführungskräfte aus Deutschland, Polen, Tschechien und der Türkei, aber auch aus der Schweiz und den Balkanstaaten, wendeten. In unterschiedlichen Diskussionsformaten, von der klassischen Podiumsdiskussion bis zum „EU-Slam“, wurden aktuelle Fragen der derzeitigen Entwicklung der Europäischen Union, ihres Verhältnisses zu den Nachbarn sowie der weiteren Entwicklungsperspektiven der EU behandelt.

In dem Projekt „#neuLAND“, das sich mit *social entrepreneurship* befasste, wurden junge Sozialunternehmer*innen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft sowie aus Russland nach Deutschland eingeladen. Nach einer Einführung in Berlin fuhren sie individuell an verschiedene Orte in Deutschland, um sich dort im Gespräch mit Expert*innen konkrete Anregungen für ihre Projekte zu Hause zu holen und sich mit den deutschen Gesprächspartner*innen über soziales Unternehmertum auszutauschen. Anschließend präsentierten sie, wieder in Berlin, ihre Vorschläge von denen die Besten mit einer Startprämie ausgezeichnet wurden.

5. Stärkung des Ehrenamtes

Das Gesellschaftsmodell der Europäischen Union und auch Deutschlands basiert sehr stark auf einer aktiven Zivilgesellschaft und darauf, dass Bürger*innen sich mit eigenem Engagement einbringen. Seit einigen Jahren beschäftigt sich die EAB mit Personen, die im Rahmen der Justiz als ehrenamtliche Richter*innen oder Schöff*innen aktiv sind, nicht nur, aber vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Die EAB beteiligte sich an der Ausführung des Europäischen Tages der Laienrichter*innen und organisierte darüber hinaus vier Seminare für Laienrichter*innen in der Landwirtschaft, die sich mit den Themen Massentierhaltung und Landpachtrecht befassten und die von der Landwirtschaftlichen Rentenbank unterstützt wurden.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

6. Politische Bildung in der Bundeswehr

Politische Bildung ist gerade in einer immer komplizierteren Welt mit komplexeren Sicherheitsstrukturen und -anforderungen ein wesentlicher Bestandteil der Einbindung der Bundeswehr in europäische Verteidigungsstrukturen. Ob die Politische Bildung in der Truppe tatsächlich durchgeführt wird oder anderen Aufgaben zeitlich zum Opfer fällt, ist eine Entscheidung des jeweiligen Kommandeurs beziehungsweise der jeweiligen Kommandeurin. Die EAB führte drei Seminare der Politischen Bildung und über Politische Bildung mit angehenden Kommandeur*innen der Luftwaffe durch. „Lernort Berlin“ veranschaulicht, wie historisch-politische Bildung ansprechend und vielseitig angeboten werden kann.

7. Handlungsraum Balkan, Osteuropa und Nordafrika

Handlungsraum Balkan

Einige der Balkanstaaten gehören bereits der Europäischen Union an, andere erstreben dies. Die Kooperation und der Normentransfer mit bzw. in dieser Region sind daher von besonderer Bedeutung. Die Europäische Akademie Berlin hat auch im Jahr 2016 in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und den jeweiligen Diplomatischen Instituten einen Workshop für junge Diplomaten*innen aus der Balkan- und Schwarzmeerregion durchgeführt, und zwar in Sandanski (Bulgarien) und Dubrovnik (Kroatien). Die Themen dieser beiden Seminarwochen waren vor allem die Sicherheit und die Energieversorgung in Südosteuropa.

Auch in Priština (Kosovo) nahm ein Vertreter der Europäischen Akademie Berlin gestaltend an einem Seminar über die regionale Sicherheit teil. Veranstalter war hier die Friedrich-Ebert-Stiftung.

In Berlin wurde ein Seminar mit führenden Vertreter*innen des serbischen EU-Büros durchgeführt, darunter auch der Chefunterhändlerin Serbiens für die EU-Verhandlungen. Ziel der Veranstaltung war es zum einen, die Teilnehmer*innen mit der Sicht Deutschlands auf die Balkanregion vertraut zu machen, zum anderen aber auch, die deutsche Öffentlichkeit über die serbischen Positionen und Wünsche zu informieren. Für die deutsche Öffentlichkeit aus Politik und Medien fand zusätzlich zu dem Seminar eine öffentliche Veranstaltung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung statt, an der 55 Personen teilnahmen.

Eine Tagung in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie der Stiftung Mercator hat sich speziell mit der Rolle der Türkei in Südosteuropa beschäftigt und Angehörige von Think Tanks und wissenschaftlichen Instituten angesprochen.

Handlungsraum Osteuropa

Seit 2009 führt die Europäische Union die Politik der Östlichen Partnerschaft mit den Staaten Osteuropas durch. In diesem Rahmen kommt der Unterstützung der Ukraine bei ihrem schwierigen Reformprozess eine besondere Bedeutung zu. Die Europäische Akademie Berlin hat daher – mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes – neun mehrwöchige Seminare für Angehörige der ukrainischen Regionalverwaltungen durchgeführt, in denen die Fragen der Guten Regierungsführung nicht nur besprochen, sondern in Vor-Ort-Besuchen auch ausgetauscht und beantwortet wurden.

Zusätzlich fanden in Kiew und Lemberg zwei Alumni-Veranstaltungen statt, die dazu dienten, das entstandene Netzwerk zu festigen. In den Seminaren wurde intensiv darauf geachtet, dass genügend Raum blieb, die Übertragbarkeit von Erfahrungen bzw. deren Adaption zu reflektieren.

Eine ausführliche zeitnahe Evaluation sowie regelmäßige Besuche in den Bezirken der Ukraine stellten darüber hinaus sicher, dass die Veranstaltungen genau auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen der Regionalverwaltungen abgestellt waren.

Handlungsraum Nordafrika

Die Europäische Union hat ein erhebliches Interesse daran, dass in den Staaten des südlichen Mittelmeers demokratische und wirtschaftliche Entwicklungen stattfinden, die es den Menschen dort ermöglichen, physisch und sozial sicher zu leben. Im Rahmen der Transformationspartnerschaften unterstützt die Bundesrepublik Deutschland diesen Prozess. Mit Hilfe des Auswärtigen Amtes hat die Europäische Akademie Berlin eine Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung ins Leben gerufen, in deren Rahmen regelmäßig Mitarbeiter*innen der marokkanischen Verwaltungen zu mehrwöchigen Besuchen nach Berlin kommen, um sich hier mit den Standards und den Praktiken der Guten Regierungsführung vertraut zu machen, sich mit deutschen Expert*innen auszutauschen und gleichzeitig auch über ihr Land und die dort zu verzeichnenden Fortschritte und Schwierigkeiten zu berichten. Neun solcher Seminare fanden 2016 statt, zudem wurde ein Alumni-Seminar in Rabat (Marokko) durchgeführt.

Ein weiteres Seminarangebot richtet sich speziell an Stadtplaner*innen aus Tunesien, Marokko und Algerien. Die Teilnehmenden kommen zweimal für vier Wochen nach Berlin und hospitierten zusätzlich ein bis zwei Wochen in einer deutschen Stadt. Sie befassen sich dabei mit deutschen Planungsansätzen und -methoden, tauschen sich mit Expert*innen aus und sammeln Informationen und Anregungen für jeweils ein eigenes Projekt, das sie dann im Heimatland durchführen. Sechs solcher Seminare fanden unter dem Titel „Baladiya“, gefördert von der Robert Bosch Stiftung 2016 statt. Um das Netzwerk zu pflegen, hat die EAB darüber hinaus zwei Alumni-Treffen in Sousse (Tunesien) und Algier (Algerien) durchgeführt.

Was wir erreichen wollten: Outcome und Impact

Ziel aller Maßnahmen der Europäischen Akademie Berlin war es,

- das Verständnis der Teilnehmenden für Europa und die Politik der Europäischen Union zu stärken,
- sie durch Information und Kompetenztrainings zu befähigen oder zu unterstützen, sich in den europäischen Diskurs aktiv einzubringen,
- Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die dazu beitragen, europäische Standards in Politik und Verwaltung, auch in Partnerländern, erfolgreich anzuwenden.

Die Wirkung auf die Gesellschaft besteht darin,

- dass mehr Menschen sich für europapolitische Zusammenhänge interessieren und sich im europäischen Mehrebenensystem verorten und so auch einbringen können,
- dass populistische Parolen als Scheinlösungen decouviert werden,
- dass die Gesellschaften der Partnerstaaten sich demokratisch und prosperierend entwickeln.

DE

I

II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2016

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

II. Die Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin 2016

Januar 2016

11.01.2016	Ein Jahr auf Bewährung. Schafft die EU 2016 den Ausweg aus der Krise? Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum - Die Debatte im Inforadio (rbb)“
12.01.2016	Berliner Europaclub: Europa - Fluchtziel, Festung, überfordert? Die Europäische Union und die Flüchtlingsfrage Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Berliner Europaclub“ in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und dem Auswärtigen Amt
13.01. - 16.01.2016	Agrartagung: Bauer sucht Zukunft: Einkommensalternativen für die europäische Landwirtschaft Seminar in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, dem Bauernverband und der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
17.01. - 30.01.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 1), Vertiefungsmodul: Korruption bekämpfen - Aktion, Prävention, Sanktion Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
17.01. - 13.02.2016	BALADIYA - neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (4. Fortbildung des 2. Durchgangs)
27.01.2016	Konsequenzen aus dem EuGH-Urteil zu 'Safe Harbor' Öffentliche Diskussionsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID)

Februar 2016

21.02. - 22.02.2016	Die große Herausforderung Migration, Flucht und der Westbalkan Seminar für Akademiker*innen, Nicht-Regierungsorganisationen, Studierende, Journalist*innen und Multiplikator*innen in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam und der Friedrich-Ebert-Stiftung
21.02. - 26.02.2016	Praxis der politischen und historischen Bildung Seminar für zukünftige Kommandeur*innen der Luftwaffe in Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe
20.02. - 26.03.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 1. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
24.02. - 27.02.2016	Fluchtpunkt Europa Planspiel-Didaktik-Workshop für Gleichstellungsbeauftragte und Lehrkräfte in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Hochschule München und dem Auswärtigen Amt

März 2016

01.03.2016	Berliner Europaclub: Is it time to say good-bye? Großbritannien und die Europäische Union Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Berliner Europaclub“ in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und dem Auswärtigen Amt
03.03.2016	„Europa kontrovers“ zu Gast in Marzahn-Hellersdorf Die Europäische Armee: Von der Utopie zum Nahziel?! Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europa-Union Berlin und den Europabeauftragten von Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf
06.03. - 19.03.2016	BALADIYA - neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (5. Fortbildung des 2. Durchgangs)

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

07.03. - 08.03.2016	Deutschlands Rolle in Europa Seminar für portugiesische Journalist*innen in Lissabon in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
09.03.2016	Kind und Karriere – alles vereinbar! Auch für Frauen? Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen des Steglitzer Frauenmärz in Kooperation mit der Europabeauftragten von Steglitz-Zehlendorf
10.03.2016	Die EU-Strategie für den Donaauraum, die Identität und der Tourismus Öffentliche Podiumsdiskussion als Auftaktveranstaltung für den 4. Donaualon in Kooperation mit der Landesvertretung Baden-Württemberg und der Botschaft der Republik Serbien
13.03. - 17.03.2016	EU and NATO in South Eastern Europe and the Black Sea Region: Foreign, Security, and Energy Policies 11th Winter School on Diplomacy Seminar für junge Diplomat*innen in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Diplomatischen Institut Sofia
16.03.2016	Marokko im Fokus Marokkanischer Abend im Rahmen der Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
18.03. - 20.03.2016	likeminds: german-turkish junior expert initiative. Seeking security in the age of human needs and global necessities Einführungsworkshop für Nachwuchsführungskräfte aus Deutschland und der Türkei in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung
25.03.2016	Welcome to which club? Jetzige und voraussichtliche Veränderungen der Europäischen Union Vortrag im Rahmen der Konferenz „EU Beitrittskriterien heute“ der Hanns-Seidel-Stiftung
29.03. - 05.04.2016	Model V4+ Planspiel Visegrád 4+ für Studierende aus den vier Visegrád-Ländern Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei sowie aus Deutschland und Österreich in Kooperation mit der Association for International Affairs (AMO)

30.03. - 02.04.2016	European society at risk: Czech and German answers Interdisziplinäres Seminar und Workshop für tschechische und deutsche Young Professionals im Rahmen des Czech-German Young Professionals Program (CGYPP) in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
---------------------	--

DE

I

April 2016

01.04. - 03.04.2016	Berlin – ein Ort deutscher und europäischer Einheit Seminar für Studierende und Europainteressierte in Kooperation mit dem Verein Nachwuchskräfte für Europa-EU plus, Stuttgart-Hohenheim
03.04. - 09.04.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 2. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
04.04.2016	Die strategische Agenda voranbringen – Schwerpunkte der niederländischen Ratspräsidentschaft Jour fixe im Rahmen der Europa-Foren in der Botschaft des Königreichs der Niederlande
09.04.2016	Binationale Gesellschaften und Städtepartnerschaften – jetzt geht's zur Sache! Gründung einer Interessenvertretung in Kooperation mit der Herbert-Quandt-Stiftung
17.04. - 30.04.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 2) Vertiefungsmodul: Korruption bekämpfen – Aktion, Prävention, Sanktion Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
17.04. - 21.05.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 3. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
22.04. - 24.04.2016	Normative Power, External Governance und Milieuziele: Der europäische Normen- und Regelexport Seminar für Nachwuchsforscher*innen, etablierte Wissenschaftler*innen und andere Multiplikator*innen in Kooperation mit der Europäischen Union und dem Arbeitskreis für Europäische Integration

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

26.04.2016	Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, Türkei und der EU – Wie stehen die Chancen? Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Initiative der europäischen Türken in Berlin (B.A.T.I.)
27.04.2016	RatHAUS Europa – Berliner Ideen zur Zukunft der EU Tischmoderatorenschulung für das Europaforum am 6. und 7. Mai 2016 in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei
27.04.2016	Binationale Gesellschaften und Städtepartnerschaften – jetzt geht's zur Sache! Arbeitsgruppentreffen der Interessenvertretung in Kooperation mit der Herbert-Quandt-Stiftung
29.04. – 01.05.2016	europa.israel.palästina: Neu Denken! Tagung in Kooperation mit dem diAK e.V. für die interessierte Öffentlichkeit

Mai 2016

01.05. – 14.05.2016	BALADIYA – neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (6. Fortbildung des 2. Durchgangs)
02.05. – 04.05.2016	Lernort Berlin – Politik und Geschichte von der Reichshauptstadt zur Bundeshauptstadt Seminar zur politischen und historischen Bildung von Angehörigen der Bundeswehr in Kooperation mit der Bundeswehr
04.05. – 08.05.2016	Europa im Aufbruch? Flüchtlingsfrage, Eurokrise und Brexit Seminar für interessierte Bürger*innen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Europa-Union Deutschland
06.05. – 07.05.2016	RatHAUS Europa – Berliner Ideen zur Zukunft der EU Öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Berliner Europa-woche in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und den Berliner Vertretungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission

22.05.2016	MOBIL Berlin-Warschau Berliner BVG-Doppeldecker fährt in Warschau Busaustausch anlässlich der 25-jährigen Städtepartnerschaft Berlin-Warschau in Kooperation mit der Polnischen Robert Schuman Stiftung
09.05. - 13.05.2016	Gute Regierungsführung im Gesundheitswesen Studienreise für Vertreter*innen aus dem Gesundheitswesen in Tunesien im Rahmen eines mehrwöchigen Seminars der Internationalen Akademie für Gute Regierungsführung an der ENA Tunis in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
10.05.2016	Political Academy - Module on EU Integration and Foreign and Security Policy Seminar für junge Menschen in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Priština, Kosovo
11.05.2016	Stadtverdichtung in wachsenden Städten gestalten - Wege der Stadtentwicklung in Berlin und in Metropolen des Maghreb Öffentliche Podiumsdiskussion als Abschlussveranstaltung des Seminars „Baladiya - neue Wege in der Stadtentwicklung“ in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
12.05. - 13.05.2016	Radio in Europa - Europa im Radio Internationale Fachtagung für Hörfunkredakteur*innen und Programmchef*innen in Kooperation mit Inforadio (rbb)
13.05. - 15.05.2016	European Day of Lay Judges 2016 Symposium in Danzig anlässlich des Europäischen Tages des ehrenamtlichen Richters in Kooperation mit dem European Network of Associations of Lay Judges und der Polish Association of Lay Judges
18.05.2016	Marokko im Fokus Marokkanischer Abend im Rahmen der Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
24.05. - 29.05.2016	likeminds: german-turkish junior expert initiative Seeking security in the age of human needs and global necessities Workshop für Nachwuchsführungskräfte aus Deutschland und der Türkei in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

27.05.2016	Soll man industrielle Massentierhaltung verbieten? Oxford Debatte im Rahmen des Europaclubs des Berufskollegs Ahaus
29.05. - 02.07.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 3) Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
30.05. - 02.06.2016	Der Streit ums Land. Aktuelle Entwicklungen und innovative Konzepte zur Nutzung der Ressource Boden Seminar für Angehörige der Landwirtschaft, Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik und ehrenamtliche Richter*innen in Kooperation mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank
31.05.2016	Deutscher OSZE Vorsitz 2016 – neue Impulse für Menschenrechte im Donbass und auf der Krim? Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung

Juni 2016

08.06.2016	Zusammenhalt in Krisenzeiten: Wie europäisch sind die Europäer*innen? Ergebnisvorstellung und Diskussion des EU Cohesion Monitor Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem European Council on Foreign Relations und der Stiftung Mercator
12.06. - 17.06.2016	Praxis der politischen und historischen Bildung Seminar für zukünftige Kommandeur*innen der Luftwaffe in Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe
13.06.2016	Mit Emotionen für Europa begeistern From Nobel Peace Prize winner to state of crisis – is a European political public sphere possible? Expert*innendiskussion im Rahmen des Deutsche Welle Global Media Forum im Gustav Stresemann Institut
23.06. - 26.06.2016	Czech-German Young Professionals Program Societies at Risk: Czech and German Perspectives Interdisziplinäres Seminar für tschechische und deutsche Young Professionals in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Association for International Affairs

23.06.2016	<p>Polish-German cooperation in re-shaping European Eastern Policy Round Table Experts Discussion in Warsaw in cooperation with Amicus Europae</p>
24.06.2016	<p>Berliner Europaclub: Der Tag danach ... Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Berliner Europaclub“ in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und dem Auswärtigen Amt</p>
28.06.2016	<p>Zukunftsmodell Europa Öffentliche Podiumsdiskussion der Europäischen Akademie zur Zukunft Europas im Berliner Rathaus</p>
28.06.2016	<p>Ukraine im Fokus: Visaliberalisierung, Dezentralisierung und Verwaltungsmodernisierung auf dem Prüfstand. Innen- und Außenansichten Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE) in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>

DE

I

II

III

IV

V

VI

Juli 2016

01.07.2016	<p>Warschau - Berlin - Europa: Früchte der Zusammenarbeit und Perspektiven für die Zukunft Öffentlicher Vortrag der Warschauer Stadtpräsidentin Prof. Dr. Hanna Gronkiewicz-Waltz in Kooperation mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin sowie der Berliner Senatskanzlei</p>
01.07.2016	<p>MOBIL Berlin-Warschau Berliner BVG-Doppeldecker fährt in Warschau Busaustausch anlässlich der 25-jährigen Städtepartnerschaft Berlin-Warschau in Kooperation mit der Polnischen Robert Schuman Stiftung</p>
03.07. - 09.07.2016	<p>Deutschland in Europa – Europäisches Deutschland Informationsreise für internationale Journalist*innen nach Berlin und Frankfurt/Main in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>

VII

VIII

IX

07.07.2016	<p>Politische Bildung in Deutschland und Europa – die Arbeit der Europäischen Akademie Berlin Gespräch mit Schüler*innen aus Odessa, Dnipro und Charkiw im Rahmen des vom Auswärtigen Amt geförderten Projektes „Jugendförderung als Impuls zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratie in der Ukraine“</p>
08.07. - 10.07.2016	<p>Lokal, regional, (trans-)national. Neue Forschungen zu Osteuropa. Tagung für junge Osteuropaexpert*innen in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa Bremen</p>
11.07. - 15.07.2016	<p>Simulationen in der politischen Bildung Planspielworkshop für Lehrende in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung</p>
17.07. - 20.08.2016	<p>Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 4) Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>
25.07.2016	<p>Deutsch-Französischer Austausch Kaminesgespräch und Netzwerktreffen von Vertreter*innen der Association Gerhard Kiersch Verein (AGKV) und Nachwuchsführungskräften des Vereins Ehemalige und Freunde des deutsch-französischen Studienzyklus in Politik- und Sozialwissenschaften (Sciences Po Paris - FU Berlin)</p>
26.07. - 31.07.2016	<p>enter:trust Sommeraustausch und Begegnung für junge Europäer*innen aus Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik in Kooperation mit der Polnischen Robert Schuman Stiftung und Kuro Hradec Králové, Culture and Volunteering</p>
31.07. - 06.08.2016	<p>Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 4. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>

August 2016

18.08.2016	Flucht in der Ukraine, Flucht nach Europa Gemeinsame Perspektiven auf die Flüchtlingskrise Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE) in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
24.08. - 27.08.2016	Europa auf der Spur: Vielfalt – Einheit – Integration Deutsch-polnische Sommerschule in Berlin und Sankelmark in Kooperation mit der Europäischen Akademie Sankelmark
29.08. - 02.09.2016	Jüdisches Leben in Berlin und Deutschland Seminar in Kooperation mit der Volkshochschule Diepholz

September 2016

02.09. - 05.09.2016	Die Zukunft der Europäischen Union: Was auf dem Spiel steht und wie der Zusammenhalt in der EU bewahrt werden könnte Seminar für Multiplikator*innen der Erwachsenenbildung und die interessierte Öffentlichkeit in Zusammenarbeit mit dem Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen e.V. (VÖBAS)
04.09. - 09.09.	BALADIYA – neue Wege in der Stadtentwicklung Alumni-Treffen in Sousse, Tunesien, in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
04.09. - 10.09.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 5. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
04.09. - 09.10.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 5) Seminar für Verwaltungsangehörige aus der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

06.09. - 09.09.2016	<p>BALADIYA – neue Wege in der Stadtentwicklung Abschlusstreffen des 2. Fortbildungsdurchgangs sowie Auftaktveranstaltung des 3. Fortbildungsdurchgangs in Algier, Algerien in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH</p>
07.09.2016	<p>Made in Crimea Capacity Building & Empowerment Workshop for Crimean Tatars in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)</p>
08.09. - 11.09.2016	<p>Czech-German Young Professionals Program Societies at Risk: Czech and German Perspectives Interdisziplinäres Seminar für tschechische und deutsche Young Professionals in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Association for International Affairs</p>
11.09. - 17.09.2016	<p>Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 6) Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>
16.09. - 19.09.2016	<p>MOVING BORDERS Menschen verbinden, Stereotypen überwinden, Perspektiven ändern Seminar für Jugendliche aus Deutschland, Polen und der Ukraine in Zusammenarbeit mit Citizens of Europe e.V., der Polnischen Robert Schuman Stiftung und der Initiative Klaster.in.ua</p>
18.09. - 08.10.2016	<p>Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 6. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>
20.09. - 22.09.2016	<p>Common Values Arguments, Counterarguments and Courses of Action in the German and Polish European Policy Conference for young researchers and practitioners in cooperation with the Federal Foreign Office, the Foundation for Polish-German Cooperation, the Polish-German Science Foundation and the Arbeitskreis Europäische Integration</p>

20.09.2016	<p>Friedensprojekt oder Wohlstandsgemeinschaft? Die Europäische Union im 21. Jahrhundert Öffentliche Eröffnungsveranstaltung und Diskussionsrunde anlässlich der deutsch-polnischen Tagung Common Values in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und dem Arbeitskreis Europäische Integration</p>	I
25.09. - 08.10.2016	<p>BALADIYA - neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (1. Fortbildung des 3. Durchgangs)</p>	II
29.09. - 30.09.2016	<p>Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa, für Angehörige der ukrainischen Verwaltung (AGREE) Alumni-Event in Kiew in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>	III
30.09. - 29.10.2016	<p>#neuLAND Projekt für junge Menschen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>	IV V VI

Oktober 2016

05.10.2016	<p>Marokko im Fokus Marokkanischer Abend im Rahmen der Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>	
12.10. - 13.10.2016	<p>Deutschlands Rolle in Europa Seminar für slowakische Journalist*innen in Bratislava in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt</p>	VII
12.10. - 13.10.2016	<p>Facing East: German-Polish cooperation in re-shaping the EU policies in the eastern neighbourhood Conference for Polish and German researchers in cooperation with the Foundation for Polish-German Cooperation and the Federal Foreign Office</p>	VIII IX

13.10.2016	Die vergessene Krise: Jugendarbeitslosigkeit in Europa Öffentliche Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit der Europabeauftragten des Bezirks Steglitz-Zehlendorf in der Reihe „Europa kontrovers“
13.10. - 15.10.2016	Jugenddialog im Ostseeraum: Round table on Youth Affairs Workshop für Jugendliche aus Ostsee-Anrainerstaaten in Zusammenarbeit mit dem Council of the Baltic Sea States Secretariat
13.10.2016	The European Hotspot Solidarity, Security and Youth Cooperation in the Baltic Sea Region Öffentliche Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit dem Council of the Baltic Sea States Secretariat und dem Auswärtigen Amt
16.10. - 19.11.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 7) Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
23.10. - 26.11.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 7. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
23.10. - 30.10.2016	Teaching history in the classroom Seminar für Geschichtslehrer*innen aus Großbritannien in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
23.10. - 19.11.2016	BALADIYA – neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2. Fortbildung des 3. Durchgangs)
28.10.2016	#neuLAND going ahead into terra incognita – experience gained in 21 days in Germany Öffentliche Abschlussveranstaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

November 2016

DE

01.11.2016	Massentierhaltung oder Großviehanlagen Der Streit um den Stall und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Rechtsprechung und den sozialen Frieden. Seminar für ehrenamtliche Richter*innen in Landwirtschafts- und Verwaltungsverfahren in Kooperation mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank	I
03.11. - 05.11.2016	European Future Summits – Teil 1: Großbritannien und die EU Jahr 2030 Ein Szenario-Workshop für Wissenschaftler*innen und Multiplikator*innen im Rahmen der European Future Summits	
05.11.2016	Scenario Breakfast: Großbritannien und die EU im Jahr 2030 Öffentliche Veranstaltung im Rahmen des European Future Summits der Europäischen Akademie Berlin	II
06.11. - 09.11.2016	Deutsch-Chinesischer Menschenrechtsdialog Deutsch-Chinesischer Austausch im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	III
07.11. - 10.11.2016	wir.im.dialog. Ein deutsch-europäischer Jugendkongress in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung	IV
09.11.2016	„Die Stadt als Beute“ Filmvorführung mit anschließender Diskussion mit dem Regisseur Andreas Wilcke im Rahmen der Fortbildung „BALADIYA - Neue Wege in der Stadtentwicklung“	V
10.11.2016	Berliner Europaclub: Armenien und seine Partnerschaft mit der Europäischen Union Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Berliner Europaclub“ in Kooperation mit der Berliner Senatskanzlei und dem Auswärtigen Amt	VI
10.11.2016	The Day After. Was bedeutet die US-Wahl für den Zusammenhalt in Europa? Diskussion mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie interessierten Bürger*innen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt	VII
		VIII
		IX

11.11.2016	<p>Das Grundstückverkehrsgesetz in der Praxis Seminar für ehrenamtliche Richtern*innen in Landwirtschaftsverfahren in Kooperation mit der landwirtschaftlichen Rentenbank</p>
12.11. und 14.11.2016	<p>Europäische Lehrerfortbildung Fällt die Europäische Union auseinander? Vom Gründungsgedanken bis zu den aktuellen Auseinandersetzungen Modul 1 der Fortbildungsreihe für Berliner Lehrkräfte</p>
15.11. - 19.11.2016	<p>Europe between Brussels and Bratislava Expert seminar for staff members of Serbia's EU integration office and Serbian Ministries in cooperation with the Hanns Seidel Foundation Belgrade and the Federal Foreign Office</p>
15.11.2016	<p>1. Europäischer Themenabend: Nächste Schritte für Großbritannien in Europa Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europabeauftragten des Landes Berlin</p>
16.11.2016	<p>Presentation and discussion: Brexit, financial crisis, challenges of integration - Where is the European Union heading! Diskussion mit ukrainischen Studenten*innen im Rahmen der DAAD Veranstaltung „Quo Vadis EU? The current state of the European Union, its challenges and its prospects - Where is the EU heading and what does it mean for Ukraine?“</p>
16.11.2016	<p>Gefühlte Wahrheiten: Das Ukraine-Bild in der medialen Berichterstattung Öffentliche Podiumsdiskussion im Rahmen der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa</p>
17.11.2016	<p>2. Europäischer Themenabend: Europäisches Gedenken – aber wie? Eine Diskussion zum Volkstrauertag Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europabeauftragten des Landes Berlin</p>
17.11. - 20.11.2016	<p>Berlin.Kreativwirtschaft.Startups. Berlin-Studienreise für Studierende der HSO Business School Schweiz</p>

20.11. - 25.11.2016	Praxis der politischen und historischen Bildung Seminar für zukünftige Kommandeur*innen der Luftwaffe in Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe
20.11. - 24.12.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 8) Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
20.11. - 26.11.2016	Deutschland in Europa - Europäisches Deutschland Informationsreise für internationale Journalist*innen nach Berlin und Frankfurt/Main in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
20.11. - 26.11.2016	Deutschlands Rolle in Europa Informationsreise für Journalist*innen und Multiplikator*innen aus der Republik Moldau in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung
20.11. - 24.11.2016	Von der Führungskraft zum change agent Train-the-trainer Seminar für ausgewählte Alumni der Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE) in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
23.11.2016	Marokko im Fokus Marokkanischer Abend im Rahmen der Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
24.11.2016	Deutsch-Tunesische Werkstattakademie für Gute Regierungsführung Delegationsreise des Wissenschaftlichen Beirats in Kooperation mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
27.11. - 01.12.2016	The way forward in strengthening European cohesion - challenges and perspectives Information visit for media representatives from Greece, Italy, Portugal and Spain in cooperation with the Federal Foreign Office

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

27.11. - 03.12.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 8. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
28.11. - 29.11.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE) Alumni-Event in Lemberg in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
30.11.2016	3. Europäischer Themenabend: Schwerpunkte und Aktivitäten der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft und der Präsidentschaft der EU-Donauraumstrategie Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europa-beauftragten des Landes Berlin

Dezember 2016

01.12.2016	Aktuelle Entwicklungen im Landpachtrecht Seminar in Münster für ehrenamtliche Richter*innen in Landwirtschaftsverfahren in Kooperation mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank
02.12.2016	Aktuelle Entwicklungen im Landpachtrecht Seminar in Bad Kreuznach für ehrenamtliche Richter*innen in Landwirtschaftsverfahren in Kooperation mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank
04.12. - 12.12.2016	Integration of non-formal education approach to the formal education system for youth empowerment at local level Long-term training course for multipliers in cooperation with Koro Hradec Králové and the Academy of Innovation
04.12. - 17.12.2016	BALADIYA – neue Wege in der Stadtentwicklung Fortbildung für Stadtplaner*innen aus Tunesien und Marokko in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (3. Fortbildung des 3. Durchgangs)
04.12. - 15.12.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung 9. Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt

05.12. - 09.12.2016	Veränderungen in Deutschland und Europa 1989-2020 Berlin: Deutsche Hauptstadt und Europäische Metropole Seminar der Volkshochschule Diepholz und Studienfahrt der Friedrich-Naumann-Stiftung
06.12.2016	Weckruf aus Wien – Österreich nach der Bundespräsidentenwahl Aufzeichnung einer Rundfunkdiskussion in der Reihe „Forum - Die Debatte im Inforadio (rbb)“
08.12. - 09.12.2016	Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung Alumni-Treffen in Rabat in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
10.12. - 23.12.2016	Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE 9) – Vertiefungsmodul: Korruption bekämpfen – Aktion, Prävention, Sanktion Seminar für Angehörige der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
14.12.2016	4. Europäischer Themenabend: Europa: Das war's für dieses Jahr - und wie wird das nächste? Öffentliche Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Europabeauftragten des Landes Berlin
15.12.2016	Southeast Europe Security Conference: Turkey in the Western Balkans Konferenz für Multiplikator*innen, Think Tanks und Stiftungen in Zusammenarbeit mit der Stiftung Mercator und der Stiftung Wissenschaft und Politik
19.12.2016	Made in Europe. Wirtschaft, Integration und Zusammenarbeit in Europa. Interaktiver Workshop für Schüler*innen in Kooperation mit der Sophie-Scholl-Schule Berlin

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Weitere Veranstaltungen unter Mitwirkung des Teams der Europäischen Akademie Berlin

26.01.2016	TTIP, Trump und die transatlantischen Beziehungen Diskussionsveranstaltung mit Teilnahme von Dr. Andrea Despot organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und vom Deutsch-Amerikanischen Zentrum im Amerikahaus in Stuttgart
26.01.2016	Europe: From Division towards Integration Vortrag von Dr. Andrea Despot für amerikanische Studierende im Rahmen des IES Abroad European Union Program
02.04.2016	Toleranz und Restpatriarchat. Zur Situation von Homosexuellen und Minderheiten, aber auch Frauen in Tunesien. Podiumsdebatte mit Teilnahme von Dr. Elisabeth Botsch im Rahmen des taz.lab 2016
14.04.2016	Polen nach dem Machtwechsel Podiumsdiskussion mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im August Bebel Institut
14.04.2016	EU und USA. Das transatlantische Verhältnis Vortrag von Dr. Andrea Despot im Rahmen des Seminars „Die EU als internationaler Akteur“ für politisch interessierte Bürger*innen in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und Europe Direct Informationszentrum
15.04.2016	Quo vadis Europa – Brexit, Flüchtlingskrise, TTIP und andere Herausforderungen Podiumsdiskussion der Europa-Union Brandenburg in Falkensee, moderiert von Dr. Mechthild Baumann
16.04.2016	Digitalisierung - Industrie 4.0 - Was hat das mit uns zu tun? Seminar des Deutschen Frauenrings zum Kennenlernen der neuesten Entwicklungen der digitalen Welt und zur Einschätzung der Auswirkungen. Abschlusspodiumsdiskussion moderiert von Dr. Elisabeth Botsch

25.04.2016	<p>Avoiding a new “cold war”: The Future of EU-Russia Relations in the context of the Ukraine Crisis</p> <p>Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz, Veranstaltung der Hertie School of Governance</p>
07.05.2016	<p>Jak przestać się bać, a zacząć pomagać – kryzys migracyjny w UE i Polsce (Helfen, statt Angst haben – die Migrationskrise in der EU und Polen)</p> <p>Öffentliche Debatte mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen der Schuman Parade (Veranstaltung der Polnischen Robert Schuman Stiftung in Warschau)</p>
11.05.2016	<p>Medien machen Meinung oder wie die Politik Medien beeinflusst?</p> <p>Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen der Deutsch-Polnischen Medientage (Veranstaltung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit)</p>
24.05.2016	<p>Common Foreign Policy of the European Union - a reorientation of priorities?</p> <p>Paneldiskussion mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen der Konferenz „Common Foreign and Security Policy in Crisis. Challenges and Future Scenarios“ an der Universität Posen in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung</p>
30.05.2016	<p>Polen nach dem Machtwechsel</p> <p>Diskussion moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen des Osteuropa-Netzwerkes des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft</p>
10.06. - 11.06.2016	<p>Solidarity as a new dimension in Baltic Sea regional cooperation 14th Baltic Sea NGO Forum</p> <p>Austausch über die Beteiligung von NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen an decision-shaping-Prozessen zur Stärkung und Förderung der gesellschaftlichen Teilnahme in Europa mit Teilnahme von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Europäischen Solidarność Zentrum in Danzig, Polen</p>

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

<p>14.06. - 15.06.2016</p>	<p>The Migration Crisis: Long Term Consequences for the European Union Vortrag von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte über die strukturellen Veränderungen der EU für Angehörige des Diplomatischen Institut Bulgariens in Sofia, Bulgarien</p>
<p>02.07. - 03.07.2016</p>	<p>Zukunftswerkstatt der Interessensvertretungen von in Deutschland lebenden polnischen Bürger*innen im Rahmen des Projektes „Testing EU citizenship“ Workshopleitung und Moderation der Diskussion durch Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz über die Vielfalt, Erfolge und Herausforderungen der polnischen Interessensvertretungen in Kooperation mit dem Polnischem Sozialrat und Polnischem Kompetenzzentrum</p>
<p>05.07.2016</p>	<p>Berufsperspektive „Politische Bildungsarbeit“ Vortrag von Ina Linke über die EAB vor Studierenden der Universität Vechta</p>
<p>13.07.2016</p>	<p>Stand und Perspektiven internationaler Organisationen Vortrag von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen des Internationalen Journalisten-Kollegs an der FU Berlin</p>
<p>13.09.2016</p>	<p>Europe: From Division towards integration Vortrag von Dr. Andrea Despot über Deutschlands Rolle in der EU nach dem Brexit im Rahmen des IES Abroad European Union Program</p>
<p>29.09.2016</p>	<p>Die aktuelle Lage auf dem Westbalkan Moderation von Dr. Andrea Despot im Rahmen des britisch-deutschen Seminars über den Westbalkan in der Britischen Botschaft Berlin</p>
<p>30.09.2016</p>	<p>Zivilgesellschaft als Akteur kommunaler Außenpolitik? Die Rolle von Städtepartnerschaften und bilateralen Freundesgesellschaften. Moderation der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Bilaterale Freundesgesellschaften von Dr. Mechthild Baumann in Kooperation mit der Herbert-Quandt-Stiftung sowie dem Netzwerk Bilaterale Gesellschaften und Städtepartnerschaften (BiGS)</p>

05.10.2016	<p>Auf dem Weg zu einer „Unions-Richterschaft“? Grenzüberschreitende Partizipation in der Justiz am Beispiel von Schweden und Deutschland</p> <p>Moderation von Dr. Mechthild Baumann über die Ausdehnung unionsbürgerschaftlicher Rechte auf die ehrenamtliche Rechtsprechung sowie Austausch ehrenamtlicher Richter*innen aus Schweden und Deutschland in Kooperation mit Nämnde männens Riksförbund und Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter – Landesverband Brandenburg und Berlin e.V</p>
10.10.2016	<p>Deutsch-Türkische Zusammenarbeit</p> <p>Arbeitsgespräch von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte und Dr. Samuel F. Müller mit einer Delegation der Türkei-Europa-Stiftung (TAV), Istanbul/Türkei</p>
17.10. -21.10.2016	<p>Immigration and security as European topics</p> <p>Vortrag von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte vor jungen Diplomat*innen mit der Hanns-Seidel-Stiftung Kroatien und dem Diplomatischen Institut Kroatien</p>
19.10.2016	<p>Der mündige Bürger und die Bedeutung der europapolitischen Bildung in Deutschland. Das Praxisbeispiel Europäische Akademie Berlin</p> <p>Gespräch von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz mit Studierenden des Institute of the International Education of Students (IES)</p>
21.10. - 22.10.2016	<p>Die Zukunft der EU</p> <p>Vortrag von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte im Rahmen des Tages der deutschen Sprache an der Universität in Vilnius</p>
18.11.2016	<p>Allein ist nicht genug. Deutsch-polnische Zusammenarbeit in Parlament und Bürgergesellschaft</p> <p>Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz organisiert von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg sowie der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin</p>

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

10.11.2016	U.S. Presidential Election 2016 And the winner is ... Diskussionsrunde zum Resultat der US-Präsidentschaftswahl mit Dr. Andrea Despot im Amerika-Zentrum Stuttgart
17.11.2016	Das Phänomen der illiberalen Demokratien – Blick aus Deutschland. Vortrag von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung „Veränderungen des politischen Systems in Mittel- und Osteuropa“ mit der Adam-Mickiewicz-Universität Posen
19.11.2016	Razem możemy wiele! (Gemeinsam schaffen wir mehr!) Zusammenfassung der Aktivitäten des Polnischen Kompetenzzentrums in Berlin moderiert von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz organisiert vom Polnischen Sozialrat sowie dem Polnischen Kompetenzzentrum
24.11.2016	Aktuelle Herausforderungen der Europapolitik Gespräch von Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte mit Journalist*innen des Massey Colleges aus Kanada organisiert vom Auswärtigen Amt und dem Goethe Institut
06.12.2016	Der Rhein - ein europäischer Fluss? Podiumsteilnahme von Dr. Andrea Despot organisiert von der Max Weber Stiftung

DE

I

II

III. Das Team der Europäischen Akademie Berlin

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

III. Das Team der Europäischen Akademie Berlin

Dr. Mechthild Baumann

Dr. Mechthild Baumann ist Studienleiterin und arbeitet zu Migration, Sicherheit, Justiz, Partizipation und Frauenförderung. Im Jahr 2007 gründete sie das Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien e.V., welches Analyse, Bildung und Beratung zu Fragen der inneren Sicherheit und Migration anbietet. Daneben arbeitet sie als Dozentin an der Universität Potsdam, der Hertie School of Governance und der École nationale d'administration (ENA), Paris. Sie ist Mitglied des „Team Europe“ der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments und Mitbegründerin des Netzwerks „Europäerinnen in Berlin“. Dr. Mechthild Baumann schloss ihr Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und dem Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) jeweils mit einem Diplom ab. 2005 promovierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin Graduate School of Social Sciences, BGSS), gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes über die Europäisierung von Grenzsicherung.

Simona Bellini

Simona Bellini ist seit September 2015 in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Zunächst war sie als studentische Mitarbeiterin beschäftigt, jetzt als Projektassistentin. Sie arbeitet insbesondere bei der Organisation des im Jahre 2013 ins Leben gerufenen Projekts „Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung“ mit, das dem Austausch und der Begegnung nordafrikanischer und deutscher Fachkräfte auf dem Gebiet der Stadtplanung und -entwicklung dient. Simona Bellini studierte von 2009 bis 2012 Sprach- und Kulturwissenschaften sowie BWL als Nebenfach an der Universität Genua (Italien). Nach einem Studienaufenthalt mit Schwerpunkt „Social Economy“ an der Campinas-Universität (Brasilien) erwarb sie 2016 im internationalen Studiengang „Political Economy of European Integration“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin ihren Masterabschluss.

Anika Bergmann

Anika Bergmann unterstützt das Team der Akademie seit Oktober 2016 als Projektassistentin. Schwerpunkte ihrer Arbeit bilden die internationalen Besucherreisen, die in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt veranstaltet werden, sowie das Projekt „Europa in der Schule – Lehrerfortbildungen in Nordrhein-Westfalen“. Zuvor leitete sie den operativen Betrieb der vom Deutschen Roten Kreuz betriebenen Notunterkunft für Flüchtlinge in Michelstadt. 2015 absolvierte sie den Master „Politische Wissenschaft“ mit Beifach Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg. Im Bachelorstudium der „Deutsch-Französischen Studien“ in Regensburg und Clermont-Ferrand erlangte sie 2011 erfolgreich einen deutsch-französischen Doppelabschluss.

 **Eva Blasczyk**

Eva Blasczyk ist ausgebildete Restaurantfachfrau und seit August 2007 in der Europäischen Akademie Berlin im Bereich Service beschäftigt. Nach erfolgreichem Abschluss ihrer gastronomischen Ausbildung 1988 arbeitete sie in verschiedenen Restaurants im Service-, Tresen-, sowie im Verkaufsbereich. Seit Dezember 2009 ist sie als Koordinatorin Hausservice in der Europäischen Akademie Berlin beschäftigt und verantwortlich für die Koordination der für die Tagungsarbeit und Sonderveranstaltungen unerlässlichen hauswirtschaftlichen Bereiche der Akademie: Unterbringung und Verpflegung der Gäste.

 **Beate Blasum**

Beate Blasum ist seit Dezember 2014 an der Rezeption der Europäischen Akademie beschäftigt. Nach Abschluss ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau hat sie seit 1992 in verschiedenen Ferien- und Stadthotels in Deutschland, Österreich und der Schweiz Erfahrungen gesammelt. Bevor sie 2008 nach Berlin kam, war sie in München, Mainz und Limburg an der Lahn tätig. In der Europäischen Akademie ist Frau Blasum für die Reservierung der Hotelzimmer und Veranstaltungsräume verantwortlich und steht als Ansprechpartnerin für alle Fragen der Gäste rund um ihren Aufenthalt zur Verfügung.

 **Ute Böhr**

Als Projektleiterin ist Ute Böhr seit Mai 2008 in der Europäischen Akademie Berlin zuständig für die Koordination und Organisation von Seminaren und Konferenzen, insbesondere der Akademie für Gute Regierungsführung mit der Republik Tunesien und dem Königreich Marokko. Außerdem organisiert sie das binationale Begegnungsprogramm "likeminds - german-turkish junior expert initiative" und zahlreiche andere Veranstaltungen. Davor arbeitete sie als freie Projekt- & PR-Managerin für internationale Einrichtungen, Verlage und Agenturen in den Bereichen Projektmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Sponsoring und Strategisches Networking. Sie studierte Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaften in Köln und Berlin.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Dr. Elisabeth Botsch**

Dr. Elisabeth Botsch ist Studienleiterin und für die Konzeption und Planung von Seminaren und Diskussionsveranstaltungen in der Europäischen Akademie Berlin verantwortlich. Sie befasst sich mit den Schwerpunkten Erweiterung der EU, Governance, Zivilgesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung. Sie ist zugleich Expertin im Antidiskriminierungsnetzwerk SEN der EU-Kommission. Daneben arbeitet sie als Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie war bis 2012 Leiterin der Bundesgeschäftsstelle Deutscher Frauenring e.V. Dr. Elisabeth Botsch studierte Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg, Freie Universität Berlin, Paris I – Panthéon-Sorbonne. Neun Jahre lang arbeitete sie als Referentin im Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und als Dozentin an Sciences Po Paris. In Berlin war sie u.a. an der Botschaft des Königreichs Marokko als Referentin für Pressearbeit tätig und leitete Forschungsprojekte bei FIA – Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt.

 **Dr. Andrea Despot**

Dr. Andrea Despot ist stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist verantwortlich für die Konzeption, Planung und Durchführung von Seminaren und Tagungen sowie mit internationalen Forschungs- und Bildungsprojekten betraut. Ihre thematischen Schwerpunkte bilden die EU-Außenbeziehungen, Transatlantische Beziehungen sowie die Transformations- und Europäisierungsprozesse Ost- und Südosteuropas. Bevor Dr. Andrea Despot 2008 zum Studienteam der Europäischen Akademie kam, war sie seit 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, wo sie zur Dr. phil. promoviert wurde. Zwischen 2001 und 2003 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt und gehörte dort auch zum Team der Erfurt School of Public Policy. Sie schloss ihr Studium der Politikwissenschaft, Geschichte Ost- und Südosteuropas und Slawistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Grad der Magistra Artium ab. Ihre Regionalexpertise erwarb sie an der Harvard University, Graduate School of Arts and Sciences, wo sie außerdem den Grad eines Master of Arts in „Regional Studies: Russia, Eastern Europe and Central Asia Program“ erlangte. Dr. Despot war 2007 Gastdozentin an der Universität Helsinki, Finnland; bis 2015 war sie Lehrbeauftragte am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin, wo sie außen- und sicherheitspolitische Themen sowie internationale Zeitgeschichte unterrichtete. Sie hält regelmäßig Fachvorträge und ist als Moderatorin von Podiumsdiskussionen und Konferenzen tätig.

 **Verena Dortschy**

Als Projektleiterin war Verena Dortschy für die Organisation von thematischen Informationsreisen und Konferenzen zuständig. Sie studierte Arabistik, Islamwissenschaft und Iranistik an der Freien Universität Berlin, in Damaskus (2005) und in Teheran (2007). Zuvor verantwortete sie als Programmkoordinatorin die Fortbildungsprogramme für Transformationspartnerschaftsländer in der arabischen Welt, die von der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin von 2012 bis 2014 angeboten wurden. Sie war außerdem für die Betreuung von Ehemaligen im In- und Ausland und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Zwischen 2008 und 2011 organisierte sie für das Auswärtige Amt verschiedene Diplomatenergänzungen, unter anderem das International Diplomats Programme (IDP), eine Initiative, die in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. durchgeführt wird. Verena Dortschy verließ die Akademie Ende Dezember 2016.

 **Stefanie Grothe**

Stefanie Grothe leitet die Verwaltung der Europäischen Akademie Berlin und ist für alle darunter fallenden Aufgaben und Bereiche verantwortlich. Zusammen mit Tina Lißner bildet sie das Team „Koordination Hausmanagement“. Nach Abschluss ihrer kaufmännischen Ausbildung verbrachte sie zwei Jahre in den USA als AuPair bei Gastfamilien um Land, Leute und Kultur kennenzulernen. Nach ihrer Rückkehr absolvierte sie in Berlin ihr Studium und schloss dieses erfolgreich mit dem Bachelor of Arts in Business Administration ab. Seit November 2009 ist Stefanie Grothe in der Europäischen Akademie in den Bereichen Verwaltung sowie der Personalbuchhaltung tätig. Seit Januar 2016 ist sie zurück aus dem Mutterschutz.

 **Petra Günzer**

Petra Günzer ist seit 2011 am Empfang in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie ist verantwortlich für die Reservierung der Hotelzimmer sowie der Veranstaltungsräume und -technik. Den Aufenthalt der Gäste betreut Frau Günzer mit Rat und Tat und steht für Informationen als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Nach ihrer beruflichen Tätigkeit in der Modegestaltung und im Vertrieb hat sie 2005 an einer Fortbildung zur Fachkraft für Hotel und Tourismus teilgenommen und ist seitdem in der Hotelbranche tätig.

Maria Herwig

Maria Herwig ist seit Mai 2016 als Projektassistentin im Team der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie arbeitet unter anderem bei der Organisation des binationalen Nachwuchsfachkräfteprogramms „likeminds: german-turkish junior expert initiative“ mit. Zuvor war Maria Herwig bei der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. als Projektleiterin für die Ausrichtung der „Simulation Europäisches Parlament 2015“ zuständig. Maria Herwig studierte von 2012 bis 2015 im Master „Internationale Beziehungen“ an der TU Dresden und der Istanbul Kültür Üniversitesi. Zuvor hat sie ihr Bachelorstudium „Deutsch-Französische Studien“ an der Universität Regensburg und der Université Clermont-Ferrand erfolgreich mit dem Erhalt eines Doppeldiploms abgeschlossen.

Carolin Krauss

Carolin Krauss ist seit 1996 zuständig für das Veranstaltungsmanagement von Seminaren und Präsentationen, die den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch in Europa fördern sollen. Ein Teil dieser Veranstaltungen wird vor Ort in den jeweiligen Gastländern durchgeführt und betreut. Im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesregierung plant und organisiert sie thematische Informationsreisen für Multiplikator*innen aus dem Ausland. Sie steht als Ansprechpartnerin für Pressevertreter*innen und Medienpartnerschaften zur Verfügung. Carolin Krauss ist ausgebildete Übersetzerin und Dolmetscherin mit Fachgebiet Technik.

Sina Lebert

Sina Lebert betreut als Projektleiterin in der Europäischen Akademie Berlin insbesondere die Projekte „Baladiya - neue Wege in der Stadtentwicklung“ und „Europa in der Schule - Lehrerfortbildungen in NRW“. Sie studierte Romanistik, Orientalistik und Islamwissenschaften in Bochum und Tours und anschließend als Stipendiatin eines DAAD-geförderten deutsch-türkischen Doppeldiplomstudienganges „European Studies“ an der Europa-Universität Viadrina und der Istanbul Bilgi Üniversitesi. Zuvor arbeitete sie unter anderem für das Goethe-Institut Brüssel und war als freie Mitarbeiterin für die Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes tätig.

Cathleen Lessnau

Cathleen Lessnau ist seit 2010 in der Finanzabteilung beschäftigt und in erster Linie für die Betriebs-, Projekt- und die Personalbuchhaltung zuständig. Sie ist Handelsfachwirtin und war als kaufmännische Angestellte, Assistentin der Geschäftsleitung und Leiterin kaufmännischer Abteilungen in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.

 **Gerhard Liepe**

Gerhard Liepe ist seit 1994 in der Europäischen Akademie Berlin als Haustechniker und -meister beschäftigt. Er wartet und betreut die Tagungstechnik (Saalbeschallung, Dolmetschanlage, Medientechnik: Videoschnittplatz, Aufnahmetechnik, LCD-Beamer, PC-Arbeitsplätze) und gestaltet die Vortragsräume. Des Weiteren nimmt er Reparatur- und Wartungsarbeiten im Gebäude sowie an den Außenanlagen vor. Vor seiner Beschäftigung bei der Europäischen Akademie war er als Hausverwalter und -techniker beim Verlag der Nation tätig. Gerhard Liepe ist ausgebildeter Instandhaltungsmechaniker und studierte Maschinenbau.

 **Ina Linke**

Ina Linke ist seit März 2015 als Projektassistentin im Team der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie arbeitet unter anderem bei der Organisation des Projekts „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa“ (AGREE) mit. Ina Linke studierte von 2012 bis Anfang 2015 im Master „European Studies“ an der Europa-Universität Viadrina. Zuvor hat sie nach einem Auslandsaufenthalt in Südafrika ihr Bachelorstudium „Kulturwissenschaft“ an der Universität Koblenz erfolgreich abgeschlossen.

 **Tina Lißner**

Tina Lißner leitet die Rezeption der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist gelernte Restaurant- und Hotelfachfrau und Hotelbetriebswirtin. Nach Abschluss ihrer Ausbildung 1999 im Radisson SAS Hotel Berlin ging sie für fünf Jahre in die Schweiz. Dort arbeitete sie als Rezeptionistin für Häuser der Gruppe „Leading Hotels of the World“ in Luzern, St. Moritz und Ascona. In Berlin absolvierte sie ihr Studium zur Hotelbetriebswirtin und ist seit Juni 2007 als Front Office Manager in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Tina Lißner nimmt Reservierungen entgegen, führt Verhandlungen mit potentiellen Veranstaltungspartner*innen und belegt die Gästezimmer sowie die Veranstaltungsräume des Hauses. Zudem betreut sie die Gäste während ihres Aufenthaltes.

 **Maria Mastruk**

Maria Mastruk ist seit März 2016 als Projektassistentin in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie ist eine Ansprechpartnerin und Koordinatorin von ukrainischen Teilnehmer*innen im Rahmen des Projekts „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa“ (AGREE). Maria Mastruk hat in der Ukraine den Studiengang „Übersetzung und Pädagogik“ absolviert. In Deutschland hat sie erfolgreich das Masterstudium „Interkulturelle Kommunikation und Europastudien“ als DAAD Stipendiatin abgeschlossen. Zuvor arbeitete sie unter anderem als Projektassistentin an der Universität Leipzig und im Leibniz-Institut für Länderkunde.

 **Dr. Samuel F. Müller**

Dr. Samuel F. Müller ist seit Juni 2016 Studienleiter an der Europäischen Akademie Berlin. Seine Interessensschwerpunkte bilden die Außenbeziehungen der EU, insbesondere zu Ländern des Mittleren Ostens und der Türkei, sowie Demokratisierung und Fragen der sozialen Integration. Als Studienleiter konzipiert und leitet er Seminare, Workshops und Diskussionsveranstaltungen und trägt zur thematischen Schwerpunktsetzung und zur Entwicklung neuer Formate und Projektreihen bei. Dr. Müller beendete sein Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Diplom. An der New School for Social Research in New York studierte er Politikwissenschaft, erlangte den M.A. und schloss dieses Studium im Januar 2016 mit der Promotion ab.

 **Margarete Neckerauer**

Margarete Neckerauer ist seit 1999 bei der Europäischen Akademie Berlin. Als Finanzreferentin leitet sie die Finanzabteilung mit den Bereichen Rechnungswesen, Betriebs- und Projektbuchhaltung, Projektabrechnung, Controlling sowie die Personalbuchhaltung. Sie ist Bilanzbuchhalterin, war für nationale und internationale Unternehmen sowie für mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte tätig und schloss das Grundstudium Mathematik, Geschichte und Englisch an der Freien Universität Berlin ab.

 **Ruth Nießen**

Als Projektassistentin ist Ruth Nießen seit Dezember 2014 in der Europäischen Akademie Berlin tätig. Sie assistiert u.a. bei der Organisation der Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung, die im Rahmen der Transformationspartnerschaft mit dem Königreich Marokko mehrmals jährlich stattfindet. Ruth Nießen studierte von 2008 bis 2012 den Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ an der Alice-Salomon Hochschule Berlin. Anschließend erwarb sie im Kooperationsstudiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ der Hochschule für Wirtschaft Berlin und Recht und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin 2014 ihren Masterabschluss. Zuvor absolvierte sie unter anderem ein Praktikum beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wo sie eine Ministerreise nach Westafrika mitorganisierte und ihre Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit, die sie in einem Auslandsjahr in Burundi bereits sammelte, vertiefte.

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz ist seit 2009 Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist verantwortlich für die Konzeption, Planung und Durchführung von Seminaren, Tagungen und Diskussionsveranstaltungen. Ihren Schwerpunkt bilden Europäisierungs-, Demokratisierungs- und Transformationsprozesse mittel- und osteuropäischer Länder, deutsche und europäische Politik in Richtung Osten sowie deutsch-polnische Beziehungen. Sie hat das Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Wrocław (Polen) und Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin abgeschlossen, wo sie auch 2010 zu Dr. phil. promoviert wurde. Seit 2008 ist sie Lehrbeauftragte am Ost-europa-Institut der Freien Universität Berlin, wo sie aktuelle europäische und integrationspolitische Themen unterrichtet. Sie hält regelmäßig Vorträge, begleitet Prozesse interaktiver Wissensvermittlung und ist als Moderatorin von Podiumsdiskussionen tätig.

Aleksandra Przewoska

Aleksandra Przewoska war seit 2015 bei der Europäischen Akademie Berlin in der Finanzabteilung beschäftigt und hauptsächlich mit der finanziellen Abwicklung der Projekte betraut. Im Frühjahr 2015 schloss sie ihre Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau an der Industrie- und Handelskammer Berlin ab. Aleksandra Przewoska verließ die Akademie zu Ende April 2016.

Ilona Rathert

Ilona Rathert arbeitet als Projektleiterin in der Europäischen Akademie Berlin und organisiert Seminare, Workshops, Begegnungen und andere Formate. Sie betreut insbesondere das im Jahr 2013 ins Leben gerufene Projekt „Baladiya – Neue Wege in der Stadtentwicklung“ für nordafrikanische Stadtplaner*innen. Darüber hinaus koordiniert und beantragt sie die Finanzierungen der Tagungen bei öffentlichen Zuwendungsgebern (z.B. dem Auswärtigen Amt, der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Europäischen Kommission) wie auch bei Stiftungen und anderen Institutionen. Sie organisiert Konferenzen, die dem Austausch und der Begegnung unterschiedlicher nationaler und internationaler Gruppen dienen. Ilona Rathert studierte Romanistik und Lateinamerikanistik in Marburg, Nantes (Frankreich) und Berlin. Sie ist Fremdsprachenkorrespondentin und arbeitet seit 1995 in der Europäischen Akademie Berlin.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Monika Rüdiger**

Monika Rüdiger schloss im Juli 2012 ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kassel mit einem Diplom ab. Im Rahmen ihres Studiums absolvierte sie ein studienbegleitendes Praktikum in der Finanzabteilung der Europäischen Akademie Berlin. Vor dem Studium absolvierte sie eine Ausbildung zur Industriekauffrau und sammelte erste Berufserfahrungen in mittleren Unternehmen. Seit Mai 2016 ist sie in der Finanzabteilung beschäftigt und hauptsächlich mit der finanziellen Abwicklung der Projekte betraut.

 **Claudia Rehrs**

Als Projektleiterin ist Claudia Rehrs seit September 2010 an der Europäischen Akademie Berlin zuständig für die Organisation von Seminaren, Lehrgängen und Konferenzen. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die „Akademie für Gute Regierungsführung und Empowerment in Europa (AGREE)“, die vom Auswärtigen Amt zur Unterstützung der demokratischen Transformation der Ukraine initiiert wurde. Weiterhin bereitet Claudia Rehrs verschiedene Veranstaltungsformate für ehrenamtliche Richter*innen aus Europa, Seminare zur politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr sowie diverse Seminare und Workshops für junge Teilnehmende aus ganz Europa vor. Claudia Rehrs studierte von 2004 bis 2007 Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina. Im Mai 2010 schloss sie ihr Studium an den Universitäten Göttingen, Olomouc (Tschechien) und Pune (Indien) mit einem M.A. in „Euroculture“ ab. Vor dem Studium arbeitete sie ein Jahr in Genf, nach dem Bachelorabschluss ein Jahr in Irland.

 **Karin Schwettmann**

Karin Schwettmann ist seit 2016 in der Finanzabteilung beschäftigt und in erster Linie für die Betriebs- und die Projektbuchhaltung zuständig. Sie ist Bilanzbuchhalterin und erwarb fundierte Berufserfahrung in leitender Funktion im Rechnungswesen sowie als Prüfungsassistentin eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens.

 **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte ist seit 1993 Leiter der Europäischen Akademie Berlin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Trägervereins „Europäische Akademie Berlin e.V.“. Prof. Stratenschulte vertritt die Akademie nach außen und gegenüber den Gremien des Vereins. Als Akademieleiter ist er verantwortlich für die Koordination und die wissenschaftliche, pädagogische und administrative Leitung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Europäischen Akademie Berlin. Ebenso führt er Sonderveranstaltungen sowie eigene Seminare durch. Er verantwortet in der Akademie das Projekt „Europäische Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen“ (ELIN). Prof. Stratenschulte publiziert regelmäßig Artikel und Bücher zu europäischen und gesellschaftspolitischen Fragen. Er lehrt an der Freien Universität Berlin im Fach Politische Wissenschaft. Prof. Stratenschulte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Soziologie und schloss diese Studien mit dem Diplom in Soziologie, dem Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien sowie mit einer Promotion ab.

 **Victoria Szeib**

Frau Szeib absolvierte im Jahr 2011 ein studienbegleitendes Praktikum in der EAB. Seit 2013 ist sie in der Finanzabteilung beschäftigt und hauptsächlich mit der finanziellen Abwicklung der Projekte betraut. Im November 2012 schloss sie ihr Studium an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin mit einem Bachelor of Arts in Betriebswirtschaftslehre ab.

 **Jan Zeuschner**

Herr Zeuschner ist seit Oktober 2016 an der Rezeption der Europäischen Akademie Berlin beschäftigt. Nach Abschluss seiner Ausbildung zum Hotelfachmann im Jahr 2006 war er in verschiedenen Hotels in Brandenburg, sowohl als Festangestellter aber auch als freiberufliche Servicekraft tätig und konnte so Erfahrungen in den unterschiedlichen Bereichen eines Hotelbetriebs sammeln. Derzeit absolviert er ein Fernstudium zum staatlich anerkannten Hotelbetriebswirt. In der Europäischen Akademie ist Herr Zeuschner als Ansprechpartner für alle Wünsche rund um den Aufenthalt der Gäste zuständig. Er ist verantwortlich für Reservierungen der Hotelzimmer und der Veranstaltungsräume.

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Das Team der EAB

Akademieleitung

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

Dr. Andrea Despot

Studienteam

Dr. Mechthild Baumann

Simona Bellini

Anika Bergmann

Dr. Elisabeth Botsch

Ute Böhr

Verena Dortschy

Maria Herwig

Ina Linke

Carolin Krauss

Sina Lebert

Maria Maistruk

Dr. Samuel F. Müller

Ruth Nießen

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz

Ilona Rathert

Claudia Rehrs

Rezeption und Verwaltung

Beate Blasum

Petra Günzer

Tina Lißner

Stefanie Grothe

Jan Zeuschner

Finanzen

Cathleen Lessnau

Margarete Neckerauer

Aleksandra Przewoska

Monika Rüdiger

Karin Schwettmann

Victoria Szeib

Hauswirtschaft und Technik

Beate Ahrens

Natalie Allenberg

Eva Blasczyk

Grazyna Dutka

Hannah Gathimba

Andrea Häßler

Stefanie Lewandowski

Gerhard Liepe

Andrea Liepe-Hoops

Ines Mann

Ute Scheutzow

Dennis Schubert

Lydia Zgodda

Auszubildende

Giovanna Schiano

DE

I

II

III

IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin

IV

V

VI

VII

VIII

IX

IV. Die Mitglieder des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin

Rechtsträger der Europäischen Akademie Berlin ist der eingetragene Verein Europäische Akademie Berlin e. V.*) dem folgende Institutionen und Persönlichkeiten angehören:

Natürliche Personen:

Bettermann, Dr. h.c. Erik, Intendant der Deutschen Welle a. D.
Despot, Dr. Andrea, stellvertretende Akademieleiterin, Berlin
Diepgen, Eberhard, Rechtsanwalt, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.
Ernst, Dieter, Staatssekretär a. D., ehem. Vorstandssprecher Berlinwasser International
Klein, Dr. Peter-Jörg, Rechtsanwalt
Löning, Markus, Inhaber, Human Rights und Responsible Business
Merkel, Petra, Präsidentin des Internationalen Bundes, Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages a.D.
Moser, Hubertus, Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Landesbank Berlin a. D.
Pfennig, Dr. Gero, Rechtsanwalt und Notar, Berlin
Rasch, Walter, geschäftsführender Gesellschafter der HPE Development GmbH;
Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.;
Senator a. D., Berlin
Roth-Behrendt, Dagmar, Juristin, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments a. D.
Sabathil, Prof. Dr. Gerhard, Europäischer Auswärtiger Dienst, Direktor der Abteilung Ostasien, Australien, Pazifik, Brüssel
Schmidt, Christian, Mitglied des Deutschen Bundestages,
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
Schmitz, André, Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Schwarzkopf-Stiftung
Stratenschulte, Prof. Dr. Eckart D., Akademieleiter, Berlin
Wowereit, Klaus, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

Juristische Personen:

Berliner Volksbank eG
vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden Dr. Holger Hatje
Deutsche Telekom AG
vertreten durch Fritz Uwe Hofmann, Leiter der politischen Interessenvertretung

Vorstand:

Dr. Peter-Jörg Klein, Vorsitzender
Dr. Andrea Despot, stellv. Vorsitzende
Petra Merkel, stellv. Vorsitzende
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, stellv. Vorsitzender, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Kassenprüfer:

Markus Löning
Walter Rasch

DE

I

II

III

IV

V. Danksagung

V

VI

VII

VIII

IX

V. Danksagung

Das Profil der Kooperationspartner prägt das Bild der Europäischen Akademie Berlin und führt zu einer dichten Vernetzung inhaltlicher Arbeit, die in einer breiten Palette europäischer Themen ihren Ausdruck findet.

Zum einen möchten wir die Kontinuität dieser Arbeit beibehalten und dabei zum anderen einen Schwerpunkt auch auf die Wahrung der Vielfalt legen, die durch die Suche und Begegnung mit neuen Partnern gewährleistet werden kann.

Wir danken folgenden Institutionen, die die laufende Arbeit der Europäischen Akademie Berlin finanziell unterstützt haben:

- Auswärtiges Amt
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Education, Audiovisual & Culture Executive Agency
- Europäische Kommission, Brüssel
- European Citizen Action Service (ECAS)
- Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Nicht möglich wäre die Arbeit der Akademie auch ohne die Kooperation mit zahlreichen Partnerorganisationen, denen an dieser Stelle ebenfalls gedankt sei:

- Academia Baltica
- Adam Mickiewicz Universität Poznan, Polen
- Andrassy Universität Budapest, Ungarn
- ANGELIS & PARTNER, Berlin
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
- Arbeitskreis europäische Integration (AEI)
- ArmActive – Youth Center, Armenien
- Asociace pro mezinárodní otázky (Association for International Affairs, Prague)
- Association Nationale de Juges de Proximité
- B.A.T.I. - Initiative der europäischen Türken in Berlin e.V.
- Berliner Netzwerk für junge Osteuropa-Expert*innen (JOE)
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH
- Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern
- Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien
- Botschaft der Republik Georgien
- Botschaft der Republik Kroatien

- Botschaft der Republik Moldau
- Botschaft der Republik Polen
- Botschaft der Republik Slowenien
- Botschaft der Republik Türkei
- Botschaft der Tschechischen Republik
- Botschaft der Tunesischen Republik
- Botschaft der Ukraine
- Botschaft der Volksrepublik China
- Botschaft des Königreiches Großbritannien
- Botschaft des Königreiches Marokko
- Bürgermeisteramt Stadt Bamberg
- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
- Bundesministerium des Innern
- Bundesrat
- Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter
- Bundesverband landwirtschaftliche Fachbildung, Bonn (vlf)
- Bundesverwaltungsamt
- Bundeswehr
- Busunternehmen Warschau (MZA)
- Citizens of Europe e.V.
- complan Kommunalberatung, Potsdam
- CoMun – kommunale Lernnetzwerke
- Council of the Baltic Sea States Secretariat (CBSSS)
- Danube Competence Center
- Danube Region Strategy Culture & Tourism
- Deutsch-Armenisches Forum e.V.
- Deutsche Botschaft Belgrad
- Deutsche Botschaft Lissabon
- Deutsche Botschaft London
- Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht (DGAR)
- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)
- Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.
- Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAK)
- Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
- Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

- Deutsch-Russischer Austausch
- Diplomatisches Institut Bulgarien
- Diplomatisches Institut Kroatien
- Discussion and Analytical Society Liberal Club, Belarus
- Ecole Nationale d'Administration Tunis
- EurActiv-Netzwerk
- Europabeauftragte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf
- Europabeauftragte des Bezirks Steglitz-Zehlendorf
- Europabeauftragte des Bezirks Treptow-Köpenick
- Europa-Union Havelland
- Europa-Union Hessen
- Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz
- Europäische Akademie Schleswig-Holstein
- Europa-Union Berlin
- Europa-Union Deutschland
- European Network for Education and Training (EUNET)
- European Union of Judges in Commercial Matters (UEMC)
- Federacion estatal de Asociaciones de Justicia de Paz y Proximidad
- Federazione Magistrati Onorari di Tribunali
- Forschungsstelle Osteuropa
- Freie Universität Berlin
- Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- Fulbright Kommission, Berlin
- Fundacja Aleksandra Kwaśniewskiego „Amicus Europae“, Polen
- Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)
- Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit Belgrad
- Hanns-Seidel-Stiftung
- Hochschule für angewandte Wissenschaften, München
- HSO Wirtschaftsschule Schweiz
- Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
- Inforadio (rbb)
- Institute for Democracy and Euroatlantic Studies, Tiflis
- Institute for Development and Social Initiatives (IDIS) “Viitorul” Chisinau
- Institute of International Politics and Economics, Belgrad
- Institute Euro-Atlantic Cooperation, Kiew
- Internationales Gymnasium Pierre Trudeau, Magdeburg
- Istanbul Policy Center der Sabanci Üniversitesi

- Junior Achievement, Aserbaidshon
- Konrad-Adenauer-Stiftung
- Kuro Hradec Králové, Culture and Volunteering, Tschechische Republik
- Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Europäische Angelegenheiten
- Landeshauptstadt Potsdam, Wirtschaftsförderung
- Landeshauptstadt Stuttgart, Wirtschaftsförderung
- Landeskriminalamt Berlin
- Landesvertretung von Baden-Württemberg
- Landgericht Berlin
- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
- Lepsiushaus Potsdam
- Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam
- Nomos Verlag
- Northern Ireland Lay Magistrate's Association
- Offizierschule der Luftwaffe Fürstenfeldbruck
- Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin
- Polizei Berlin
- Polizei Brandenburg
- Polska Fundacja imienia Roberta Schumana (Polnische Robert Schuman Stiftung)
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- Prüfungsamt für die notarielle Fachprüfung bei der Bundesnotarkammer
- Referat für internationale Kontakte der Stadt Freiburg
- Regionaler Ausbildungsverband Steglitz-Zehlendorf
- République Tunisienne Ministère de la Fonction Publique, de la Gouvernance et de la Lutte Contre la Corruption
- Robert Bosch Stiftung
- Rochus und Beatrice Mummert-Stiftung
- Sächsische Staatskanzlei
- Sächsisches Staatsministerium des Innern
- Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremen
- Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin

DE

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

- Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (Berliner Verfassungsschutz)
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
- Senatskanzlei Berlin
- Slovak Foreign Policy Association (SFPA)
- Sophie-Scholl-Schule, Staatliche Europaschule Berlin
- Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
- Staatsministerium Baden-Württemberg
- Stadtentwicklungsplanung, Freiraumplanung, Statistik und Stadtforschung, Stadt Mannheim
- Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH
- Stadtplanungsamt Leipzig
- Stadt Sindelfingen
- Stadtverwaltung Wuppertal
- Stadt Wolfsburg
- Startup Campus Stuttgart
- Steuerungsdienst des Bezirksamtes Neukölln
- Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Warschau
- Stiftung Mercator
- taz. die Tageszeitung
- Technische Universität Dortmund
- Transparency International Deutschland e.V.
- Unie de Rechters in Handelszaken in België (URHB)
- Universität Passau
- Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen e. V. (VÖBAS)
- Vereinigung der fachmännischen Laienrichter Österreichs
- Verkehrsverwaltung Warschau (ZTM)
- Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
- Volkshochschule Diepholz
- Zeitschrift Osteuropa
- Zentrum für Europastudien (OBIEE) der Universität Poznan, Polen

VI. Annual Report 2016 - Overview

1. Supporting European civic education activity in schools
 2. Dialogue with members of the public
 3. Cooperation with the media
 4. Meetings and events for young potential leaders
 5. Strengthening volunteer and honorary work
 6. Civic education in the Federal Armed Forces
 7. Spheres of activity: The Balkans, Eastern Europe, North Africa
-

VI. Annual Report 2016 - Overview

The European Academy Berlin – a European ‚agora‘

‚Europa verstehen. Europa gestalten‘ – Understanding Europe. Shaping Europe: this maxim encapsulates – in a nutshell – the guiding principle, mission and goal of the European Academy Berlin (EAB). The principle also incorporates a two-fold aspiration. As a disseminator of knowledge the Academy aims to explain policies and politics and to communicate European political connections. By strengthening the critical ability of each individual citizen, EAB in this way makes its contribution towards a vital civil society in Germany and in Europe.

By these means the Academy is contributing – entirely in the spirit of its foundation – towards international understanding in Europe, and is increasing international appreciation for Europe.

In addition to the above, the Academy functions as a kind of modern agora. It provides a framework and a space for participants to make their own political decisions, for exemplary and applied learning and acts as a platform for positions and discourse for participants from academia, politics and civil society, which can be presented and reflected in their wide diversity.

The Academy reaches an international public and continually makes cross-border international debates possible with topics and trends currently at issue and with a sound grasp of subject matter, professional and pedagogic-didactic standards and specifications.

Vision and approach

The vision of the association board and that of the staff at the European Academy Berlin is of a peaceful, democratic, united Europe which acts in concert, which is committed to the basic principles of solidarity and of sustainability and is able to bring its influence in accordance with these to bear at the global level.

The European Academy Berlin plays its part in realising this vision by supporting inhabitants of the European Union in forming their own opinion about European issues and becoming actively involved in the European discourse; moreover, by aiding partner and neighbouring countries of the European Union to develop their own country in harmony with European standards economically and politically and to establish a close relationship with the EU.

Challenges ...

The European Union has – since the founding of the first European Community – developed to a considerable extent. Integration, originally restricted to a monosectoral application for coal and steel, was extended and at the same time the European Union grew from six to its current 28 member states. The internal market, freedom to travel under the Schengen Agreement or monetary union are some of the elements of European integration which are immediately obvious to members of the general public. The European Union is without doubt the success story of the 20th century, however, it has (at least since enlargement towards the East in 2004) failed to come to an understanding about which goals members wanted to achieve jointly in the 21st century.

When the European Union initially encountered difficulties because of monetary turbulence and then because of the ‚refugee crisis‘, in many European countries nationalist-populist movements and parties were formed which rejected European integration altogether. As a result the danger exists that the European Union can perform its tasks to an ever worse extent, which in turn would lead to yet more loss of acceptance. In 2016, moreover, one of the largest and most important member states of the European Union, to be precise, the United Kingdom, decided to exit the EU. These developments might well, if they lead to a collapse or loss of function of the European Union, have wide-ranging consequences for the citizens of EU countries, since they would be deprived of the opportunity to exert an influence on shaping the framework conditions for their future. After all, it has long ago become clear that the major challenges of our age – from having a say about globalisation via guaranteeing security up to environmental protection and climate change – can no longer be addressed adequately or even solved solely in the national context.

Countries in the Western Balkans are continuing to aspire to membership of the European Union, because they expect from this a stable democratic political framework and support in their economic transformation processes. Even though enlargement euphoria in the European Union has disappeared, it is also in the interests of the EU, at least in the medium term, to integrate the countries into the Union and thus make the region part of a value-based democratic Europe.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

In the east of Europe there is integration rivalry between the EU on the one hand and the Russia-dominated Eurasian Economic Union on the other hand. Russia is making considerable efforts in order to impede western orientation by Georgia, Armenia, Moldova or Ukraine. In the countries just mentioned there are substantial efforts to democratise the countries and, both in politics and in the economy, to develop based on the standards of the European Union. This process is far from proceeding straightforwardly, on the contrary, due as well to internal veto players it runs into difficulties again and again.

Stability in the southern neighbourhood of the European Union, that is, in countries such as Tunisia, Morocco, Algeria, Egypt and also Libya, is of major significance not only for the people who live there, but also for the European Union itself, because instability in Northern Africa is directly associated with growth of migration flows to the European Union.

... and responses by the European Academy Berlin

The European Academy Berlin is reacting to the challenges outlined above by means of seminars, conferences and other types of meetings which make a contribution towards solving the problems described above:

1. Supporting European civic education activity in schools

Schools are the best way to familiarise young people with European political issues, and to empower them to form a personal opinion and to become involved in accordance with their views. For this reason, schools offer qualified teachers the opportunity to formulate educational content on European affairs. The European Academy Berlin therefore perceives this as its work to support teachers in their activities, to provide them with up-to-date material and at the same time to offer an opportunity for them to undertake further training on European issues.

In 2016, EAB continued the ELIN (Teacher training on Europe in Northrhine-Westphalia) project. In this project teaching staff from this federal state have elaborated four modules for lesson work in schools, enabling the topics of ‚Escape and migration‘, ‚European internal market‘, ‚The EU as international player‘ as well as ‚Why Europe?‘ to be taught. Assistance from the Stiftung Mercator foundation and from the Regional Ministry for Schools and Further Education, as well as cooperation with TU Dortmund University, made this project, which is scheduled to be completed in 2017, possible. In addition to elaborating the lesson modules, in the federal state several continuing education meetings for teachers were organised on the topics and modules.

In Berlin EAB initiated during the reporting period a continuing education measure for teachers which is arranged in terms of in all five two-day modules continuing until the end of the school year 2016/2017. For a fixed group of participants, in this instance information and material on the topics of history, migration, EU international action, areas of freedom, security and justice, as well as on European identity are being made available. In 2017, the group will travel to Brussels for two days, in order to have discussions there on the spot.

Furthermore, EAB has developed and carried out a format known as the ‚Berlin Europe Club‘, in which Berlin and Brandenburg teachers are provided with current information and material. Four of these meetings, which in each case continue for the whole afternoon, were held in 2016.

For lessons in the first and in the second stages of high school (ISCED classification levels 2 and 3) the Academy has designed a lesson unit and made this available (in German) online, which means it is possible to conduct up-to-date and competence-oriented instruction on a number of aspects of the European Union (www.eab-berlin.eu).

With one Berlin school a one-day workshop on the topic of integration and cooperation was organised, based on the role playing exercise called Suity Hero.

In cooperation with the Federal Agency for Civic Education EAB held two multi-day workshops for teachers, in which they were familiarised with simulation exercise work and in which they elaborated their own simulation exercises for use in lessons.

Together with a non-profit organisation supporting business education at non-specialised secondary schools (VÖBAS), a seminar took place addressing cohesion in the European Union. The target groups were teachers and disseminators in non-formal education.

‚Teaching history in the classroom‘ was the title for a meeting to which 20 history teachers from the United Kingdom were invited and were then able to familiarise themselves with the teaching of history in Germany.

For German and Polish school students there took place in cooperation with the European Academy Sankelmark a summer school in Sankelmark and Berlin, during which young people could meet and get to know one another.

In conjunction with a secondary technical college a debate on the subject of large-scale animal husbandry in Europe took place.

2. Dialogue with members of the public

Long gone are the days in which the European Union was an elite project in which most people took no interest, but nevertheless supported it. It is – precisely in dealing with populist simplifications - extremely important to involve citizens from different walks of life in the European discourse.

EAB also organised a seminar in 2016 with - predominantly - young farmers which was addressing questions of European agricultural policy.

A seminar, conducted in cooperation with the German Europa-Union (part of the Union of European Federalists network), dealt with scenarios for further development of the European Union. Religious tolerance and Jewish life in Germany and Europe were subjects in another seminar.

The EAB has also moreover conducted public events, usually in collaboration with the respective official responsible for the EU in various Urban Districts of Berlin, in which participants considered questions of the European Defence Union, the relationship between Turkey and Europe, current challenges facing the European Union in connection with the euro and refugee crises, as well as Brexit, the future of the European Union, about European commemoration with reference to the Second World War and about the priorities of the Slovak EU Council presidency. Drawing up a summary in a talk show format brought this series of events to a close. All the meetings were organised in inter-active terms, in order to give participants an opportunity to become actively involved with their questions, opinions and interests.

In a public meeting, prospects for European-American cooperation with the new US administration were discussed in the immediate aftermath of US presidential elections.

The ruling by the European Court of Justice on ‚Safe Harbor‘ as far as data protection is concerned was also the topic in a seminar which was addressed to 25 experts in the field of data protection and freedom of information.

There was great attention attracted to a meeting entitled ‚The Danube Salon‘, held in cooperation with the federal state of Baden-Württemberg representative office and the Serbian Embassy in Berlin, at which approx. 200 participants from the fields of politics and tourism considered the EU Danube region strategy.

3. Cooperation with the media

EN

Cooperation with the media in Germany

Cooperation with the media is for EAB an important component of its work because it is possible in this way to reach a wide circle of people. With rbb (Rundfunk Berlin-Brandenburg), the regional public service broadcaster, in 2016 the Academy carried out three events, of each of which a one-hour long edited version was broadcast. Topics were possible ways out of the crisis of the EU, cooperation between news radio broadcasters in Europe establishing a European public sphere, as well as the impacts of the Austrian presidential elections.

EAB staff members were regularly available to German media organisations as interview partners or interlocutors - on twelve occasions for the N24 TV station, five times for the news broadcaster ntv, twice for the SAT 1 news, twice for the RTL Night magazine programme and a total of twenty times for various public service (ARD) broadcasters. In addition, two talk broadcasts for private radio stations, as well as an online release in the German edition of The Huffington Post and on Die Zeit Online.

Cooperation with the media outside Germany

In establishing a European public opinion sphere, it is important to include also foreign media - and thus their audiences - in the discourse. In 2016, EAB conducted seminars for journalists from the respective country in Portugal (Lisbon) and in Slovakia (Bratislava). The Academy also hosted journalists from various European countries in a total of four seminars which were held in Berlin. In these ways it was possible to bring discussions taking place in Germany also into other countries and to take on board suggestions from these countries too.

Target groups for these events were journalists from various European countries dealing with European policy issues. Academy staff members were also available to foreign media as interview partners, for example, on three occasions for Turkish State television, twice for Swiss radio, once for the Portuguese business magazine ‚Noticias‘, and even on one occasion for Iranian television.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

4. Meetings and events for young potential leaders

The European Academy Berlin directs its propositions also towards young professionals, young persons who are in the early stages of their professional lives and are likely to achieve leadership positions in a few years' time. Young academics are also included in this programme.

In total, 22 in the main multi-day events were held within this framework, directed primarily towards young professionals from Germany, Poland, the Czech Republic and Turkey, but also from Switzerland and the Balkan States. Using a variety of debate formats, ranging from traditional panel discussions through to an 'EU slam', current issues in the present development of the European Union, EU relations with its neighbours, as well as prospects for the further development of the EU were addressed.

In the '#neuLAND' project, dealing with social entrepreneurship, young social entrepreneurs from the countries of the EU Eastern Partnership, as well as from Russia, were invited to Germany. Following an introductory seminar in Berlin, they travelled individually to various locations in Germany where by talking with experts they acquired concrete suggestions for their own projects in their home countries and exchanged views with German counterparts about social entrepreneurship. Then they returned to Berlin and presented their proposals, the best of which were awarded a start-up bonus.

5. Strengthening volunteer and honorary work

The social model in the European Union and in Germany as well is based to a major extent on an active civil society and on ensuring that citizens become involved by means of individual commitment. For several years EAB has been working with persons who are active in the context of the justice system as lay judges or assessors not only, but mainly, in the agricultural sector. The Academy collaborated in running the European Day of Lay Judges and organised four seminars for lay judges in the agricultural sector, dealing with topics including factory farming and land lease rights; the activities were financially supported by the Landwirtschaftliche Rentenbank (German development agency for agribusiness).

6. Civic education in the Federal Armed Forces

Civic education is an integral part of the integration of the Federal Armed Forces into European defence structures, particularly in an increasingly complicated world with ever more complex security structures and requirements. Decisions by the respective officer in command determine whether civic education in the armed forces actually takes place or falls victim to time pressure from other tasks. EAB conducted three seminars in civic education and about civic education with prospective commanders in the Federal Air Force. 'Lernort Berlin' (Berlin as learning location) demonstrates how historical and civic education can be provided in attractive and varied ways.

7. Spheres of activity: The Balkans, Eastern Europe, North Africa

EN

The Balkans sphere of activity

Some of the Balkan countries are already part of the European Union, others wish to be. Cooperation and transfer of standards to or within this region are therefore of particular importance. In 2016, the European Academy Berlin again organised workshops for young diplomats from the Balkan and Black Sea regions, in cooperation with the Hanns Seidel Foundation and the respective diplomatic institutes, held in Sandanski (Bulgaria) and in Dubrovnik (Croatia). The topics in these two seminar weeks were mainly security and energy supply in South-East Europe.

In Priština (Kosovo) furthermore, a representative of the Academy participated in an organising role in a seminar on regional security, in this case held under the auspices of the Friedrich Ebert Foundation.

In Berlin, a seminar was held with senior representatives from the Serbian EU office, including the Serbian chief negotiator for EU accession negotiations. The aim of the meeting was on the one hand to familiarise participants with Germany's view on the Balkan region, but also to inform the German public about Serbian positions and wishes. In addition to the seminar, for members of the German public from politics and the media, a public event, attended by 55 people, took place in cooperation with the Hanns Seidel Foundation.

A conference in cooperation with the German Institute for International and Security Affairs (SWP, Stiftung Wissenschaft und Politik), as well as the Stiftung Mercator foundation focused in particular on the role of Turkey in South-Eastern Europe and was addressed to members of think tanks and research institutes.

The Eastern Europe sphere of activity

Since 2009, the European Union has been applying the Eastern Partnership policy with countries in Eastern Europe. In this context, special importance in its difficult reform process accrues in support for Ukraine. The European Academy Berlin has therefore carried out – with the support of the Federal Foreign Office - nine seminars over several weeks, for members of Ukrainian regional authorities, in which good governance issues were not only discussed, but also during location visits views were exchanged and questions answered.

In addition, two alumni events took place in Kiev and Lviv, which served to consolidate the network which had been formed. In the seminars there was intense attention given to provide adequate space in which to reflect on transferability and/or adaptation of lessons learnt.

Detailed and timely evaluation as well as regular visits to the regions of Ukraine also ensured that the seminars were fine-tuned to the needs of the regional authority personnel.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

The North Africa sphere of activity

The European Union has great interest in that democratic and economic developments are proceeding in the countries of the southern Mediterranean, which will enable their inhabitants to live safely, both physically and socially. As part of bi-lateral transformation partnerships, the Federal Republic of Germany supports this process. With the support of the Federal Foreign Office, the European Academy Berlin initiated a German Moroccan Academy for Good Governance, in which regularly staff members of Moroccan authorities come for month-long visits to Berlin, to familiarise themselves with standards and practices of Good Governance, to exchange views and ideas with German experts and at the same time to report about their country and the progress and difficulties to be noticed there. Nine such seminars were held in 2016; also an alumni seminar was carried out in Rabat (Morocco).

A further seminar offer is specifically aimed at urban planners from Tunisia, Morocco and Algeria. Participants come twice for four weeks to Berlin and in addition observe for one or two weeks in a German city. They become acquainted in this way with German planning approaches and methods, interact with experts and gather information and suggestions in each case for a personal project, which they then implement in their home country. Six seminars of this nature, collected under the title of ‚Baladiya‘, took place with the support of the Robert Bosch Foundation in 2016. To maintain the network, EAB has also carried out two alumni meetings in Sousse (Tunisia) and Algiers (Algeria).

What we are aiming to achieve: outcomes and impacts

The aim of all the measures taken by the European Academy Berlin was

- to strengthen the understanding of the participants for Europe and for European Union policy,
- to enable them, or to assist them, by means of informative and skills training, to become actively engaged in European discourse,
- to convey knowledge and skills which play a part in enabling European standards in politics and public service to be applied in partner countries as well.

The effect on society is thus

- that more people are interested in European-policy contexts and can locate themselves within the European multi-level system and thus are also able to become involved,
- that populist slogans are exposed as false solutions,
- that societies in partner countries may develop democratically and prosperously.

VII. The team of the European Academy Berlin

VII. The team of the European Academy Berlin

Dr. Mechthild Baumann

Dr. Mechthild Baumann is a seminar director, working on issues in migration, security, justice, participation and advancement of women. In 2007, she set up the Institute for Migration and Security Studies (IMSS), for analysis, education and consultation on homeland security and migration questions. Furthermore, she is on the academic staff at the University of Potsdam, Hertie School of Governance and the French École nationale d'administration (ENA), Paris. She is a member of the German group 'Team Europe', supported by the European Commission and the European Parliament, and is co-founder of the 'European women in Berlin' network. Dr. Mechthild Baumann completed her studies in Political Science at the Free University of Berlin and the Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) with two degrees (MA equivalent). In 2005 she received a doctorate from the Humboldt University of Berlin (Berlin Graduate School of Social Sciences), with a scholarship from the German national academic foundation (Studienstiftung des deutschen Volkes), about Europeanisation of border security.

Simona Bellini

Simona Bellini has been working at the European Academy Berlin since September 2015. Initially employed as student support staff, she was appointed as project assistant in 2016. She works in particular on organisational support for a project entitled 'Baladiya – new paths in urban development', which was first created in 2013 and which works for exchange and contacts between Northern African and German experts in the fields of town planning and urban development. Simona Bellini studied Linguistics and Cultural Studies with a subsidiary in Business studies from 2009 to 2012 at the University of Genoa in Italy. Following on from a period of study focusing on the Social Economy at the University of Campinas in Brazil, she took an international course of study entitled Political Economy of European Integration at the Berlin School of Economics and Law and in 2016 gained her MA degree.

Anika Bergmann

Anika Bergmann has been working as a project assistant to support the Academy team since October 2016. The points of main emphasis in her work include the international visit tours which are carried out on behalf of the German Federal Foreign Office, as well as the project known as 'Europa in der Schule – Lehrerfortbildungen in Nordrhein-Westfalen' (Europe in schools – teachers' continuing professional education in North Rhine-Westphalia). Prior to joining EAB, she was in charge of daily management in an emergency shelter for refugees in Michelstadt, operated by the German Red Cross. In 2015 she took a master's degree in Political Sciences with a subsidiary in Public Law at the University of Heidelberg. Anika Bergmann took her first degree in German-French Studies at the universities of Regensburg and Clermont-Ferrand, being awarded a dual German and French BA in 2011.

 **Eva Blasczyk**

Eva Blasczyk has recognised qualifications in the restaurant management and catering fields; since August 2007, she has worked at the European Academy Berlin in the hotel and domestic staff division. After successfully completing restaurant training in 1988, she worked in a number of restaurants, serving at table, counter and in retail management fields. Since December 2009, she has coordinated activities in the hotel and domestic staff division and as such is responsible for coordinating many and varied areas of domestic tasks which are indispensable for the smooth running of seminars, conferences and special events in the Academy, including lodging and full board services for residential guests.

 **Beate Blasum**

Beate Blasum has been working in the reception desk office at the European Academy since December 2014. After concluding her professional training in Hotel Management, since 1992 she has gained experience by working in numerous resort and city hotels in Germany, Austria and Switzerland. Prior to moving to Berlin in 2008, she had worked in Munich, Mainz and Limburg on the Lahn in Germany. Ms. Blasum has responsibility in her duties at the Academy for hotel and seminar room reservation and is a point of contact for any questions arising during the guests' stay at the Academy.

 **Ute Böhr**

In her capacity as project manager, Ute Böhr has worked at the European Academy Berlin since May 2008 and is responsible for coordinating and organising seminars and conferences, in particular the Academy for Good Governance operated in conjunction with the Republic of Tunisia and the Kingdom of Morocco. Furthermore, she organises the bi-national exchange programme entitled 'likeminds – a german-turkish junior expert initiative' and several other seminar events. Previously she was a freelance project and PR manager for international organisations, publishing houses and agencies in the fields of project management, press and PR activities, marketing, sponsoring and strategic networking. She took her degree in German Studies, French Studies and Politics at the universities of Cologne and Berlin.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Dr. Elisabeth Botsch**

Dr. Elisabeth Botsch is a seminar director at the Academy, and as such is responsible for initiating and planning seminars and other meetings held at the Academy. Her points of main emphasis include EU enlargement, governance, civil society, gender equality and non-discrimination. She works also as expert in the SEN anti-discrimination network advising the European Commission. In addition, she lectures at the Berlin School of Economics and Law. She headed the Federal Office in the Deutscher Frauenring e.V. (Association of German Women) until 2012. Dr. Botsch read History and Politics at Freiburg University, at the Free University of Berlin and at the Paris I - Panthéon-Sorbonne University. For nine years she was desk officer in the Paris branch office of the German Friedrich Ebert Foundation, and lectured at the School for Political Sciences in Paris (Sciences Po). In Berlin she was, amongst other positions, responsible for press and public affairs at the Embassy of Morocco and directed research projects at FIA, a research group concerning the international labour market.

 **Dr. Andrea Despot**

Dr. Andrea Despot is Deputy Director of the European Academy Berlin. She is responsible for designing, planning and implementing seminars and conferences, as well as for international research and education projects. Her points of main emphasis concern European Union external relations, transatlantic relations, transformation and Europeanisation processes in Eastern and South-Eastern Europe. Prior to joining the academic study team at the European Academy, Dr. Andrea Despot was, from 2004 onwards, a researcher in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, gaining her doctorate. Between 2001 and 2003, she was a research assistant in the Chair of Comparative Politics at the University of Erfurt. She completed her studies in Political Science, History of Eastern and South-Eastern Europe and Slavic Studies at the Ludwig-Maximilians-Universität in Munich with a Magistra Artium degree. Dr. Andrea Despot acquired her regional expertise at Harvard University, Graduate School of Arts and Sciences, where she also earned a master of arts degree. In 2007, Dr. Despot was visiting lecturer at the University of Helsinki, Finland; up to 2015, she was a lecturer at the John F. Kennedy Institute for North American Studies at the Free University of Berlin, teaching in the fields of foreign policy and security issues as well as international contemporary history. She regularly gives lectures and acts as chairperson in panel discussions, and conferences.

 **Verena Dortschy**

In her capacity as project manager at the European Academy Berlin, Verena Dortschy was responsible for organising fact-finding visits and conferences. Ms. Dortschy studied Arabic, Islamic and Iranian Studies at the Free University of Berlin, in Damascus (2005) and in Teheran (2007). Prior to this, from 2012 until 2014, as programme coordinator, she managed Transformation Partnership Programmes provided for reforming countries in the Arab world, operated by the Federal Foreign Office Training for International Diplomats unit, in cooperation with the European Academy Berlin, and was responsible for the programme alumni network and press and public relations. From 2008 to 2011, she organised various further training seminars for international diplomats at the Federal Foreign Office, such as the International Diplomats Programme (IDP), an initiative implemented in cooperation with the BMW Stiftung Herbert Quandt and The German Council on Foreign Relations (DGAP). Verena Dortschy worked at the Academy until the end of September 2016.

 **Stefanie Grothe**

Stefanie Grothe is back office manager at the European Academy Berlin and as such is responsible for all administrative tasks and fields. In conjunction with Tina Lißner, she forms the conference centre management coordination team. After completing a commercial vocational qualification she lived in the US for two years as an au pair, getting to know the country, the people and their culture. After returning to Germany she continued her studies in Berlin and successfully obtained a bachelor's degree in Business Administration. Stefanie Grothe has been working at the Academy since November 2009 in the areas of administration and personnel accounting. As of January 2016 she has returned from maternity leave.

 **Petra Günzer**

Petra Günzer has been working in the reception desk office at the European Academy Berlin since 2011. She is responsible for making reservations for hotel guest rooms, as well as for EAB meeting and event venues together with associated equipment. The guests' stay is supervised by Ms. Günzer with help and advice; she is also available as a point of contact for information. After having worked professionally in the fashion design field and in sales and marketing, she undertook retraining in 2005 and gained qualifications as hotel and tourism specialist; since this time she has been working in the hotel trade.

Maria Herwig

Maria Herwig has been working as a project assistant since May 2016 in the EAB team. Amongst other tasks, Maria Herwig collaborates on organising the bi-national exchange programme for young experts known as ‚likeminds: german-turkish junior expert initiative‘. Before joining EAB, she worked as project manager at the Berlin and Brandenburg Section of Young European Federalists, a non-profit organisation, where she was responsible for managing the Model European Parliament simulation exercise in 2015. From 2012 to 2015, Maria Herwig studied for an MA in International Relations at the TU Dresden and the Istanbul Kültür Üniversitesi. Prior to this, she took a BA degree in German-French Studies at the University of Regensburg and at Blaise Pascal University, Clermont-Ferrand, after successfully completing the course, she was awarded a bi-national degree certificate.

Carolin Krauss

Since 1996, Carolin Krauss has been responsible for managing events, including seminars and representational events for the purpose of political, economic and cultural exchange within Europe. A number of these events are held and managed on the spot, in the respective host country. She regularly organises specialised information visits for multiplier figures from abroad within the framework of the Federal Republic Visitors' Programme. Carolin Krauss serves as point of contact for representatives of the press and media partners. She has professional qualifications in translation and interpreting with a specialisation in technology.

Sina Lebert

Sina Lebert works as project manager at the European Academy Berlin, in particular as part of the ‚Baladiya - new paths in urban development‘ project, and in a project entitled ‚Europa in der Schule - Lehrerfortbildungen in NRW‘ (Continuing Education for Teachers on Europe). She completed a BA degree in French, Oriental and Islamic Studies at the universities of Bochum in Germany and Tours in France. She then received funding from the German Academic Exchange Service (DAAD) for a joint German-Turkish Master's degree in European Studies at the European University Viadrina in Frankfurt on Oder and Bilgi Üniversitesi in Istanbul. Before joining the Academy, she had been working, amongst other positions, for the Goethe Institute in Brussels and as contract staff at the Federal Foreign Office, organising continuous education seminars for international diplomats.

 **Cathleen Lessnau**

Cathleen Lessnau has worked at the European Academy Berlin since 2010 in the finances department and is responsible primarily for company and project accounting, as well as salaries and personnel accounting. She holds a bachelor qualification in trade and commerce and has worked amongst other positions as commercial clerk, executive management assistant and as head of accounting departments in small and medium-sized enterprises.

 **Gerhard Liepe**

Gerhard Liepe has been employed at the European Academy Berlin since 1994 as building supervisor and caretaker. He maintains and repairs conference and office equipment (public address systems, conference interpreting equipment, media equipment: video cutting, recording, LCD projectors, computer work stations) and lays out conference and seminar venues. In addition, he carries out repair and maintenance work in the buildings and in the Academy grounds. Prior to being employed at the Academy, Gerhard Liepe worked as a building supervisor and technician at a Berlin publishing house. He is a qualified maintenance technician and studied mechanical engineering.

 **Ina Linke**

Since March 2015, Ina Linke has been working as project assistant in the team of the European Academy Berlin. As part of this work, she collaborates in organising the Academy for Good Governance and Empowerment in Europe (AGREE) project. From 2012 to early 2015, Ms. Linke completed a masters' degree in European Studies at the European University Viadrina in Frankfurt on Oder. Previously she successfully completed a bachelor degree in Culture Studies at the University of Koblenz, after having spent time abroad in South Africa.

 **Tina Lißner**

Tina Lißner manages the reception desk office at the European Academy Berlin. She has graduate qualifications in hotel management and administration and catering fields. After having qualified at the Radisson SAS Hotel in Berlin up to 1999, she spent five years in Switzerland, working as receptionist for Leading Hotels of the World Group in Lucerne, St. Moritz and Ascona. Later, in order to increase her familiarity with the world, she worked on a cruise ship throughout Europe for six months. Tina Lißner graduated in Hotel Management and Administration, and has been reception desk office manager in the European Academy since June 2007. Tina Lißner accepts hotel reservations, negotiates with potential conference and seminar organisers and manages bookings for hotel rooms and conference centre locations. In addition, she supports hotel guests during their stay at EAB.

 **Maria Maistruk**

Maria Maistruk has been employed since March 2016 as a project assistant at the European Academy Berlin. She acts as point of contact and coordinator for Ukrainian participants involved in the project known as the Academy for Good Governance and Empowerment in Europa (AGREE). Maria Maistruk successfully completed a course of study on Translation and Pedagogics in Ukraine. In Germany she was a DAAD scholarship holder studying Intercultural Communication and European studies and was successful in obtaining an MA degree. Prior to working at the Academy she had also worked as a project assistant at the University of Leipzig and at the Leibniz Institute for Regional Geography.

 **Dr. Samuel F. Müller**

Dr. Samuel F. Müller has been working at the European Academy Berlin as seminar director since June 2016. His main areas of interest include EU external relations, particularly with Middle Eastern countries and Turkey, as well as democratisation and social integration issues. As seminar director, he is responsible for initiating and directing seminars, workshops and other discussion meetings held at the Academy. He collaborates on work towards topical areas of main emphasis and on developing new EAB formats and project arcs. Dr. Müller began his studies of Social Sciences at the Humboldt University of Berlin and received his first degree (master equivalent). At the New School for Social Research in New York he studied Political Science, received an MA and concluded this period of study in January 2016 when he was awarded his doctorate.

 **Margarete Neckerauer**

Margarete Neckerauer has worked at the European Academy Berlin since 1999. In her function as finance officer she heads the finance department, with the areas of accounting, company and project accounting, project cost accounting, control management, as well as human resources and accounting. She is a certified management accountant, having worked for national and international companies as well as in project accounting subsidised by public funding. She completed a general studies course at the Free University of Berlin in Mathematics, History and English.

 **Ruth Nießen**

Ruth Nießen has been working as a project assistant at the European Academy Berlin since December 2014. She assists in, amongst other things, organising the German-Moroccan Academy for Good Governance which holds seminars several times each year as part of the Federal government transformation partnership with the Kingdom of Morocco. From 2008 to 2012 Ruth Nießen was studying for a bachelor degree in Social Work at Alice Salomon University of Applied Sciences in Berlin. Following on from this, she took a course of studies entitled 'Nonprofit-Management and Public Governance', jointly run by the Berlin School of Economics and Law and the Berlin University of Applied Sciences, where she was awarded an MA. Before gaining her degree, Ms. Nießen completed internships in several organisations, including the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), during which she was involved in organising a ministerial visit to Western Africa, thus adding to lessons she had first learnt in international cooperation during a year abroad in Burundi.

 **Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz**

Since 2009, Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz has been a seminar director at the European Academy Berlin and in this capacity she designs, plans and carries out seminars, conferences and discussion events. Her focus of interest lies in particular on processes of Europeanisation, democratisation and transformation in Central and Eastern European countries, German and European policy towards Eastern countries as well as on German-Polish relations. She studied International Relations at the University of Wrocław in Poland and Political Sciences at Otto-Suhr-Institut in the Free University of Berlin, where she also gained her doctorate in 2010. Since 2008, she has been lecturing in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, addressing current European and integration policy topics. Weronika Priesmeyer-Tkocz regularly gives presentations, supports interactive knowledge dissemination processes and chairs panel discussions.

 **Aleksandra Przewoska**

Aleksandra Przewoska has been employed in the finance department at the European Academy Berlin since 2015 and is primarily involved in project accounting matters. In Spring 2015 she successfully completed her professional training, qualifying as management assistant in event organisation at the Berlin Chamber of Commerce and Industry. Aleksandra Przewoska worked at the Academy until the end of April 2016.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

 **Ilona Rathert**

As project manager at the European Academy Berlin, Ilona Rathert organises seminars, workshops, face-to-face and other meeting formats. In particular, she also organises, 'Baladiya – new paths in urban development', a project for North African urban planners which was launched in 2013. In addition, she coordinates and applies for funding through public institutions for seminar activities at the European Academy Berlin (for example, to the Federal Foreign Office, the Federal Agency for Civic Education or the European Commission), as well as to charitable foundations and other bodies. She organises conferences involving exchange and face-to-face meetings amongst a wide variety of national and international participants. Ilona Rathert studied Romance and Latin American Studies at the universities of Marburg, Nantes and Berlin. She trained as a tri-lingual secretary and has been employed by the Academy since 1995.

 **Claudia Rehrs**

As project manager since September 2010, Claudia Rehrs has been working at the European Academy Berlin organising seminars, continuing education courses and conferences. The main focus of her work is in the Academy for Good Governance and Empowerment in Europe (AGREE) project, which was established by the Federal Foreign Office with the aim of supporting democratic transformation in Ukraine. Claudia Rehrs continues also to organise a variety of conference-type meetings for European lay judges and justices, civic education seminars for members of the Federal Armed Forces as well as varying seminars and workshops for young people from all over Europe. From 2004 to 2007, Claudia Rehrs read Cultural Studies at the European University Viadrina in Frankfurt on Oder. In May 2010, she completed her academic studies at the universities of Göttingen in Germany, Olomouc in the Czech Republic and Pune in India and received an MA in Euroculture. Prior to university, Ms. Rehrs worked for one year in Geneva, after her first degree she worked for one year in Ireland.

 **Monika Rüdiger**

Monika Rüdiger concluded her studies in economics at the University of Kassel in July 2012, being awarded a first degree (master equivalent). As part of her university studies she undertook an integrated period of practical training in the EAB finance department. Prior to studying at university she successfully completed recognised professional training in Business Studies and acquired initial work experience in medium-sized enterprises. Since May 2016 she has been working in the EAB finance department and primarily deals with processing EAB project accounting matters.

 **Karin Schwettmann**

Karin Schwettmann has been working in the financial department since 2016 and is primarily involved with company and project accounting. She is a general accountant and gained well-founded professional experience in senior positions in financial services as well as working as audit assistant in an accounting firm.

 **Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte**

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte has been Director of the European Academy Berlin since 1993; he is also the managing member on the executive board of the body maintaining the EAB, the Verein (association) known as ‚Europäische Akademie Berlin e.V.‘. He represents the Academy in external affairs and to the various organs of the association. In his capacity as director of the Academy, he is responsible for coordinating and directing theoretical, educational and administrative matters in all the various fields at the Academy. In addition, he organises personally his own seminars. At the European Academy Berlin, Prof. Stratenschulte is responsible for a project entitled ‚Europa in der Schule - Europäische Lehrerfortbildungen in NRW‘ (Continuing Education for Teachers on Europe). Professor Stratenschulte regularly publishes articles and books on European and social policy issues. He is a lecturer in Political Sciences at the Free University of Berlin. Prof. Stratenschulte read Politics, German Studies and Sociology and on conclusion of his studies received an MA degree in Sociology, state qualification for teachers at secondary schools, and a doctorate.

 **Victoria Szeib**

In 2011, Victoria Szeib completed a period of practical training in the European Academy Berlin as part of her degree studies. Since 2013 she has been working in the finance department and is primarily involved with project accounts. In November 2012, she completed her studies at the Berlin Hochschule für Technik und Wirtschaft (University of Applied Sciences) and received a Bachelor of Arts degree in Business Administration.

 **Jan Zeuschner**

Jan Zeuschner has been working in the reception desk office at the European Academy Berlin since October 2016. After successfully completing training in the hotel trade in 2006, he worked in a number of hotels in the federal state of Brandenburg, both as permanent staff and also as freelance waiting and service employee; in this way he acquired experience in a wide variety of tasks involved in hotel and hospitality fields. He is currently undertaking distance learning for a nationally recognised qualification in Hotel Management Studies. In the European Academy Berlin Jan Zeuschner is a point of contact for any requests and needs relating to a stay in the Academy. He is responsible for booking hotel and meeting rooms.

EN

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

The team of the EAB

Heads

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Dr. Andrea Despot

Seminar team

Dr. Mechthild Baumann
Simona Bellini
Anika Bergmann
Dr. Elisabeth Botsch
Ute Böhr
Verena Dortschy
Maria Herwig
Ina Linke
Carolin Krauss
Sina Lebert
Maria Mastruk
Dr. Samuel F. Müller
Ruth Nießen
Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz
Ilona Rathert
Claudia Rehrs

Reception and office administration

Beate Blasum
Petra Günzer
Tina Lißner
Stefanie Grothe
Jan Zeuschner

Finances

Cathleen Lessnau
Margarete Neckerauer
Aleksandra Przewoska
Monika Rüdiger
Karin Schwettmann
Victoria Szeib

Catering, housekeeping and technician

Beate Ahrens
Natalie Allenberg
Eva Blasczyk
Grazyna Dutka
Hannah Gathimba
Andrea Häßler
Stefanie Lewandowski
Gerhard Liepe
Andrea Liepe-Hoops
Ines Mann
Ute Scheutzow
Dennis Schubert
Lydia Zgodda

Trainee

Giovanna Schiano

VIII. Members of the registered association (institutions and persons)

VIII. Members of the registered association (institutions and persons)

The European Academy Berlin derives its legal identity from the Europäische Akademie Berlin e.V., a registered association*, which includes the following institutions and persons:

Natural persons:

Dr. h. c. Erik Betterman, former Director of Deutsche Welle
Dr. Andrea Despot, Deputy Director of the European Academy Berlin
Eberhard Diepgen, Lawyer, former Governing Mayor of Berlin
Dieter Ernst, former State Secretary, former spokesperson for the Board of Berlinwasser International
Dr. Peter-Jörg Klein, Lawyer
Markus Löning, owner, Human Rights und Responsible Business
Petra Merkel, President of the Internationaler Bund, former Chairwoman of the Budget Committee of the Federal Parliament
Hubertus Moser, former Chairman of the Managing Board and Board of Directors of Landesbank Berlin
Dr. Gero Pfennig, Lawyer and Notary public, Berlin
Walter Rasch, Managing partner of HPE Development GmbH, Chairman of the Federal Association of Private Housing and Real Estate Companies e.V.; former Minister in Berlin
Dagmar Roth-Behrendt, Lawyer, former Vice President of the European Parliament
Prof. Dr. Gerhard Sabathil, European External Action Service, Director, Directorate I B East Asia, Australia and the Pacific (Brussels)
Christian Schmidt, Minister, Federal Ministry of Food and Agriculture, Member of the German Parliament
André Schmitz, former Secretary for Cultural Matters of Berlin, Chairman of the Schwarzkopf Foundation
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Director of the European Academy Berlin
Klaus Wowereit, former Governing Mayor of Berlin

Corporate entities:

Berliner Volksbank eG represented by Dr. Holger Hatje, Chairman of the Board
Deutsche Telekom AG represented by Fritz Uwe Hofmann, Head, political representation of interests division

Managing Committee:

Dr. Peter-Jörg Klein, Committee Chair
Dr. Andrea Despot, Committee Deputy Chair
Petra Merkel, Committee Deputy Chair
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Committee Deputy Chair, Managing Committee Member

Cash auditors:

Markus Löning
Alexander Longolius

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse

IX

IX. Die Europäische Akademie Berlin im Spiegel der Presse

Gazette Zehlendorf, Januar 2016

Ein Bezirksbürgermeister in Athen

Referat vor griechischen Regionaljournalisten

Am 7. Dezember sprach Bezirksbürgermeister Norbert Kopp in Athen anlässlich eines Seminars für 25 griechische Regionaljournalisten zum Thema „Die Aufnahme von Flüchtlingen als kommunalpolitische Herausforderung“. Weitere Themen-Schwerpunkte des Seminars waren das Verhältnis Deutschland/Griechenland im Zusammenhang mit der Krise Griechenlands sowie die Frage nach Deutschlands Rolle in Europa.

Von der Europäischen Akademie Berlin war Norbert Kopp als Referent nicht zuletzt deshalb ausgewählt worden, weil der Bezirk Steglitz-Zehlendorf seit über 25 Jahren zu der griechischen Kleinstadt Sochos in der Gemeinde Lagadas gute städtepartnerschaftliche Beziehungen unterhält, und der Griechisch-Deutsche Förderverein e.V. in Lichterfelde seinen Sitz hat und von jeher fest mit dem Bezirk verbunden ist. Steglitz-Zehlendorf ist es auch, wo im September 2014 die „Ausbildungsinitiative mit Weitblick“ startete, in deren Rahmen 11 Auszubildende aus der Partnergemeinde Lagadas ihre dreijährige Ausbildung an sechs Unternehmen vor Ort begannen. Neun von ihnen sind derzeit noch in der Ausbildung, drei Personen haben sich inzwischen u.a. wegen Aufnahme eines Studiums anders orientiert.

Deutschland als Helfer

In Athen zeigte der Bezirksbürgermeister den griechischen, Deutschland äußerst kritisch gegenüberstehenden Regionaljournalisten das positive Bild der hilfeleistenden Bundesrepublik, indem er ihnen im Gespräch mit Spyros Galinos, dem Bürgermeister von Lesbos, aussagekräftige Hintergrundinformationen zum Thema Flüchtlingspolitik, insbesondere aus dem Bezirk, liefern konnte. – Aus einem Bezirk, der die kommunalpolitische Herausforderung angenommen hat und sie aktuell dank der guten Zu-



Von links: Bürgermeister von Lesbos Spyros Galinos, Moderator und Journalist des Nachrichtenportals Lesvosnews.gr Gianni Sinanis, Bezirksbürgermeister Norbert Kopp.

sammenarbeit der unterschiedlichen Gremien, Institutionen und Bewohner bewältigt.

Dazu legte Norbert Kopp auch Zahlen über Verteilung und Unterbringung der geflüchteten Menschen nach dem Königsteiner Schlüssel vor: So wurden bis zum 1. Dezember 2015

leinstehenden Flüchtlinge erhält, verschwieg der Bezirksbürgermeister nicht und verwies auf die enormen Leistungen, die damit auf Schultern verschiedener Bezirks-Ämter lasten, u.a. dem Gesundheitsamt, Schulamt, Bürgeramt und Jugendamt, aber auch auf Integrationsbeauftragter und Koordinatorin für bürgerschaftliches Engagement.

Die griechischen Journalisten erfuhren von Norbert Kopp darüber hinaus, aus welchen Herkunftsländern Deutschland Flüchtlinge aufgenommen hat, und dass es in Berlin derzeit rund 300.000 Muslime und 80 Moscheen gibt.

Unterschiedliche Sichtweisen

Kritische Fragen an Norbert Kopp gab es reichlich, und die hypothetische Frage, wie er, Norbert Kopp, als Bürgermeister von Lesbos mit der Bewältigung der Flüchtlingsströme umgegangen wäre, ließ sich kaum beantworten: sind die Voraussetzungen,

unter denen beide Bürgermeister in der Flüchtlingsfrage täglich entscheiden müssen, doch zu grundverschieden.

Auffallend, dass die griechischen Gesprächspartner an die Behandlung der Seminar-Themen eher innenbezogen und emotional schuldzuweisend herangingen.

Auf dem Programm standen weitere Vorträge wie „Griechenlands Erwartungen an Deutschland“ und „Deutschlands Rolle in Europa“, ein Vortrag, den Michael Roth, MdB und europäischer Staatsminister des Auswärtigen Amtes, hielt. Er machte deutlich, dass Griechenland selbstverschuldet in die Krise ging, das System des Landes auf festere Beine gestellt werden muss. – Und dass Deutschland derjenige ist, der, obwohl von griechischer Seite immer wieder mit Schuldzuweisungen bedacht, Hilfestellung leisten möchte.

Bezirksbürgermeister Norbert Kopp hofft, durch seinen Seminarbeitrag zumindest einen Teil der Vorurteile gegen Deutschland bei den griechischen Regionaljournalisten abgebaut zu haben. Er erklärt nach seiner Rückkehr aus Griechenland: „Es war für mich ein sehr interessantes Seminar, das wieder zeigte: Wir sehen ganz andere Zusammenhänge als Griechenland und seine Presse. Deren Berichterstattung beeinflusst deutlich die Einstellung der griechischen Bevölkerung zu Deutschland.“

Initiator des Seminars war die Europäische Akademie Berlin in Zusammenarbeit mit dem Center for Democracy and Reconciliation in Southeast Europe (CDRSEE).

Jacqueline Lorenz



vom Bezirk 2356 der bis dahin von Berlin aufgenommenen 65.000 Menschen beherbergt, täglich kommen etwa 580 Menschen dazu, die im Bezirk in vier Gemeinschaftsunterkünften und acht Notunterkünften leben. Eindringlich berichtete Kopp über das Ansteigen der tiefen persönlichen Betroffenheit innerhalb der Bevölkerung, über deren hohes ehrenamtliches Engagement sowie über die Einrichtung der Willkommensklassen, die es derzeit im Bezirk an acht Oberstufen und rund 15 Grundschulen gibt. Auch die mit den Flüchtlingsströmen verbundenen Kosten, die nach Schätzung der Bundesregierung in diesem Jahr bei 10 Milliarden Euro liegen werden, sowie die Leistungen, die die große Zahl der überwiegend al-

Fachbetrieb für Garten-, Landschaftsbau & Baumpflege

- Gartenpflege
- Baumfällungen
- Entästungs- und Totholzschnitt
- Unfall- und Sturmschädenbeseitigung

F. MEISEL

Teltower Straße 34 · 14513 Teltow-Ruhlsdorf

Tel./Fax 03328-30 96 07 und 0172-3 11 00 10 · E-Mail: jofrasi1@t-online.de

FORUM bei Inforadio (rbb), 17.01.2016



So 17.01.2016 | 11:04 | Das Forum

Ein Jahr auf Bewährung - Schafft die EU 2016 den Ausweg aus der Krise?

"Europa ist in einem schlechten Zustand", das sind die Worte des amtierenden EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz. Nicht nur er warnt vor einem Zerfall der Europäischen Union. Wir diskutieren wie groß diese Gefahr ist.

Immer mehr Flüchtlinge, ungelöste Finanzprobleme, dazu die akute Terrorgefahr – die Europäische Union steht vor nie dagewesenen Herausforderungen. Manche sehen die Gemeinschaft bereits am Abgrund. Die bittere Erkenntnis von Kommissionschef Juncker – "zu wenig Union, zu wenig Europa" – ist zum geflügelten Wort geworden. Am Zustand der EU hat sich aber nichts geändert.

Wird 2016 für die Europäische Union das Jahr der Bewährung?
Was läuft nicht rund in der Gemeinschaft?
Und wer ist am Zuge, das zu verändern?

Diese und weitere Fragen diskutieren wir mit:

Prof. Dr. Tanja Börzel
FU Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politik- und Sozialwissenschaften, Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration

Prof. Dr. Heribert Hirte
Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, MdB

Prof. Dr. Stefan Kooths
Universität Kiel, Leiter des Prognosezentrums am Institut für Weltwirtschaft

Leon Stebe
Inforadio (rbb), ARD-Hörfunk Korrespondent in Brüssel (2011 – 2013)

Moderation:
Dietmar Ringel
Inforadio (rbb)

DER MODERATOR



Dietmar Ringel
Moderator, Reporter

Aufzeichnung einer öffentlichen Veranstaltung der [Europäischen Akademie Berlin](#) mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb) vom 11.01.2016.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



Themen & Materialien „Nationalhymnen in der EU“, Januar 2016

Erläuterungen für die Lehrkraft

Inhalt

Inhalt

Das neue Medienkonzept der Reihe „Themen und Materialien“

Ulf Marwege, bpb 7

Vorwort

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb 8

Einführung in das Lehrwerk

Eckart D. Stratenschulte 9

Die Autorinnen und Autoren 11

Erläuterungen für die Lehrkraft zu den Primarstufen-Materialien

A01

Stadt, Land, Flagge, Lied | Daniela Schily 13

Der Baustein ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine erste Begegnung mit der Europäischen Union. Sie nähern sich dem Thema, indem sie ihren Radius schrittweise erweitern: Familie, eigene Stadt, Land – und dann die EU. Schlussendlich malen sie das „Haus Europa“, in dem verschiedene Familien (= Nationen) wohnen. Jede Nation hat ihre eigene Wohnung (den Staat) und verfügt über eine eigene Klingel. Die Nationalhymne ist die „Klingelmelodie“. So ist es den Schülerinnen und Schülern möglich, sich spielerisch mit der Europäischen Union als einem Haus mit insgesamt 28 Familien zu befassen.

Dieser Baustein ist für die **ersten drei Klassenstufen** besonders geeignet.

Arbeitsmaterial A01/M01 bis A01/M04 auf der CD

A02

Hymnen-Memory | Daniela Schily 21

Ziel des Bausteins ist es, über Sehenswürdigkeiten und Spezialitäten bei den Schülerinnen und Schülern Verständnis für die Vielfalt innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. In einem Hymnen-Memory, bei dem sie Flagge, Sehenswürdigkeit und Hymne eines Landes in Übereinstimmung bringen sollen, können die Schülerinnen und Schüler diese Vielfalt spielerisch erfahren. Schlussendlich können sie mit den Moderationskarten ein Mobile basteln, das im Klassenraum aufgehängt werden kann.

Dieser Baustein ist für die **Klassenstufen 2 bis 4** besonders geeignet.

Arbeitsmaterial A02/M01 bis A02/M04 auf der CD

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Europas Hymnen als Unterrichtsthema

Eckart D. Stratenschulte

Fußball-Europameisterschaft, Olympische Spiele, Nationalfeiertage – es sind ganz unterschiedliche Anlässe, zu denen die Nationalhymne ertönt. Und es ist immer ein besonderer Moment, wenn dies geschieht. Selbst die Zuschauerinnen und Zuschauer von internationalen Boxkämpfen erheben sich von ihren Plätzen, wenn die Hymnen der Herkunftsländer der beteiligten Sportler erklingen, in manchen Ländern fassen die Menschen sich beim Abspielen ihrer Hymne ergriffen ans Herz.

Getragen oder militärisch zackig, im Text oftmals schwülstig und altbacken, Landschaften, Heldenmut oder Werte besingend, sind die Nationalhymnen weiterhin wichtige Musikstücke des gesellschaftlichen Lebens. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Europahymne, ein Satz aus Beethovens neunter Sinfonie, den Nationalhymnen hinzugesellt.

Das Thema „Nationalhymnen“ in elf Bausteinen

Der vorliegende Band beschäftigt sich mit den Nationalhymnen, bleibt dabei aber nicht stehen, sondern öffnet den Blick für die Staaten der Europäischen Union, für die Bedeutung des Nationalen im 21. Jahrhundert und für die gemeinsamen europäischen Werte.

Elf Bausteine befinden sich in diesem Band, je nach Baustein einsetzbar für die Klassenstufen 1 bis 12/13. Jeder Baustein besteht aus drei Teilen:

- aus den Arbeitsblättern für den Unterricht,
- aus methodisch-didaktischen Hinweisen sowie
- aus Sachinformationen, die es der Lehrkraft erleichtern sollen, schnell in das Thema einzusteigen.

Eine Kurzzusammenfassung gibt Ihnen einen schnellen Überblick.

Dabei ist auch den Autorinnen und Autoren natürlich bewusst, dass die Unterrichtssituation in verschiedenen Schulen und mit verschiedenen Gruppen so unterschiedlich ist, dass es den einen Entwurf, nach dem man verfahren kann, nicht gibt.

Die Bausteine mit ihren Arbeitsmaterialien, Hinweisen und Erläuterungen sind als Anregungen gedacht, um sich mit dem Thema Nationalhymnen, aber davon ausgehend auch mit der Europäischen Union zu beschäftigen.

Einige Bausteine können aufeinander aufbauend eingesetzt werden, aber alle sind so konzipiert, dass sie auch für sich allein stehen und benutzt werden können.

Die Autorinnen und Autoren stammen aus verschiedenen Bereichen der Bildung, aus der Schule, der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Universität. Jede und jeder hat seinen eigenen Stil, den wir nicht vereinheitlichen wollten.

Kompetenzorientierung
Wir leben in einer Wissensgesellschaft, was ironischerweise bedeutet, dass Wissen durch Veralten schnell entwertet wird. Die Zeiten, in denen man Schülerinnen und Schüler mit einem bestimmten Wissenskanon gut vorbereitet ins weitere Leben entlassen konnte, sind – falls es sie je gab – lange vorbei. Daher ist moderner Unterricht kompetenzorientiert. Die Schülerinnen und

Einführung in das Lehrwerk

Schüler sollen Reflexions- und Handlungskompetenzen erwerben, die sie auch anwenden können, wenn das Wissen von heute längst nicht mehr aktuell ist. Daher sind alle Module kompetenzorientiert angelegt. Sie können dazu benutzt werden, die Kompetenzen zu vermitteln und zu verstärken, die die Lehrpläne der verschiedenen Bundesländer vorgeben.

Aber Kompetenzen können nicht im luftleeren Raum erworben werden. Sie benötigen Inhalte und diese werden in dem vorliegenden Band, nutzbar für verschiedene Schulformen, angeboten.

Die ersten vier Module (A01 bis A04) schaffen einen allgemeinen und niedrigschwiligen Einstieg in das Thema, während die weiteren Einheiten (B01 bis B07) auch für ältere Schülerinnen und Schüler, bis hin zur 12./13. Klassenstufe Verwendung finden können.

Wir hoffen, damit ein Angebot machen zu können, das sowohl das Interesse der Lehrerinnen und Lehrer als auch das der Schülerinnen und Schüler findet. Ein kurzer Blick zeigt, dass das Thema „Nationalhymnen“ spannend und vielfältig ist und dass es auch als Augenöffner für europäische Themen gut genutzt werden kann.

Für Kritik, Anregungen und Kommentare sind wir jederzeit offen und dankbar. Bitte richten Sie sie entweder an den wissenschaftlichen Leiter Eckart D. Stratenschulte (eds@eab-berlin.eu) oder an den für dieses Projekt Verantwortlichen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Ulf Marwege (ulf.marwege@bpb.de).

Alle Autorinnen und Autoren sowie die Bundeszentrale für politische Bildung wünschen Ihnen mit den vorliegenden Materialien viel Erfolg – und auch ein bisschen Spaß.

Berlin, November 2015

Eckart D. Stratenschulte

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

European Network for Education and Training – EUNET e.V., Februar 2016

European Network for Education and Training – EUNET e.V.

67 members in 21 countries for 1 Europe

Haben die Spanier beim Handball verloren, weil sie die Nationalhymne nicht mitgesungen haben?

Die gestellte Frage lässt sich mit einem klaren "Nein" beantworten. Die spanische Nationalhymne hat nämlich gar keinen Text, mithin kann man ihn auch nicht mitsingen.

Die letzten und die kommenden Sportereignisse werden aber den Blick wieder auf die **Nationalhymnen** der teilnehmenden Staaten richten. Sie sind auch ein **guter Einstieg, um sich mit europäischen Fragen zu befassen**.



Die Bundeszentrale für politische Bildung hat zum Thema Nationalhymnen **Elf Bausteine für die schulische und außerschulische Bildung** erarbeiten lassen. Die wissenschaftliche Gesamtleitung dieses Projekts lag bei unserem Mitglied [Europäische Akademie Berlin](#).

Sich mit den Nationalhymnen zu befassen, lohnt sich – aus musikalischer, sprachlicher und politikwissenschaftlicher Sicht. Unterschiedliche Musikstile und Inhalte, die in sehr verschiedenen Kontexten entstanden sind, kommen hier zusammen. Über die Beschäftigung mit den Melodien und den Texten hinaus bieten die **Nationalhymnen einen alternativen und ganz positiven emotionalen Ansatz, um sich mit den Staaten der EU zu befassen**: Die Annäherung an die Nachbarn findet nicht über Statistiken oder

Institutionen statt, sondern über die Musik. Dadurch wird hör- und erfahrbar, welche Vielfalt die EU vereint. Musik, Sprache, Landeskunde, politische Reflexion – für jede und jeden ist etwas dabei. Die Beschäftigung mit Nationalhymnen **eignet sich deshalb besonders für den Unterricht**. Das Anspruchsniveau der Bausteine reicht **von der Grundschule bis hin zur Sekundarstufe II**.

Die schlanke Broschüre enthält gedruckt die Informationen für die Lehrkraft. **Alle Materialien für Unterricht, Recherche, Präsentation und Ausdruck**, darunter ein umfangreicher lexikalischer Teil zu den Hymnen mit Entstehungsgeschichten, Hymnentext und erstmals auch Noten (Klavierauszug), sind auf einer beigefügten CD-ROM enthalten. Hinzu kommen eingebundene Audiofiles mit Instrumentalfassungen der Hymnen. Die PDF lassen sich mittels Beamer bzw. auf dem Whiteboard nutzen oder einzeln ausdrucken. **Offene Dateien ermöglichen die Anpassung** der Schüler-Arbeitsaufgaben an die jeweiligen Rahmenbedingungen.

Deutschlandfunk

Startseite Interview "Sehr unglaubliche Politik der EU" 09.02.2016

Flüchtlingspolitik und die Türkei

"Sehr unglaubliche Politik der EU"

Die EU wolle Schutz für Flüchtlinge – sie selbst wolle ihnen aber keinen gewähren, meint Eckart Stratenschulte von der Europäischen Akademie Berlin. Stattdessen wolle Europa das Problem der Türkei aufbürden. Das sei zynisch und führe nicht dazu, dass die EU in ihrem internationalen Auftreten gestärkt werde, sagte Stratenschulte im DLF.

Eckart Stratenschulte im Gespräch mit Tobias Armbrüster



Syrische Flüchtlinge warten an der Grenze zur Türkei bei Kilis (AFP / Bulent Kilic)

Tobias Armbrüster: In Deutschland und in ganz Europa wird seit Wochen so viel über Grenzsicherung, über Obergrenzen und Asylpakete diskutiert, dass man manchmal fast übersieht, dass es dabei tatsächlich um Menschen geht, und zwar um Menschen in extremster Notlage. Das wird jetzt aber wieder sehr deutlich angesichts der Bilder und der Informationen, die wir aus dem türkisch-syrischen Grenzgebiet bekommen: Tausende müssen dort seit Tagen warten, in improvisierten Zeltstädten, bei Minusgraden und bei Notrationen an Lebensmitteln. Es sind Flüchtlinge aus Aleppo. Die Stadt liegt zurzeit schwer unter Beschuss. Zehntausende sind deshalb auf der Flucht. Aber die Türkei lässt diese Menschen bislang zumindest nicht ins Land. Aus Europa kommt bereits massive Kritik an diesem Kurs. Die Debatte über Einreisebeschränkungen für Flüchtlinge geht allerdings auch bei uns in Deutschland weiter. Aus Berlin Gudula Geuther.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.deutschlandfunk.de, 09.02.2016

Gudula Geuther berichtete aus Berlin, und am Telefon ist jetzt Eckart Stratenschulte von der Europäischen Akademie, European Academy in

Berlin. Das ist ein Thinktank, der sich intensiv mit aktuellen europäischen Fragen beschäftigt. Schönen guten Tag, Herr Stratenschulte!

Eckart Stratenschulte: Guten Tag, Herr Armbrüster!

Armbrüster: Herr Stratenschulte, können europäische Politiker das wirklich machen, die eigenen Grenzen dicht halten und die ganze Zeit über Asylbeschränkungen diskutieren, aber von der Türkei fordern, dass die alle Flüchtlinge aus Syrien reinlässt?

Stratenschulte: Dass sie es machen können, zeigt sich ja, aber das Verhalten ist natürlich sehr zynisch. Wir wollen Schutz für die Flüchtlinge, aber wir wollen ihnen gleichzeitig keinen Schutz gewähren und der Türkei das jetzt aufbürden, die ja schon weit über 2,5 Millionen Flüchtlinge bei sich beherbergt. Das ist eine sehr unglaubliche Politik, mit der die EU ihr internationales Auftreten natürlich nicht verstärkt.

"Flüchtlinge haben natürlich völkerrechtlich einen Anspruch auf Schutz"

Armbrüster: Ließe sich diese Position denn irgendwie begründen, politisch?

Stratenschulte: Sie lässt sich daraus begründen, dass die Flüchtlinge natürlich völkerrechtlich einen Anspruch haben auf Schutz, und der Staat, der ihnen diesen Schutz gewähren kann, das ist der erste Staat, wo sie ankommen, das ist die Türkei. Insofern kann man sagen, völkerrechtlich ist die Forderung, die Türkei möge ihre Grenzen öffnen und die Flüchtlinge aufnehmen, gerechtfertigt, aber politisch ist sie schwer vermittelbar. Wenn wir, die reicheren Länder, die zusammengenommen ja viel größere Gemeinschaft, gleichzeitig sagen, aber behaltet die Flüchtlinge bitte, wir wollen damit dann im Weiteren, nichts zu tun haben.

Armbrüster: Sie haben ja so etwas die gesamte Debatte in der Europäischen Union und in anderen europäischen Ländern auch im Blick – sehen Sie, dass sich da angesichts dieser aktuellen Situation etwas ändert, dass die Menschen möglicherweise auch in anderen Ländern einen Sinn dafür bekommen, dass offene Grenzen möglicherweise jetzt geboten wären und dass man diese Forderung nicht so ohne Weiteres an Ankara erheben kann, wenn man nicht selbst auch Flüchtlinge ins Land lässt?

Stratenschulte: Die Bundeskanzlerin setzt ja offensichtlich auf diesen Lernprozess bei anderen europäischen Ländern. Ich glaube, der tritt auch ein. Die Frage ist nur, ob wir genug Zeit haben, das abzuwarten, bis er sich wirklich vollzogen hat. Es wird ja deutlich, dass die Grundlagen der europäischen Integration durch diese Krise im Augenblick zerstört werden.

Schengen ist zurzeit zumindest Geschichte. Das wird auch den Binnenmarkt betreffen, das wird auch – darauf hat Juncker hingewiesen, der Kommissionspräsident – den Euro betreffen. Die Solidarität leidet sehr stark, und auch die Bundeskanzlerin spricht selbst von der Koalition der Willigen und sagt, wir müssen mit einer kleinen Gruppe vorangehen. Aber eines ist ja leicht voraussehbar: Die Koalition der Willigen in dieser Frage wird sicherlich in anderen Fragen, dann, wenn es um Strukturmittel geht und um andere Hilfen, zu einer Koalition der Unwilligen werden. Hier tritt eine Spaltung ein, die nur dadurch verhindert werden kann, dass die anderen europäischen Staaten in dieser Politik mitmachen, sich überhaupt dem Gespräch nicht verweigern. Das wirkliche Problem ist im Augenblick nicht, dass dieses Land oder jenes Land sagt, wir haben hier Sonderbedingungen, und da müsst ihr Rücksicht drauf nehmen, sondern dass eine ganze Reihe von Ländern sich dem Gespräch überhaupt verweigern.

Armbrüster: Und sehen Sie da tatsächlich einen Lernprozess?

Stratenschulte: Nun, ja, in kleinen Schritten. Die portugiesische Regierung hat jetzt beispielsweise gesagt, wir wollen auf keinen Fall, dass Schengen gefährdet wird, wir sind bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Dann wird allerdings eine Zahl genannt von 4.600 pro Jahr, was natürlich nicht gerade sehr hilfreich ist. Aber man sieht, glaube ich, Schritt für Schritt den Zusammenhang jetzt, der zwischen der Lösung der Flüchtlingsfrage auf einer solidarischen europäischen Basis und anderen Errungenschaften der europäischen Integration besteht. Aber, wie gesagt, die Frage ist, haben wir die Zeit, diesen Lernprozess wirklich auszusitzen.

"Die Gemeinschaft ist nur so stark wie der Wille zur Gemeinsamkeit"

Armbrüster: Jetzt ist ja gestern, Herr Stratenschulte, die Bundeskanzlerin nach Ankara gereist. Wäre so eine Reise nicht eigentlich ein klassisches Betätigungsfeld gewesen für die Europäische Kommission oder zumindest für einen ranghohen Vertreter der EU?

Stratenschulte: Die Gemeinschaft ist nur so stark wie der Wille zur Gemeinsamkeit. Und dieser Wille zur Gemeinsamkeit ist nicht da, und deshalb sind die europäischen Spitzenfiguren praktisch handlungsunfähig. Herr Tusk und Frau Mogherini können nicht nach Ankara fahren, weil sie dort nichts zu sagen haben, weil sie ja immer nur sprechen können, wenn die EU sie insgesamt unterstützt. Das führt dann dazu, wie übrigens schon in der Ukraine-Krise, dass einzelne Staatsfrauen und -männer diese Führungsfunktion übernehmen müssen, und das ist nach Maßgabe der Dinge sowohl in der Ukraine-Krise als auch jetzt in der Flüchtlingskrise die deutsche Bundeskanzlerin.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Armbrüster: Wie wird das denn in Brüssel beobachtet? Ist das nicht ein Zeichen, dass vielen Sorge machen sollte, wenn Deutschland hier sozusagen – was ja ohnehin schon als mächtigstes Land in der Europäischen Union – noch weiteren Einfluss gewinnt?

Stratenschulte: Alle verlangen nach deutscher Führung, aber keiner will von den Deutschen geführt werden. Ich glaube, so kann man die Situation in der Europäischen Union beschreiben. Auf der einen Seite sagt man, ihr seid doch groß und stark, ihr müsst vorangehen, ihr müsst das machen. Aber gleichzeitig sagt man auch, aber ihr dürft auch keinerlei Führungsfunktionen uns gegenüber ausüben. Und das ist ein Widerspruch, der vielleicht – und ich könnte mir vorstellen, dass die Kanzlerin das sehr klar sieht – durch eine solche Koalition der Willigen – früher hat man das Kerneuropa genannt – aufgebrochen werden kann, dass eben nicht Deutschland allein versucht, den Kurs vorzugeben, sondern in einer Gemeinschaft mit anderen Staaten, um genau diesen Eindruck, die Deutschen wollen Europa dominieren, abzufedern. Aber wenn die Bundeskanzlerin jetzt auch zu Hause geblieben wäre, was würde denn dann geschehen?

Armbrüster: Ja, was würde dann geschehen?

Stratenschulte: Dann würde gar nichts geschehen, und dann würden alle zarten Versuche, diese Krise irgendwie in den Griff zu kriegen, unterbleiben. Damit kann ja auch keiner zufrieden sein. Deswegen, da die europäischen Spitzenpersönlichkeiten nicht aktionsfähig sind, muss das aus den Nationalstaaten geschehen. Aber das ist natürlich die zweitbeste Lösung.

"Die Türkei lässt sich ihre Haltung in der Flüchtlingskrise bezahlen"

Armbrüster: Dann lassen Sie uns kurz über die Situation in der Türkei und in diesem Grenzgebiet sprechen. Wieso lässt Ankara die Grenzen denn eigentlich dicht, zumindest bislang. Wir hören ja jetzt, dass der türkische Premierminister gesagt hat, das soll nicht grundsätzlich dicht bleiben. Aber bislang müssen die Menschen dort ausharren in diesem Niemandsland. Ist der Grund dafür, dass das Land, die Türkei wirklich überfordert ist langsam, oder ist das auch ein Fingerzeig in Richtung EU, so nach dem Motto, wenn ihr eure Grenzen wirklich dichtmachen wollt in Europa, dann sind das, was ihr hier seht, die Konsequenzen?

Stratenschulte: Die Türkei hat sich ja in den letzten Monaten vom politischen Paria zu einem zentralen Spieler entwickelt. Es wird ja ganz deutlich, auch durch die Besuche der Bundeskanzlerin, dass die Türkei jetzt wiederum zu einem wichtigen Partner geworden ist. Die Türkei lässt sich ihre Haltung in der Flüchtlingskrise bezahlen, und zwar nicht nur in Geld, sondern auch in Politik. Und um diese Bezahlung einfordern zu können, muss man natürlich auch die Instrumente zeigen, über die man verfügt. Ich

www.deutschlandfunk.de, 09.02.2016

glaube, es geht der Türkei jetzt nicht so sehr um diese 50.000 Menschen, die da vielleicht noch vor der Grenze stehen, sondern – die sie ja auch versorgt, aber auf syrischem Gebiet –, sondern es geht vor allem darum, zu zeigen, wir haben Druckmittel in der Hand, ihr müsst auf unseren Druck eingehen, und wenn ihr das nicht tut, dann können wir euch auch ärgern. Das heißt, die Flüchtlinge sind eigentlich die Spielmasse in diesem Machtspiel.

Armbrüster: Aber mehr als finanzielle Zusagen hat Ankara ja bislang nicht bekommen.

Stratenschulte: Nun ja, die Kritik an der Kurdenpolitik der Türkei ist weitestgehend verstummt. Die Bundeskanzlerin hat gestern in der Pressekonferenz noch gesagt, na ja, man hätte schon auch über kritische Themen gesprochen – also, die Türkei erbittet sich da Ruhe und bekommt die auch weitgehend. Die Türkei möchte eine stärkere Annäherung an die Europäische Union. Wir reden da über die Visumfreiheit, und auch das ist ja ganz offensichtlich jetzt in der intensiven Diskussion. Da gibt es schon auch einen politischen Preis, und vor allem – ich glaube, das ist auch Herrn Erdogan als Person sehr wichtig. Die Türkei ist wieder ein geachteter Partner und Mitspieler, wird mit allen Ehren überall empfangen und spielt damit die Rolle, die sie für sich als Regionalmacht sowieso sieht.

Armbrüster: Eckart Stratenschulte war das von der Europäischen Akademie in Berlin. Vielen Dank, Herr Stratenschulte, für diese Einschätzungen!

Stratenschulte: Bitte sehr! Wiederhören.

Armbrüster: Wiederhören.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Deutschlandradio © 2009-2016

IN KÜRZE



Vertrag unterzeichnet: Gisela Theis und Markus Sternitzke.

Kooperation mit Ostfalia vereinbart

Die Firma Atlas Titan kooperiert mit der Ostfalia Hochschule im Rahmen eines Studiums der Betriebswirtschaftslehre im Praxisverbund.

Den Kooperationsvertrag unterschrieben jetzt die Dekanin der Fakultät Wirtschaft, Prof. Dr. Gisela Theis, und Markus Sternitzke, geschäftsführender Gesellschafter von Atlas Titan. Ziel dieser Kooperation ist es, Studium und Praxis zu verbinden. Die Studenten absolvieren neben ihrem Studium an der Hochschule auch Praxisseinheiten bei der Atlas Titan. Am Ende haben die Absolventen sowohl einen Bachelor-Abschluss als auch praktische Berufserfahrung in der Hand. „Uns ist es besonders wichtig, den Arbeitnehmern von morgen eine solide Vorbereitung für den Beruf zu bieten“, erklärt Markus Sternitzke.

Interessierte erhalten mehr Infos unter Tel. 05302/917280 oder per E-Mail an kontakt@atlas titan.de.

Tunesische Architektin bei den Stadtplanern

Eine Architektin und Stadtplanerin aus Tunesien ist in der vergangenen Woche zu Gast in Wolfsburg gewesen. Im Rahmen des Projektes „Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung“ hospitierte Inchirah Hababaou aus Tunis in den Bereichen Stadtplanung und -entwicklung der Wolfsburger Stadtverwaltung. Auch im Büro Bürgermitwirkung, im Integrationsreferat und im Forum Architektur erhielt die Dozentin der Nationalen Hochschule für Architektur und Stadtplanung in Tunis Einblicke in die alltägliche Arbeit. Außerdem nahm Inchirah Hababaou an einer Sitzung des Kinderbeirates teil und besuchte das Islamische Kulturzentrum.

Programm für Kinder in den Osterferien

Das Diakonische Werk bietet vom 21. bis 24. März ein vier-tägiges Osterferienbildungsprogramm unter dem Motto „Das Gelbe vom Ei“ für Teilnehmer ab zwölf Jahren an. Veranstalter ist das Team des Jugendmigrationsdienstes im Jugendhaus „MeiNZ“ in Westhagen. Sollte es das Wetter zulassen, startet das Ferienprojekt mit einer Fahrradtour. Am nächsten Tag geht die Expedition über den Dächern Wolfsburgs weiter. Sportlich bleibt das Programm durch den Besuch des Strike Bowling Centers. Als Einstimmung auf die Ostertage wird ein Lagerfeuer entfacht und ein Osterbrunch zubereitet.

Das Ferienprojekt beginnt jeweils um 10 Uhr und endet um 15 Uhr. Im Teilnehmerbeitrag von 15 Euro sind Fahrtkosten, Eintrittsgelder, Materialkosten sowie ein Mittagssnack enthalten. Anmeldungen unter 05361/77377.

Stadt will für Steinschlagschäden keinen Cent zahlen

Vermutung: Steinschlag eines städtischen Rasenmähers hat Golf beschädigt

(fra) Lackschäden am Auto sind ärgerlich und teuer. Gut, wenn man den Verursacher kennt. Schlecht, wenn der den Schaden nicht begleichen will. So geht es Joel Körner, der sich sicher ist: Steinschlag eines städtischen Rasenmähers hat Golf beschädigt.



Fläche ist vor Durchführung der Arbeiten ordnungsgemäß abgesucht worden.“ Körner staunt nicht schlecht: „Die haben die komplette Wiese aufgesucht.“

zige Steinchen abgeseht.“ Dass das wenig glaubhaft klingt, nutzt dem 22-jährigen bisher ebenso wenig wie sein Befahrer als Zeuge und die Einschaltung von Anwalt Michael Krüger. Der sagt: „Es ist besonders ärgerlich, dass die Stadt alles kategorisch zurück weist, ohne sich inhaltlich mit unserer Argumentation auseinander zu setzen.“ Die Chancen einer Klage stünden nicht schlecht, allein Joel Körner hat keine Rechtschutzversicherung. Schon die 500 Euro für ein Gutachten, das den Schaden auf 2800 Euro beziffert, musste er selbst zahlen. Und darum hofft er, „dass die Stadt endlich einlenkt und ihren offensichtlichen Fehler eingesteht.“



Schaden sitzen: Vermutlich durch Steinschlag eines städtischen Rasenmähers beschädigt. Foto: Manfred Hensel

KOMMENTAR



von Ulrich Franke

Wenn Sie sich strikt an die Straßenverkehrsordnung halten, müssen Sie die Beleuchtung an Ihrem Auto eigentlich vor jedem Fahrtrtritt überprüfen. Das wissen Sie sicherlich. Und machen Sie das auch? Eben.

So ähnlich wird's wohl auch mit den Mahvorschriften der Stadt sein.

Lächerlich

Gut möglich, dass die Mitarbeiter „eigentlich“ verpflichtet sind, jede Wiese vor dem Mähen nach Steinen abzusuchen. Und glauben Sie, das passiert auch? Eben.

Ob die Schäden an Joel Körners GTI wirklich durch den städtischen Aufsitzmäher verursacht wurden, weiß ich natürlich nicht. Eins aber weiß ich ganz sicher: Das Argument, mit dem die Verwaltung jede Haftung ablehnt, grenzt schlicht ans Lächerliche.

Tunesische Architektin bei den Stadtplanern

Eine Architektin und Stadtplanerin aus Tunesien ist in der vergangenen Woche zu Gast in Wolfsburg gewesen. Im Rahmen des Projektes „Baladiya – neue Wege in der Stadtentwicklung“ hospitierte Inchirah Hababaou aus Tunis in den Bereichen Stadtplanung und -entwicklung der Wolfsburger Stadtverwaltung. Auch im Büro Bürgermitwirkung, im Integrationsreferat und im Forum Architektur erhielt die Dozentin der Nationalen Hochschule für Architektur und Stadtplanung in Tunis Einblicke in die alltägliche Arbeit. Außerdem nahm Inchirah Hababaou an einer Sitzung des Kinderbeirates teil und besuchte das Islamische Kulturzentrum.

ICE-Strecke wird endlich zweigleisig

Weddeler Schleife: Grünes Licht für Ausbau

Ein seit langem gefordertes Bahnprojekt in Ostniedersachsen wird realisiert: Die ICE-Strecke von Wolfsburg nach Braunschweig soll schon bald zweigleisig ausgebaut werden. Darauf hat sich Niedersachsen Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) mit der Deutschen Bahn und dem Bundesverkehrsministerium in Berlin verständigt. Demnach soll bis zum Sommer eine Planungsvereinbarung geschlossen und die notwendige Detailplanung bis zum Ende des Jahres vorangetrieben werden. Der schon lange geforderte Ausbau der sogenannten Weddeler Schleife soll als Nahverkehrsprojekt unabhängig vom Bundesverkehrswegeplan erfolgen. Die Kosten in dreistelliger Millionenhöhe wollen sich Land und Bund teilen.

Lies zeigte sich hoch erfreut über die gefundene Lösung für den Streckenausbau. Auch Wolfsburgs Bundestagsabgeordneter Günter Lach begrüßt die Entscheidung. „Ich bin erfreut, dass Bund, Land und Bahn sich über den zweigleisigen Ausbau der Weddeler Schleife einigen konnten“, betont Günter Lach. „Die jahrelangen Bemühungen von Wirtschaft und Politik, diesen Engpass zu beseitigen, haben sich gelohnt.“ Im Regionalverkehr können Pendler nach einem Ausbau auf bessere Anschlüsse hoffen. Nach lange Zeit schlechten Fahrplänen pendeln seit Dezember die fabrikneuen Enno-Triebzüge stündlich von Wolfsburg nach Hildesheim. Mit einem zweiten Gleis bis Wolfsburg kann der Takt verdichtet werden. Dafür ist bereits die Anschaffung zusätzlicher Züge ins Auge gefasst worden.



Bald bessere Anschlüsse auf dem Bahnhof? Die Weddeler Schleife wird endlich ausgebaut. Photowork (ama/Archiv)

Toller Erfolg: Der Wolfsburger Marvin Böhm (M.) gewann den Bocuse d'Or Germany – hier bei der Siegerehrung mit Commis Hanna Karthaus und Patrik Jaros, Präsident Bocuse d'Or Germany. Foto: Jörg Eberl

Marvin Böhm gewinnt „Bocuse d'Or Germany“

Renommierter Kochwettbewerb: Wolfsburger vorne

Da stimmten alle Zutaten! Der Wolfsburger Koch Marvin Böhm aus dem Aquas im Ritz Carlton ist Sieger eines der renommiertesten Kochwettbewerbe Deutschlands, des „Bocuse d'Or Germany“. Er kann sich über ein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro freuen und nimmt am Bocuse d'Or Europas neben der Kochelite Europas teil.

„Ich habe viele Stunden und Nächte am Rezept gearbeitet“, sagt Marvin Böhm, „und dann

ist in der Küche alles gut gelaufen. Darüber, dass ich Deutschland jetzt im Europauscheid vertrete, freue ich mich sehr!“ Nach fünfeinhalb Stunden präsentierte der Koch zusammen mit Commis Hanna Karthaus der 18-köpfigen Jury zunächst sein Fisch- und anschließend sein Fleischgericht. Unter anderem kreuzte er gedämpften Stör mit Brandade, Ei und Schinken Beurre Blanc. Grundlauge für das Fleischgericht war deutscher Lammrücken, woraus Marvin

Böhm Lammrücken, -bries und -zunge mit Linsen, Blumenkohl sowie Périgord-Trüffel Lamm Jus entwarf.“ Die Entscheidung für Marvin Böhm begründet Jury-Mitglied und Sterne-Koch Thomas Bühner: „Marvin Böhm ist ein sehr würdiger Gewinner, kommt aus einem guten Haus und hat das Potential, das man weiterentwickeln kann.“ Und Patrik Jaros, Präsident Bocuse d'Or Germany, sagte: „Entscheidend war der ausgefeilte Geschmack.“



Publikation: „Moderationstraining“, Februar 2016

Eckart D. Stratenschulte

Moderations Training

Talken, Streiten, Moderieren – so gelingt die Veranstaltung



Eckart D. Stratenschulte hat Soziologie, Politische Wissenschaft, Germanistik und Pädagogik studiert und mit einem Diplom, einem Staatsexamen für das Lehramt sowie Promotion abgeschlossen. Er ist Leiter der Europäischen Akademie Berlin und lehrt außerdem Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er ist Autor zahlreicher Publikationen mit den Schwerpunkten Politik und Europa.

Das Training: Als Leiter der Europäischen Akademie Berlin, in der täglich Seminare, Konferenzen und Symposien durchgeführt werden, verfügt Eckart D. Stratenschulte über sehr viel Erfahrungen in den verschiedenen Moderationsformaten. Er steht für ein professionelles Moderationstraining sehr gerne zur Verfügung. Weitere Informationen und Links zur Kontaktaufnahme finden Sie unter stratenschulte-consulting.eu oder kuerschners.com



- I
- II
- III
- IV
- V
- VI
- VII
- VIII
- IX

www.swr.de/swr2, 03.03.2016

» SWR2

[PROGRAMM](#)

[KULTUR INFO](#)

[MUSIK](#)

[HÖRSPIEL & FEATURE](#)

SWR2 Forum

Letzter Trumpf Türkei?

Europa vor dem Flüchtlings-Sondergipfel

Es diskutieren:

Stefan Kornelius, Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung

Prof. Dr. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler, Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, [Leiter der Europäischen Akademie Berlin](#)

Gesprächsleitung: **Matthias Heger**



Audio herunterladen (40,59 MB | mp3)

Österreich versperrt mit seiner Flüchtlings-Politik die Balkanroute, Griechenland reagiert empört und fordert Hilfe von den europäischen Partnern, Ungarn brüskiert die Union mit der Ankündigung einer Volksabstimmung über sein Flüchtlingskontingent. Hemmungslos handelt jeder nur noch nach nationalem Interesse. Ein Kompromiss aller Staats- und Regierungschefs beim EU-Sondergipfel scheint aussichtslos. Wird ausgerechnet die Türkei zur letzten Hoffnung, die Zuwanderung nach Europa zu bremsen? Was droht in Deutschland und Europa, wenn auch dieser Gipfel keine Lösung bringt?



Moderation: Matthias Heger

www.xhoch3.com, März 2016

Fluchtpunkt Europa



Beim letzten Brüsseler Gipfel ging das Thema Flüchtlinge fast unter, Anfang der vergangenen Woche versuchte Österreich mit den Balkanstaaten Fakten zu schaffen. Mit welchen Zielen geht die EU unter diesen Umständen am 7. März in Verhandlungen mit der Türkei? Darüber berieten in Berlin Grunewald Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstaaten. Die Verhandlungen waren Teil des Planspiel-Didaktik-Workshops "Fluchtpunkt Europa", der vom 24. bis 27. Februar an der Europäischen Akademie Berlin stattfand.

Dabei probierten die ca. 30 Teilnehmenden selbst verschiedene Planspiele zum aktuellen Thema Flüchtlings- und Asylpolitik aus. In dem von x³ eingebrachten Planspiel nahmen die Teilnehmenden die Rollen von Regierungsspitzen sowie Innen- und Außenministerinnen und -ministern aus 9 EU-Mitgliedstaaten an. Dabei simulierten sie in verschiedenen Ratsformationen Verhandlungen zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage.

Teil des Workshops war zudem ein Vortrag von Frank Burgdörfer zu den Grenzen der Planspielmethode.



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.swr.de/swr2, 07.03.2016



[PROGRAMM](#)

[KULTUR INFO](#)

[MUSIK](#)

[HÖRSPIEL & FEATURE](#)

[LITERATUR](#)

SWR2 Kontext

EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise

Wird die Balkanroute dicht gemacht?

Von Martin Durm



Audio herunterladen (13,74 MB | mp3)

Das große Treffen hat gerade erst in Brüssel begonnen aber soviel ist jetzt schon klar: Die Zeit des Durchwinkens ist vorbei. In den vergangenen Monaten sind an manchen Tagen bis zu zehntausend Flüchtlinge über die Balkanroute nach Deutschland gekommen. Gestern meldete die Bundespolizei nur noch 502. Der Grund liegt auf der Hand: Es sind die geschlossenen Grenzen - von Mazedonien bis hoch nach Österreich ist der Weg nach Europa verriegelt. Dass nun spürbar weniger Flüchtlinge einreisen, ist an sich keine schlechte Nachricht für Kanzlerin Merkel. Einerseits. Andererseits will sie sich auf diesem Gipfel für ein offenes Europa verkämpfen. Dafür braucht sie ein Abkommen mit der Türkei. Wie weit kommt die Kanzlerin auf dem Brüsseler Gipfel?



Moderation: Martin Durm

www.dw.com/de/tv/made-in-germany, 08.03.2016



Made for minds.

PROGRAMM durchsuchen

THEMEN MEDIA CENTER PROGRAMM DEUTSCH LERNEN

TV PROGRAMM SENDUNGEN VIDEO ON DEMAND

PROGRAMM / MADE IN GERMANY - DW (DEUTSCH)

Made in Germany

SENDUNGSHOMEPAGE FOLGE SENDUNGSPROFIL AUSSTRAHLUNGSZEITEN

« LETZTE FOLGE NÄCHSTE FOLGE »



MADE IN GERMANY 08.03.16 | 21:30 - 22:00 UTC

Auslaufmodell Europäische Union

Das Ende der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form scheint derzeit unaufhaltsam zu sein. Die osteuropäischen Länder zeigen sich bei der Flüchtlingsthematik unsolidarisch, was Länder wie Deutschland oder Schweden verärgert. Gleichzeitig ist eine Mehrheit der Briten laut jüngsten Umfragen für den Brexit, den Ausstieg aus der Europäischen Union.

Noch nie war die Europäische Union so zerstritten wie jetzt. Über die Aufnahme von Flüchtlingen, die richtige Asylpolitik und den Umgang mit den Ländergrenzen herrscht große Uneinigkeit. Mancher Experte spricht ganz offen aus was viele befürchten: Das Ende der EU und ihrer Wirtschaftsstruktur in der jetzigen Form scheint unaufhaltsam zu sein.

THEMEN DER SENDUNG

Auslaufmodell Europäische Union



Das Ende der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form scheint derzeit unaufhaltsam zu sein. Die osteuropäischen Länder zeigen sich bei der Flüchtlingsthematik unsolidarisch, was Länder wie Deutschland oder Schweden verärgert. Gleichzeitig ist eine Mehrheit der Briten laut jüngsten Umfragen für den Brexit, den

Ausstieg aus der Europäischen Union.

"Made in Germany" blickt in die Zukunft und zeigt, was aus der EU wird und welche wirtschaftlichen Folgen ihr Zerfall hätte. Wir sprechen unter anderem mit Eckart Stratenschulte. Für den Leiter der Europäischen Akademie Berlin ist der Zerfall der EU unausweichlich. Eine Analyse von Milto Schmidt.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Refugiados: fecho de fronteiras "põe em causa um dos princípios da UE"

Autarca alemão defende a cooperação entre países da UE, bem como ajudas à Turquia para lidar com a crise migratória, em vez do simples fecho de fronteiras

7 mar, 17:19 Redação / EC



Campo de refugiados na Grécia. Das 131.724 pessoas que conseguiram atravessar o Mediterrâneo em 2016 a maioria chegou à costa grega. Reuters

Cada país europeu deve receber refugiados em função das suas possibilidades, defendeu esta segunda-feira um autarca berlinense, que recebeu no seu distrito 3.000 refugiados desde o ano passado, apelando à união da Europa.

“**Somos uma Europa unida e seria adequado que cada país, em função das suas possibilidades, acolhesse um determinado número de refugiados**”, disse o presidente de Steglitz-Zehlendorf, um dos doze distritos de Berlim, numa conferência em Lisboa onde foi discutida a situação dos refugiados na Alemanha, o país europeu que mais migrantes acolhe.

No dia em Portugal recebeu mais 64 refugiados sírios, terão chegado a Berlim entre 150 a 200 novo refugiados, a média diária de acolhimento da cidade alemã, segundo Norbert Kopp.

O autarca, que está contra o encerramento das fronteiras internas, destacou que o estabelecimento de limites máximos de refugiados e o fecho de fronteiras “**põem em causa um dos princípios basilares da União Europeia: a livre circulação de pessoas.**”

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

www.tvi24.iol.pt, 07.03.2016

Teil 2

Já no que diz respeito às fronteiras externas, considerou que seria importante que na **cimeira União Europeia-Turquia**, que tem hoje início, fossem tomadas decisões no sentido de restabelecer a proteção das fronteiras externas e monitorizar a fronteira da Turquia com União Europeia.

“**Tal como não se pode deixar a Grécia sozinha a lidar com a questão dos refugiados, também não se pode deixar a Turquia sozinha. É preciso apoio e financiamento**”, sublinhou Norbert Kopp.

Salientou ainda que é necessário que a Turquia reforce o controlo da sua costa que é usada pelos traficantes de pessoas para chegar à Grécia.

“É preciso que a Turquia estabeleça um controlo para impedir estas atividades”, frisou o mesmo responsável.

Norbert Kopp explicou também como é que o seu distrito com 305 mil habitantes está a lidar com o acolhimento e a integração dos refugiados, integrando por exemplo, as crianças em turmas especiais, para facilitar a aprendizagem da língua e de contactos sociais, para depois serem transferidas para turmas normais.

Outro dos objetivos passa pela aquisição de terrenos para a construção de aldeias-contentores, já que centenas de refugiados encontram-se atualmente em ginásios, sem quaisquer condições de privacidade.

Desde o ano passado chegaram à Alemanha 1,1 milhões de refugiados que são depois distribuídos pelos 16 estados federados do país. Berlim recebe 5% do total e os seus 12 distritos acolhem os migrantes em função do número de habitantes.

Steglitz-Zehlendorf acolhe 8% de refugiados e é também o distrito responsável pelo encaminhamento dos 5 mil menores não acompanhados que se encontram em Berlim e aos quais são atribuídos tutores.

Cada tutor deveria ser responsável por 50 crianças, mas atualmente existe apenas um para cada mil.

Norbert Kopp disse que os recursos humanos vão ser reforçados, estando neste momento a ser analisadas 700 candidaturas de voluntários, para avaliar o seu perfil e idoneidade, num processo que é necessariamente “lento”.

De acordo com Rui Marques, da Plataforma de Apoio aos Refugiados, já chegaram a Portugal, no âmbito do programa de recolocação, 133 refugiados.

“**Até ontem [domingo] tinham chegado 69 refugiados, que chegaram aos poucos ao nosso país. Esta madrugada chegou o último grupo no âmbito do programa de recolocação, num total de 64 pessoas**”, disse à Lusa Rui Marques, salientando que Portugal mostrou-se disponível para acolher 10 mil refugiados.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



Mundo

"Há uma grande falta de espírito de equipa na UE"



Margarida Marques, secretária de Estado dos Assuntos Europeus, com Michael Roth, numa reunião em Bruxelas. Hoje têm encontro marcado em Lisboa

Ministro-adjunto alemão para a Europa está hoje em Portugal e em entrevista por escrito ao DN elogia a continuidade da política europeia do governo de Costa. Michael Roth pede também aos 28 que deem mais provas de unidade

Como vê a Alemanha o compromisso do governo português com as regras orçamentais europeias?

O governo português afirmou o seu compromisso com o cumprimento das regras orçamentais europeias. Juntamente com a Comissão foi conseguido um acordo relativamente ao orçamento nacional.

Nota verdadeiras diferenças de abordagem entre o novo governo de António Costa e o anterior, de Pedro Passos Coelho?

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

www.dn.pt, 18.03.2016

O novo governo é pró-europeu e trabalha de forma estreita e numa base de confiança com os parceiros europeus. Face aos desafios que atualmente estamos a enfrentar na Europa, fico muito satisfeito com esta continuidade da política europeia e com os sinais de solidariedade. O governo de António Costa pretende seguir um caminho em que o objetivo da consolidação orçamental é associado ao investimento no crescimento, no emprego e na inovação e quer dar uma maior atenção aos assuntos sociais. Isso corresponde exatamente às nossas prioridades comuns na UE.

Como reage às críticas, comuns em Portugal e noutros países da Europa do Sul, de que a Alemanha é egoísta na sua relação com os parceiros da União Europeia?

A Europa só pode realmente ser convincente e funcionar se todos avançarmos na mesma direção. A União Europeia foi concebida como jogo de equipa e, por conseguinte, precisa de jogadores capazes de jogar em equipa. Isso não significa que não possamos ter opiniões divergentes. Mas se formos honestos, temos de admitir que neste momento há uma grande falta de espírito de equipa. Temos por isso de voltar a apostar mais no diálogo e na solidariedade. Todos os jogadores da equipa devem estar dispostos a mostrar espírito criativo, flexibilidade e pragmatismo. Podemos assim chegar no final a um objetivo comum que todos apoiamos e que beneficia a UE no seu todo.

O que pode ainda fazer a Alemanha para, no âmbito da União Europeia, ajudar a pôr fim à austeridade?

A UE põe claramente a tónica no crescimento, no emprego e no reforço da coesão social. A Agenda Estratégica e o programa de investimento da UE são a melhor prova disso. Mas também não podemos fechar os olhos à realidade só por não gostarmos de ouvir certas coisas: as reformas estruturais e a consolidação orçamental socialmente equilibrada, embora não sejam os únicos requisitos, são no entanto requisitos essenciais para uma recuperação sustentada das economias europeias.

A Alemanha foi muito aplaudida pelo acolhimento aos refugiados. Mas o entusiasmo inicial parece desaparecer. Isso significa que o governo alemão vai exigir que os outros países partilhem a sério a resolução do problema, acolhendo mais gente?

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

Teil 3

www.dn.pt, 18.03.2016

A Europa está a enfrentar um dos maiores desafios da sua história. Não haverá respostas simples e soluções a curto prazo. Vamos precisar de todo um conjunto de medidas nacionais e europeias, mas também de acordos com países terceiros, em particular com a Turquia. Fecharmos as nossas fronteiras a pessoas em busca de proteção seria manifestamente contrário aos nossos valores comuns na Europa. Ainda assim, temos de melhorar o controlo sobre os fluxos migratórios e reduzir o número de refugiados que chegam à Europa. Devemos combater não os refugiados mas sim os fatores que dão origem a que as pessoas se tornem refugiados. Estamos por isso a trabalhar afincadamente na busca de soluções europeias para a crise dos refugiados. Durante o Conselho Europeu de fevereiro, todos os Estados membros se mostraram disponíveis para procurar uma solução comum. Registámos com especial agrado a oferta portuguesa no sentido de acolher refugiados da Alemanha e da Áustria e de reduzir assim a pressão que incide sobre esses dois países. É um exemplo da solidariedade europeia autêntica de que tanto necessitamos nos dias que correm. Trata-se de um sinal de verdadeira amizade pelo qual estou grato.

Como classifica a gestão da crise dos refugiados feita pela Grécia? Há quem diga que se exige demasiado a um país em crise.

A Grécia e a Alemanha são os dois Estados membros da UE mais afetados pela crise dos refugiados. E é evidente que a superação destes desafios apresenta grandes dificuldades para a Grécia. Estamos muito gratos pelo empenho incansável dos nossos amigos gregos, da guarda costeira grega e da população grega, que está a ajudar os refugiados. Temos, naturalmente, de intensificar ainda mais os esforços neste sentido, de forma a garantir que todos os refugiados são registados nos hotspots. A UE já disponibilizou recursos significativos para apoiar a Grécia nesta situação, e estão previstos ainda recursos adicionais. Também a Alemanha prestou ajuda sob a forma de recursos humanos e assistência financeira e técnica.

A União Europeia tem sido abalada pela crise financeira e pela crise dos refugiados. A ameaça de saída do Reino Unido é sinal de que o projeto europeu está ferido de morte?

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

www.dn.pt, 18.03.2016

Os Estados membros da UE são unânimes quanto ao objetivo de manter o Reino Unido na UE. Neste momento é particularmente importante que a Europa emita um sinal claro de coesão e força, e não de fratura. Com o acordo sobre a relação do Reino Unido com a União Europeia, alcançado em fevereiro, o Conselho Europeu criou a base necessária para tal. Foram negociações duras, que exigiram dos outros 27 Estados membros uma grande disponibilidade para o compromisso. O primeiro-ministro Cameron pode regressar a casa com um pacote político em que as exigências do Reino Unido são plenamente tidas em consideração e que define um estatuto especial para o país dentro da UE. Cabe-lhe agora convencer os seus compatriotas a permanecer na UE. Estou confiante de que as pessoas no Reino Unido veem a UE como garante de paz, segurança e prosperidade e que, como tal, votarão, neste referendo histórico, por um Reino Unido forte e unido numa União Europeia capaz de agir.

Está hoje em Portugal para uma conferência sobre as relações entre a Alemanha e Portugal. Há ainda muito a fazer de parte a parte, sobretudo do ponto de vista económico, de investimento e de trocas comerciais?

As relações luso-alemãs são excelentes, em especial as relações económicas. Empresas alemãs desempenham um papel importante em Portugal como investidores e empregadores e são muito ativas nos setores inovadores e orientados para a investigação, tendo intensificado ainda mais o seu envolvimento em Portugal precisamente durante os anos da crise económica e financeira. As empresas alemãs reconheceram o potencial e as vantagens de Portugal e estão cientes da excelente formação dos trabalhadores portugueses. Em contrapartida, também empresas portuguesas aprofundaram de forma considerável as suas relações comerciais com a Alemanha ao longo dos últimos anos: Portugal foi país convidado em várias feiras, as exportações portuguesas para a Alemanha têm vindo a aumentar constantemente.

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

Teil 1

Weekend negocios, 18.03.2016



04 ENTREVISTA

05

Sexta-feira | 18 de Março de 2016 | Negócios

ECKART STRATENSCHULTE

É preciso transformar uma União Europeia que não funciona numa “coligação de vontades”. E é preciso fazê-lo rapidamente. A eventual saída do Reino Unido até pode ter o mérito de acelerar a refundação do projecto em torno de um núcleo duro de países. É preferível ter uma união de dez, doze, quinze, dezassete países – o número não é o importante – que estejam verdadeiramente na disposição de cooperar uns com os outros e que produzam resultados. Porque a verdadeira crise que atravessa a Europa é a falta de vontade de viver em comum. Fala-nos o director da Academia Europeia de Berlim.

EVA GASPAR

BRUNO SIMÃO



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

Teil 3

Weekend negocios, 18.03.2016



Eckart Stratenschulte é, desde 1993, director da Academia Europeia de Berlin. É um reconhecido especialista em assuntos europeus. É um optimista. Porque se é verdade que a União Europeia (UE) se encontra num cruzamento de múltiplas de crises, não é menos verdade que o projecto faz ainda hoje todo o sentido – se produzirem resultados. Para isso é preciso uma refundação em torno de um núcleo duro. Uma velha ideia que, diz, vai rapidamente transformar-se em realidade.

Há anos que falamos que a UE está em crise, que está a desmembrar-se, mas essa perspectiva parece estar agora muito próxima, ou não?

Está. E eu acho que a UE vai ter de, muito em breve, passar por um profundo processo de reestruturação para abrir caminho à criação de um núcleo duro de países em torno do qual haverá um segundo anel de países com menos vontade de comprometerem mutuamente os seus destinos. A verdadeira crise que atravessa a Europa é a falta de vontade de viver juntos e de cumprir as regras combinadas para facilitar essa convivência. Isso é muito mais fácil de fazer quando as coisas correm bem, mas é muito mais difícil quando uma parte precisa de solidariedade da outra.

O Governo britânico vai cotocar de forma muito frontal essa questão da convivência ao seu eleitorado e outros países poderão seguir-lhe

o exemplo. É por aí que se deve ir?

Acho que se o resultado do referendo britânico for negativo e conduzir à saída do Reino Unido, o que não é completamente improvável, acabaremos por ter essa reestruturação ainda mais cedo. Porque teremos de encontrar soluções alternativas para manter o Reino Unido o mais próximo possível, designadamente em relação ao mercado único e à defesa.

O que está a dizer é que um "Brexit" pode acabar por ser um evento positivo...

Seguramente terá um aspecto positivo, porque o que temos actualmente é uma união de 28 países que não produz bons resultados. É esse o ponto de partida: ter uma união de 28 países em que não há cooperação não é útil. É preferível ter uma união de dez, doze, quinze, dezasseis países – o número não é o importante – que verdadeiramente estejam na disposição de cooperar uns com os outros e que produzam resultados.

Em torno desse núcleo, poderíamos depois ter um outro anel de países, a contribuir para o mercado único ou outros projectos da integração europeia. O que não dá mais para iludir é que hoje é uma União paralisada, em que os países do euro dizem que cumprem as regras, mas depois não cumprem, em que países de Schengen dizem que cumprem as regras mas depois não cumprem, e isso não ajuda rigorosamente ninguém.

Esse núcleo duro seria montado em torno dos que são hoje membros do euro ou acha que também a união monetária perderá, entretanto, os que se têm revelado mais relutantes em cumprir as regras e tentará tomar-se um bloco mais coerente?

A coerência não é o problema; o problema é a disponibilidade. Não se trata aqui de pôr os países mais ricos do Norte num grupo à parte porque terão maiores afinidades entre si. Não. O que se trata é de juntar Estados com genuína vontade de cooperar porque consideram, convictamente, que é desse modo que melhor defendem os interesses dos seus povos.

Quem são esses Estados?

Honestamente, não sei. Na Alemanha, chamam-lhe "a coligação dos interessados" ou das "vontades" ("coalition of the willing"), não gosto do nome, mas sei que essa é uma questão que vai ser colocada muito em breve, diria que nos próximos meses. Sobre tudo se o Reino Unido decidir deixar a UE e começarmos a trabalhar em soluções para manter proximidade nalgumas áreas, porque aí é muito provável que outros países acabem por achar que essa é uma solução interessante também para eles, e o processo vai acelerar.

França ou Holanda, por exemplo, são países que sempre associamos a uma qualquer noção de núcleo duro da integração europeia e que, em caso de referendo, poderão optar

É preferível ter dez, doze, quinze países que verdadeiramente estejam na disposição de cooperar e produzir resultados.



página 6

06 ENTREVISTA

07 ECKART STRATENSCHULTE

Sexta-feira | 18 de Março de 2016 | Negócios

página 5

pela saída, dado o crescimento das forças eurocéticas. Sem estes países, sem França, por exemplo, faz sentido falar de "Europa"?

Quando a pergunta sobre a pertença à UE for abertamente posta em cima da mesa haverá um debate muitíssimo mais vivo e forte em vários países que foram e são hoje centrais no processo de integração. Será, sem dúvida, o caso em França, que deverá ponderar se quer quebrar a cooperação com a Alemanha por causa da alocação de refugiados. Acho que também na Polónia haverá uma discussão semelhante. Ou seja, teremos pela frente um processo de reestruturação da UE. Neste momento, é fácil porque podem-se violar todas as regras e nada acontece. Mas a partir do momento em que fique claro que os comportamentos na política doméstica têm, de facto, consequências no posicionamento dos Estados no quadro europeu vamos ter os políticos a pensar duas vezes nas opções que tomam.

Quem liderará esse processo de reestruturação? Terá a Alemanha disponibilizada e coesão política interna para o fazer? O populismo ainda está relativamente contido, mas os sinais mais recentes sugerem que também a Alemanha não está imune ao eurocepticismo.

Ninguém quer uma Europa dominada pela Alemanha. Nem, e sobretudo, a Alemanha. Isso significa que a Alemanha tem de assumir um papel de liderança num processo cujo objectivo será o de abandonar essa liderança. É por isso que a Alemanha fala de "coligação de vontades" ou de "coligação de vontades", e é por isso que a Alemanha tem defendido soluções europeias nas sucessivas crises que passam por atribuir à Europa mais competências, desde logo a criação de um tesouro e de um ministro europeu das Finanças. A Alemanha sabe muitíssimo bem que uma liderança germânica não será aceite no resto da Europa, porque é entendida como domínio, e por isso é aconselhável colocar o país no concerto das nações.

Isso significa que outros terão de puxar pela mudança. Há cerca de um ano, François Hollande falou abertamente dessa ideia de núcleo duro. Acha que a França aceitará - precisará, até - ser protagonista dessa nova Europa antes das eleições de 2017?

O que sei é que, no seio dos países que nos anos 50 do século passado fundaram a União, haverá um debate certamente muito forte. Mas também é possível que em países como a Croácia, que acaba de aderir, não é membro do euro nem de Schengen, tenhamos movimentos a querer fazer parte do núcleo. O problema hoje é muito

mais de falta de vontade política, de real capacidade para fazer e viver com compromissos, do que de falta de coerência económica entre países. Esta "coligação de vontades" pode ser muito interessante.

Não se estaria a repetir o erro do passado, quando se julgou que acordos políticos estabelecendo um determinado rumo acabariam por induzir convergência no modo de funcionamento das sociedades e das economias? Essa sequência decidiu no passado parece estar a ser posta em causa pelos resultados.

Muitas vezes tendemos a esquecer que o principal objectivo da União Europeia foi efectivamente alcançado e mantido ao longo de mais de 60 anos: manter a paz na Europa, em particular entre a França e a Alemanha. Não podemos esquecer isto quando fazemos o balanço da UE, assim como não podemos limitar-nos a isto quando perspectivamos o futuro. A paz é um bem de um valor incalculável mas é insuficiente para, perante as novas gerações, servir de "cola" ao projecto. Muitos perguntar-se-ão: se já chegámos ao destino, se já reconstruímos e unimos a Europa, não será hora de sair do comboio? Outros, porém, concluirão: chegámos ao destino, fiquemos dentro do comboio; e outros ainda quererão levar o comboio mais longe. Este é o debate que estamos a ter neste momento, que teríamos de ter de qualquer forma, mas que está agora a decorrer com mais tensão porque ocorre no quadro de uma série de crises, do euro, dos refugiados, da possibilidade de saída de um primeiro Estado-membro.

Quais são os principais perigos? O que é que pode correr mal?

Eu prefiro responder a essa pergunta pondo as coisas ao avesso: que grandes desafios enfrentamos que sejam capazes de ser resolvidos sem uma estreita cooperação entre os Estados? Muito poucos. Se olharmos para os desafios ambientais, para o terrorismo, para a globalização, nada pode ser abordado a uma escala nacional. É por isso que a União Europeia continua hoje a fazer todo o sentido, mas precisamos de União Europeia capaz de produzir resultados, porque é precisamente aí que o projecto está a falhar. Se não conseguirmos produzir resultados com 28 Estados, temos de tentar fazê-lo dez, quinze, vinte países, não tenho um número para esta "coligação de vontades". Odeio este nome, mas, ao fim e ao cabo, é disso que se trata: de juntar países com vontade de fazer coisas juntos. Queremos viver juntos? É a essa pergunta que temos de nos fazer. Se a resposta for "sim", ficamos juntos numa casa, mas se a resposta for "sim, não demasiado perto", então teremos de fazer um segundo

anel de países em torno dessa casa comum ou até um terceiro anel para quem quiser ficar mais afastado.

Ficar juntos para fazer o quê? Será o euro e "core".

Não necessariamente. Acho que nesse núcleo duro todos serão países do euro mas possivelmente nem todos os 19 países do euro estarão nesse núcleo, e o mesmo sucederá com a pertença a Schengen - ou ao acordo de livre circulação que lhe possa suceder. O importante é trazer abertamente para o debate político essa questão fundamental que hoje fazemos todos em surdina: O que queremos fazer juntos? Quem quer fazer, de facto, parte? A situação actual, de se dizer que se quer ser membro do euro e depois não cumprir as regras, ou de se aceitar em Bruxelas a redistribuição de 160 mil refugiados e depois não fazer nada quando se regressa a casa, vai tornar-se rapidamente insustentável. Continuar por esta via é o fim da integração europeia. Repare, há poucos dias tivemos a conferência da rota dos Balcãs organizada pela Áustria para falar dos refugiados e nem a Alemanha nem a Grécia - os dois países mais afectados pelo fenómeno - foram convidados. Isto faz sentido? Não me parece.

Mas a própria França promete mais do que faz. A Alemanha está hoje muito sozinha depois de a chanceler Merkel ter anunciado uma política de "portas abertas" aos refugiados.

É verdade. Quando a chanceler disse que tínhamos e conseguiríamos acolher os refugiados, estaria a pensar na Europa. Hoje, depois da chegada de mais de um milhão, a Alemanha precisa de aliados para gerir esta crise. É por isso que julgo que este processo de reestruturação da União Europeia vai ser desencadeado muito em breve, e creio que quando a pergunta for abertamente feita - queres ou não viver comigo - muitos políticos em França vão pensar o seu discurso e acção. É muito diferente eu trair a minha mulher e nada acontecer e ser confrontado com um ultimato. Nesse dia, iria olhar para ela e perceber como ela é atraente e como temos uma vida simpática em comum. Estou a dar um exemplo muito colorido, mas acho que é isto que tem de acontecer com os países e seus governos: é preciso serem confrontados com as consequências da sua falta de vontade e de compromisso.

E que consequências seriam essas?

Não ser parte do núcleo duro e passar a integrar o segundo ou o terceiro anel de uma menor integração europeia.

E quem estará no primeiro anel?

A Alemanha, seguramente. E julgo que



É preciso confrontar os países com as consequências da sua falta de vontade.

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

Teil 5

Weekend negocios, 18.03.2016



muitos outros países que, uma vez chegada a hora de fazer um balanço decisivo sobre as vantagens e desvantagens da União Europeia, tomarão a opção de ficar no núcleo de países com vontade de gerir os destinos do continente em vez de serem meros observadores. Acho que mesmo a Áustria, que hoje se mostra tão reticente com algumas políticas europeias, quer ficar no centro de comandos. Veremos o que se vai passar nos próximos meses, porque acho que esta questão de fundo vai colocar-se muito em breve.

Nos anos 50, paz era o lema na Europa. Qual seria hoje?
Globalização.

Mas globalização significa, para muita gente, coisas muito diferentes e até contraditórias...

Ser a favor ou contra a globalização não altera que ela seja um facto. E globalização significa isto: o Presidente de Portugal não consegue marcar um encontro com o Presidente da China. Significa que o Presidente de Portugal, quando quiser comunicar com Pequim, conseguirá um encontro com um vice-ministro da China. Isto é a globalização. E isto quer dizer que, se quisermos ter influência ao mais alto nível, temos de estar juntos. Se não estivermos unidos, perdemos influência. E perder influência significa ficar sob a influência de outros.

Dentro do grupo europeu, uns também têm mais influência que outros, esse é um dos argumentos que ouvimos em Portugal contra a União Europeia e favor de uma política nacionalista, patriótica...

E que soluções oferece essa política nacionalista? Fechar as fronteiras de Portugal? Retirar o país dos mercados internacionais? Que problemas de Portugal seriam solucionados dessa maneira? Eu não vejo nenhum. E não vejo nenhuma solução nessa ilusão de transformar Portugal numa ilha feliz, como não vejo nenhuma solução para problemas da Alemanha assentes no isolamento do meu país. Falemos, portanto, claro: falar em patriotismo não resolve coisa alguma. Se queremos resultados, temos de ser eficazes, e a nossa eficácia é tanto maior quanto mais unidos estivermos na Europa. Mas é preciso que seja união seja de facto – não meras palavras.

E o que vai acontecer, nesse meio tempo, à Grécia, por exemplo? A crise do euro não está nas manchetes dos jornais mas persiste.

Parte da amplitude que a crise do euro tomou ficou a dever-se ao facto de a Alemanha e da opinião pública alemã não estarem preparadas porque nunca ninguém nos havia dito que teríamos de pagar uma factura pela união monetária. O que nos disseram é que o euro seria tão forte quanto o marco, que o Banco Central Europeu funcionaria com as regras do Bundesbank. Se em 2010 tivessem sido dados 240

mil milhões à Grécia, talvez tivesse saído mais barato, mas ninguém estava preparado para isso. Hoje já todos sabemos de que muitos dos empréstimos concedidos à Grécia nunca serão devolvidos e que a Alemanha e os demais países terão de suportar essas perdas, mas não foi inteligente da parte do governo grego começar por pedir perdão de dívida em vez de se empenhar em reformar o país, que é a parte mais difícil e que só governos gregos podem fazer.

Como vê a situação política em Portugal, de um Governo minoritário europeísta apoiado por dois partidos eurocéticos?

Não conheço bem a realidade portuguesa, pelo que não vou entrar em detalhes. Sei que muito foi feito aqui durante estes últimos anos, e quando falamos em solidariedade não falamos apenas em repartição de refugiados mas também sobre como, no longo prazo, ajudamos países parceiros a livrar-se das sequelas da crise, em particular o elevado endividamento que trava a capacidade de investimento destes países, e é nessa linha que chegamos à discussão dos “eurobonds”. Mas, ao mesmo tempo, muito pouco tem sido feito na Grécia e, na realidade, continuam a prevalecer os preconceitos, em particular contra os alemães e Angela Merkel. Tudo isso vai ter de ser devidamente equacionado e pesado quando nos perguntarmos se “queremos viver juntos”, sabendo que viver junto significa solidariedade, partilha de responsabilidades e custos. w

A Alemanha tem de assumir um papel de liderança num processo cujo objectivo será o de abandonar essa liderança.





Mundo

"Difícil é que os refugiados saiam dos alojamentos comunitários"



A Alemanha destacou-se pela forma acolhedora como recebeu estas vaga de refugiados | FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Presidente do município berlinense de Steglitz-Zehlendorf, Norbert Kopp diz que ocupação dos ginásios das escolas tem gerado críticas

Até 1994, Steglitz-Zehlendorf era o município de Berlim onde estavam alojadas as tropas americanas. Hoje, rica, envelhecida, com desemprego baixo e uma das maiores receitas orçamentais, esta área arborizada no sudoeste da capital alemã é mais famosa pela praia de Wannsee. Mas nos últimos meses os seus 300 mil habitantes têm-se debatido com um novo desafio: a chegada massiva de refugiados. E se destaca o esforço de boas-vindas feito pela população, o presidente do município, Norbert Kopp, admite ter recebido críticas, sobretudo por os migrantes estarem a "ocupar os ginásios" das escolas.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

Teil 2

www.dn.pt, 18.03.2016

À frente de Steglitz-Zehlendorf (um dos 12 municípios de Berlim) há dez anos, Kopp explica como em 2015 recebeu 8% do total de refugiados que chegaram à capital alemã. E como depois de um ano na Alemanha entraram mais de um milhão de migrantes, a capital está a ponderar usar 60 terrenos para criar aldeias-contentores até junho. "A ideia é usá-las durante três anos, com opção por mais dois", explica o bezirksbürgermeister. Em Lisboa para participar num seminário para jornalistas portugueses, o autarca acrescentou esta semana que as famílias de refugiados, na maioria sírios, passarão depois para alojamentos sociais - mil pessoas - sem contar com os refugiados -, na capital "o mercado de habitação está esgotado".

Integração

Zona com baixa percentagem de estrangeiros (11% da população, quando noutras regiões de Berlim chega aos 50%), Steglitz-Zehlendorf há muitos anos integrou os italianos e polacos que ali se instalaram. Muçulmanos é que são uma novidade num município, onde não existe qualquer mesquita. A integração dos migrantes tem, portanto, sido uma das prioridades das autoridades. E apesar das críticas de alguns residentes, preocupados com o facto de os refugiados ocuparem os ginásios locais, deixando as crianças sem aulas de educação física, a receção tem sido boa. "Temos muitos voluntários - sobretudo associações cristãs. Mas o Estado tem de garantir alojamentos adequados e de destacar funcionários para isto". Berlim tem pessoas especializadas, que sabem árabe e têm background muçulmano. Segundo Kopp, o número destes funcionários tem aumentado à medida que a vaga de refugiados também aumenta, mas "nunca são demais".

Formado em Matemática e antigo funcionário do Gabinete de Estatísticas de Berlim, Kopp está habituado a lidar com números e garante que apesar de todas as notícias sobre "médicos sírios" entre os refugiados, apenas "5% dos que chegam têm formação académica".

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

www.dn.pt, 18.03.2016

Teil 3

Enquanto aguardam pela criação de uma central que redistribua os refugiados, a prioridade das autoridades de Steglitz-Zehlendorf é mesmo ajudar à integração destas pessoas. Aprenderem a língua é o primeiro passo. As crianças são colocadas em turmas de boas vindas, com um máximo de 12 a 14 alunos. Em Berlim há 680 turmas destas, num total de 7400 crianças. "O objetivo é que avancem para turmas normais à medida que aprendem a língua e interagem socialmente", explica Kopp, para o qual o essencial "é que lhes transmitamos os valores da sociedade alemã".

Além da língua, o município tem equipas que acompanham os refugiados quando estes têm de tratar dos trâmites legais para conseguir asilo na Alemanha. Neste momento, só em Steglitz-Zehlendorf há ainda mais de mil voluntários que trabalham com os migrantes para facilitar a sua integração.

Claro que a chegada em massa de estrangeiros, com uma língua e cultura muito diferentes, gerou alguma preocupação numa zona onde mais de 30% da população tem mais de 60 anos. Mas Kopp garante que "nunca houve manifestações do Pegida [movimento anti-imigração] nas nossas ruas".

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Seminar für Journalist*innen in Lissabon

expresso, 12.03.16

Como receber 55 mil convidados de uma vez

"Nós conseguimos", a Berlim contê alojar 5% dos mais de um milhão que a chanceler prometeu receber

Enquanto Angela Merkel continua a recusar impor um limite ao número de refugiados que a Alemanha pode receber, e o discurso de ódio da extrema-direita tenta incendiar os ânimos, milhares de cidadãos trabalham para tornar o dia a dia possível. Desde setembro passado, data em que as fronteiras alemãs se abriram aos milhares de requerentes de asilo que vieram na Alemanha o destino final, Berlin absorveu os que lhe cabiam na distribuição nacional: 5%, correspondentes a 55 mil pessoas. Ou melhor, vai absorvendo... como conta o Expresso Norbert Kopp, burgomestre da circunscrição de Steglitz-Zehlendorf, situada no sudoeste da capital alemã.

Bonita e rica, Steglitz-Zehlendorf é o melhor exemplo de sossego e qualidade de vida na maior cidade da Alemanha. Tem 102,5 km², tanto quanto toda a área da cidade de Lisboa (100 km²). Equivale ao sector que foi gerido pelos americanos no pós-guerra, e é onde os quartéis e casernas militares, demolidos em 1994, deram lugar a zonas residenciais planeadas de raiz e rodeadas por floresta. No mínimo, desajáveis. Imagina-se a chegada de 55 mil pessoas ali em simultâneo. As pessoas estão desesperadas e exaustas. Na modesta clínica dos MSF em Idomeni o fluxo de gente é constante. Nas filas à volta do pequeno centro-clínica há famílias inteiras, grávidas, idosos e crianças.

A maioria sofre de crises respiratórias causadas pela inalação do fumo dos plásticos que teimam em queimar. Há também muitas crianças com febre causada pela exposição ao frio e à humidade. Há muitas infeções e situações de emergência que, na maioria das vezes, é impossível tratar aqui.

"De noite, quando está toda a gente nas tendas, só se ouve a tosse e o choro dos bebés", conta Daniela que acrescenta "para a UE, estas pessoas são numerosos mas a situação aqui é cada vez pior". Perto do portão fronteiriço, no meio da multidão ali acumulada, voltamos a encontrar Mohamed, o médico curdo, e a sua família. "Já não se conseguia estar na tenda. Entra água por todo lado e o cheiro a lixo é insuportável", explica enquanto consola a filha, Nurah, de 6 anos. "Sei que Bruxelas não nos quer deixar passar. Mas estou esgotado. Há muito que perdi a fé e a esperança é pouca. Já não temos energia para voltar para trás. Vamos ficar aqui nem que seja até que a morte nos leve".



Refugiados sirios à porta das tendas, perto da fronteira de Idomeni, há 13 mil pessoas em situação análoga

da política de asilo da chanceler: "Nós conseguimos". Quer dizer, à medida que se acrescentam estruturas de camaratas às construídas logo de início, Tempelhof vai adquirindo um ar de seriedade, vitalícia.

"Esperamos que Tempelhof não se eternize, mas é natural que, chegando 55 mil refugiados de uma vez, leve anos até que essas pessoas consigam fazer tudo pelos seus próprios meios...", diz Norbert Kopp, lembrando que os primeiros três meses serviram para pouco mais do que acolhê-los e registá-los.

Em setembro passado, o *slogan* serviu para inibir um ritmo ao movimento de fluxo de refugiados em direção ao norte da Europa

favor dos moradores". Por isso, quando, em setembro próximo, cada uma das 12 circunscrições e a cidade forem a votos, Kopp saberá, por fim, como os moradores do bairro avaliarão a resposta que deu ao maior desdém da sua vida como burgomestre. Pode acontecer também que castiguem o partido que representa a União Democrata Cristã (CDU) que tem em Steglitz-Zehlendorf uma das únicas duas câmaras CDU de Berlim. Em 12, nove são geridas por social-democratas (SPD), duas pela CDU e uma pela verdes.

Por agora, a priorização imediata é ensinar a língua alemã a crianças e adultos para que possam integrar-se e ter uma vida social o mais rapidamente possível. O número oficial — 1,1 milhões de refugiados — representa os processos de requisição de asilo a correr. Kopp avança haver mais "350 mil, 400 mil ainda por registar". Poderá pressupor-se que estejam em território o equivalente a mais 40% ou 50% além dos registados? "Não falamos muito sobre isso, mas... ad-mite Kopp fazendo um sim com a cabeça que logo passa a sinal de divida. O que é certo é o esforço para não criar guetos futuros, ainda que os dirigentes alemães estejam bem cientes que é trabalho para "pelo menos uma geração".

CRISTINA PERES
cpres@expresso.impressa.pt

Eleições regionais testam Angela Merkel

É com manifesto desassossegado que a CDU olha para a supervotação (12,6 milhões de eleitores em 62 milhões no país) que, neste domingo, permitirá aferir da aprovação, ou não, da política de refugiados da chanceler e começará a ditar o futuro dos democratas-cristãos nas eleições gerais de 2017. Baden-Württemberg (rico, ocidental e ex-bastião CDU), Saxónia-Anhalt (leste, resistente à mudança) e Renânia-Palatinato (ocidental, pró-Merkel) são três Länder (estados) determinantes para tomar o pulso à zanga de muitos cidadãos com a insistência de Angela Merkel em manter a "política de boas-vindas". Mesmo depois de a onda de refugiados que atravessou o país ter obrigado a reinstituir temporariamente os controlos de fronteira. Ainda na

quinta-feira, o "Spiegelonline" publicava a fatura que a operação custa a cada um dos 80 milhões de alemães por ano: entre 17 e 132 euros, segundo o estudo do IfoInstituit de Munique. Por estas e por outras é pouco provável que os eleitores sejam muito sensíveis ao entusiasmo dos patrões da indústria alemã, que ainda há duas semanas reafirmavam o seu entusiasmo pela chegada dos refugiados — na sua maioria rapazes novos —, que encaram como uma injeção de vitalidade na economia. O pesadelo da CDU é a Alternativa para a Alemanha (AfD), o partido que mais tem ganho sem fazer mais do que inflamar o discurso de ódio contra os refugiados e, por isso mesmo, subir nas sondagens. Basta a CDU descer e a AfD subir para que a política de Merkel sofra alterações. C. P.

Staatsministerium Baden-Württemberg, 10.03.2016



Staatsministerium Baden-Württemberg

Ministerium

Vertretung beim Bund

Themen

Service

Sie sind hier: »Startseite »Service »Mediathek

DONAURAUMSTRATEGIE

© 10.03.2016

4. Donausalon in der Landesvertretung



Ensemble von Duško Jovanović (Serbien)
Quelle: Vertretung des Landes Baden-Württemberg Berlin

[Herunterladen](#)

Nach dem Erfolg der letzten Jahre veranstalteten die Botschaft der Republik Serbien und die Landesvertretung in Kooperation mit den Donauanrainerstaaten und Mitgliedern der Donauraumstrategie den 4. Donausalon. Er stand unter dem Motto „Die EU-Strategie für den Donauraum, die Identität und der Tourismus“ und fand im Rahmen der Internationalen Tourismusbörse 2016 statt.

Nach der Begrüßung durch die serbische Vizeministerin für Tourismus Renata Pindzo und dem Dienststellenleiter der Landesvertretung Dr. Claus-Peter Clostermeyer, moderierte Prof. Dr. Eckart Stratenschulte eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Eilen Bos, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der Andrassy-Universität Budapest, Andreas Braun, Geschäftsführer der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg, Dr. Jelena Volić-Hellbusch, Expertin Belgrade Fund for Political Excellency und Generalsekretärin des Vorstands Forum Serbien Deutschland, sowie Prof. Dr. Boris Alexander Kühnle, Hochschule der Medien in Stuttgart. Das Schlusswort sprach der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth. Beim anschließenden Empfang konnten sich die zirka 500 Gäste aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Tourismus, Diplomatie und Medien an den attraktiven Ständen der beteiligten Länder und Donauorganisationen von den vielfältigen Genüssen und Sehenswürdigkeiten des Donauraums überzeugen. Im ersten OG wurde die Kunstausstellung „Projektraum Donau“ präsentiert, die durch Dr. Swantje Volkmann, Kulturreferentin für Südosteuropa am Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm, kuratiert wurde. Für die musikalische Umrahmung sorgten das serbische Ensemble von Duško Jovanović, der rumänische Panflötenspieler Nicolae Voiculescu sowie eine Tanzgruppe aus dem Kulturkreis Carei in Rumänien mit den Sängern Taraful Ceatera.

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



THEMEN / DEUTSCHLAND

MAZEDONIEN

Berlin weist Kritik aus Skopje zurück

Die EU lasse sein Land im Stich, kritisiert der mazedonische Präsident Gjorge Ivanov in einem Zeitungsinterview. Deutschland verweigere die Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit. Berlin widerspricht den Vorwürfen.



Es sei der Bundesregierung durchaus bewusst, dass gerade Mazedonien durch die große Zahl an Flüchtlingen, die durch das Land gezogen sind, in hohem Maße belastet sei. Regierungssprecher Seibert widersprach der Aussage von Präsident Ivanov, von Europa "keinen Cent" an Hilfsgeldern bekommen zu haben. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufgabe habe die EU Mazedonien insgesamt 52 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, so Seibert.



Widerspricht Mazedoniens Präsident Gjorge Ivanov: Regierungssprecher Steffen Seibert

Zu den Vorwürfen, Deutschland habe sich einer Zusammenarbeit beim Austausch von Daten zu mutmaßlichen Dschihadisten verweigert, entgegnete ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, dass Deutschland natürlich auch mit Mazedonien in Terrorismusfragen zusammenarbeite. Bei diesem Informationsaustausch müsse Deutschland sich aber an die Gesetze halten, insbesondere bei der Übermittlung von Personendaten von deutschen an ausländische Stellen.

Mazedonien nehme zudem seit April 2015 an einem Europol-Programm teil, in dem es um ausländische Kämpfer gehe, sagte der Sprecher weiter. Insoweit sei auch zusätzlich über Europol ein Austausch möglich. Nach deutscher Kenntnis habe Mazedonien über diesen Kanal Daten zu den sogenannten "foreign fighters" zugeliefert. Der in dem Interview erhobene Vorwurf lasse sich deshalb nicht nachvollziehen.

Botschaft an das eigene Volk

"Das Interview zielt eindeutig auf die Innenpolitik in Mazedonien", so die Einschätzung von Eckart Stratenschulte, dem Präsidenten der Europäischen Akademie Berlin. Die mazedonische Regierung stehe unter massivem Druck der EU, am 05. Juni vorgezogene und demokratische Parlamentswahlen durchzuführen, sagte der Balkan-Experte der Deutschen Welle. "Es geht darum, die EU zu diskreditieren und ihre Kritik an der Regierung und der Situation in Mazedonien zu entwerten."

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



Paradox: Das Nicht-EU-Mitglied Mazedonien verhindert den Zustrom weitere Flüchtlinge in die EU

Korruptionsvorwürfe der Opposition gegen die Regierung hatten zu einer monatelangen innenpolitischen Blockade geführt, bis der seit 2006 regierende Regierungschef Nikola Gruevski im Januar zurücktrat. Seither steht Mazedonien ohne gewählte Regierung da.

"Man muss Herrn Ivanovs Verhalten vor dem Hintergrund der katastrophalen mazedonischen Innenpolitik sehen", meint auch der SPD-Politiker Josip Juratovic, Berichterstatter für Südosteuropa im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags. "Mit einem solchen Interview stellt sich Herr Ivanov im Inland als starker Mann dar", sagte der Mazedonien-Kenner der DW. Auch Juratovic hält die Vorwürfe der fehlenden Hilfe an Mazedonien nicht für gerechtfertigt. Deutschland unterstütze Mazedonien im Rahmen der Flüchtlingskrise finanziell und mit KnowHow.

Kritik teilweise berechtigt

Auch wenn Balkan-Experte Stratenschulte die Diktion des Interviews "unangemessen" findet, kann er zwei Kritikpunkte nachvollziehen: In der Tat ließen einige EU-Staaten Mazedonien derzeit die Aufgaben des EU-Grenzschatzes bewältigen. "Das ist ein Ergebnis der Balkan-Konferenz vom 24. Februar, zu der Deutschland und Griechenland nicht eingeladen waren, an der Mazedonien aber teilgenommen hat", sagte Stratenschulte der DW.

Zum wachsenden Frust der Mazedonier trägt nach Absicht des Experten auch bei, dass die EU-Kommission zwar seit 2009 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien empfehle, aber der Prozess kaum voranschreite. Einer der Gründe ist die Blockade Griechenlands, das sich an der Nutzung des Namens "Mazedonien" stört, allerdings ohne Erfolg.



ХАРКІВСЬКА ОБЛАСНА ДЕРЖАВНА АДМІНІСТРАЦІЯ



Адміністрація

Документи

Адмінпослуги

Зворотній зв'язок

Доступ до публічної ін

Новини

Про область

[Головна](#) □ [Новини](#)

Співробітники ХОДА підвищуватимуть кваліфікацію в Берліні

01 квітня 2016 | 18:46



Семінари для держслужбовців проводитиме Європейська Академія Берліну. Про це домовилися голова обласної адміністрації Ігор Райнін і директор ЄАБ Екерт Штратеншульте.

У ході зустрічі з керівником Харківської області [директор Європейської Академії Берліну підтвердив](#) можливість проходження співробітниками ХОДА 5-тижневого курсу навчання на базі академії. Він зазначив, що установа є недержавною, громадською організацією, яка проводить освітні заходи, що стосуються Європейської інтеграції, в тому числі - налагодження діалогу між Сходом і Заходом. Протягом багатьох років академія є партнером Міністерства закордонних справ ФРН.

«Основна тема наших семінарів - аспекти доброго врядування, а основна ідея - обмін досвідом і практика. Всі витрати беруть на себе наша академія і Уряд Німеччини», - пояснив [Екерт Штратеншульте](#).

Голова ХОДА зазначив, що постійне підвищення якості роботи держслужбовців є пріоритетом для нього як керівника.

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.kharkivoda.gov.ua, 01.04.2016

«Я вкрай зацікавлений у постійному підвищенні якості їх роботи за європейськими принципами та стандартами. Ми підберемо співробітників, у яких ми віримо і на яких покладемо надії, щоб вони після стажування багато років працювали в структурі держуправління», - підкреслив Ігор Райнін.

Екерт Штратеншульте повідомив, що програму семінарів можна міняти, обираючи найбільш актуальні теми для держслужбовців на даний момент.

«У кожному семінарі бере участь близько 12 осіб. Ми будемо дуже раді, якщо ви зможете надіслати на ці семінари від 2 до 3 співробітників», - уточнив директор Європейської Академії Берліну.

У свою чергу, Ігор Райнін запропонував розглянути можливість організації семінару безпосередньо для групи з Харківської області. Екерт Штратеншульте зазначив, що обговорить цю можливість з представниками Міністерства закордонних справ ФРН.

«Мені подобається ця ідея. Я у вас попрошу кілька днів, щоб я міг обговорити це в Берліні. Наступного тижня я вам дам відповідь. І потім ми зможемо детально обговорити програму семінару, щоб вона містила ті пункти, які є найважливішими для ваших співробітників», - зазначив Екерт Штратеншульте.

Голова ХОДА зазначив, що, в першу чергу, підготовку за програмою Європейської Академії Берліна пройдуть фахівці, що відповідають за комунікацію з громадськістю, економічний розвиток регіону і дерегуляцію, а також ті, хто спеціалізується на боротьбі з корупцією. Нагадаємо, керівництво Харківської області спільно з Посольством США в Україні буде реалізовувати в області проект по боротьбі з корупцією. Відповідний меморандум був підписаний в березні 2016 року. Підготовка та підвищення кваліфікації кадрів, відповідальних за боротьбу з корупцією в регіоні, є важливим аспектом реалізації цієї програми.

[Більше фото](#)



Теги: [райнін](#) [штратеншульте](#) [зустріч](#) [європейська академія берліну](#) [підвищення кваліфікації](#)

taz.lab, 02.04.2016



18.30 | K1 | DEBATTE | DAUER: 01:45

TOLERANZ IM RESTPATRIARCHAT

Zur Situation von Homosexuellen und Minderheiten,
aber auch Frauen in Tunesien

Ahmed Ben Amor, stellvertretender Vorsitzender der Shams

Elisabeth Botsch, Europäische Akademie Berlin

Amel Grami, Professorin an der Universität Manouba, Tunesien

Anna Antonakis-Nashif, Politikwissenschaftlerin

Moderation: Edith Kresta, taz-Redakteurin für Reise und Interkulturelles

Diese Veranstaltung findet in französischer Sprache statt, deutsche Simultanübersetzung über Kopfhörer möglich.

Nirgendwo ist Lebendigkeit mehr gefährdet als in fundamentalistischen Regimen oder Diktaturen. Zum Beispiel Tunesien: Es hat seinen Diktator vom Hof gejagt und sich in einem zähen Prozess auf einen demokratischen Weg begeben. Es gibt eine neue Verfassung, eine neue, demokratisch gewählte Regierung.

Doch die alten gesellschaftlichen Kräfte lauern: nicht nur die sich immer weiter bereichernden patriarchalen Eliten, sondern verstärkt konservative Islamisten, die immer wieder Tradition mit fundamentalistischem Islamverständnis gleich-

setzen. Homosexualität ist für sie eine Perversion, auch wenn Tunesien, genauso wie das Nachbarland Marokko, schon seit Jahrzehnten einen lebendigen, wenn auch klandestinen Schwulentourismus hat. Lesben und Schwule sind in Algerien, Marokko, aber auch in Tunesien von Verfolgung bedroht. Für sie sind ihre Länder keine sicheren Herkunftsstaaten. In Tunesien hat sich nun eine Gruppe für die Rechte von Homosexuellen zusammengeschlossen. Eine Diskussion über den mühsamen Prozess der Anerkennung von Minderheiten jenseits der geltenden Norm in islamisch geprägten Gesellschaften.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

1 | WIDG



Europäische Akademie Berlin Wo Europa frei sprechen kann und verstanden wird

Im für Ernst Schmidt, dem damaligen Generaldirektor der Maggi GmbH, 1928 erbauten Landhaus an der Bismarckallee 46/48 finden heute hinter toskanischem Säulenportikus Menschen zusammen, die den gleichen Anspruch haben wie die Europäische Akademie Berlin (EAB): Europa noch besser verstehen und mitgestalten zu wollen – und das auch oder gerade in schwierigen Zeiten. Dass ihnen dies nach dem Aufenthalt in der charmanten Bildungseinrichtung in Berlin-Grunewald leichter fällt, ist wohl dieser besonderen Atmosphäre zu verdanken, die den Besu-



cher in den eleganten Räumen der EAB umfängt: Diskretion, aber gleichzeitig tiefes Grundverständnis für seine Fragen

werden dem Gast von einem ausgewählten 20-köpfigen Fachkreis entgegengebracht, der als Wissensvermittler Poli-

WIDG | 2



tik erklärt und europapolitische Zusammenhänge in Seminaren, Vorträgen, Tagungen und kostenfreien Veranstaltungen für Berliner unabhängig und überparteilich verdeutlicht, darüber hinaus aber auch Gäste aus In- und Ausland im direkten, inoffiziellen Gespräch, einander näher bringt. Mit viel Sachverstand schult die EAB die Urteilsfähigkeit des Einzelnen zugunsten einer lebendigen europäischen Zivilgesellschaft auf dem Weg zu besserer Völkerverständigung. Darüber hinaus organisiert sie im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesregierung thematische Informationsreisen

für Multiplikatoren aus dem Ausland. Zahlreiche Kooperationen mit Partnerorganisationen und Stiftungen ermöglichen der Akademie die Durchführung ihrer europabezogenen Projekte. Um auch ökologisch nachhaltig zu sein, arbeitet die EAB seit dem Jahr 2013 daran, auch ihre Umweltbilanz zu verbessern, tauscht sich dazu mit Architekten und Stadtplanern aus.

Besonderer Ort mit Begegnungscharakter

Die EAB – übrigens der einzige Ort Berlins für politische Lehrfortbildung – bietet ein span-

nendes Spektrum an umfassenden Weiterbildungsangeboten in Kooperation mit der Senatsbildungsverwaltung sowie u. a. deutsch-polnische Begegnungsseminare. Besuche in Brüssel machen anschaulich, wie stark sich die EU verändert.

Besucher und Delegationen aus Europäischen Ländern gehören in der Akademie zum Alltag. Hohe Persönlichkeiten und illustre Gäste des Auswärtigen Amtes gehören ebenso dazu wie Journalisten.

Beispielsweise organisierte die EAB das Programm für den Deutschland-Besuch des griechischen Erzbischof Hieronymus von Athen und seine Delegation mit Gesprächsterminen und Round-Table-Diskussionen in München und Berlin.

Und in den Räumen der EAB war es, wo einst erste Ost-West-Gespräche stattfanden und sich wieder deutsche und polnische Parlamentarier an einen Tisch setzten, um ohne Druck von außen ins vertrauensbildende Gespräch zu kommen.

Nach dem Mauerbau war 1963 die EAB gegründet worden, um den europäischen Einigungsprozess zu unterstützen und sich international besser zu vernetzen. Sie bietet heute in ihrer repräsentativen Gründerzeitvilla mit Hotel neben einem Zentrum der Begegnung von Politik, Kultur und Wissenschaft auch Raum für Ruhe, Erholung und Feierlichkeiten. Dafür stehen 32 Zimmer, eine hauseigene gehobene Gastronomie, fünf Seminarräume mit modernster Tagungstechnik und Bibliothek



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

3 | WIDG



sowie die große Gartenanlage mit altem Baumbestand zur Verfügung. – Das wusste auch schon Egon Bahr zu schätzen, der hier seine Hochzeit feierte.

Weder Prof. Dr. Stratenschulte noch seine Mitarbeiter werden müde, die unterschiedlichen Aufgaben der EAB im ausführlichen Gespräch Berliner Bezirksämtern, Journalisten und Nachfragenden offen darzustellen.

Christina Wegner, EU-Beauf-

tragte des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, erklärt dazu: „Als Europabeauftragte kooperiere ich nun schon seit mehreren Jahren mit der EAB. Ich schätze ihre professionelle und ideenreiche Arbeitsweise bei der Konzeption von Diskussionsveranstaltungen im Rahmen meiner Öffentlichkeitsarbeit sehr. So haben wir im Laufe der Zeit viele spannende Diskussionsrunden zu den unterschiedlichsten Themen orga-

nisiert und durchgeführt. Gerne begrüßt das Bezirksamt auch Teilnehmende von internationalen Begegnungen der EAB im Rathaus, um vor Ort die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung näherzubringen. Die EAB ist so zu einem festen Partner in meiner Öffentlichkeitsarbeit geworden, und ich freue mich schon heute auf unser nächstes gemeinsames Projekt.“



WIDG | 4

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte und die Zukunft der EAB

„Wo es schwierig wird, sind wir zu Hause“, fasst Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, der 1978 nach Berlin kam und seit 1993 die EAB leitet, die verantwortungsvollen Aufgaben der eher „untypischen“ Akademie zusammen und fährt fort: „Die Funktion der Europäischen Akademie ist, ihre Türen weit zu öffnen, um auf ihrem neutralen Terrain Menschen im entspannter Clubatmosphäre miteinander ins Gespräch zu bringen und Raum für freies Denken zu schaffen.“

Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Trägervereins „Europäische Akademie Berlin e.V.“ vertritt er die Akademie nach außen sowie gegenüber den Vereins-Gremien. Außerdem



führt er Sonderveranstaltungen und eigene Seminare durch.

Der Politikwissenschaftler, Germanist und Soziologe lehrt an der Freien Universität Berlin im Fach Politische Wissenschaft und ist Autor zahlreicher publizierter Artikel und Bücher zu europäischen und gesellschaftspolitischen Fragen.

Das Projekt der Akademie „Europäische Lehrerbildung in

Nordrhein-Westfalen“ ruht auf seinen Schultern, und er trägt damit indirekt über den Bereich der Willkommensklassen dazu bei, dass in Zeiten der viel diskutierten Flüchtlingspolitik „das langfristige Klima positiv bleibt“. Die Zukunft der EAB sieht Prof. Stratenschulte darin, dass sie den Europäischen Integrationsprozess als Vordenkerin und Gestalterin weiter begleitet. Dabei ist er sich wohl der schweren Veränderungen bewusst, welche der EU bevorstehen, sieht darin aber auch eine Herausforderung für seine Akademie, einmal mehr Vorbildfunktion beweisen zu können nach ihrem Leitspruch „Europa verstehen – Europa gestalten“.

Weitere Informationen und aktuelle Termine unter www.eab-berlin.eu

Jacqueline Lorenz ■

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Journal für Dahlem, Grunewald und Schmargendorf, April 2016

Dahlem & Grunewald **extra**

Journal für Dahlem, Grunewald
und Schmargendorf

April / Mai Nr. 2/2016



■ Europäische Akademie Berlin
Besonderer Ort mit Begegnungscharakter

■ Hufgetrappel am Rande des Grunewalds
Reiterverein Onkel Toms Hütte hat eine lange Tradition



GRATIS
ZUM MITNEHMEN

www.deutschlandfunk.de, 11.04.2016

Deutschlandfunk

Startseite Kontrovers Sind die Populisten auf dem Vormarsch? 11.04.2016

Europa im Umbruch

Sind die Populisten auf dem Vormarsch?

Die Fliehkräfte liegen derzeit offenkundig im Trend. Weg von "denen da oben", "der Elite", "der Bürokratie"; weg von "den verkrusteten Strukturen", den "Mainstream-Medien", dem "abgehobenen Establishment". Erfolge populistischer Parteien in vielen Staaten Europas sind ein deutliches Zeichen dafür. Doch was macht dieser Tage einen Politiker zum Populisten?

Moderation: Bettina Klein



Gegen Flüchtlinge, gegen Europa, gegen "die da oben" (picture alliance / dpa / Klaus-Dietmar Gabbert)

Die deutsche und die europäische Flüchtlingspolitik haben diese Stimmen nur besonders vernehmlich werden lassen. Auch das Referendum in den Niederlanden war ein Beispiel.

Ist es nicht richtig, Sorgen und Bedenken der Menschen ernst zu nehmen, gebietet das nicht die Demokratie? Stehen wir vielleicht tatsächlich vor gewaltigen Herausforderungen, die wir nur lösen, wenn wir die Probleme richtig benennen? Zeigen auch Dokumente wie die Panama Papers, wie viel im Dunklen und im Argen liegt? Dass der Unmut vieler Bürger und ihr Politikverdruss nicht nur auf unserem Kontinent reale Ursachen hat?

Studiogäste:

- **Sylvia-Yvonne Kaufmann**, MdEP, SPD, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
- **Eckart Stratenschulte**, Leiter der Europäischen Akademie Berlin
- **Ulrike Trebesius**, MdEP, ALFA, Fraktion der Konservativen und Reformen

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Table of Content

Introduction Monika Sus, Franziska Pfeifer	3
European Union 2025 – Strategic partners	
European Union and United States	
EU hegemony by default Anja Kuchenbecker, Dennis-Jonathan Mann, Johannes Thimm, Lora Anne Viola	5
Dinner à la carte Sonja Kaufmann, Gunter Rieck Moncayo, Lena Ringlieb, Martin Thunert	7
The "transatlantic Frankenstein" Sebastian Feyock, Crister Garrett, Mathis Lohaus	9
Inventing the enemy Laura Krug, Jana Puglierin, Christoph Klavehn	13
European Union and China	
Playing ball. Towards pragmatic co-integration anonymous authors	16
Made in 2025 Johannes von Einem, Olivia Gippner, Susanne Schmelcher	18
EU gliding aside Wiebke Rabe, Rainer Stinner	20
European Union 2025 – Neighborhood	
European Union and Ukraine & Russia	
Yalta reinvented David Cadelier, Stefan Meister, Susan Stewart	24
The downfall of the West, the last laugh is the best Gustav Gressel, Thomas Mehlhausen, Weronika Priesmeyer-Tkocz, Inyna Solonenko	27
The limbo Stefanie Harter, Sergey Utkin	31
Wind of change Maria Davydychik, Julia Kahri, Felix Krause, Evelina Schulz	33
European Union and Turkey	
Turning tables Alexander Knipperts, Ludwig Schulz	37
Filling in the vacuum Cornelia Abel, Kristian Brakel, Jakub Wodka	40
The Bodyguard Lisa Halerlach	42
European Union and MENA	
Association of MENA and European Countries Isabel Schäfer, Nikolas Scherer	45
A New Thirty Years' War Wiebke Ewering, Benjamin Preisler	47
A Chinese model for MENA? Ahmed Badawi	50
Camp nationalism Sena Sauter, Julia Simon, Isabella Werensfels	52
The ultimate wake-up call – Five policy recommendations for the European Union's foreign policy Monika Sus	
List of participants of the scenario workshops	57
2 European Union in the World 2025 Scenarios for EU relations with its neighbours and strategic partners	59



European Union in the World 2025

Scenarios for EU relations with its neighbours and strategic partners

Edited by Monika Sus und Franziska Pfeifer



Gustav Gressel, European Council on Foreign Relations (ECFR)
 Thomas Mehlhausen, University of Potsdam
 Weronika Priesmeyer-Tkocz, European Academy Berlin
 Iryna Solonenko, German Council on Foreign Relations (DGAP) / European University Viadrina

The downfall of the West – the last laugh is the best!

The worst-case scenario describes the downward spiral of a failing state in Ukraine, a discordant and overstrained European Union, an increasingly isolationist and non-committing US and a neo-imperial Russia. While Ukraine slides from one domestic crisis into another, the EU and the US lose hope in Ukrainian transformation and withdraw their assistance. Simultaneously, Russia seizes its chance of tightening its grip on Kyiv. This fits into a general pattern in Eastern Europe: while the EU struggles with its never-ending migration and Euro crises, the US under the presidency of Donald Trump followed his isolationist approach by withdrawing its troops from Europe and suspending article 5 of the NATO Treaty in order to focus on a global rivalry with China. President Putin seizes the opportunity of reinstalling a quasi-hegemonic regime in Eastern Europe to distract his electorate from domestic troubles. In lack of any alternatives, the Baltic States have to subdue to the impertinent demands of their Eastern neighbour and turn neutral and enter into comprehensive cooperation with Moscow. The West has lost cohesiveness and courtesy and thus global attraction, while Russia dictates the rules in Eastern Europe.

Points of departure

There are several presumptions on which the scenario rests. Being the cognitive basis on which the scenario hinges, some key aspects shall be explicitly mentioned. First of all the Ukrainian transformation success is mainly dependent on its domestic politics. Even though the EU is able to grant incentives for transformation, externally initiated democratisation appears as an illusion. The domestic balance between reformist and conservative political actors turns out to be crucial for whether and how external incentives are used. The political influence of oligarchs and thus particularistic commercial interests in Ukraine seems a rather stable parameter in Ukrainian politics given that some pivotal political actors are simultaneously oligarchs. As long as commercial leverage can be translated into political power and the domestic reform-minded actors are unable to challenge this state of things, the profound overhaul of the system of governance seems highly unlikely. Furthermore Russia maintains its neo-imperial claim to influence politics in its 'near abroad'.

Given strong nationalism and support for the annexation of Crimea, it seems highly likely that any foreign policy aiming at the preservation of rights for Russian minorities in the post-Soviet space is domestically highly popular. In the near future, Russian authorities may compensate for economic failures by promoting a proactive foreign policy to maintain Russian control in its neighbourhood. It is not conceivable that Russia will give back Crimea to Ukraine and even abandoning the separatists' regime in Eastern Ukraine will come—if at all—at a very high price for Ukraine and/or the West.

At the same time the EU will not be primarily focused on Ukraine in the years to come. Neither the migration nor the Euro crises seem to be tackled for good. As soon as one of these crises erupts again, a viable solution will have priority over democratisation in Ukraine. Moreover, EU member states differ in their vested interests in Eastern Europe and the more challenges the EU faces, the less probable a consistent Eastern policy will be.

...

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

RBB, Presseportal, 13.05.2016

PRESSEPORTAL

RUNDFUNK BERLIN-BRANDENBURG (RBB)

Lambsdorff nennt Europäische Innenminister "größtes Sicherheitsrisiko"

13.05.2016 - 14:11

Berlin (ots) - Der Vize-Präsident des EU-Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), hat die europäischen Innenminister scharf kritisiert.

Sie seien das größte Sicherheitsrisiko, weil sie den Terrorismus seit Jahren nicht wirksam bekämpften, sagte Lambsdorff am Freitag bei einer Veranstaltung des rbb-Inforadios in der Europäischen Akademie Berlin. Zwar kündigten die Innenminister nach jedem Anschlag eine bessere Zusammenarbeit an. In Wahrheit blockierten sie aber nötige Einrichtungen, wie einen europaweiten Grenzschutz und eine Europa-Polizei nach dem Vorbild des FBI in den USA. mal richtig zusammen ... Die Menschen haben das Gefühl, der tut jetzt aber echt was, der de Maizière. Nein, der tut nichts! Das größte Sicherheitsrisiko für Europa sind die nationalen Innenminister. Seit Jahren ... passiert nichts. Sie blockieren den Grenzschutz, sie blockieren europäische Ermittlungsarbeit, usw...."

Am Sonntag diskutiert Lambsdorff im Inforadio-Forum ab kurz nach 11 über die Rolle von Nachrichtenradios als glaubwürdige Vermittler europäischer Politik.

Das vollständige Gespräch können Sie hier hören: <http://ots.de/qAJ9Q>

Pressekontakt:

Rundfunk Berlin-Brandenburg

Inforadio

Chef / Chefin vom Dienst

Tel.: 030 - 97993 - 37400

Mail: info@inforadio.de

Original-Content von: Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), übermittelt durch news aktuell

Inforadio, 15.05.2016



So 15.05.2016 | 11:04 | Das Forum

Herausforderung Europa - Nachrichtenradios im Zeichen der EU-Krise

Die Europäische Union hat es gegenwärtig mit vielen Krisen zu tun. Wie gehen die Nachrichtensender damit um, darüber diskutiert Dietmar Ringel mit seinen Gästen im Rahmen der Internationalen Fachtagung vom rbb und der Europäischen Akademie Berlin.

Die Europäische Union hat es derzeit mit vier parallelen Krisen zu tun, der Flüchtlingskrise, der Krise um die Sicherheit angesichts terroristischer Anschläge, der noch nicht überwundenen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialkrise und dem wachsenden Nationalismus und Populismus in den Mitgliedstaaten. Als Grundlage für die öffentliche Debatte über die EU in den Mitgliedstaaten sind verlässliche Informationen notwendig. Wie gelingt es Nachrichtenradios, das ganze Bild Europas hörbar zu machen? Wie gehen sie mit einer zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft um? Was müssen sie tun, um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren?

Auf dem Podium:

Dr. Frauke Gerlach

Direktorin, Grimme-Institut

Alexander Graf Lambsdorff

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Dagmar Reim

Intendantin, Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)

Mercedes Riederer

Chefredakteurin für den Bereich Hörfunk, Bayerischer Rundfunk

Moderation:

Dietmar Ringel

Inforadio (rbb)

DER MODERATOR



Dietmar Ringel

Moderator, Reporter

Aufzeichnung einer geschlossenen Veranstaltung der **Europäischen Akademie Berlin** und Inforadio (rbb) innerhalb der Internationalen **Fachtagung "Radio in Europa – Europa im Radio"**.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Radio in Europe, Europe on Radio and a fairy tale.

Article published on May 29, 2016

F T G+

COMMUNITY PUBLISHED



Radio in Europe - Europe on Radio | Elina Makri

This article has not been vetted by an editor at Paris HQ

Last time I compared the journalistic profession with the shoemaker's, my friends laughed. No obvious connection, except progressive obsolescence. At least in some places of Europe, it feels like that.

Try to trace a shoemaker in Rome. Nowadays, people just buy new shoes.

In some cities, a shoemaker is a forgotten profession or someone that you rarely need in your everyday life. Now, ask a young journalist in the South of Europe what's his/her living out of journalism.

Do I feel as a journalist respected in my community for what I do? Do my compatriots value journalists' work? To put it starkly, depreciation is the word. According to a survey, an overwhelming 96,74% of Greek citizens believe that Greek journalists are "manipulated", which is alarming as for the quality of information the Greeks believe to be receiving. During my travels in Europe, I often hear the same complaints in other societies as well.

Confidence from the audience, follows another pitfall and peril: scarcity of private funding for news business. The *how-do-you-plan-to-make-money* question from an investor, is hopelessly confusing today.

In terms of resources, state funded media are a totally different story. Funding is there with an obvious source of income, immune to "*life after advertising*", an evolution that wrecked the old models of monetization (mostly for private media). Though nothing is sure. Those too, hear the financial music and the digital tsunami didn't leave them untouched. They can not opt out of the changes of the future.

www.cafebabel.co.uk, 29.05.2016

Transformation is a forced move.



BBC report on the Future of News | [BBC](#)

In the same time, topics about political life in Europe are becoming abundant. What to cover first?

The refugee crisis? The financial crisis? The rise of nationalist politicians in Europe or a potential Brexit? Suddenly we all talk more about Europe in everyday life.

Topics from other EU countries or how policies and decisions on a European level are taken, have increased in number along with the no obvious narrative frame to explain the many tension between a monetary union without a fiscal, how work the mechanisms of European bail out, who decides on what on political level etc. Our journalistic work is flourishing in... those interesting times.

On May, 11th to 12th, Info Radio Berlin "rbb" and the [European Academy of Berlin](#) organized an international expert meeting in the German capital. After all, Europe is experiencing its most serious crisis, radio too.

I was invited in the conference as part of the cafebabel family and it was a super chance to listen and exchange views, realize among fellows where we are standing.

The emphasis was on radio and as most of the invited speakers were experts on waves in the air, they can definitely sense too, the changes in the air of their industry.



European Academy of Berlin | [Elina Makri](#)

Elizabeth Botsch, the seminar Director from the European Academy, initiated the congress and put things into perspective: *"The media landscape has changed. Faster, wider, but,... we need to stick to the ethical guidelines. Crisis around Europe while Radio is faced also with many challenges. Let's talk Europe on radio and radio in Europe."*

...

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.cafebabel.co.uk, 29.05.2016

Radio and the future of European democracy

Alexander Graf Lambsdorff, the Vice-President of the European Parliament, initiated the second day of the congress and quoted blogger Andrew Sullivan and the controversial Hungarian Prime Minister Viktor Orban: *“Are we in the later stage of Democracy? A liberal democracy or illiberal democracy? There are tectonic shifts and we are just in the beginning of something we see.”*

He also pulled the security card: *“Can we create a sense of security in Europe? A European border protection? Then people will say that ok, ‘Europe is important for me.’ How can we make sure we represent all parts of the society?”*

The culture of distrust, is a point also raised by the rest of the panel. Mercedes Riederer, the Editor-in-Chief for Radio, BR (the Bavarian broadcasting corporation) and Dagmar Reim, the director of Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), were worried about the lack of representation of the society. *“We need to analyze where do the [bad] sentiments [from the audience] come from? That journalists, are part of the system.”*

...



What about European political public opinion? | European Academy of Berlin

'When Europe is the news...' – policy on Europe in reporting

The speakers of the next panel were all correspondents in Europe and talked about their experiences, the refugee crisis reporting, a topic that touched, divided or united multiple EU member states: *“Currently, the European Union has seemed paralysed. Where big decisions were needed, often Heads of State and Government only achieved minor progress. Or are there indeed only retrograde steps? Borders have been sealed to refugees. Free movement without border checks seems over. The current refugee crisis threatens to divide the EU. Correspondents inform listeners in their homeland about the course of the debate in other European countries. What do they think about the state of the EU? What image do they convey back home? **How can better communication with one another succeed again at the European level?”***

...

www.fnst.org, 31.05.2016

Friedrich Naumann
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

Deutscher OSZE-Vorsitz

31.05.2016, Berlin | Podiumsdiskussion

Message | 01.06.2016



Deutscher OSZE-Vorsitz – Bessere Zeiten für Menschenrechte im Donbass und auf der Krim?

Von Miriam Kosmehl

Millionen von Ukrainern leben in einer „grauen Zone“. Dort gilt das Recht des Stärkeren – nicht die Stärke des Rechts.

Zum ersten Mal seit ihrer Unabhängigkeit kommt es in der Ukraine zu systematischen und massenhaften Menschenrechtsverletzungen, von denen vorsätzliche Tötungen, Verschleppungen, Folter und Vergewaltigungen nur die schlimmsten sind.

Oleksandra Matwijtschuk, Direktorin des Kiewer „Zentrums für bürgerliche Freiheiten“ und Koordinatorin von „SOS Maidan“ ist Mitautorin eines Berichts unter dem Titel „Die Hölle überleben“, den eine Koalition von Menschenrechtlern – „Recht auf Frieden im Donbass“ – im vergangenen Jahr auf der Grundlage von Zeugenberichten verfasst hat.

Folter und Verschleppungen keine Einzelfälle in den besetzten Gebieten

I

II

III

IV

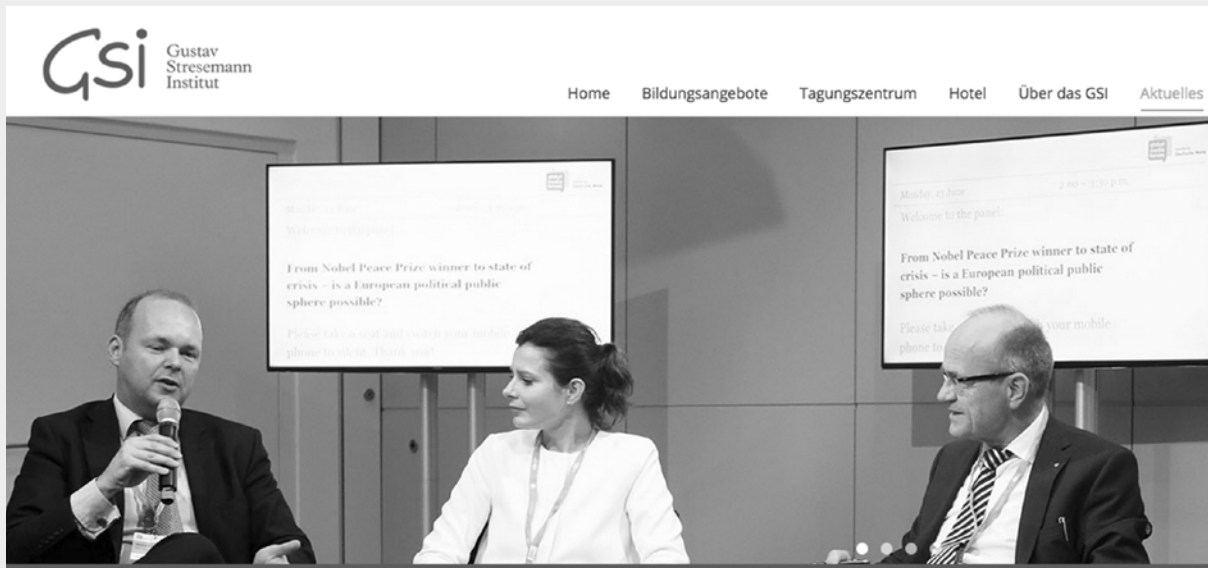
V

VI

VII

VIII

IX



Mit Emotionen für Europa begeistern

14.06.2016

Das GSI hat im Rahmen des diesjährigen Deutsche Welle Global Media Forum eine Diskussionsrunde veranstaltet. Unter der Moderation von Dr. Jan Ulrich Clauss, Leiter Strategische Planung des GSI, diskutierten Experten die Frage: „From Nobel Peace Prize winner to state of crisis – is a European political public sphere possible?“

Yves Leterme, Generalsekretär des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), Stockholm, machte gleich zu Beginn deutlich, dass ein wichtiges Kriterium für eine europaweite Öffentlichkeit nicht gegeben sei: eine gemeinsame Sprache. „Unterschiedliche Sprachen führen dazu, dass die Menschen zum Beispiel auch unterschiedliche TV-Programme schauen“, sagte der frühere belgische Premierminister. Bei aller sprachlichen und kulturellen Vielfalt gebe es aber auch viele Gemeinsamkeiten, die es hervorzuheben gelte. „Menschenrechte, Aufklärung, trias politica – das sind einige der Werte, die in ganz Europa gelten. Und die uns auch von anderen Gesellschaften abheben“, so Leterme. Diese Werte sollten Medien hervorheben.

Dr. Andrea Despot, stellvertretende Leiterin der Europäische Akademie Berlin, zeigte sich skeptisch, ob Medien allein diese Aufgabe erfüllen könnten. „Wenn man sich die Logik der Medien anschaut, muss man feststellen, dass Krisen einen höheren Nachrichtenwert haben als eine kontinuierliche Berichterstattung über die Vorteile und Werte Europas.“ Angesichts der Tatsache, dass sowohl Medien als auch Politiker Desinformationen zu Europa verbreiteten, betonte Despot die Bedeutung von Begegnungen – etwa im Rahmen politischer Bildung. „Kommunikation, auch digital, ist wichtig. Aber dem persönlichen Austausch kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn wir ein gemeinsames europäisches Narrativ entwickeln wollen.“

Dr. Hendrik Schott, Präsident der Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ), Bonn/Berlin, plädierte dafür, dass sowohl Journalisten als auch Politiker ihre nationalen Perspektiven ablegen. So würden etwa EU-Kommissare manchmal die Interessen ihrer entsendenden Länder stärker im Blick haben als die eines gemeinsamen Europas. Eine Beobachtung, die Schott auch in anderen Bereichen sieht: „Nach EU-Gipfeln informieren die Staats- und Regierungschefs weitgehend nur die Medien ihrer Länder.“ Ein transnationaler Austausch finde da selten statt. „Wir Journalisten sollten die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen, statt 28 Perspektiven einzunehmen.“

www.gsi-bonn.de, 14.06.2016

Dr. Henning Hoff, Executive Editor, Berlin Policy Journal, Berlin, erinnerte daran, dass viele Zeitungen in ganz Europa derzeit Schwierigkeiten mit ihren Geschäftsmodellen hätten. Vor diesem Hintergrund sei es für Medienmacher verlockend, nationale Interessen zu bedienen oder auch dramatische Schlagzeilen zu wählen. Eine eher transnationale Zielgruppe habe das Berlin Policy Journal im Blick, das Hoff verantwortet. „Wir wollen mit unserer digitalen Publikation eine transeuropäische Debatte starten.“ Dies könne etwa für die Abstimmung in Großbritannien wichtig sein, denn „je mehr die Menschen über Europa wissen, umso eher stimmen sie für Europa und einen Verbleib in der EU ab.“

Als ausschlaggebend für eine funktionierende europäische Öffentlichkeit sah die Runde einen emotional geführten Diskurs an, auch um eine größere Zielgruppe anzusprechen. „Euroskeptiker erreichen die Menschen, weil sie zum Beispiel Ängste schüren – manchmal auch mit gezielten Falschinformationen“, sagte Andrea Despot. Ein Weg, die Emotionen der Menschen über Medien zu erreichen, könnten Visualisierungen sein, griff Yves Leterme einen Diskussionsbeitrag aus dem Publikum auf. Insgesamt zeigten sich die Panelisten zuversichtlich, dass der Diskurs in und über Europa weitergehe. Augenzwinkernd ergänzten sie, dass es ja auch ein Thema und das dazugehörige Medium gebe, das offenbar europaweit funktioniere: der Sportkanal Eurosports. Das, so war sich das Podium einig, müsse und sollte nicht der einzige transeuropäische Diskurs bleiben.

In der Bildergalerie: Dr. Jan Ulrich Clauss, [Dr. Andrea Despot](#), Dr. Henning Hoff, Dr. Hendrik Schott, Yves Leterme (Alle Fotos: Copyright Deutsche Welle (<https://www.flickr.com/photos/deutschewelle/sets/72157667035591414>))



Brexit

Lasst sie gehen!

Ein Brexit wäre eine große Chance. Er könnte einen Relaunch der EU auslösen – mit unterschiedlichen Stufen der Integration. Und Großbritannien als assoziiertem Mitglied

Ein Gastbeitrag von **Eckart Stratenschulte**

20. Juni 2016, 18:20 Uhr / 247 Kommentare



Heftige Schlacht: ein Plakat mit dem Aufruf, für den Austritt aus der EU zu stimmen, an einem Haus in Charing © Ben Stansall/AFP/Getty Images

Die Brexit-Debatte wird wenige Tage vor der Abstimmung noch schriller. In grellen Farben malen beide Seiten die negativen Folgen eines Austritts oder eines Verbleibs in der EU aus. Die Nachteile eines Ausscheidens für das Land und für die Union sind oft beschrieben worden. Für Europa bietet der Brexit aber durchaus eine Chance.

Die britische Mitgliedschaft in der EU [<http://www.zeit.de/politik/2016-06/referendum-brexit-eu-google-suchanfragen-europa>], ursprünglich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), ist immer ein Missverständnis gewesen. Die Briten dachten nur an den gemeinsamen Binnenmarkt und glaubten,

www.zeit.de, 20.06.2016

gewesen. Die Briten dachten nur an den gemeinsamen Binnenmarkt und glaubten, die Kontinentaleuropäer würden das mit der *ever closer union*, also einer ständigen Fortsetzung der europäischen Integration, nicht so ernst meinen. Und die Festlandeuropäer hofften, die Briten würden sich, einmal am gemeinsamen Tisch, für diese Idee erwärmen.

Getäuscht haben sich beide Seiten. So gesehen ist das Austrittsreferendum [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/eu-referendum-brexit-abstimmung-live>],

**ECKART
STRATENSCHULTE**

leitet die Europäische
Akademie in Berlin.

aus welchen Motiven auch immer David Cameron es angesetzt hat, nur folgerichtig. Großbritannien ist ein bedeutendes Land in und für Europa, ökonomisch, sicherheitspolitisch, kulturell; es könnte daher ein wichtiger Teil in der Europäischen Union sein, aber es fehlt ihm am Willen zur Gemeinsamkeit

[<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/katalonien-spanien-unabhaengigkeit-eu-neuwahl>] und zur Integration.

Zurzeit werden den Briten im Fall der Scheidung allerlei Höllenstrafen angedroht. Das Land werde aus dem Binnenmarkt geworfen [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/grossbritannien-brexit-iwf-warnung-wirtschaftswachstum>] werden, mit neuen Verhandlungen werde man sich viel Zeit lassen, es könnte als "Deserteur" (Jean-Claude Juncker) nicht auf Entgegenkommen hoffen. Das ist aber alles nur Feuerwerk.

Eine maßgeschneiderte Assoziierung

Tatsächlich werden am Tag nach einer Ausstiegsentscheidung die Überlegungen beginnen müssen, wie man Großbritannien so eng wie irgend möglich an die EU anbinden kann, und zwar vor allem in den Bereichen, an denen das Land interessiert ist und in denen es etwas zu bieten hat: im Binnenmarkt und in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die zwei Jahre, die der Lissaboner Vertrag für die Austrittsverhandlungen vorsieht, werden genutzt werden, um eine maßgeschneiderte Assoziierung Britanniens an die EU zu entwickeln. Mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), dem Island, Liechtenstein und Norwegen angehören, sowie dem speziellen Vertragsverhältnis zwischen der EU und der Schweiz wurden bereits Modelle entwickelt, bei denen man Anleihen wird nehmen können.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Die Ankündigung, den Briten den Exit zu versauern, zielt darauf, Nachahmer abzuschrecken. Die Europäische Union kann jedoch nicht durch Zwang und Druck zusammengehalten werden, sondern nur durch die Bereitschaft, Souveränität zu teilen. Deshalb ist es durchaus richtig, ein attraktives Assoziierungsmodell zu entwickeln und anderen die Option zu geben, diesen Weg ebenfalls zu gehen, wenn sie sich in der EU nicht mehr wohlfühlen.

Die Europäische Union würde dadurch kleiner, aber nicht schwächer. 19 Staaten, die etwas miteinander anfangen wollen und dafür auch einstehen (und deshalb in der Eurogruppe sind), bewegen mehr als 28 Länder, die sich wechselseitig paralysieren.

Ein Kerneuropa mit weiteren Ringen

Die EU der 28, für die ein gemeinsamer Besitzstand gilt, ist ein Trugbild. Nicht alle EU-Länder sind beim Euro dabei und wollen es auch nicht. Das Gleiche gilt für Schengen und für viele Bereiche der Rechts-, Innen- und Verteidigungspolitik. Großbritannien habe jetzt einen Sonderstatus in der EU [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/brexit-pew-umfrage-euro-skepsis-5vor8>], jubelte David Cameron, nachdem er sich im Februar mit den anderen Regierungschefs darauf verständigt hatte, im Fall eines Verbleibs, Teile des EU-Rechts für sein Land außer Kraft zu setzen.

Dieser Weg führt jedoch ins Abseits: Eine EU mit einem eigentlich gemeinsamen Recht, das aber hier und da und dort nicht für alle gilt und das – siehe Slowakei, Ungarn und Polen in der Flüchtlingsfrage – auch da offen herausgefordert wird, wo es eigentlich angewendet werden müsste, eine solche EU ist weder potent noch ernst zu nehmen.

Das bedeutet in der Konsequenz: Die EU wäre ohne Großbritannien und vielleicht perspektivisch auch ohne andere Länder, stärker als mit Mitfahrern, die beide Füße auf der Bremse haben. Was also spricht dagegen, der EU die Handlungsfähigkeit zurückzugeben und diejenigen, die uns politisch, wirtschaftlich und kulturell nahestehen, durch eine Assoziierung so eng anzubinden, wie sie dies wollen, aber eben auch nicht enger? Dann ziehen alle, wenngleich mit unterschiedlicher Kraftanstrengung, in die gleiche Richtung. Auch die Debatte um den Beitritt weiterer Länder in die EU, vor allem der Türkei, würde an Schärfe verlieren, da mit der Assoziierung ein äußerer Ring zur Verfügung stünde, der den Kandidatenländern die Möglichkeit gibt, herauszufinden, wie weit sie bei der Supranationalität gehen wollen und können.

Ein Zusammenschluss der Willigen

Die EU benötigt eine Restrukturierung, einen Relaunch [<http://www.zeit.de/2016/26/eu-kritik-politiker-bruessel-brexit>]. Je nachdem, wie viel Souveränität die Mitgliedstaaten miteinander wahrnehmen wollen, wird sie aus zwei bis drei Kreisen bestehen, wobei der äußere Kreis die Assoziierung darstellt.

Das alles sagt sich leichter, als es zu realisieren wäre. Vor allem stellt sich die Frage, wie die Gemeinschaftsorgane Kommission und Europaparlament konzipiert werden müssten, um unterschiedliche Verantwortungstiefen innerhalb der EU abzubilden, und welche Einwirkungsrechte den Assoziierungspartnern eingeräumt werden können, die sicherlich mehr wollen als die Beschlüsse der EU einfach nur nachzuvollziehen, wie es derzeit die Schweiz tut.

Aber unruhige Zeiten kommen auf die EU sowieso zu. Falls Großbritannien in der Union bleibt, werden sicher auch andere bald einen Sonderstatus fordern. Aber wohin soll das führen? Wohin bringt es die EU, wenn bei schwierigen Fragen ein Teil der Mitglieder einfach nicht mitspielt, was die Bundeskanzlerin ja schon zu der Formel hat greifen lassen, in der Flüchtlingskrise eine "Koalition der Willigen" zu beschwören. Das wäre dann ein Ad-hoc-Kerneuropa – ohne feste Strukturen, Verantwortlichkeiten und Einwirkungsmöglichkeiten der europäischen Öffentlichkeit. Da ist es schon besser, die EU positioniert sich neu, jeder entscheidet, wie weit er gehen will, richtet sich darauf ein und seine Politik entsprechend aus.

Großbritanniens Austritt würde zwangsläufig den Anstoß zu einer produktiven Debatte über die Neuaufstellung der EU und Europas geben. Die Briten könnten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der europäischen Integration im 21. Jahrhundert leisten.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

SRF

Brexit – der Startschuss für eine neue Union?

Freitag, 24. Juni 2016, 21:21 Uhr

Viele sorgen sich nach dem Brexit um die Zukunft der Europäischen Union. Doch es gibt auch Beobachter, die darin eine Chance sehen. Einer von ihnen ist der Politikwissenschaftler Eckart Stratenschulte.

SRF News: Die EU verliert eines ihrer wichtigsten Mitglieder. Worin liegt da die Chance für die Union?

Eckart Stratenschulte: Die Chance liegt darin, dass die EU jetzt gezwungen ist, sich neu aufzustellen und sich neu zu strukturieren. Dieser Prozess ist eigentlich überfällig. Jetzt kann er nicht mehr länger vermieden werden. Denn es ist offensichtlich, dass die 28 Mitglieder nicht mehr dieselben Ziele haben. Die EU muss sich neu sortieren. Dazu hat der Brexit den Startschuss gegeben.

Aber besteht nicht die Gefahr, dass ein Dominoeffekt entsteht und die EU am Ende zerbricht?

Das glaube ich nicht. Was geschehen wird, ist, dass die EU im Ergebnis kleiner sein wird, aber stärker und handlungsfähiger. Damit wird sie auch wieder mehr Akzeptanz ihrer Bürger erringen können. Viele Menschen wenden sich von der EU ab, nicht weil sie sich überreguliert fühlen. Sondern weil sie sich sagen, da kommt ja nichts dabei heraus. Grösse alleine ist kein Kriterium. Das heisst: Ja, es wird vermutlich Nachahmer geben. Aber eine EU mit 24, 25 Mitgliedern, die etwas bewegt, ist besser als eine mit 28, die paralysiert ist.

Wie verhindert man, dass sich jeder Staat die Rosinen herauspickt?

Indem man eben wieder zu einer gemeinsamen Verpflichtung kommt. Wir haben ja im Augenblick genau diese Situation, dass es ein gemeinsames Recht gibt, aber sich viele einfach nicht daran halten. Das ist straflos möglich. Ich spreche damit die Flüchtlingskrise an, bei der es gemeinsame Beschlüsse gab, aber einige Staaten sagten, das ist zwar beschlossen, aber das interessiert uns nicht. Wir machen es nicht. Das ist das wirkliche Ende der europäischen Integration, die darauf aufbaut, dass wir Souveränität gemeinsam ausüben, und sich auch alle daran halten.

Eckart Stratenschulte



IMAGO

Der Politikwissenschaftler leitet seit 1993 die Europäische Akademie Berlin, eine von der EU mitfinanzierte Bildungseinrichtung, die Seminare, Konferenzen, Symposien und andere Veranstaltungen zu europäischen Themen durchführt.

www.srf.ch, 24.06.2016

Teil 2

Insofern glaube ich, dass gerade so eine Stärkung das Rosinenpicken vermeidet. Mit Staaten im äusseren Kreis wie bald Grossbritannien oder auch mit der Schweiz muss man dann die gegenseitigen Interessen verhandeln. Dabei wird es auch immer Rosinen geben in diesem Müsli, aber auch Haferflocken – für beide Seiten.

« Es wird immer Rosinen geben in diesem Müsli, aber auch Haferflocken – für beide Seiten. »

Die EU müsste sich aber von der über Jahrzehnte gewachsene Vorstellung einer immer engeren Union verabschieden...

Nein, sie muss Abschied nehmen von einer immer engeren Union mit diesen 28 Mitgliedern. Das Ergebnis: Eine immer engere Union in einem kleineren Kreis, der von einem zweiten Kreis umgeben ist, der sagt, uns reicht der Status Quo, mehr wollen wir nicht. Und einem dritten Kreis, der sagt, wir wollen von aussen eng an euch angebunden sein. Zukunftsmodell ist ein Europa der konzentrischen Kreise.

Sehen Sie in Europa eine Bereitschaft dazu?

Es gibt nach wie vor in einer Reihe von Mitgliedstaaten die Bereitschaft, die Zukunft wirklich gemeinsam zu gestalten, und dafür auch Souveränität abzugeben. Es gibt einen zweiten Kreis von Staaten, die sagen, mehr Souveränität wollen wir nicht abgeben. Damit haben wir schon zwei Kreise. Dann haben wir einen mit Grossbritannien, das zwar sagt, wir wollen eng mit der EU verbunden bleiben. Aber wir wollen diese Verbundenheit von aussen herstellen. Damit haben sich die drei Kreise schon automatisch ergeben.

« Das Zukunftsmodell ist ein Europa der konzentrischen Kreise. »

Eine EU mit diesen unterschiedlichen Integrationstiefen, wie Sie sie schildern, erfordert aber auch andere Institutionen...

Das ist genau das Problem. Das hat Auswirkungen auf die institutionelle Ebene. Vor allem auf die Gemeinschaftsinstitutionen, also bei der Kommission und beim Rat. Da ist vieles noch nicht durchdacht. Auch ich habe nicht die Patentlösung in der Tasche. Aber wenn wir anfangen, darüber nachzudenken, wird es uns auch gelingen, das entsprechend aufzustellen.

Bisher haben wir darüber ja nicht nachgedacht. Wir hatten jetzt auch schon die unbefriedigende Situation, dass zum Beispiel im Europaparlament viele über den Euro mitbestimmt haben, deren Land den Euro gar nicht hat und auch nicht haben will. Auch das ist ein demokratisches Problem, wenn Entscheidung und Verantwortung zusammenfallen müssen. Insofern wird es eine Neustrukturierung der Institutionen bedürfen. Beim Rat ist das einfach. Da kann man sagen, da setzen sich 27 zusammen und fünf gehen raus und besprechen weitere Punkte. Beim Parlament und der Kommission muss man das anders vorgehen. Aber ich bin ganz hoffnungsvoll, dass uns das gelingen wird.

Das Gespräch führte Roman Fillinger.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.oda.odessa.gov.ua, 30.06.2016

Зустріч з директором Європейської Академії Берліну Екертом Штратеншульте

30.06.2016

29 червня відбулася зустріч керівника апарату Одеської обласної державної адміністрації Вадима Грузина з директором Європейської Академії Берліну Екертом Штратеншульте.

Під час зустрічі сторони обговорили проект німецько-української Академії доброго урядування та підвищення компетентності в Європі (AGREE), метою якого є підтримка кадрів в уряді та адміністрації, а також кадрів центрального та місцевого рівня, які орієнтовані на реформи. Основними сферами проекту є розвиток демократії, підтримка верховенства права, створення організаційної структури та ефективного управління.

Європейська Академія Берліну планує провести навчальну програму, яка фокусуватиметься суто на українських інтересах та відповідатиме найновішим фаховим та педагогічним стандартам якості. Сутність програми полягає в проведенні багатотижневих семінарів, які відбуваються в Берліні та спрямовані на працівників адміністративного персоналу з різних областей України.

В завершенні зустрічі сторони домовились про подальше співробітництво, з метою організації майбутньої участі адміністративного персоналу від Одеської обласної державної адміністрації в семінарах в м. Берлін.



www.oda.odessa.gov.ua, 30.06.2016

ВАЖЛИВА ІНФОРМАЦІЯ!

Держслужбовці перейматимуть Європейський досвід роботи у Німеччині

Миколаївська область
30 Червня 2016

Тема: Події

Сьогодні, 30 червня, заступник голови Миколаївської облдержадміністрації В'ячеслав Бонь зустрівся з директором Європейської Академії Берліну Екертом Штратеншультом з метою обговорення питань налагодження співробітництва та участі працівників облдержадміністрації у проекті «Німецько-українська Академія доброго урядування та підвищення компетентності в Європі (AGREE)».

За словами пана Екерта, Німеччина вкрай зацікавлена в розвитку Української держави, саме тому Європейська Академія Берліну разом з урядом Німеччини започаткували освітню програму для українських держслужбовців, з метою передачі українцям досвіду німецьких колег.

«Нам, в першу чергу, необхідно вивчати європейський досвід, європейську модель управління. Наші спеціалісти, які мають впроваджувати реформи, повинні переймати позитивний європейський досвід. Тому ми вдячні вам, що ви готові нам допомагати в цьому», - сказав В'ячеслав Бонь.

Проектом «Німецько-українська Академія доброго урядування та підвищення компетентності в Європі (AGREE)» передбачено проведення семінарів в місті Берліні щодо впровадження ефективного управління та боротьби з корупцією.

Всі новини →



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.loga.gov.ua, 30.06.2016

30 червня 2016, 10:55

Заступник голови Луганської обласної державної адміністрації Ольга Лішик зустрілася з представниками Академії доброго урядування та підвищення компетентності в Європі AGREE



Заступник голови обласної держадміністрації Ольга Лішик зустрілася з представниками Академії доброго урядування та підвищення компетентності в Європі AGREE.

До складу делегації увійшли Професор Доктор Екарт Штратеншульте – директор Академії та Марія Майструк – проектний асистент.

У ході зустрічі Пан Штратеншульте розповів, що за ініціативи Міністерства закордонних справ Німеччини Європейська Академія Берліну проводить ряд семінарів для українських держслужбовців органів державної влади та місцевого самоврядування на тему

«Добре урядування». Проект «Академія доброго урядування та підвищення компетентності в Європі» (AGREE) має за мету сприяти обміну новітнім досвідом та підтримувати Україну в трансформаційних процесах.

Він зазначив, що завдяки даному курсу учасники мають можливість налагодити контакт з німецькими адміністраціями та державними органами, а також отримати нові знання щодо всіх аспектів ефективного управління.

Під час зустрічі обговорювалася можливість залучення співробітників Луганської облдержадміністрації до семінарів в Академії доброго урядування та підвищення компетентності в Європі (AGREE) та була досягнута домовленість щодо подальшої координації діяльності.

Присутні висловили надію на подальше плідне співробітництво.

www.donoda.gov.ua, 30.06.2016

Держслужбовці Донецчини візьмуть участь в семінарах Європейської Академії Берліну



28 червня 2016 року

28 червня відбулась зустріч голови облдержадміністрації Павла Жебрівського з директором Європейської Академії Берліну Екартом Штратеншульте та координатором програми AGREE Європейської Академії Берліну Марією Майструк.

На зустрічі були обговорені питання щодо участі представників Донецької облдержадміністрації в семінарах та проходження курсу навчання в Європейській Академії Берліну.

Голова облдержадміністрації Павло Жебрівський зазначив, що Донецька ОДА дуже зацікавлена у навчанні державних службовців та підвищенні рівня їх кваліфікації.

«Я поставив задачу, що в найближчий рік тисяча людей з Донецчини мають пройти навчання та стажування в Європі. При цьому, 500 – це державні службовці та керівники майбутніх об'єднаних громад, а інші 500 – це ті, які мають створити малий і середній бізнес», - повідомив очільник області.

Також голова Донецької ОДА розповів, які саме курси необхідні. «По-перше, це допомога, тим людям, які планують створити свій бізнес. Друге питання – це навчання для майбутніх керівників об'єднаних територіальних громад. Люди, які будуть займатись питанням децентралізації, мають дуже чітко розуміти, що вони роблять», - зазначив Павло Жебрівський.

«Європейська Академія Берліну планує навчальну програму, яка фокусуватиметься суто на українських інтересах та відповідатиме найновішим фаховим та педагогічним стандартам якості. Ми спираємося на досвід та оцінку тем, потреб та цільових груп минулих років, набутих під час багаторічної співпраці з українськими політичними діячами, та спрямованим завдяки семінарам на підтримку трансформаційних процесів у різних країнах Центральної та Східної Європи», - повідомив Екарт Штратеншульте.

Також представники делегації запропонували Донецькій ОДА взяти участь у 9 семінарах які планується провести в 2016 році в Європі.

«Для дуже приємно бачити, що намагаєтесь відновити свою область та зробити її найкращою і Україною. Ми хочемо підтримати цю ініціативу. Саме тому запрошуємо ваших працівників взяти участь в наших семінарах», - зазначив Екарт Штратеншульте.

В ході зустрічі також було обговорено організаційні питання, а також Донецька ОДА та делегація Європейської Академії Берліну домовились про участь декількох працівників ОДА в семінарах.

Управління інформаційної політики та з питань преси облдержадміністрації

I

II

III

IV

V

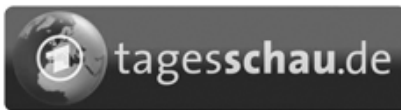
VI

VII

VIII

IX

www.tagesschau.de, 02.07.2017



Flucht nach Europa

Mittelmeer statt Balkan

Stand: 02.07.2016 15:53 Uhr

Es ist ruhig geworden auf der Balkanroute. Zäune und Grenzen versperren den Weg nach Westeuropa. In Deutschland sinken daher die Flüchtlingszahlen. Doch wer vor Krieg und Gewalt flüchten muss, sucht sich andere Wege. Zum Beispiel wieder über das Mittelmeer.

Von Barbara Schmickler, tagesschau.de

Die Grenzen sind dicht, das Lager Idomeni geräumt - es ist ruhig geworden auf der Balkanroute. Die großen Flüchtlingsstrecken des vergangenen Jahres sind vorerst Geschichte. Über die Grenze nach Deutschland kamen im Juni knapp 5000 Menschen, im Januar hatte die Bundespolizei noch 64.700 Flüchtlinge registriert. Im vergangenen Jahr waren insgesamt mehr als eine Million Menschen nach Deutschland gekommen, an einzelnen Tagen waren es mehr als 10.000.

Der Grund für die deutlich gesunkenen Zahlen in der EU: die Absperrung der Balkanroute und das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei. "Das hat kurzfristig zwar eine Entlastung für die Staaten gebracht, aber damit wurde nichts gelöst", kritisiert [Eckart Stratenschulte von der Europäischen Akademie Berlin](#). "Die Schließung hat damals eine abrupte Krise beendet", sagt auch Dušan Reljić von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

www.kladower-forum.de, 03.07.2016

Kladower Forum

Kulturelle Aktivitäten in und um Kladow



Warschauer Bus auf Kladows Straßen

🕒 3. Juli 2016 📁 Vermischtes 📍 Berlin, Busaustausch, BVG, Kladow, Städtepartnerschaft, Warschau, X34 👤 Kladower Forum

Im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Warschau und Berlin findet ein Austausch von Linienbussen statt. In der polnischen Hauptstadt fuhr bereits zwei Wochen lang ein BVG Doppeldecker im regulären Einsatz. Am 1. Juli stellte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, zusammen mit Warschaus Stadtpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Walz vor dem Berliner Rathaus den polnischen Gastbus vor.

Bei diesem handelt es sich um einen Solaris Gelenkbus mit der Betriebsnummer 5408 und großer Werbung „Warschau grüßt Berlin“. Der Bus wird auch in Kladow zu sehen sein, da er auf neben der Linie M49, auch die Linie X34 bedienen wird. Und diese führt bekanntlich von Kladow Kaserne Hottengrund nach Bahnhof Zoo. Auch dieser wird etwa zwei Wochen in der Fremde verkehren

Der Bus hat für die Zeit ein Berliner Kennzeichen erhalten: B V 4000.

Hintergrundinformationen:

[Europäischen Akademie Berlin](#)

[Pressemitteilung Berlin](#)

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.omnibus.news, 06.07.2016

OMNIBUS NEWS

Austauschprogramm

6. Juli 2016



Gemeinsame Sache: Berlin und Warschau tauschten Busse aus. Foto: EAB Berlin / Enters

Von Manfred Reusch kam der Hinweis, dass im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Warschau und Berlin ein Austausch von typischen Linienbussen stattfand. Bei einem Fototermin am Berliner Rathaus vor dem Bus aus Warschau sowie einem Berlin-typischen Doppeldecker der BVG machten sie auf das Jubiläum aufmerksam. Die Städte-Partner wollten in diesem Zusammenhang u.a. aufzeigen, dass sie zahlreiche zivilgesellschaftliche und kulturelle Projekte fördern, die die Vielfalt der Verbindungen deutlich machen. Es finden z.B. Erfahrungsaustausche und Stadtdialoge zu Themen wie Flucht und Zuwanderung, aber auch zu stadtplanerischen Fragen statt, und junge Erwachsene entwickeln in den Bereichen Musik, Theater und Kunst neue Kooperationsformate. Die Projekte zielen auf eine Vervielfachung der Verbindungen und auf die Förderung kreativer Ideen zum gemeinsamen Nutzen. Der Buseraustausch wurde von der BVG in Zusammenarbeit mit der [Europäischen Akademie Berlin](#) initiiert. Die Berliner Senatskanzlei unterstützt das Projekt. Partner in Warschau sind die Städtischen Busbetriebe MZA, die Städtischen Verkehrsbetriebe ZTM sowie die Polnische Robert Schuman Stiftung. Warschaus Stadtpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz war aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zu Gast in Berlin. Sie erwiderte am 1. und 2. Juli 2016 den Besuch des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller in der polnischen Hauptstadt vom Mai dieses Jahres. „Ich heiße meine Warschauer Amtskollegin herzlich willkommen in unserer Stadt. Berlin und Warschau sind heute zwei wichtige europäische Metropolen, die seit 25 Jahren stetig intensivierte enge Beziehungen auf vielen Ebenen unterhalten.“

imwestenberlins.de, 16.07.2016

Mit dem Warschau-Bus durch die City West



Im falschen Land gelandet? Ein Scherz? Oder etwa Betrug? Wer derzeit am Bahnhof Zoo auf den Bus wartet, vor dem hält in regelmäßigen Abständen ein polnisches Omnibusmodell. Mit polnischem Kennzeichen, polnischen Tarif-Aushängen und Warschau-Werbung. Die Aktion ist eine symbolische, die die BVG in Kooperation mit der [Europäischen Akademie Berlin](#) initiiert hat. Der Anlass: Die 25-jährige Städtepartnerschaft Berlins mit der polnischen Hauptstadt Warschau.

Als Zeichen der Freundschaft zwischen beiden Städten und Ländern setzt die BVG seit dem 1. Juli einen Warschauer Linienbus auf den Linien M49 (Heerstraße/Nennhauser Damm bis S+U Zoologischer Garten) und X34 (Kladow, Kaserne Hottengrund bis S+U Zoologischer Garten) als regulären Linienbus ein. Darauf steht der Schriftzug: „Warschau grüßt Berlin“. Im Gegenzug befuhrt ein Berliner Doppeldeckerbus im Mai eine zentrale Warschauer Stadtlinie.

Kein Ticketkauf im Bus möglich

In der polnischen Berlin-Linie können Fahrgäste kein Ticket beim Busfahrer lösen. Wie BVG-Pressesprecher Markus Falkner erklärt, sei das technisch nicht möglich. „Fahrscheindrucker und Bordrechner sind technisch heutzutage so komplex, dass es sich nicht lohnt, sie lediglich für ein paar Wochen einzubauen“, sagt Falkner. Die Fahrgäste sollten sich ihr Ticket deshalb am besten schon zuvor lösen, oder beim nächsten Umsteigen. Doch keine Panik: „Wer im Warschau-Bus keinen gültigen Fahrausweis hat, der wird mit Sicherheit nicht stehengelassen.“

Bei den Fahrgästen komme die Busaustausch-Aktion gut an. „Sie fragen die Busfahrer interessiert über das Gastfahrzeug in unserer Flotte aus“, erzählt Falkner. Noch bis zum 26. Juli ist der polnische Austauschbus in Berlin unterwegs. Zudem fährt der BVG-Doppeldecker, der im Mai in Warschau unterwegs war, noch mit der polnischen Aufschrift „Berlin pozdrawia Warszawa“ durch Berlin. Die Aktion unter dem Namen „Mobil“ wird unter anderem auch von der Berliner Senatskanzlei unterstützt.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Informationsreise für internationale Journalist*innen

Frankfurt / Oder, Medienmitteilung, 06.07.2016



MEDIENMITTEILUNG

der Stadt Frankfurt (Oder)

Oberbürgermeister im Gespräch mit internationaler Journalistendelegation

Am heutigen Mittwochnachmittag haben Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke und der Leiter des Frankfurt-Słubicer Kooperationszentrums, Sören Bollmann, im Frankfurter Rathaus eine 14-köpfige Gruppe internationaler Journalisten empfangen. Diese waren auf Einladung des Auswärtigen Amtes und unter Delegationsleitung der Europäischen Akademie Berlin in der Oderstadt zu Gast, um mehr über den Stand der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zu erfahren.

Gegenstand des Gesprächs mit dem Frankfurter Stadtoberhaupt war die Zusammenarbeit Frankfurts und Słubices: „In unseren Städten begegnen sich Menschen aus beiden Ländern. Es gibt eine vielfältige Landschaft von Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich um einen vitalen Austausch bemühen. Das sind die Zutaten, die unsere Doppelstadt ausmachen.“, so Dr. Wilke.

Marcus Hornung von der Europäischen Akademie und bereits zum wiederholten Male mit einer ausländischen Delegation in Frankfurt zu Gast, ergänzt: „Wir haben Frankfurt (Oder) als eine internationale, europäische Stadt kennen und schätzen gelernt, kommen gerne mit internationalen Delegationen hier her und planen, dies auch künftig zu tun.“

Besonderes Interesse bei einigen Delegations-Mitgliedern erweckte die Person Heinrich von Kleists. So berichtete einer der Journalisten über einen Besuch im Kleist-Museum und verließ in dem Gespräch seiner Sympathie für das Werk „Michael Kohlhaas“ und der darin enthaltenen intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie Ausdruck.

Martin Lebrecht
Pressesprecher der Stadt Frankfurt (Oder)/rzecznik prasowy



StadtrandNachrichten

Online-Zeitung für Steglitz-Zehlendorf

Ausländische Journalisten informierten sich in Zehlendorf über die Flüchtlingssituation

Jul 6, 2016 | 0 ●



In einem Gespräch im Rathaus Zehlendorf informierten sich 14 internationale Journalisten über die Flüchtlingssituation im Bezirk. Foto: Grützner

14 Journalisten aus 13 Nationen waren am Dienstagnachmittag zu Gast im Zehlendorfer Rathaus. Empfangen wurden sie dort unter anderem von Bezirksbürgermeister Norbert Kopp, Günther Schulze vom Willkommensbündnis und Sylvia Affeld vom Jobcenter, die mit der Delegation über die Herausforderungen der Flüchtlingskrise auf lokaler Ebene diskutierten.

Nach einer kurzen Vorstellung des Aufbaus und der Aufgaben des Jobcenters und des Willkommensbündnisses hatten dann die Journalisten die Gelegenheit Fragen zu stellen. Ob auch Migranten, die schon länger in Deutschland lebten, sich bei der Arbeit mit Flüchtlingen engagieren, interessierte die Gäste genauso wie die Angst und Ablehnung der Einheimischen oder die Frage danach, ob die Neuankömmlinge mit der Gesellschaft hier verschmelzen müssten, also die eigene Kultur aufgeben, oder ob sie eher als ein Mosaiksteinchen zur Bereicherung der eigenen Kultur verstanden werden.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Informationsreise für internationale Journalist*innen

Teil 2

www.stadtrand-nachrichten.de, 06.07.2016

Zu Letzterem stellte Kopp klar, dass die Grundlage für ein Leben in Berlin das Erlernen der deutschen Sprache ist, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Dazu wurden auch die Willkommensklassen für Schüler eingerichtet. „Es geht nicht darum, dass jemand seine Kultur aufgibt, aber es gibt das Grundgesetz, das die Grundlage unseres Zusammenlebens ist“, ergänzte er. Als Beispiele führte er die Gleichheit von Mann und Frau, die Chancengleichheit aber auch die Religionsfreiheit an – diese gelte es zu respektieren und danach zu leben. Die Frage sei, ob man partizipieren und Teil der Gesellschaft sein will oder nur zugucken wolle, erklärte ein weiteres Mitglied des Willkommensbündnisses. Darum ginge es bei der Integration, nicht darum, seine Traditionen zu verlieren.

Aufgenommen wurden die Flüchtlinge im Bezirk sehr gut, so Schulze. Von den 15.000 E-Mails, die das Willkommensbündnis bisher erreicht haben, seien nur acht negativen Inhalts gewesen. Auch auf Bürgerversammlungen sei meist Hilfsbereitschaft signalisiert worden, so seine Erfahrungen. Im Gegensatz zu anderen Bezirken habe es in Steglitz-Zehlendorf keine Vorkommnisse gegeben, aber Diskussionen sowie auch derzeit noch, erklärte Kopp. Aktuell geht es um die Frage, wo die modularen Bauten, in denen Flüchtlinge längerfristig untergebracht werden sollen, errichtet werden sollen. Es gebe Sorgen in der Bevölkerung vor einer Konzentration von Flüchtlingen an einzelnen Standorten, berichtete Kopp den Journalisten.

Auch Migranten engagierten sich in der Unterstützungsarbeit, erklärte Schulze. Im Willkommensbündnis könne man auf zirka 160 Dolmetscher in zirka 20 Sprachen zurückgreifen, die meisten davon Muttersprachler.

Nach der Gesprächsrunde, in der noch weitere Facetten der Flüchtlingssituation im Bezirk beleuchtet wurden, brach die Delegation zu einem Besuch einer Flüchtlingsunterkunft auf.

Der Besuch der Journalisten in Steglitz-Zehlendorf war Teil eines einwöchigen Seminars, das im Auftrag des Auswärtigen Amts von der Europäischen Akademie Berlin organisiert wird.

(mgr)

DEUTSCHLAND.de

Startseite > Politik > Deutschland & Europa



BILDERGALERIE

© Markus Hornung - International guests

Wo Grenzen verschwimmen

Von Frankfurt an der Oder ist es nur ein kurzer Spaziergang in die polnische Stadt Stübice. Was Europa bedeutet, kann man hier vielleicht am besten erspüren. Unterwegs mit internationalen Gästen.

15. Juli 2016 von Helen Sibum

Unten am Oderstrand stehen Liegestühle und eine Leinwand, auf der am Abend das Viertelfinale der Fußball-Europameisterschaft zu sehen sein wird. Portugal gegen Wales. Auf dem Fußballplatz pflegt Europa dieser Tage die nationale Rivalität. Im richtigen Leben geht es meist deutlich partnerschaftlicher zu, lassen sich Grenzen gar nicht mehr klar abstecken. Das merken auch die internationalen Teilnehmer der Themenreise „Deutschland in Europa – europäisches Deutschland“, die im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesrepublik Deutschland eine Woche in Berlin, Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder verbringen. Vertieft in ihre Gespräche, sind sie gerade über die Oderbrücke spaziert – und stehen unversehens auf polnischem Boden. Wären da nicht die polnischsprachigen Schilder und das große Banner der Stadt Stübice, man nähme kaum wahr, dass man soeben eine Landesgrenze überquert hat.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Informationsreise für internationale Journalist*innen

Teil 2

www.deutschland.de, 15.07.2016

Krzysztof Wojciechowski ist schon viele Male über diese Brücke gegangen. Der 59-Jährige ist Verwaltungsdirektor des Collegium Polonicum, einer gemeinsamen Einrichtung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und der Adam-Mickiewicz-Universität im polnischen Posen. Anfang der 1990er-Jahre arbeitete Wojciechowski im Gründungsbüro der Viadrina, auf der anderen Seite des Flusses, später leitete er dort das Akademische Auslandsamt. Dass es heute ein deutsch-polnisches Universitätsprojekt gibt, eine kleine Bildungswelt an beiden Ufern des Flusses, sei damals kaum absehbar gewesen. „Vor 25 Jahren hätte ich nicht daran geglaubt“, sagt Wojciechowski, nachdem er seine Gäste auf die Aussichtsplattform des Collegium Polonicum geführt hat. „Es ist ein kleines Wunder.“

Wie geht es weiter nach dem Brexit?

Und tatsächlich: Von hier oben, mit dem Blick hinüber nach Frankfurt an der Oder und auf die Brücke, auf der unablässig Fußgänger, Autos und Linienbusse in beide Richtungen unterwegs sind, scheint Europa ganz nah. Omar Cabrera schaut nachdenklich über den Fluss zur deutschen Seite. Auch für den Journalisten aus El Salvador ist das Modell Europa interessant. „Als kleines Land bekommen wir natürlich häufig den Rat, Partnerschaften zu bilden.“ Bei bestimmten Themen gebe es auch in Zentralamerika bereits eine enge Zusammenarbeit. Und wenn er nach Honduras oder Guatemala reist, muss Cabrera nur noch seine Identifikationskarte vorzeigen, nicht mehr den Reisepass. Von einer so intensiven Vergemeinschaftung wie in Europa ist die Region jedoch weit entfernt.

Allerdings ist es ja auch nicht so, als sähe in der EU derzeit alles rosig aus. Gerade die Teilnehmer der Reise, deren Länder Beitrittskandidaten sind oder für die als junge Mitglieder noch Übergangsregelungen gelten, sind nach der Volksabstimmung für den Brexit, den Austritt Großbritanniens aus der EU, verunsichert. „Wir fragen uns, wie es jetzt weitergeht mit der europäischen Integration“, sagt die Journalistin Višnja Starešina aus Kroatien. Vera Didanovic, Expertin für **AUSSENPOLITIK** bei einer serbischen Wochenzeitung, nickt mit Nachdruck. Und auch Krzysztof Wojciechowski, der eben noch vom kleinen europäischen Wunder geschwärmt hat, gesteht mit Blick auf Europas Zukunft manche Sorge. Er erzählt von den Aufmärschen polnischer Nationalisten in jüngster Zeit und von

der Flüchtlingskrise, die die Länder Europas vor große Herausforderungen stelle.

Einblick in eine Flüchtlingsunterkunft

Wie Deutschland mit dieser Herausforderung umgeht, hatten die Teilnehmer der Reise am Vortag erlebt. In **BERLIN** trafen sie einen Vertreter des Bundesinnenministeriums, besuchten eine Flüchtlingsunterkunft, sprachen mit dem Leiter der Einrichtung, dem Bezirksbürgermeister, einer Vertreterin des örtlichen Jobcenters und einem freiwilligen Helfer. „Ich war erstaunt, wie viele verschiedene Stellen mit der Flüchtlingsfrage betraut sind“, sagt

Fahad Alhomoudi. Der Jurist ist Leiter eines Thinktanks in Saudi-Arabien. Es ärgert ihn, dass es oft heißt, die Golfstaaten nähmen keine Flüchtlinge auf. Allein in Saudi-Arabien lebten wahrscheinlich mehr Syrer als in Deutschland, sagt Alhomoudi, aber es gebe keine organisierte Versorgung. „In Saudi-Arabien kümmert sich die syrische Gemeinschaft um die Flüchtlinge, in Deutschland die Regierung.“ Für die beiden Länder mit ihren unterschiedlichen Sprachen, Gesellschaften und Arbeitsmärkten sei die Lösung jeweils die richtige, findet Alhomoudi. Die Situation lasse sich nicht vergleichen.

Die EU als Hort der Zusammenarbeit findet er dennoch spannend. Eine Blaupause für die Kooperation der Golfstaaten könne sie aber nicht sein. Die Einführung einer gemeinsamen **WÄHRUNG** beispielsweise wurde dort lange Zeit angestrebt, schließlich aber verworfen. In anderen Bereichen arbeiten die Staaten der Region über den Golf-Kooperationsrat eng zusammen. „Das betrifft vor allem die Außen- und Verteidigungspolitik und die Wirtschaft.“ Auch in der Hochschulkooperation tue sich einiges, sagt Alhomoudi, der das saudi-arabische Bildungsministerium berät. „Die Anerkennung von Studienleistungen innerhalb der Golfstaaten etwa ist klar und einfach geregelt.“ Mit ihrem grenzüberschreitenden Lernen seien Europa und Frankfurt an der Oder für ihn gar nicht weit weg.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

PERSPECTIVA



La primera ministra del Reino Unido, Theresa May (Izq.), hizo su primera escala en Alemania durante una gira que realizó la semana pasada. Le acompaña la canciller Angela Merkel.

Alemania encabeza cruzada por fortalecer la Unión Europea

Por **Omar Cabrera** |
Fotografía **Cortesa**

La primera ministra del Reino Unido, Theresa May, dijo recientemente que su país no iniciará este año el proceso de salida de la Unión Europea (UE).

El anuncio constituye una nueva señal de que el Reino Unido no tiene prisa por concretar el divorcio que los votantes eligieron en el referendo del pasado 23 de junio.

Apenas una semana después de la votación, uno de los principales impulsores del Brexit, Boris Johnson, renunció a sus aspiraciones de suceder al entonces primer ministro David Cameron. Luego, una semana más tarde, el líder del principal partido que empujó la separación, Nigel Farage, también renunció.

Estos reacomodos, sin embargo, no sig-

El triunfo del "Brexit" dio la impresión de que el bloque se encaminaba a una desintegración. Pero lo contrario parece estar sucediendo: el apoyo a la permanencia ha aumentado en varios países de la Unión Europea.

nifican que el Reino Unido dará marcha atrás en su salida de la Unión Europea. El país, una de las tres principales economías del bloque, terminará por separarse. "Eso está decidido", detalló el director de la Academia Europea de Berlín, Eckart Stratenchulte.

Hablando ante un grupo de periodistas y

académicos que visitaban la capital alemana, el analista dijo que el Reino Unido deberá notificar oficialmente su decisión de separarse según lo establece el Artículo 50 del Tratado de Lisboa. Ese paso, que activará formalmente el proceso de salida, es el que la primera ministra May ha dicho que no sucederá este año.

Más apoyo a la permanencia

El porcentaje de votantes que rechazan nuevos referendos como el de Gran Bretaña ha aumentado después del Brexit. Una encuesta hecha en seis países halló que el apoyo a tales iniciativas ha disminuido entre 20% y 25%.

El sondeo se realizó en Alemania, Francia, España, Italia, Bélgica y Polonia, entre el 28 de junio y el 6 de julio. Si en estos países se realizara una consulta popular, en ninguno de ellos ganaría la opción de abandonar la Unión Europea, según reportó el diario español El País.

En Francia, donde el Frente Nacional propone lo que ha dado en llamarse el "Frenxit", un 67% de los votantes elegiría quedarse.

La consulta exploró también si las personas consideran positiva la pertenencia al bloque europeo y si perciben beneficios de

EL DIARIO DE HOY • MARTES, 26 DE JULIO DE 2016

EXPANSIÓN 7

Cómo quedará la Unión Europea sin el Reino Unido

Aunque Londres no ha iniciado formalmente su salida del bloque europeo, estas cifras resumen el impacto que tendrá el 'Brexit', de acuerdo con un artículo publicado por la BBC.

POBLACIÓN <h1>65</h1> <p>MILLONES MENOS La población del Reino Unido representa el 13% de los 508 millones de habitantes de la Unión Europea.</p>	ECONOMÍA <h1>2.6</h1> <p>BILLONES (MILLONES DE MILLONES DE DÓLARES) Fue el PIB del Reino Unido en 2015, de un total de \$14.2 billones que alcanzó la UE.</p>
COMERCIO MUNDIAL <h1>18.2</h1> <p>POR CIENTO Será la tajada de la UE en el comercio mundial, mientras que con el Reino Unido es de 22%.</p>	PRESUPUESTO <h1>20,500</h1> <p>MILLONES DE DÓLARES Es la contribución anual de Londres al bloque europeo, y que dejará de aportar una vez se concrete su salida.</p>

la misma. En Polonia, un 89% de la población respondió afirmativamente; en Alemania y España, un 81% piensa de igual forma. La encuesta fue encargada a Ifop por la Fundación Jean Jaurés, de Francia, y la Fundación Europea de Estudios Progresistas.

¿Por qué el Brexit?

De acuerdo con el analista Jeffrey Sachs, quienes votaron a favor del Brexit lo hicieron como una protesta ante tres factores: la oleada migratoria, los banqueros de la City de Londres, y contra las instituciones de la Unión Europea, en ese orden.

"En medio de la campaña por el Brexit, en mayo, se conoció que en 2015 la inmigración neta al Reino Unido había sido de 333,000 personas, más del triple de la meta de 100,000 previamente anunciada por el Gobierno", detalla Sachs. "La noticia se sumó a la crisis de refugiados sirios, a los atentados terroristas cometidos por emigrantes sirios y jóvenes de ascendencia extranjera desvinculados de su país, y a las muy publicadas historias de agresiones sexuales a mujeres y niñas por parte de emigrantes en Alemania y otros lugares".

Adicionalmente, Sachs sostiene que la clase trabajadora británica ve con desdén a los banqueros de la City londinense, cuya conducta les parece codiciosa y en ocasiones criminal.

Muchas personas que tienen esta visión creen que si Reino Unido pagará un precio por separarse del bloque europeo, los mayores costos recaerán sobre los ricos banqueros, opina el analista.

Entercer lugar, muchos ciudadanos que votaron por la salida consideran que las instituciones de la Unión Europea no funcionan de ma-

Alemania es la mayor economía de la Unión Europea. Su PIB representa una quinta parte de la producción del bloque.

nera adecuada, algo que Sachs comparte. "Basta mencionar los seis años de mala gestión de la crisis griega por políticos europeos miopes e interesados. Es comprensible que el desorden continuo de la eurozona haya ahuyentado a millones de votantes británicos".

La posición de Alemania

La canciller alemana, Angela Merkel, ha dicho claramente que el Reino Unido no gozará del "privilegio" de acceder al mercado único europeo si no permite la libre circulación de personas. "El acceso libre al mercado común lo logra aquel que acepta las cuatro libertades fundamentales europeas: la de las personas, los bienes, los servicios y el capital", señaló Merkel. Con respecto al espinoso tema de la inmigración, un funcionario del Gobierno alemán que habló en condición de anonimato dijo que su país considera que el tema debe ser asumido como bloque, y no dejar a su suerte a países como Turquía, que por su proximidad con Siria han recibido el mayor flujo de refugiados.

Turquía no es miembro pleno de la Unión Europea, pero desde 2005 sostiene negociaciones para ingresar al club.

Turquía país ha visto llegar cerca de 2 millones de refugiados sirios en los últimos cuatro años. De ellos, la Unión Europea en su conjunto planea beneficiar con asilo a unos 120,000 entre el presente año y 2017.

Alemania calcula que este año el dinero público destinado a atención a inmigrantes representará un 0.4% de su PIB. Algunos analistas consideran que durante los primeros años, los inmigrantes representan un costo para el país, pero a medida que se van integrando, los beneficios que aportan superan a los costos.



Imagen de Colonia, una de las ciudades más importantes del estado federal de Renania del Norte-Westfalia, en Alemania.

Aumenta la presencia de salvadoreños en Alemania

La mayoría de los compatriotas vive en el estado federado de Renania del Norte-Westfalia, fronterizo con Bélgica y los Países Bajos.

La presencia de salvadoreños en Alemania ha mostrado un aumento "lento pero constante" en las últimas cuatro décadas.

El Ministerio Federal alemán del Interior informó a Expansión que "la cantidad ha aumentado de 503 personas (al 31 de diciembre de 2009) a 858 (31 de diciembre de 2015)".

De cada 10 salvadoreños que viven en Alemania, siete cuentan con permisos temporales, mientras que los otros tres tienen permisos por un período ilimitado, "principalmente por razones de educación o de familia", añadió el Ministerio.

Con respecto a salvadoreños que emigran bajo la figura de asilo, la cantidad es "casi irrelevante", detalló el reporte.

Los dos estados federales de Alemania donde vive la mayor cantidad de compatriotas son Renania del Norte-Westfalia y Baden Wurtemberg. En el primero de ellos, el Gobierno germano registraba un total de 171 connacionales al cierre del año



Salvadoreños que estudian en universidades de Alemania participan en un evento cultural en Berlín.

pasado, mientras que en el segundo había 149.

En la capital, Berlín, por su parte, había 87 salvadoreños.

Renania del Norte-Westfalia comparte fronteras con Bélgica y los Países Bajos. Algunas de sus principales ciudades son Düsseldorf, Colonia, Mönchengladbach, y Leverkusen, de las que algunas personas en nuestro país han oído hablar por sus equipos de fútbol.

La segunda región con mayor presencia de salvadoreños, Baden Wurtemberg, por su parte,

limita con Francia, y cuenta entre sus principales ciudades a Stuttgart y Mannheim, entre otras.

Stuttgart es considerada la cuna del automóvil porque fue ahí donde Gottlieb Daimler y Wilhelm Maybach idearon el primer motor de gasolina rápido y ligero que se usó en un vehículo.

El Ministerio alemán del Interior sostiene que desde 2008 hasta la fecha, cada año ingresan a Alemania entre 100 y 150 salvadoreños, y dejan ese país entre 50 y 70 compatriotas.

II
III
IV
V
VI

VII

VIII

IX

magyarhirlap.hu

Megosztja a német közéletet a magyar kvótanépszavazás

Thomas Rudy: Helyben kell segíteni a menekülteket

Óry Mariann – 2016.07.27. 04:01

Markánsan különböző véleményt fogalmazott meg lapunknak a magyar kvótareferendumról a német diplomácia egyik háttérintézményének igazgatója és a rohamosan erősödő ellenzéki Alternatíva Németország (AfD) egyik politikusa.



Thomas Rudy, [Eckart Stratenschulte](#) (Forrás: Wikipédia, eab-berlin.eu)

www.magyarhirlap.hu, 27.07.2016

„Németország jelenleg a tavalyi migrációs áramlat következményeivel küzd, ami több mint egymillió ember integrációját jelenti a német társadalomba. Ez leköti az országot, és jelenleg nincs új, reális megközelítés, amennyiben az nem egy közös politika, legalábbis az unió részéről” – fogalmazott lapunknak Eckart Stratenschulte, az Europäische Akademie Berlin igazgatója azzal kapcsolatban, hogy vár-e változást a német migrációs politikában. Az elmúlt hetekben egymást érő németországi támadásokkal kapcsolatban úgy fogalmazott, azok okai eltérőek, a würzburgi baltás támadás esetében iszlamista háttérrel, „a müncheni lövöldözés mögött pedig mentális problémák állnak”, s ezért nem szabad őket egyazon fejleménynek tekinteni. Stratenschulte szerint a kötelező betelepítési kvótáról szóló magyar népszavazás „egy vicc”, szerinte ugyanis Orbán Viktor „nem azt akarja, hogy az emberek döntsenek, arra akarja használni a referendumot, hogy ne kelljen alkalmazkodnia az európai szabályokhoz”. „Mit szólna egy olyan népszavazáshoz Németországban, amelyben azt kérdezik, hogy a strukturális alapokkal a német adófizetők pénzét is adják a magyaroknak vagy sem” – vetette fel. Stratenschulte szerint „a referendum hatása az lesz, hogy nem lesz közös migrációs politika, mert bizonyos országok kivonják magukat annak végrehajtása alól. A végén lesz egy csoport európai ország, amely megállapodik egy közös migrációs politikáról, létrehozva ezzel egy külső és belső kört az unión belül”. Hozzátette, „a referendum a magyar uniói kilépés első lépése, s amennyiben Orbán úr Putyint látja a jobb barátjának, csak annyit tennék hozzá: jó szórakozást”.

Thomas Rudy, az AfD tübingi tartományi parlamenti képviselője szerint a betelepítési kvóta egyáltalán nem jelent megoldást, hiszen először is meg kellene akadályozni az elvándorlást, nem kellene beavatkozni az érintett országokban. Hangsúlyozta, a menekülteknek a saját régiójukban kell segíteni, nem Európában. Rudy szerint a magyar kvótareferendummal szembeni negatív brüsszeli vélemények a demokrácia és a demokráciába vetett hit hiányát jelzik. „Orbán Viktor nagyon bátor lépést tett a közvetlen demokrácia felé, példaként kellene szolgálnia más európai országok számára, hiszen megkérdi a népet, nem csak a funkcionáriusokat” – jegyezte meg. Egyetértett a Fidesszel abban, hogy a német migrációs és integrációs politika kudarcát jelzik a közelmúlt támadásai. Hozzátette, hogy a médiában csak a „jéghegy csúcsát” látjuk, számos olyan atrocitás van, például nők zaklatása, amelyről nem beszélnek az emberek.

www.agkv.eu, Juli 2016



Bericht Jour fixe mit Mechthild Baumann (EAB)

Es war ein lauer Sommerabend in Berlin, an dem wir uns mit unserer Ehemaligen Mechthild im ausgedehnten Garten der EAB trafen. Die EAB hat ihren Sitz in einer großen Villa in Berlin Grunewald und besitzt das Privileg, ihre Gäste in den eigenen Räumen unterbringen zu können. Mechthild war im Jahrgang 1999 – 2000 des deutsch-französischen Studienzyklus der FU Berlin und der Sciences Po Paris. Bereits während ihrer Promotion an der HU Berlin begann sie, über den Einstieg als Praktikantin an der EAB zu arbeiten. Heute ist sie dort Studienleiterin und beschäftigt sich v. a. mit den Themen Migration und Sicherheit.

Zunächst erläuterte uns Mechthild die Aufgaben der EAB, die sich als Wissensvermittler für Politik und europapolitische Zusammenhänge versteht. Mit ihrem breiten Angebot an politischen Themen wendet sich die EAB an die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Politik, Verwaltung, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Auf Nachfragen der Anwesenden berichtete uns Mechthild eingehend von den laufenden Bildungsprojekten mit den Maghreb-Staaten. Daraus entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Vermittlung von *good governance*, kulturellen Unterschieden und den politischen Umbrüchen in den Ländern Nordafrikas. Mechthilds Vortrag war offen gestaltet, sodass es viel Raum für Fragen und Diskussion gab.

Natürlich kam an dem Abend auch das leibliche Wohl nicht zu kurz. Auf Einladung des AGKV und der EAB gab es Getränke, Brezeln und Häppchen. So wurde es ein ebenso interessanter wie geselliger Abend, der den Auftakt in die Sommerpause gab.

Vielen Dank an die vielen Teilnehmer und ganz besonders an Mechthild für die Einladung und den spannenden Einblick in ihre Arbeit!



enter:trust, 26.07. bis 31.07.2016



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.germany.mfa.gov.ua/de, 18.08.2016



Pressestelle / Nachrichten der Botschaft

Podiumsdiskussion „Flucht in der Ukraine, Flucht nach Europa – Gemeinsame Perspektiven auf die Flüchtlingskrise“ in Berlin stattgefunden



18 August, 20:36

Podiumsdiskussion „Flucht in der Ukraine, Flucht nach Europa – gemeinsame Perspektiven auf die Flüchtlingskrise“ in Berlin stattgefunden.

Am 18. August diskutierten in der Europäischen Akademie Berlin die deutschen Journalisten, Wissenschaftler, Diplomaten und Fachleute im Bereich Migrationspolitik über die schwierige Flüchtlingssituation in der Ukraine infolge der rechtswidrigen Annexion der Krim und der schweren Gefechte im Donbass. Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung

erörterten die Diskutanten nicht nur die allgemeine Lage im Bereich der Flüchtlingspolitik, sondern auch die Herausforderungen der Flüchtlingskrise in der Ukraine für die gesamte Europäische Union.

Die Suche nach der europäischen Identität

Deutsche und polnische Jugendliche nehmen an der Sommerschule der Akademie Sankelmark teil

OEVERSE Wer sind wir – Europäer, Deutsche, Polen? Und was bedeuten Heimat, Familie und Tradition angesichts der Integration von Flüchtlingen und europäischer Vielfalt? Mit diesen Fragen beschäftigen sich deutsche und polnische Schüler während der deutsch-polnischen Sommerschule im Akademiezentrum Sankelmark und in Berlin. Die deutschen Teilnehmer sind Gymnasiasten aus Lübeck und Kiel, die polnischen Schülerinnen und Schüler nehmen als Gewinner der polnischen „Deuscholympiade“ und des „Turbo-Landeskunde-wettbewerbs“ an der Sommerschule teil.

Einige Teilnehmer aus Polen gehören der deutschen Minderheit an. Sie interessieren sich in Flensburg für die Situation der dänischen Bevölkerungsgruppe. „In



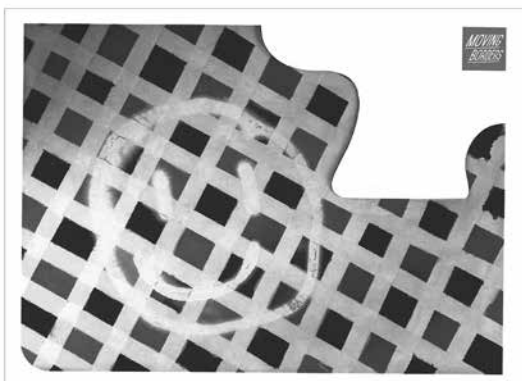
Die Jugendlichen beschäftigen sich auch mit der dänischen Minderheit in Flensburg. AKADEMIEZENTRUM

Migranten verändern. In Sankelmark diskutieren sie, ob nationales Bewusstsein und europäische Identität Gegensätze sind oder sich ergänzen können. Gefördert wird die Sommerschule durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, das Auswärtige Amt, die Bundeszentrale für politische Bildung und den Landesbeauftragten für polnische Bildung Schleswig-Holstein. „Die Heimat und die eigene Region sind auch für junge Deutsche und Polen heute sehr emotional besetzte Begriffe“, sagt Kursleiterin Melanie Robinet von der Academia Baltica. Und ihr Kollege Arne Marburg ergänzt: „Europa wird vor allem rational betrachtet, hier fehlt die Emotion. Die emotionale Distanz zu Europa muss überwunden werden. Dazu tragen Begegnungen wie diese bei.“ sh:z

Polen sprechen wir vor allem in der Familie Deutsch, aber selten in der Öffentlichkeit. Das ist bei den Dänen in Flensburg ganz anders“, sagt Viktoria Filipowsky aus Oppeln. In der Europäischen Akademie Berlin erkunden Teilnehmer, wie sich Deutschland und Europa durch die Integration von



Europäische Akademie Berlin



bpb: Anerkannter
Bildungsträger

MOVING BORDERS (Grenzen bewegen)

Menschen verbinden. Stereotypen überwinden, Perspektiven ändern

in Zusammenarbeit mit Citizens of Europe e.V.,
der Polnischen Robert Schuman Stiftung und der Initiative Klaster.in.ua

Berlin, 16.-19. September 2016


Tagungssprache: englisch






mind.

The project was implemented within the INTERREG IOP 2014-2020 programme with support from the European Union through the European Regional Development Fund (ERDF). The opinions expressed by the authors are not necessarily those of the Foundation ITC. The author is solely responsible for the content. The project is also co-financed by the German Federal Foreign Office.



mind.

The project was implemented within the INTERREG IOP 2014-2020 programme with support from the European Union through the European Regional Development Fund (ERDF). The opinions expressed by the authors are not necessarily those of the Foundation ITC. The author is solely responsible for the content. The project is also co-financed by the German Federal Foreign Office.



mind.

The project was implemented within the INTERREG IOP 2014-2020 programme with support from the European Union through the European Regional Development Fund (ERDF). The opinions expressed by the authors are not necessarily those of the Foundation ITC. The author is solely responsible for the content. The project is also co-financed by the German Federal Foreign Office.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

VÖBAS Rundbrief, September 2016

VÖBAS Rundbrief Nr. 48 (September 2016)

Die Zukunft der Europäischen Union**Notizen zu einem Kooperationsseminar von Europäischer Akademie Berlin (EAB) und VÖBAS e.V.**

Die gemeinsamen Seminare in der EAB haben inzwischen schon eine kleine Tradition. Nach den europäisch-chinesischen und den europäisch-russischen Beziehungen (2013 und 2014) thematisierte die vom Auswärtigen Amt geförderte Tagung vom 2. bis zum 5. September 2016 den durch mancherlei Krisen gefährdeten Zusammenhalt in der EU. Solche mehrtägigen Veranstaltungen in der relativen Abgeschiedenheit des Grunewalds bieten die Chance, eine Thematik ohne den üblichen Zeitdruck aus unterschiedlichen Perspektiven zu durchdenken und zu erörtern. In Kooperation mit dem VÖBAS-Vorstand hatten Dr. Elisabeth Botsch, Studienleiterin an der EAB, und ihr Team zahlreiche Referenten aus Politik, Wissenschaft und Publizistik für dieses gut besuchte Wochenendseminar gewonnen, das von Dr. Heike Dörrenbächer fachkompetent und umsichtig moderiert wurde.



Als wir das Seminar planten, hatte es kaum einer für wahrscheinlich gehalten, dass die britischen Wähler mehrheitlich für den Austritt aus der Europäischen Union stimmen würden. Der Ausgang des Referendums hat Europa in eine Art Schockstarre versetzt und lässt manchen überzeugten Europäer besorgt in die Zukunft schauen: *Wird das britische Beispiel Schule machen?* Ist dies der Beginn einer massenhaften Absatzbewegung vom Prozess der europäischen Integration?

Nein, sagt Dr. **Barbara Lippert**, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik, der wohl wichtigsten Beratungsinstitution der Bundesregierung, in ihrem Eröffnungsvortrag. Ihrer Auffassung nach stellte Großbritannien seit seinem Beitritt im Jahre 1973 einen „Sonderfall“ unter den EU-Staaten dar. Mit dem Votum für den „Brexit“ korrigiere das (noch!) Vereinigte Königreich letztlich das Missverständnis, man sei nur einem Gemeinsamen Markt beigetreten. Man habe in Großbritannien nicht mit der fortschreitenden Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die supranationale Ebene gerechnet und sich spätestens seit Maastricht dieser Entwicklung durch diverse Opt-Out- und Sonderregelungen (keine Teilnahme an der Währungsunion oder am Schengen-Abkommen) und Sonderregelungen („Britten-Rabatt“ auf die Beiträge zum EU-Haushalt) zu entziehen versucht.

Korrektur eines historischen Missverständnisses?

Anders als in Großbritannien gebe es in den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der EU keine der UK Independence Party (UKIP) vergleichbaren Parteien mit einer derart ausschließlichen und eindeutigen Austrittszielsetzung. Das Vereinigte Königreich habe im Unterschied anderen EU-Staaten mit dem Commonwealth ein jederzeit mobilisierbares Narrativ nationaler Größe und Eigenständig-

keit und besitze dank seiner Wirtschaftskraft ein Druck- und Verhandlungspotenzial, über das – mit Ausnahme Deutschlands und Frankreichs – kein anderes EU-Land verfüge.

Die Verhandlungen über den Austritt nach Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon gestalteten sich auch deshalb so schwierig, weil nicht nur die Modalitäten und Folgeprobleme des Ausstiegs, sondern auch die einer Neuankündigung an die künftige EU 27 geklärt werden müssten. Der „Brexit“ stelle nicht nur Großbritannien, sondern auch die EU vor enorme Herausforderungen. So reduziere der Ausfall eines bedeutenden Nettozahlers die Verteilungsspielräume bei den 2017 beginnenden Verhandlungen über den Finanzrahmen 2021 – 2018. Die Umverteilungskämpfe in einer um rund 60 Millionen Einwohner und 17% des BIP verkleinerten Union dürften härter werden. Auch werde ohne Großbritannien die Position einer liberalen Wirtschaftspolitik und damit auch tendenziell die der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EU geschwächt.

Isabell Hoffmann, Projektmanagerin des Programms „Zukunft Europa“ der Bertelsmann Stiftung, unterfütterte die auch von Lippert vertretene These, dass das britische Votum keinen Dominoeffekt auslösen würde, mit empirischen Daten. Die über einen langen Zeitraum in sechs großen EU-Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien) erhobenen Einstellungen zur EU ließen – mit Ausnahme Großbritanniens – bei Zustimmungswerten von ca. 60 % eine breite und stabile Unterstützung des Prinzips der politischen und ökonomischen Integration erkennen; 70 % der EU-Bürger wünschten sich sogar eine größere Rolle Europas in der Welt.

...

www.taz.de, 25.09.2016

Teil 1

Stadtentwicklung in Nordafrika

Maghrebische Begegnungen

Neue Wege der Stadtentwicklung für und aus Tunesien, Algerien und Marokko. Ein Projekt der Bosch Stiftung und der Europäischen Akademie.



Perspektiven für junge Menschen entwickeln – eine Anforderung in allen drei Maghreb-Ländern.

Foto: imago/Chokri Mahjoub

Wenn das Rathaus im tunesischen Sousse, das gerade gebaut wird, eine Kopie der Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin wird, dann liegt das an dem Projekt „Baladiya, neue Wege in der Stadtentwicklung“. Die Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung gehört zur ökologischen Avantgarde: hochinnovative Technik, niedriger Energieverbrauch. Khaled Ben Abdessalem hat sich in das Haus bei seinem Berlin-Aufenthalt im Rahmen des Projekts Baladiya verguckt: Nun hat es der Stadtplaner in einem technischen Büro von Sousse für seine Heimatstadt als Modell für den anstehenden Rathausneubau durchgesetzt.

In Sousse, der Stadt am Meer, trafen sich Teilnehmer aus Tunesien, Marokko und Algerien, um über Stadtentwicklung, Demokratie und Partizipation zu diskutieren. Es ist eine Initiative der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie in Berlin. Ein Projekt, das nach dem Arabischen Frühling und der verstärkten Kooperation Deutschlands mit Tunesien entstand. In Sousse trifft sich bereits die dritte Generation von Teilnehmern mit der zweiten Generation. Das Projekt ist pro Durchgang auf zwei Jahre angelegt mit Vorbereitungsseminar in Nordafrika, mehrwöchigem Aufenthalt mit Seminaren und Besuchen in Deutschland sowie einem Abschlussseminar in Nordafrika.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Khaled Ben Abdessalem, Teilnehmer des zweiten Durchgangs, überlegt, was ihm der Aufenthalt in Berlin außer der Idee für das energiesparende Rathaus gebracht hat: „In Ländern wie Tunesien fürchtet man die Mitbestimmung der Bevölkerung. In Berlin ist uns klar geworden, dass deren Beteiligung sehr wichtig ist, um Projekte umzusetzen. Der Aufenthalt hat uns auch geholfen bei der Auswahl von Projekten. Ganz oben steht nun der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Fußgängerwege und Fahrradwege.“ Radwege für Sousse? Ein absolutes Novum in Tunesien.

Netzwerke entwickeln

Fezjeri Saloua, Dozentin für Architektur und Stadtplanung in Tunis, arbeitet dank Baladiya mit anderen Methoden: „Entscheidungen, die im Austausch mit den Bewohnern der Viertel getroffen werden, lassen sich viel besser umsetzen. Das fasziniert auch meine Studenten. Das ist neu für uns, da wir in Tunesien immer mit französischen Verwaltungsmethoden, also formellen, starren Hierarchien gearbeitet haben.“

„Wenn Leute konkret etwas machen, lernen sie sich kennen“, sagt Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie in Berlin. „Es geht bei Baladiya um energieeffiziente Städte, ein Problem, das uns alle betrifft. Unser Projekt ist ein Mosaikstein des Austauschs.“

Die Zusammenarbeit mit dem Maghreb zu stärken ist auch das Motiv der Geldgeber von der Robert Bosch Stiftung. „Mit Experten lässt sich konkret arbeiten und diskutieren“, sagt Irene Weinz von der Robert Bosch Stiftung. „Für das Thema Stadtentwicklung hatten wir schnell die GIZ und die Europäische Akademie im Boot.“

Doch die Zusammenarbeit mit den drei Maghreb-Ländern hat sich erst allmählich entwickelt. „Beim ersten Durchgang mit Marokkanern und Tunesiern wurde von den Teilnehmern ausdrücklich der Wunsch geäußert, Algerien, also das Land dazwischen, miteinzubeziehen.“

Dounia Cherfaoui, Architektin und Stadtplanerin aus Algier mit hervorragenden Deutschkenntnissen, weiß das zu schätzen: „Wir haben viel untereinander zu diskutieren, und vor allem hilft uns das Projekt, praxisorientierte Netzwerke zu schaffen.“

Auch der Marokkaner Abdelkarim El Khadri, zuständig für Verkehrsentwicklung in Casablanca, betont den positiven Effekt eines Netzwerks untereinander: „Wir bringen uns gegenseitig auf Ideen, helfen uns bei anstehenden Fragen, denn wir haben ähnliche Probleme.“

Eines davon, das hier eigentlich keine Rolle spielt, ist der Terrorismus. Im tunesischen Sousse hat der den Tourismus aus Westeuropa fast zum Erliegen gebracht. Gekommen sind dieses Jahr Russen und Algerier. Beim Reisen ist man im Maghreb zusammengerückt.

MAZ Havelland, 26.10.2016

MAZ HAVELLAND

Mit Falkensee, Nauen, Brieselang, Ketzin und Wustermark

19

Mittwoch,
26. Oktober 2016



Oktoberfest im F

Zum Tanzen längst nicht zu alt: Etwa 50 Damen und Herren kamen gestern Nachmittag ins Falkenhorster Familiencafé des ASB in Falkensee, um beim Oktoberfest zu feiern wie bei den anderen Familiencafé-Abenden zu gehen.

Zu laut: Nauen soll den S

Anwohner beschwerten sich immer

Von Jens Wegener

Elstal. Als vor neun Monaten die neue Elstaler Bürgerbegegnungsstätte (BBS) am Karl-Liebknecht-Platz eröffnet wurde, war die Freude nicht nur bei Bürgermeister Holger Schreiber (parteilos) und Ortsvorsteher Matthias Kunze (SPD) groß. Ein Treff für jedermann, mitten im alten Elstaler Ortskern, so hatte man es sich gewünscht. Doch diese Freude hat sich mittlerweile etwas gelegt. Immer wieder gehen Beschwerden von Anwohnern ein, die sich über die Lautstärke beklagen, wenn in der BBS gefeiert wird und Veranstaltungen bis in die Nacht dauern. Seit Juli habe es mindestens vier Polizeieinsätze wegen Ruhestörung gegeben, erklärt Polizeisprecherin Jana Birnbaum und ergänzt: „Am 6. August mussten die Kollegen sogar dreimal in einer Nacht eingreifen.“



Die neue Begegnungsstätte

Die BBS wird von der Gemeinde Wustermark oder dem Elstaler Ortsvorsteher auch an Privatpersonen für Feierlichkeiten vermietet. „Ich weise die Leute darauf hin, nach 22 Uhr die Musik auf Zimmerlautstärke zu stellen“, sagt Matthias Kunze. Nur kontrollieren könne er das nicht. Im Sommer habe es drei bis vier private Feiern pro Monat gegeben, jetzt sei es eine.

Unpassend in der Begegnungsstätte ist der Holzfußboden verstärkt den Schall, so Musik und Gespräche durch den für Anwohner zur Lärmschutzwand werden. Deshalb hat die Gemeinde Wustermark Eigentümer der BBS – die Wohnen AG – mit der Wustrower AG vereinbart, sich darum zu kümmern. „Die werden den großen Raum mit einem Textilbelag ausstatten“, sagt Bürgermeister Schreiber. Er hoffe, so könne der Lärm wie möglich gesenkt werden. Schallmindernd könnten auch zusätzliche Maßnahmen auswirken, wie zum Beispiel eine Schallschutzwand.

Diskussion zur US-Wahl und den Folgen für Europa

Falkensee. Zu einer Diskussionsveranstaltung Zum Thema „The Day after - Die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl für den Zusammenhalt in Europa und die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa“ laden für Donnerstag, den 10. November, um 18.30 Uhr die Europa-Union Havelland und die Europäische Akademie Berlin in die Aula des Falkenseer Lise-Meitner-Gymnasiums, Ruppiner Straße 19, ein. Akteure sind Malte Lehming, leitender Redakteur beim Tagesspiegel Berlin, Thomas Nehls, früherer USA-Korrespondent des WDR und Johannes Bohnen, Experte für strategische Kommunikation und politische Analyse, sowie Moderatorin Mechthild Baumann von der Europäischen Akademie Berlin.

Änderungen im Fahrplan bei Havelbus

Havelland. Zum 1. November treten einige Fahrplanänderungen auf den Linien der Havelbus Verkehrsgesellschaft in Kraft.

Linien 614 und 650: Die Linie 614 um 6.45 Uhr ab „Potsdam, Hauptbahnhof“ fährt vier Minuten früher. Folglich fährt die Linie 650 ab „Potsdam, Paaren“ um 7.17 Uhr. Die Haltestelle „Falkenrehde, Knoblaucher Weg“ wird von der Linie 650 bedient.

Linie 653: Der Bus in Richtung Dallgow-Döberitz hält um 7.19 Uhr am Krümmen Luchweg für drei Minuten. Fahrgäste der Linie 652 haben die Möglichkeit, in den Bus der Linie 653 umzusteigen.

Linie 660: Der Bus um 6.12 Uhr ab „Nauen, Bahnhof“ fährt neun Minuten später. An der Haltestelle „Roskow, Schule“ besteht der Anschluss zur Linie 558 in Richtung Brandenburg.

Linie 662: In Richtung Elstal, Bahnhof gibt es eine zusätzliche Fahrt um 13.50 Uhr. Die Abfahrtszeit um 14.25 Uhr ab „Wustermark, Grundschule“ wird entsprechend der neuen Unterrichtszeiten um 15 Minuten verschoben auf 14.40 Uhr.

Linie 681: Die Haltestelle „Gränningen, Nennhof“ wird ab 1. November nicht mehr bedient. „Der aktuelle Zustand der Zufahrt lässt eine Befahrung mit Bussen nicht mehr zu“, erklärt Havelbus-Unternehmenssprecherin Karole Schulz. Als Alternative können Fahrgäste die Haltestellen „Gränningen, Rathenower Straße“ oder „Gränningen, Am Teich“ nutzen.

Diskussion zur US-Wahl und den Folgen für Europa

Falkensee. Zu einer Diskussionsveranstaltung Zum Thema „The Day after - Die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl für den Zusammenhalt in Europa und die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa“ laden für Donnerstag, den 10. November, um 18.30 Uhr die Europa-Union Havelland und die Europäische Akademie Berlin in die Aula des Falkenseer Lise-Meitner-Gymnasiums, Ruppiner Straße 19, ein. Akteure sind Malte Lehming, leitender Redakteur beim Tagesspiegel Berlin, Thomas Nehls, früherer USA-Korrespondent des WDR und Johannes Bohnen, Experte für strategische Kommunikation und politische Analyse, sowie Moderatorin Mechthild Baumann von der Europäischen Akademie Berlin.

www.huffingtonpost.de, 03.11.2016

Teil 1



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte [Fan werden](#)

Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Honorarprofessor für
Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin

Der russische Präsident - eine deutsche Projektionsfläche

Veröffentlicht: 03/11/2016 10:43 CET | Aktualisiert: 03/11/2016 10:43 CET



Eine kleine Szene, Jahre her - und dennoch typisch: Wladimir Putin empfängt 2007 Angela Merkel, von der jeder, und vor allem der russische Geheimdienst, weiß, dass sie sich mit Hunden nicht wohl fühlt. Putin lässt dennoch seine Labradorhündin in dem Raum kommen, die sich natürlich dem Gast ihres Herrchens widmet. Angela Merkel ist es unbehaglich - und Putin genießt die Situation. Damit nicht genug. Er „beruhigt“ die Kanzlerin, der Hund beiße nur Journalisten.

Wladimir Putin, ein Mann der Grenzen überschreitet, der Macht ausspielt und der gerne Scherze macht, wenn sie auf Kosten anderer gehen. Putin, ein autoritärer Herrscher, voller Verachtung für alle, die nicht ausschließlich in den Machtkategorien des 19. Jahrhunderts denken, jemand, der sich schamlos bereichert und jede Opposition weitgehend ausgeschaltet hat - so ein Mann ist eigentlich kein Sympathieträger.

Und dennoch: Unter den AfD- und den Linksparteisymphathisanten gibt es mehr Menschen, die Putin vertrauen als solche, die Vertrauen zu Angela Merkel haben. Hier sind die Powerfrauen der Extreme, Frauke Petry und Sahra Wagenknecht sich völlig einig.

Woraus entsteht die Faszination der einen, die Blauäugigkeit der anderen im Hinblick auf Putin und das von ihm geprägte politische Russland? Ganz unterschiedliche Gründe werden sichtbar.

➔ **Mehr zum Thema:** [Die europäischen Menschenrechte werden von Russland verachtet](#)

Da ist zum einen - gerade bei den autoritären Charakteren, die sich vom Nationalpopulismus von links und rechts angesprochen fühlen - die Sehnsucht nach dem starken Mann, die einher geht mit einer Verachtung für die Demokratie der komplizierten Aushandlungsprozesse und der nötigen Kompromisse.

Putin erscheint da als das Gegenbild. Seine virile Präsentation mit nacktem Oberkörper und Goldkettchen in der Natur, beim cross country Fahren mit dem Lada, beim Judo und beim Boxen demonstrieren Kraft und Entschlossenheit.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Putin ist der Gegenentwurf zur Demokratie

Der russische Präsident wirkt wie jemand, der sich energisch für sein Land einsetzt, der klare Kante zeigt und so Macht nicht nur symbolisiert, sondern auch ausübt. Demokratie ist kompliziert, langwierig und oftmals uneindeutig. Putin ist der Gegenentwurf zur Demokratie, das macht ihn - bedauerlicherweise - auch für Menschen in Deutschland attraktiv.

Und Putin wirkt ja nicht nur so. Die autoritäre Struktur des Staates, den er beherrscht, eröffnet ihm machtpolitische Möglichkeiten. Sein Eingreifen in Syrien ist ein gutes Beispiel hierfür. Während der Bundestag wochenlang diskutiert, ob die Zahl der Bundeswehrsoldaten im Irak von 100 auf 150 erhöht wird, kann Putin mit einem kurzen Befehl Bombergeschwader in Marsch setzen - und er ist skrupellos genug, dieses auch zu tun.

Eine ganz andere Schichtung hat mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu tun. Die Sowjetunion hat unter dem von Deutschland geplanten und begonnenen Angriffskrieg, der im Osten zudem als rassistisch motivierter Vernichtungsfeldzug geführt wurde, in ungeheurem Maße gelitten.

Rund 20 Millionen Sowjetbürger haben dabei ihr Leben verloren. Viele Menschen in Deutschland sind (zu Recht) der Überzeugung, diese historische Schuld verpflichte uns zu guter Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten.

Russland ist es als dem offiziellen Nachfolgestaat der Sowjetunion gelungen, das historische Erbe der UdSSR alleine zu vereinnahmen. So sagt unsere Erinnerung heute oft: „Russland war das Opfer der deutschen Aggression.“ Das ist auch nicht falsch, blendet aber aus, dass die anderen Völker der damaligen Sowjetunion, beispielsweise die Ukrainer oder die Belarussen, in gleichem Maß, zum Teil (in Zahlen ausgedrückt) noch schlimmer Leidtragende des deutschen Krieges waren. Sowjetunion = Russland, Russland = Putin, so funktioniert die Gleichung, die die historische Verantwortung der Deutschen ummünzt in eine Unterstützung für Wladimir Putin.

Ohne Russland können wir unsere Probleme nicht lösen

Es gibt keine Lösung der europäischen Probleme ohne Russland, egal ob es um die Ukraine, um die Republik Moldau (mit der von den Russen am Leben gehaltenen Abspaltung Transnistrien), Georgien (mit der Separation von Abchasien und Südossetien), Kosovo (mit der Verweigerung der Anerkennung) oder am geografischen Rand des Kontinents um Syrien geht. Daraus entsteht die Überlegung, mit Russland ins Gespräch und zu Einigungen kommen zu müssen.

Die große Zeit der Sozialdemokraten in Deutschland war die Epoche Willy Brandts und der Entspannungspolitik. Diese bedeutete eine Abkehr von der Verteufelung des Gegners und die Aufnahme von Gesprächen mit der anderen Seite. Brandt und Breschnew, das war kein Traumpaar, aber eine Arbeitsbeziehung, die auch Ergebnisse gebracht hat.

Mittlerweile ist der Umgang mit autoritären Herrschern in der öffentlichen Debatte moralisch stark aufgeladen, was in der Forderung kulminiert, mit diesen Personen entweder gar nicht oder Tacheles zu reden, das heißt, sie wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen öffentlich an den Pranger zu stellen.

*So funktioniert internationale Politik allerdings
nicht, vor allem erzielt sie keine Ergebnisse*

www.huffingtonpost.de, 03.11.2016

Teil 3

Die Befürworter von Gesprächen mit Russland reagieren darauf, indem sie Putin umwerten. Wenn man mit den „bösen Buben“ nicht reden soll, mit Putin aber reden muss, darf er kein „böser Bube“ sein.

Man darf ihn nicht verdammen, kritisieren oder verurteilen. Gerade die Sozialdemokraten und die Linken neigen daher dazu, den russischen Präsidenten weich zu zeichnen. Das ist allerdings eine Verkennung des tatsächlichen Konzepts der Entspannungspolitik, die ja gerade darauf basierte, dass diejenigen miteinander redeten, die keine gemeinsamen Werte teilten.

Und vielleicht haben wir ja - neben der grausamen Geschichte des 20. Jahrhunderts - doch etwas gemeinsam. Es war Gerhard Schröder, Putins guter Freund, der einst von der Achse „Paris - Berlin - Moskau“ schwadronierte. Dahinter steht eine bestimmte Vorstellung von Macht.

Wir müssen wieder auf die Pauke hauen

Wir Deutschen, soll das wohl heißen, müssen in Europa wieder auf die Pauke hauen, damit die im Takt der Großen erklingt. Dazu braucht der - vergleichsweise machtlose, weil institutionell eingebundene - Bundeskanzler zwei starke Partner, den französischen und den russischen Präsidenten. Nun, der Franzose schwächelt gerade, umso wichtiger ist also der Russe, sprich Putin. Er, so die Vorstellung, kann deutschen Machtprojektionen zur Realisierung verhelfen.

Schließlich kann man in unserer Gesellschaft einen erstaunlichen Antiamerikanismus feststellen, der mal arrogant, mal nationalistisch, mal imperialismuskritisch, mal globalisierungsfeindlich daher kommt. Und in diesem Zusammenhang gibt es eine einfache Überlegung: Wenn die Amerikaner und ihre Führung schlecht sind, sind die Russen und ihre Führung gut.

Die Gleichung lautet also: USA schlecht = Russland gut, Russland = Putin. So demonstrieren in Berlin Zehntausende gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA und kein einziger gegen das russische Bombardement von Aleppo.

Das Chlorhühnchen scheint den Menschen eine schlimmere Bedrohung zu sein als russische Raketen

Die Menschen in Syrien wären allerdings froh, wenn man ihnen die Wahl ließe, welches dieser Übel sie auf sich nehmen wollten. Interessanterweise geht der Antiamerikanismus Hand in Hand mit dem Denken der „Russlandversther“, denen es ja nicht wirklich ums kritische Verstehen, sondern ums wohlwollende Verständnis für Putins autoritäre Herrschaft geht.

Zusammengefasst: Wladimir Putin profitiert von einer gewissen Demokatiemüdigkeit in Deutschland, von dem deutschen Verantwortungsgefühl für die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs, von der realpolitischen Notwendigkeit, Russland in die europäische Politik einzubeziehen, von der Nostalgie vieler Sozialdemokraten und Linker, die ihrer großen Zeit der Entspannungspolitik nachtrauern, sowie von einem antiamerikanischen Ressentiment.

Er ist Projektionsfläche für eigene Vorstellungen, historische Schuldgefühle, politische Erwägungen, Überheblichkeiten, Machtfantasien und Vorurteile. Mit seiner tatsächlichen Politik und seiner Persönlichkeit hat all das wenig zu tun.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.swr.de, 07.11.2016

»SWR2



Lust auf Kultur

Der entfesselte Präsident

Wohin führt Erdogan die Türkei?



44:17 min | 7.11.2016 | 17.05 Uhr | SWR2

Audio herunterladen (40,54 MB | mp3)

Es diskutieren:

Dr. Andrea Despot - stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, Baha Güngör - freier Journalist, langjähriger Leiter der türkischen Redaktion der Deutschen Welle, Dr. Michael Lüders - Politik- und Islamwissenschaftler, Berlin
Gesprächsleitung: Ursula Nusser

Nusser, Ursula

Stand: 7.11.2016, 18.08 Uhr

20 Mittwoch,
9. November 2016

DER HAVELLÄNDER

IN KÜRZE

Anmeldung für Schulanfänger

Schönwalde-Glien. Schönwalder Schulanfänger für das Schuljahr 2017/18 können im Dezember in der Grundschule Schönwalde, Sachsenweg 24, angemeldet werden. Die Termine sind: Dienstag, 13. Dezember von 8 bis 11 Uhr und 13 bis 17 Uhr, Mittwoch und Donnerstag, 14./15. Dezember, von 8 bis 15 Uhr. Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis zum 30. September 2017 das sechste Lebensjahr vollenden. Kinder, die zwischen 1. Oktober bis 31. Dezember 2017 das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern aufgenommen werden. Neben der Geburtsurkunde muss auch die Teilnahmebestätigung an der Sprachstandfeststellung vorgelegt werden. Die Entscheidung über die Schulreife wird nach Anhörung der Eltern und einer schulärztlichen Untersuchung getroffen.

Diskussion zur US-Wahl und den Folgen für Europa

Falkensee. Zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „The Day after - Die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl für den Zusammenhalt in Europa und die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa“ laden für Donnerstag, den 10. November, um 18.30 Uhr die Europa-Union Havelland und die Europäische Akademie Berlin in die Aula des Falkenseer Lise-Meitner-Gymnasiums, Ruppiner Straße 19, ein. Akteure sind Malte Lehming, leitender Redakteur beim Tagesspiegel Berlin, Thomas Nehls, früherer USA-Korrespondent des WDR und Johannes Bohnen, Experte für strategische Kommunikation und politische Analyse.

Schicksale in dunkler Zeit

Seeburg. Einen Vortrag über Schicksale deutscher Soldaten am Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen Spandau und Seeburg-Engelsfelde hält am Samstag, dem 19. November, um 16 Uhr Norbert Rauer, Pfarrer in Rente, in der Kirche Seeburg, Potsdamer Chaussee/Ecke Dorfstraße.

Debatte über Falkenseer Vision

Falkensee. Unter dem Motto „Falkensee boomt - aber wo wollen wir hin?“ findet am 17. November von 18 bis 20 Uhr eine Diskussionsveranstaltung in der neuen Stadthalle statt. Wie sehen die Perspektiven und Potenziale aus landespolitischer Sicht aus und welche konkreten Vorstellungen gibt es für die Entwicklung der Stadt? Wie können die Bewohner hierbei noch mehr mit einbezogen werden? Darüber möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Kathrin Schneider, dem Landtagsabgeordneten Udo Folgert sowie Bürgermeister Heiko Müller und vor allem den Bürgern Falkensees diskutieren. Anmeldung per Fax an (0331) 275 88 18 oder per E-Mail an anmeldung.potsdam@fes.de

In Bredow sind die Silos voll

Der Winter kann kommen – Team der Straßenmeisterei ist auf Schnee und Eis vorbereitet

Von Laura Sander

Diskussion zur US-Wahl und den Folgen für Europa

Falkensee. Zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „The Day after - Die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl für den Zusammenhalt in Europa und die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa“ laden für Donnerstag, den 10. November, um 18.30 Uhr die Europa-Union Havelland und die Europäische Akademie Berlin in die Aula des Falkenseer Lise-Meitner-Gymnasiums, Ruppiner Straße 19, ein. Akteure sind Malte Lehming, leitender Redakteur beim Tagesspiegel Berlin, Thomas Nehls, früherer USA-Korrespondent des WDR und Johannes Bohnen, Experte für strategische Kommunikation und politische Analyse.



In der Halle türmen sich Salzberge auf, Fahrzeuge sind einsatzbereit, die Mitarbeiter geschult. FOTO: LAURA SANDER

chen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Bahnübergänge, neue Streckenabschnitte oder andere Veränderungen werden vor jedem Winter begutachtet. „Vor dem Wintereinbruch werden an Gefahrenstellen außerdem vorsorglich Schilder montiert, die auf die Rutschgefahr hinweisen“, so Weimann. Wer das Schneeflockensymbol sieht, sollte den Fuß vom Gas nehmen.

In drei Schichten werden die insgesamt 18 Mitarbeiter zum Räumen und Streuen eingesetzt – rund um die Uhr. Die Schichtleiter orientieren sich an der Homepage des Deutschen Wetterdienstes. „Wir haben das Wetter ständig im Blick und können so einschätzen, wie viele Leute gebraucht werden. Außerdem erhalten wir Warnungen, sollte etwas Großes auf uns zurollen“, sagt Weimann, der wie viele Betriebe im Speckgürtel mit einem massiven Mangel an Fachkräften zu kämpfen hat. „Es wird immer schwieriger, geeignete Leute zu finden. In ländlicheren Regionen ist das schon einfacher.“ Zusätzliche Saisonkräfte sowie private Firmen unterstützen die Männer der Straßenmeisterei zu Spitzenzeiten. „Das wäre sonst nicht zu schaffen“, so Carsten Weimann.

Viel befahrene Straßen und Autobahnzubringer – wie die Landesstraße 20 und die Bundesstraße 5 – haben bei unaufhörlichem Schneefall oder starkem Frost oberste Priorität. Vor jedem Schichtbeginn wird

die Route je nach Bedarf festgelegt. „Aufgrund der überfließenden Nässe streuen wir jetzt schon präventiv, sollte Bedarf bestehen“, sagt Weimann, der sich mal wieder auf einen richtigen Winter freuen würde. „Der letzte wirklich harte Winter liegt schon Jahre zurück. Es hätte damals nur noch einige Tage länger gebraucht und die Salzreserven wären knapp geworden“, erinnert sich der 51-Jährige. Der vergangene Winter hingegen war vergleichsweise mild und verlief ohne Probleme oder größere Besonderheiten.

Doch auch in milden Wintern le-

gen die Männer von der Straßenmeisterei nicht etwa ihre Beine hoch und warten auf das erste Schneestreiben. „Es gibt immer eine Menge zu tun. Ist der Winter mild, haben wir mehr Zeit für die Sachen, die im Herbst liegen geblieben sind sowie für die Grünpflege und Straßenreinigung“, sagt Leiter Carsten Weimann. Schlaglöcher werden geflickt, Hecken geschnitten, Laub geräumt, Verkehrsschilder und Leitpfosten von Dreck befreit – auch ohne Eis und Schnee sind die orangen Fahrzeuge auf havelländischen Landes- und Bundesstraßen präsent.

Winterdienst

Die Straßenmeisterei in Bredow gehört zum Landesbetrieb für Straßenwesen in Potsdam. Im Landkreis Havelland befindet sich die zweite Straßenmeisterei in Rathenow. Sie ist für den Westteil des Kreises zuständig

Geräumt werden die Straßen nach einer Prioritätenliste. Vorrang hat die stark befahrene Bundesstraße 5. Dann folgen Brücken über Kanäle und Flüsse und Straßen durch Waldstücke, zum Beispiel die Bundesstraße 273 bei Nauen.

- I
- II
- III
- IV
- V
- VI
- VII
- VIII
- IX



[About NEE](#) [Articles and Commentary](#) [Interviews](#) [Events](#) [Partners](#) [Past Issues](#) [Subscribe Now](#) [Donate](#)

What does the election of Donald Trump for US president mean for Eastern Europe?



New Eastern Europe asked a few prominent region watchers what the election of Donald Trump for President of the United States means for Eastern Europe. Here is what they think:

Maksym Khyenko, PhD, Chairman of the Board at the East European Security Research Initiative Foundation, and Senior Research Fellow at Taras

Shevchenko National University of Kyiv.

The expectations of many Ukrainian politicians and experts from Hillary Clinton were as much exaggerated as their fears of Donald Trump's victory. Trump's triumph does not necessarily mean a sharp change in US foreign policy, which is not shaped solely by the president. Trump will have to take into account the position of the US Congress and his own party; and the Republicans have always demonstrated a strong willingness to support their Eastern European allies.

Ukraine's ruling establishment does not have as good of relations with Trump as they had with Clinton, so they will have to win the attention and support of the new US president. The best way to succeed in this would be with the reforms, as relying on sympathy for a victim of aggression would not work with Trump.

It may sound paradoxical, but Trump's victory may put Vladimir Putin in a rather awkward position. The latter has a chance to reduce tensions with the US while preserving his face. Yet this would require Russia to reduce its aggressive actions in Syria and Ukraine. Of course, Putin would then demand certain concessions, such as preserving Assad's rule in Syria and a guarantee of Ukraine's non-accession to NATO. The White House may find it difficult to agree with such terms, especially taking into account the Kremlin's reluctance to carry out its own obligations under agreements. On the other hand, if Putin continues his aggressive actions in Syria and Ukraine, it would look like a spit in Trump's face and the latter would be forced to change his rhetoric and take a tougher stance towards Russia, maybe much tougher than Clinton would dare.

Nevertheless, Europe must begin learning how to take care of its own problems and security. Regardless of the names of the winners of this and future elections, the demographic changes in the US objectively lead to a decrease in attention to Europe, as fewer and fewer American voters feel an affiliation and emotional tie with Europe, and correspondingly the responsibility to protect it. The European nations, and especially the Eastern European ones, have to invest more in their own security and combine their efforts in this sphere – to become strong enough to be able to defend themselves, should it be necessary.

Adam Eberhardt, Executive Director of the Centre for Eastern Studies (OSW).

Donald Trump's presidency will bring about a crisis of trust in transatlantic relations. This may be accompanied by the deepening of the trend of reducing co-operation with the United States in Western Europe. However, it is too early to say to what extent US policy towards Europe, including our region, will change. We will know more in the spring, when Trump forms his administration, although it is already clear that the priority of US policy will be internal and economic issues. It should also be expected that the personality traits of the new president, including the transactional style of politics will be a source of unpredictability.

These factors constitute a threat to Poland's interest as the country's aim has been an increased American presence in Europe, including a more active NATO presence and increased engagement in the Eastern flank. Although Trump's victory has been positively received in Russia, more harmonious US-Russia relations are not predetermined in the long run. The mutual sympathy between Vladimir Putin and Trump grows out of their assumption that the other one will accept certain concessions. Mutual positive gestures at the beginning of Trump's term in office seem likely – the US side might even lift some of the sanctions against Russia, revise some of the Warsaw NATO summit decisions or make changes to the anti-missile programme. Nevertheless, in time Russian-US tensions will probably resurface as a result of incompatible interests. They may even turn out to be stronger than before.

Anton Barbashin, Managing Editor of the Intersection Project.

Hardly anyone today can answer the question as to what Donald Trump's policy towards Russia will actually look like. Yet if we look at his remarks during the presidential campaign, a few points can be considered. First of all, Trump is an outspoken critic of America's military commitments abroad. This of course does not mean that he will opt for the dissolution of NATO, but the challenges that transatlantic ties will experience over the course of the next four years will likely be unprecedented. Clearly European security is now much more a matter for European nations. This still does not mean we are going back to a Europe without the United States.

Secondly, it is unclear what sort of dialogue Trump will engage in with Vladimir Putin. Trump spoke favourably of Putin on numerous occasions; clearly the Kremlin is quite happy that it is not Hillary that they will have to deal with in the White House. Although Trump's comments on Crimea were dubious at best – no one knows what sort of agreement Putin and Trump might arrive at over Ukraine. Naturally, Trump would be expecting some sort of proposal coming out of Moscow, whether it is Syria, Ukraine or general questions of combating Islamic extremism. The key question here is who will be working in the Trump administration on Russia policy, but there is no doubt that Putin will exploit this "Trump opportunity" to gain as much as possible for himself.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

www.neweasterneurope.eu, 10.11.2016

The Third and final point regards Trump's take on authoritarianism and liberal values as a whole. If the US no longer stands for the liberal order, the likelihood of others to stand up for it will decrease tremendously; especially when illiberalism is on the rise everywhere in Europe. This poses numerous risks and more importantly will convince Putin that sanctions could be lifted and western countries could be persuaded to compromise over Ukraine. One could call it "Putin's Trumpportunity".

Weronika Priesmeyer-Tkocz, director of studies at the European Academy of Berlin

There is a new bitter joke among Ukrainians since November 9th. Their country has something to be proud of – it outdid the United States! Ukraine's president, Petro Poroshenko, now seems to be a better democrat, reformer and advocate of transparency than Donald Trump, the self-made and self-tanned man who soon will become the president of the most powerful country in the world. Unfortunately, this is the only positive message about this political earthquake in Washington. The election of Donald Trump is actually a game-changing event in international affairs. It brings also one of the clearest messages to all (Eastern) Europeans – you have to take care of yourself, because no one else will.

Vladimir Putin was the first big player to send his warmest greetings to the president-elect, expressing hope for fruitful co-operation in the future. But it is not the fear of the US recognizing the illegal annexation of Crimea or even the vague questioning of the existence of NATO that shocks most in this part of the world. Rather, it is the perspective of a US indifferent to the spread of democracy and rule of law around the world; and its willingness to engage less in European affairs.

Little is known about Trump's foreign policy priorities. Little has actually been said so far, except from the above-mentioned provocative statements during the campaign. One usually does not win elections on foreign policy issues. Nonetheless based on the experience with populist leaders thus far, reaching for power combined with personal background and the overall attitude of Donald Trump, one can assume that the new POTUS will concentrate primarily his "make America great again" presidency on abolishing the achievements of the Democrats (Obamacare), fulfilling the internal promises given during the election campaign (tax relief, economic nationalism) and securing international influence of the US based on profit and pragmatism, not on values or principles (China). And in this calculation neither a global deal with Russia (helpful but too unpredictable) nor with the EU (who's in charge?) will pay off for the new administration. This means any further engagement in Eastern Europe will be based on whether it goes along with US national interests.

MÄRKISCHE ONLINEZEITUNG

zurück zum Artikel

ILSE-DORE HAHN 11.11.2016 14:21 UHR
RED. FALKENSEE, REDAKTION-FKS@BRAWO.DE

"Keine Angst vor Donald Trump"

Falkensee (MOZ) Mehr als 60 Politikinteressierte hatten sich auf Einladung der Europa-Union Havelland in der Aula des Lise-Meitner-Gymnasiums eingefunden, um über "The Day after" - Die Konsequenzen der US-Präsidentenwahl für den Zusammenhalt in Europa und die Zusammenarbeit zwischen USA und der EU zu diskutieren.



Moderatorin Dr. Mechthild Baumann.
Dr. Johannes Bohnen, Thomas Nehls und Malte Lehming vertraten während der Podiumsdiskussion ihre Meinung.

© HAHN

Nach ersten Einschätzungen von Gastgeber Hans-Peter Pohl, Vorstandsvorsitzender der Europa-Union Havelland, zählte Wolfgang Balint, Vorsitzender der brandenburgischen Europa-Union in seinem Grußwort fünf Punkte auf, die seiner Meinung nach Europa stark machen können, darunter eine flächendeckende europäische Bildungspolitik, das ernst Nehmen der Bürgerangst vor der Globalisierung, und die Bedeutung der 2017 anstehenden Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland.

Hans-Ulrich Benra, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender (Beamtenbund), sieht Europa vor großen Herausforderungen, sollte der nächste Präsident Trump auch nur die Hälfte seiner Ankündigungen in die Tat umsetzen.

Nach diesen Grußworten übernahm Dr. Mechthild Baumann, Europäische Akademie Berlin, die Moderation und sammelte im Publikum erste Reaktionen auf den Wahlausgang der Präsidentenwahl in den USA. Daraufhin wurden zahlreiche Meinungen und Fragen abgegeben: "Ich bedauere den Wahlausgang nicht. Nun müssen wir europäische Standpunkte vertreten!", "Ich erwarte nichts von Amerika, sondern wir sollten uns in Europa um uns selbst kümmern", "Was bedeutet die Wahl für den Rechtspopulismus in Europa?", "Wie ticken die Republikaner? Was hat uns da zu erwarten?"

Auf diese Fragen suchten, auch in der Diskussion mit dem Publikum, die Teilnehmer der Podiumsrunde, Dr. Johannes Bohnen, Experte für strategische Kommunikation und politische Analyse, Thomas Nehls, ehemaliger ARD Korrespondent in Washington und New York und Malte Lehming, Leitender Redakteur der Zeitung Tagesspiegel unter der Leitung von Mechthild Baumann nach Antworten.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

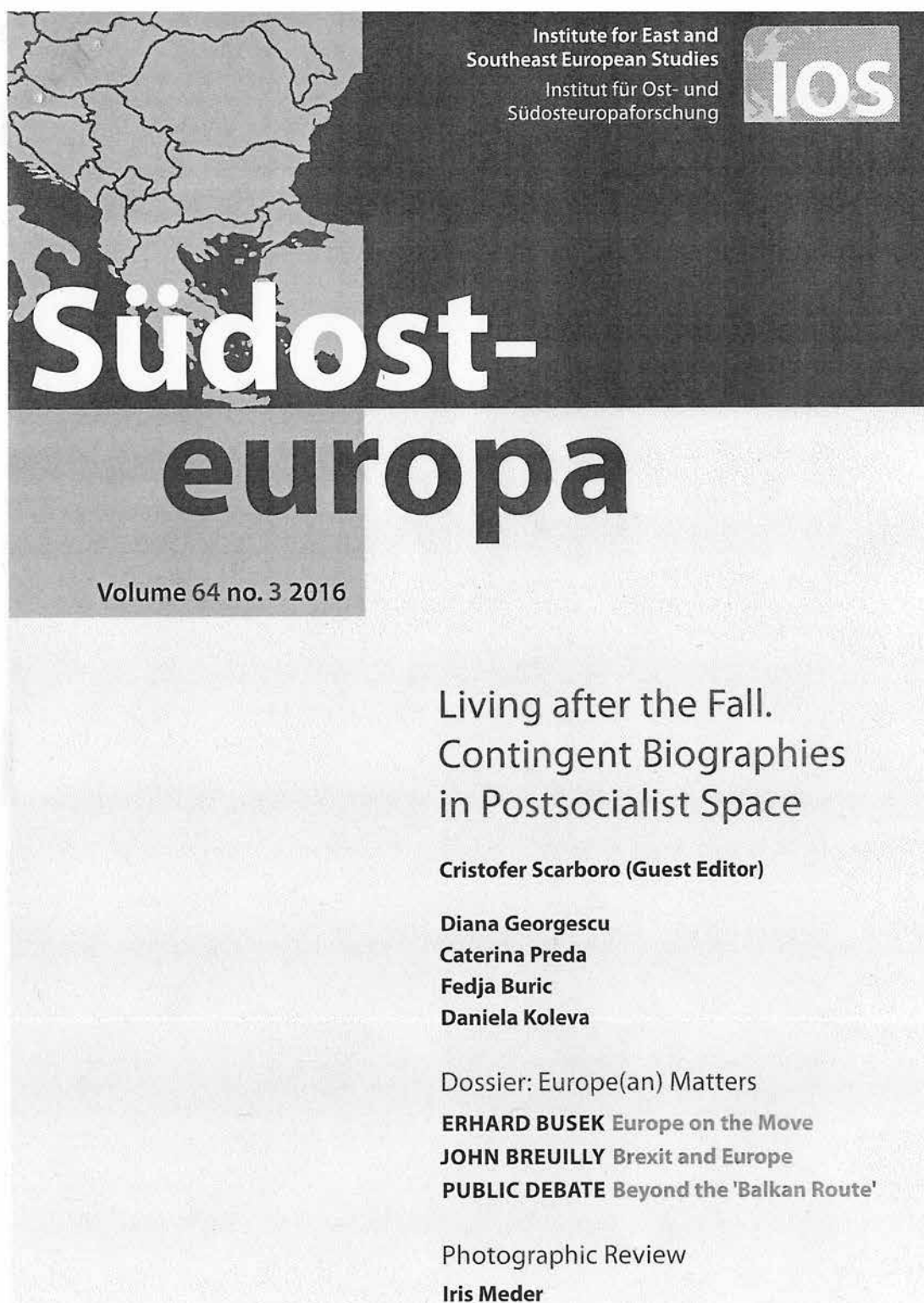
IX

So rief Dr. Bohnen dazu auf, dass in Deutschland "die Bürgergesellschaft stärker politisch aktiv werden sollte." Thomas Nehls, als Kenner des amerikanischen Politik-Betriebes, erklärte lapidar: "Es gab schon immer solche und solche Präsidenten, deshalb keine Angst vor Donald Trump. Für mich ist er noch nicht die größte Katastrophe auf Erden!" Malte Lehming wies darauf hin, "dass Trump der legitime nächste Präsident der USA ist." Der Redakteur weiter: "Es ist etwas passiert, was es so noch nicht gab. Trump hat das gesamte System ausgehebelt und niemand in Europa war darauf vorbereitet. Doch wir sollten ihm nun mit Vorsicht, Skepsis, Geduld und Offenheit begegnen."

Auf die Frage nach den wirtschaftlichen Auswirkungen unter der Regierung Trump waren sich die Experten auf dem Podium einig, dass "der bilaterale Handel auch durch Trump nicht gefährdet sein wird", so Nehls. Und Dr. Bohnen meinte, dass sowohl die USA und natürlich auch Deutschland Export abhängige Länder sind. Ein wenig besorgt zeigten sich die Podiumsdiskutanten über den Wahlsieg der Republikaner, die nun im Kongress als auch im Supreme Court die Mehrheit besitzen. "Dadurch haben sie eine unheimliche Freiheit", sagte Dr. Bohnen. Und Thomas Nehls ergänzte: "Diese Einheitsfarbe im Repräsentantenhaus dürfte es schwer machen, eine demokratische Regierung hin zu bekommen." "Nun stehen wir hier in Europa vor der Herausforderung, unsere Demokratie lebendig zu erhalten", fasste Dr. Johannes Bohnen zusammen.

Die angeregte, lebendige und mit viel Sachkenntnis geführte Diskussionsrunde zwischen Podium und Publikum ging nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung bei Getränken und leckeren Canapées der Schüler-Firma des LMG weiter. Auch zwei Tage nach dem unerwarteten Ausgang der US-Präsidentenwahl saß der Schock darüber anscheinend noch tief, fast jeder hatte eine eigene Meinung dazu und wollte gerne im persönlichen Gespräch die Einschätzung der Experten hören.

© 2016 MOZ.DE MÄRKISCHES MEDIENHAUS GMBH & CO. KG



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Südosteuropa 64 (2016), no. 3, pp. 381-395

DOSSIER: EUROPE(AN) MATTERS

Beyond the 'Balkan Route', or Why Southeastern Europe Remains a Core Issue for Europe

A Discussion among Andrea Despot, Hannes Grandits, Wolfgang Höpken, Dušan Reljić, Gabriella Schubert, and Sevasti Trubeta

Abstract. On the initiative of the *Balkanologenverband e. V.* (Association of Balkanologists), on 22 June 2016, the day before the 'Brexit' referendum, various experts on southeast European history and politics at Humboldt University in Berlin discussed the effects of the current crises on Europe's southeastern periphery. In response to the dramatic events of the refugee crisis of 2015 the region oscillated between alienation from and rapprochement towards the European Union, and it has become evident that European integration has become an ever more questionable attraction for the states in the region. The participants in the discussion describe the situation after the closure of the so-called 'Balkan route' in March 2016 as hovering between a fragile stability and stagnation.

Andrea Despot is the Deputy Head of the European Academy, Berlin.

Hannes Grandits is Professor of Southeast European History at the Humboldt University in Berlin.

Wolfgang Höpken is Professor of East and Southeast European History at the University of Leipzig.

Dušan Reljić is Head of the Brussels office of the German Institute for International and Security Affairs (*Stiftung Wissenschaft und Politik*), Berlin.

Gabriella Schubert is Professor Emerita of South Slavonic and Southeast European Studies at the Friedrich Schiller University in Jena, and is President of the *Balkanologenverband e.V.*, founded in 2012.

Sevasti Trubeta is an Assistant Professor of Sociology at the University of the Aegean in Mytilene, Lesbos, and is currently a DAAD Visiting Professor at the Free University in Berlin.

In March 2016, the so-called 'Balkan route' was officially closed to refugees. Through a surprising and coordinated action by the southeast European states, migration flows in the region were reduced within a remarkable short period. Additionally, the 'return' of many refugees from European Union countries was secured through the so-called 'refugee pact' between the EU and Turkey. In the wake of that heavily criticized agreement, for a short time a glimmer of hope persisted that not only would the southeast European region quickly recover from the turbulent events, but that the quarrelling EU member states would find a way to agree about a quota for the distribution of refugees.

17/2016
юни/септември



СПИСАНИЕ

ДИПЛОМАЦИЯ

ДИПЛОМАТИЧЕСКИ
ИНСТИТУТ

МИНИСТЕРСТВО НА ВЪНШНИТЕ РАБОТИ
РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

CONTENTS

Contents**INTERNATIONAL CONFERENCE „THE MIGRATION CRISIS: LONG-TERM IMPLICATIONS FOR THE EUROPEAN UNION“**

Summary 98

Welcome address by Tanya Mihaylova, Director of the Diplomatic Institute 113

Refugees and migrants caught between borders

Uroš Škerl Kramberger 115

Migration – the Swedish experience and the need for common policies and shared responsibility

H.E. Louise Bergholm Ambassador of Sweden to Bulgaria 119

Europe facing new decisions

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte 123

Legal measures in Hungary reflecting the current migration crisis

István Kovács & Miklós Szánthó 133

The migration crisis – the moment of truth for the future of the European project

Prof. Dr. Ingrid Shikova 143

EUROPEAN UNION**The EU Presidency has the role of a neutral and honest broker**

Interview with H.E. Tom van Oorschot, Ambassador of the Kingdom of the Netherlands to the Republic of Bulgaria 149

The Dutch national interests in the communication strategies of the twelve Dutch presidencies of the Council of the EU

Milena Dimitrova 154

DEBATES WITH MEPs

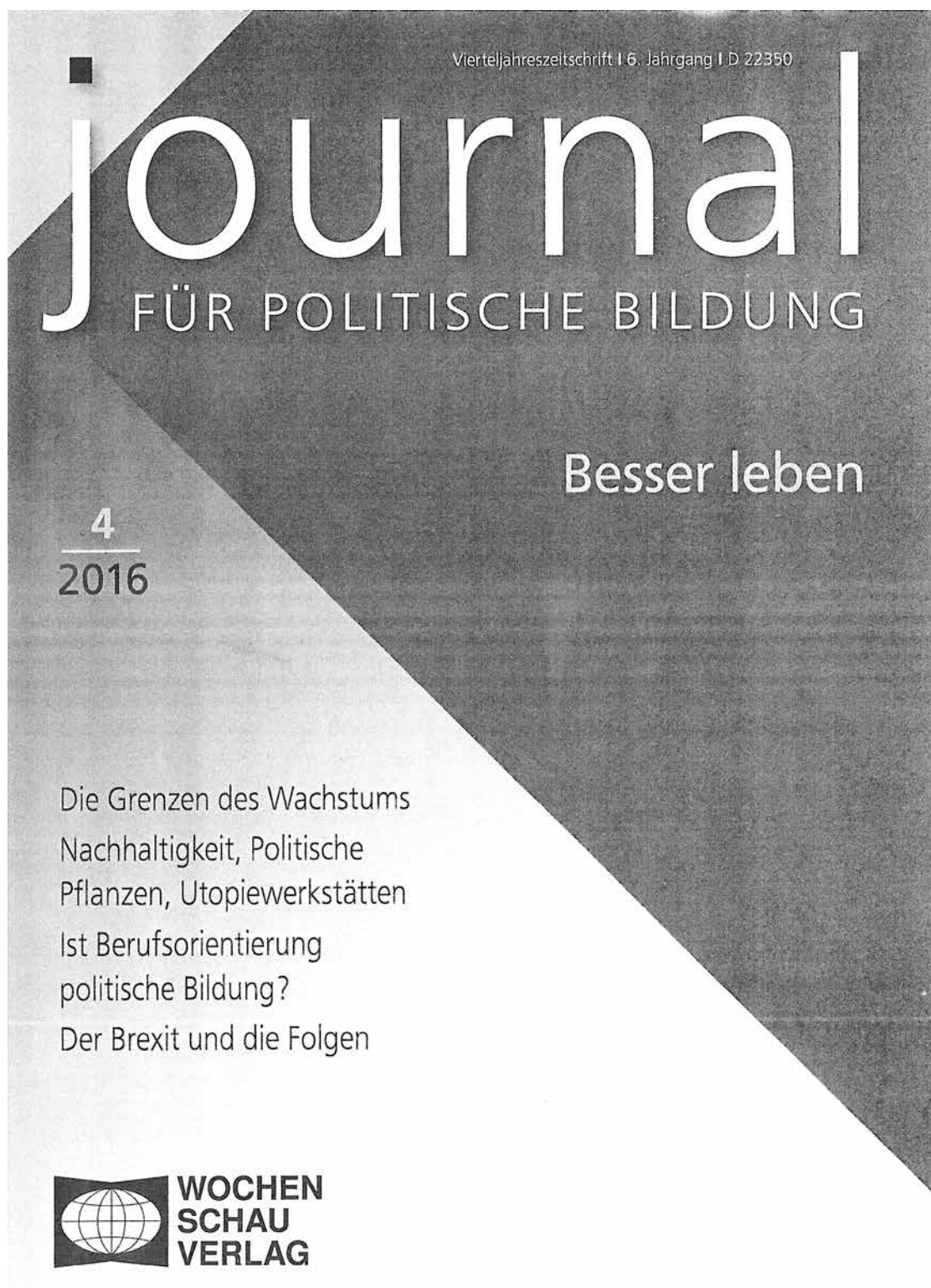
„The impact of the Syrian crisis on EU security: regional and global aspects“ 162

REGIONAL ISSUES**Comparative analysis of the presidential institution within the framework of the new Latin American constitutionalism**

Prof. Lazar Koprinarov 167

NEW BOOKS**„DAESH, a (Non)-Islamic state“**

by Prof. Vladimir Chukov 179



I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

ECKART D. STRATENSCHULTE

Exit ist nicht Exitus – Der Brexit und die politische Bildung

Nun ist also das geschehen, was man immer für ausgeschlossen hielt: Ein Land will die *Europäische Union* (EU) verlassen. Der Austrittswunsch Großbritannien aus der EU ist be-
dauerlich, er ist jedoch auch eine Chance – für Europa und für die politische Bildung. Juristisch scheint das eine klare Sache – Art. 50 des EU-Vertrags bestimmt: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten“ (EUV, Art. 50). Im Weiteren beschreibt der Artikel dann, wie es gehen kann: Der betreffende Staat teilt seine Austrittsabsicht dem *Europäischen Rat*, also den Staats- und Regierungschefs, mit. Es wird ein Austrittsabkommen mit dem *Ministerrat* geschlossen, „wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird“ (EUV, Art. 50, Abs. 2). Dieses Abkommen muss vom *Ministerrat* mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden, nachdem das *Europäische Parlament* zugestimmt hat. Kommt innerhalb von zwei Jahren kein Vertrag zustande (und verlängert der *Europäische Rat* diese Frist nicht), ist der betreffende Staat ohne Abkommen draußen, in der Sprache des Art. 50 finden die Europäischen Verträge dann auf ihn „keine Anwendung mehr“ (EUV, Art. 50, Abs. 3).

Es ist diese Guillotine-Klausel, die die Briten nach der *Brexit*-Entscheidung am 23. Juni 2015 zögern lässt, den Austrittswunsch

zu notifizieren. Sobald sie das getan haben, tickt nämlich die Uhr – und offensichtlich hat man auf der Insel noch kein Konzept, was man eigentlich wie erreichen will.

Politische und wirtschaftliche Folgen des Brexit

Welche Folgen der Austritt aus der EU für die Briten hat, ist Gegenstand zahlreicher Spekulationen, vom bereits kurzfristig eintretenden Dämpfer für das Wachstum (vgl. Fichtner u. a. 2016) bis zum drohenden Staatszerfall (vgl. Riedel 2016). Tatsächlich lässt sich über Folgen, die mehr sind als ein kurzfristiger Reflex auf das britische Referendum, nichts sagen, solange die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EU und dem „Drittstaat Großbritannien“ nicht absehbar ist. Uns muss jedoch vor allem interessieren, welche Konsequenzen der *Brexit* für die *Europäische Union* hat. Hier lassen sich mehrere Faktoren nennen:

- Die *Europäische Union* verliert ein wichtiges und schwegewichtiges Mitglied, das sich allerdings – darauf weisen Barbara Lippert und Nicolai von Oндарза hin – seit dem Vertrag von Maastricht immer weiter in eine Randlage manövriert hatte, „bis hin zur faktischen Teilmitgliedschaft – wobei merkt unter den privilegierten Bedingungen voller Entscheidungsstellhab“ (Lippert/von Oндарза 2016: 6). In den

Schlussfolgerungen des *Europäischen Rates* vom Februar 2016 sind diese Ausnahmen noch einmal aufgelistet (vgl. Europäischer Rat 2016).

- Die Sonderregelungen für die britische Mitgliedschaft, die sich in Protokollen und *Opt-out*-Klauseln der Verträge finden, müssen in diesem Zusammenhang aufgehoben werden. Das geht nur durch einstimmig zu beschließende Vertragsänderungen – die immer mit dem Risiko verbunden sind, dass einige Mitgliedstaaten diese für die Durchsetzung von Partikularinteressen nutzen.

- Die EU verliert einen wichtigen Netzahler, der bislang – trotz des viel kritisierten „Britenabbaus“ – knapp 5 Mrd. Euro mehr zum Budget der EU beigetragen als daraus erhalten hat (vgl. Wirtschaftswoche 2016). 2015 betrug der Nettobeitrag Großbritannien, allerdings auch aufgrund einiger Einmaleffekte, sogar über 11 Mrd. Euro (vgl. FAZ 2016). Der britische Beitrag muss unter den anderen Mitgliedern aufgeteilt werden, wenn man das EU-Budget nicht drastisch kürzen will.

- Genauso wie die *Brexit*-Befürworter in Großbritannien hat auch die EU keine klaren Vorstellungen, wie der Austritt vortatengehen soll und wie das künftige Verhältnis zu Großbritannien strukturiert werden könnte. Es müssen also während des Verfahrens überhaupt erst einmal Verfahrensregeln erarbeitet werden. Niemand hatte damit gerechnet, dass Art. 50, der durch den Änderungsvertrag von Lissabon in den EU-Vertrag aufgenommen wurde, je in Anspruch genommen würde. Daher gibt es hier auch weder ein Regelungswork

noch Referenzmodelle, auf die man sich beziehen könnte.

- Es ist nicht auszuschließen, dass andere EU-Mitgliedstaaten dem britischen Beispiel folgen. Wenn das Vereinigte Königreich „glimpflich“ aus dem Verfahren herauskommt, d. h. ein neues Abkommen erzielt, das ihm weitestgehend das bietet, was es gerne hätte, ohne große finanzielle oder politische Verpflichtungen übernehmen zu müssen, ist das auch für Nachahmer interessant. Die Tageszeitung *Die Welt* veröffentlichte nach dem Briten-Referendum einen Exit-Atlas, auf dem sie sieben EU-Mitglieder durch ihre Korrespondenten als exitefähig auflistete (vgl. Steuer u. a. 2016).

- Damit steht aber mehr als der Austritt eines von 28 Mitgliedern auf der Tagesordnung. Der *Brexit* hat mithin einen Effekt auf die gesamte Integrationsstruktur in Europa und den Zusammenhalt der *Europäischen Union*, die sich neu sortieren muss.

Der Brexit und die politische Bildung

Für die politische Bildung in Deutschland und Europa ergeben sich aus dem *Brexit* und seinen Folgen Herausforderungen, aber auch große Chancen. Das Ziel der politischen Bildung ist nicht der gebildete, sondern der politisch aktive Mensch. Die Bürger/-innen sollen im politischen Bildungsprozess Kompetenzen erwerben und ausprägen, die es ihnen ermöglichen, ihre eigene Position in der Gesellschaft zu erkennen, zu reflektieren und diese zu verändern, indem sie sich partizipativ in den politischen Prozess einbringen.

ÜberGrenzen

Agora bietet, sich miteinander über die gemeinsame Zukunftsgestaltung auseinanderzusetzen. Sie darf dabei nicht mit der „Schere im Kopf“ arbeiten. Selbstverständlich muss man auch diskutieren können, was für einen Ausritt Deutschlands aus der EU spräche, welche Vorteile man von einer Renationalisierung der Politik hätte. Das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses sind hier besonders wichtig. Da kann man als in der europapolitischen Bildung Tätiger noch so sehr dafür sein, die europäische Integration auszubauen und zu verteidigen. Gelingen wird es nur, wenn die Menschen es auf der Basis ihrer eigenen Analyse mittragen, nicht wenn ihnen eine Auffassung oktroyiert wird.

Wir haben eine Chance – nutzen wir sie!

Der *Brexit* ist also eine gute Möglichkeit der Neugestaltung und Weiterentwicklung – für die *Europäische Union* und für die politische Bildung. Eine Chance kann man aber auch verpassen. Letzteres wäre sowohl für die EU als auch für die politische Bildung tragisch.

Ergreifen kann man Chancen aber vor allem, wenn man sich einbringt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die *Europäische Union* der Zukunft zu gestalten und nach 60 Jahren Römische Verträge in eine neue Runde zu gehen, die dem alten Ziel dient, das schon die Präambel des EWG-Vertrags formuliert hat: Frieden und Freiheit zu wahren (EWG-Vertrag, Präambel). Dabei muss die EU die neuen Herausforderungen aufnehmen, die in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts auf der Tagesordnung stehen. So gesehen schuldet die politische Bildung den *Brexit*-Befürwortern Dank. Es könnte sein, dass diese schlussend-

tragsverletzungen nicht Stand gehalten hat. Es ist durchaus möglich, dass sich jetzt ein Europa der konzentrischen Kreise herausbildet, in dem jeder Zirkel für eine bestimmte Integrationstiefe steht. Wenn das so ist, zu welchem Kreis wollen wir gehören? Wie soll er ausgestaltet werden? Wer hat welchen Einfluss, wie sind die Institutionen aufgebaut? Institutionenfragen sind keineswegs staubtrocken, es sind vielmehr die Machtfragen, da über die Institutionen Einfluss ausgeübt und Entscheidungen getroffen werden.

Der *Brexit* bietet die große Chance, diese Fragen nicht nur offen zu thematisieren, sondern die *Europäische Union* neu zu gestalten. Das wird aber nicht auf einer dreistündigen oder auch zweitägigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs möglich sein, sondern nur in einem intensiven gesellschaftlichen Diskurs in den Mitgliedsstaaten. Die Neufindung der EU, in die viele bisherige Erfahrungen mit einfließen, ist die Stunde der Bürger/-innen, sich in diesen Prozess einzubringen.

Methoden

Das wird weniger durch Teilnahme an klassischen Vortragsabenden geschehen als durch Szenario-Workshops, Planispiele, internationale Begegnungen, Bürgerforen und Streitgespräche. Die Menschen müssen sich einbringen, streiten, positionieren, reflektieren und politisch verorten können. Die politische Bildung hat die Aufgabe und die Möglichkeit, diesen Diskurs vorzubereiten und mitzugestalten, indem sie partizipative Formen der Zukunftsgestaltung entwickelt und anbietet, Informationen nicht nur bereit stellt, sondern die Kompetenzen stärkt, diese auszuwählen und sinnvoll zu verknüpfen, indem sie eine

teresse wecken

ritische Bildung findet – gerade in der schulischen Jugend- und in der Erwachsenenbildung – auf der Basis der Freiwilligkeit. Das bedeutet, dass der erste Schritt hin zur Erzielung von Bildungserfolgen darin besteht, Interesse zu wecken. Nun bietet der Streitprozess, der auch die Öffentlichkeit und die Medien stark beschäftigt und beschäftigt wird, die Chance, die Aufmerksamkeit für die EU, ihre Politikbereiche und ihre Strukturen zu richten. Die politische Bildung sollte diesen Prozess begleiten.

Jetzt geht es nicht mehr um den berühmten Reifegrad der Gurken, sondern um die Fragen: Sind wir alleine besser aufgehoben als in einer Gemeinschaft von 27 oder 28 Staaten? Welche Politiken sollen oder müssen wir miteinander durchführen? Schützt uns die Internationalisierung tatsächlich vor den negativen Folgen der Globalisierung – oder verbindet sie nur, dass wir die Chancen derselben nutzen? Was sind eigentlich die vier Freiheiten des Binnenmarktes und wie wichtig sind sie für unser Wohlergehen?

Wegänge zur europäischen Zukunft schaffen und nutzen

Das Thema *Brexit* und Austrittsverhandlungen schafft viele Zugänge, die genutzt werden können. Der Austritt Großbritanniens ist der *EU* ist der Beginn ihrer Neugestaltung, da „The Europe Dilemma“ (Liddle 2014) auch Grundfragen der künftigen Organisation und Integrationsstufe der *Europäischen Union* aufwirft. Die EU-28, in der für dieselben Regeln gelten und gleichermaßen angewandt werden, war immer eine Illusion, die der Realität von *Opt-outs* und Ver-

lich die *EU* gestärkt haben werden. Dies wäre keine schlechte Pointe der europäischen Politik.

LITERATUR

EVZ (2009): *Vertrag über die Europäische Union, Fassung aufgrund des am 1.12.2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon*.

Europäischer Rat (2016): *Tagung des Europäischen Rates (18. Und 19. Februar 2016) – Schlussfolgerungen*, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-1-2016-INIT/1de/pdf> (Abgerufen am 05.08.2016).

EWG-Vertrag (1957): *Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957*, <http://www.europarl.europa.eu/brussels/wirtschaft/breitbas/Basis/VertragEWG/Vertrag.pdf> (Abgerufen am 09.08.2016).

FAZ (2016): *Deutschland zahlt für die EU am meisten*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. August 2016, S. 19.

Liddle, Roger (2014): *The Europe Dilemma. Britain and the Drama of EU Integration*. London.

Führner, Ferdinand/Große, Steffen, Christoph/Hachnab, Michael/Schlauk, Thore (2016): *Holt Unsicherheit nach Brexit-Entscheidung dürfte Wachstum bereits kurzfristig dämpfen*. In: *DNV-Wochenbericht* 27/2016, S. 584-590.

Lippert, Barbara/Onkara, Nicolai (2016): *Der Brexit als Neuland*. In: *SWP Aktuell* Nr. 42.

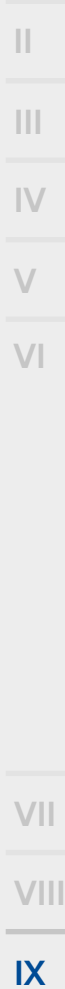
Röedel, Sabine (2016): *Ein Brexit ohne Schönen und Nordriem*. In: *SWP Aktuell* Nr. 54.

Steuer, Håkan/Mäster, Martin/Kilohy, Boris/Winterbauer, Jörg/Schmid, Hans-Jörg/Brech, Sarah, März (2016): *Diese Länder können die nächsten Exit-Kandidaten sein*. In: *Die Welt*, 25. Juni 2016, <http://www.welt.de/politik/ausland/article156551217/Diese-Laender-koennten-die-naechsten-Exit-Kandidaten-sein.html?confid=print#> (Abgerufen am 05.08.2016).

Wirtschaftswache (2016): *Die größten Netto-Zähler der EU*, 11. August 2016, <http://www.wirtschaftswache.de/polemik-haushalt-die-groessen-netto-zahler-der-eu/7179190.html?cid=8&cid=8&cid=8&cid=8&cid=8> (Abgerufen am 11.08.2016).

Eckart D. Stratenschulte
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte leitet die Europäische Akademie Berlin und lehrt Politische Wissenschaft an der FU Berlin.

ÜberGrenzen



FORUM bei Inforadio (rbb), 06.12.2016

Das Forum mit Dietmar Ringel

Weckruf aus Wien - Österreich nach der Bundespräsidentenwahl

In vielen Ländern Europas sind Rechtspopulisten und EU-Skeptiker auf dem Vormarsch. In Österreich hat sich die FPÖ bereits fest im politischen System etabliert. Ihr Kandidat Norbert Hofer ist bei der ungültigen Bundespräsidentenwahl im Frühjahr nur knapp gescheitert. Bei der Wiederholung der Wahl am 4.12.2016 wird sich zeigen, ob er diesmal den Spieß umdrehen und den Grünen Alexander van der Bellen hinter sich lassen kann.

Egal wie die Wahl ausgeht, zeigt sich Österreich als gespaltenes Land. Die einen sehen sich von Islamismus und Gewalt bedroht, fürchten Zuwanderung und Fremdbestimmung durch die EU. Die anderen befürchten Fremdenhass und Abschottung, setzen auf die Zukunft Österreichs in einem starken Europa. Ist die Wahl des neuen Bundespräsidenten eine Richtungsentscheidung für Österreich mit Folgen für ganz Europa? Was bewegt die Österreicher, und warum haben sie kein Vertrauen mehr in die ehemaligen Volksparteien SPÖ und ÖVP? Welche Auswirkungen haben die politischen Veränderungen in Österreich für das Nachbarland Deutschland?

Gäste:

- Werner Götz**
Präsident der Österreichisch-Deutschen-Gesellschaft Berlin & Brandenburg
- Petra Pau**
Die Linke, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
- Benjamin Opratko**
Politikwissenschaftler, Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Wien
- Dr. Karsten Grabow**
Koordinator Politikanalysen und Parteienforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung

Moderation: **Dietmar Ringel**, Inforadio (rbb)

Eine Veranstaltung der Europäischen Akademie Berlin in Zusammenarbeit mit Inforadio (rbb).

Wo? **Europäische Akademie Berlin**
Bismarckallee 46-48, 14193 Berlin

Wann? **Dienstag, 06. Dezember 2016, 19:00 Uhr**

Sendetermin: Sonntag, 11.12.2016 um 11:05 und 20:05 Uhr im Inforadio (rbb)
Änderungen vorbehalten

Jetzt kommt Europas spannendste Phase

ECKART D. STRATENSCHULTE -- Die EU der 27 ist keine solidarische Union, weil sich ihre Mitglieder nicht auf gemeinsame Ziele und Instrumente verständigen können. Darum müssen sich nun diejenigen eng zusammenschließen, die wirklich Gemeinsames erreichen wollen

Die Zeichen stehen nicht gut für die Europäische Union. Zum ersten Mal besteht die Gefahr, dass sie zerbricht – sicherlich ohne einen großen Knall, sondern eher wie ein Ballon, dem langsam die Luft entweicht. Selbst Martin Schulz, als langjähriger Europapolitiker zum Optimismus verurteilt, warnt vor einem Scheitern der EU.

Dass es in der Union Streit und Ärger gibt, ist nichts Neues, sondern hat die Gemeinschaft von Beginn an begleitet. Man darf nicht vergessen: Die Europäische Union wurde nicht auf Liebe und Vertrauen gegründet, sondern auf Hass und Misstrauen. Im Jahr 1950, fünf Jahre nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg, begannen die Verhandlungen, die 1952 in der Etablierung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mündeten. Die Wunden des Krieges, der deutschen Aggression, der fabrikmäßigen Vernichtung von Millionen Juden und Angehöriger von Minderheiten – dies alles war noch sehr präsent in den Köpfen und Herzen der Akteure. Für Sympathie war hingegen nur wenig Platz.

Wurde der Frieden zu selbstverständlich?

Dennoch taten sich Deutschland und Frankreich zusammen, um eine solche Katastrophe künftig zu verhindern, und einige andere Länder (Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg) schlossen sich an. Nicht die Freundschaft führte zur Europäischen Gemeinschaft, sondern die Europäische Gemeinschaft führte zur Freundschaft. Das oberste Ziel dieses Zusammenschlusses war es, den Frieden untereinander zu sichern. Dabei handelte es sich um ein Narrativ, das auch jene verstanden und akzeptierten, die sich mit den Einzelheiten der

europäischen Integration nicht befassen wollten. Dieses Narrativ verlor aber in dem Maße an Strahlkraft, in dem Friedenssicherung zur selbstverständlichen Realität wurde. Diese Errungenschaft hat zur Folge, dass sich viele fragen, wofür es der EU überhaupt bedarf, denn ihre Aufgabe ist ja bereits erfüllt. Die Europäische Union, so heißt es oft, benötige ein „neues Narrativ“, das der Integration Geschichte und Sinn verleiht. Dem ehemaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors wird der Satz zugeschrieben: „Niemand verliert sich in einen Binnenmarkt.“ Soll heißen: Richtlinien und Durchführungsverordnungen zur Arbeitssicherheit und zur Luftreinhaltung bewegen die Menschen nicht – auch wenn sie durchaus wichtig sind.

Wer Brüssel ablehnt, bekommt Peking

Vergessen wir daher einen Augenblick lang alle politischen Strukturen und Institutionen und überlegen uns stattdessen, wie wir in diesem Jahrhundert leben wollen. Natürlich wollen wir in Frieden leben, aber auch in einem Sozialsystem, das es uns ermöglicht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und das uns in Lebenskrisen wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit absichert. Wir wollen eine Umwelt, die uns nicht krankmacht, sondern gesund hält. Und wir wollen in einer toleranten Demokratie leben, die den Rahmen bietet, unseren persönlichen Lebensentwurf zu verfolgen. Diese Ziele im 21. Jahrhundert zu verwirklichen, ist die zentrale Aufgabe von Politik. Betrachtet man die Größen- und Stärkenverhältnisse auf dem Globus, wird schnell klar: Kein europäischer Staat verfügt über genügend Einfluss, um diese Ziele allein zu erreichen. Wir benötigen die EU also nicht, weil sie in der Vergangenheit ihren Zweck erfüllt hat, sondern weil wir in diesem Jahrhundert nur zusammen vorankommen können – oder gar nicht. Wer einwendet, nicht von „Brüssel“ regiert werden zu wollen, muss sich im Klaren sein, dass dann „Peking“ oder eine andere Regierung außerhalb Europas den Takt angibt. Die Zeiten, in denen Europa die Welt regiert und die Marschrichtung vorgibt, sind vorbei. Aber wir Europäer können im Chor der Globalisierung eine wichtige Stimme sein. Das ist es, was die EU der jungen Generation zu bieten hat: die Chance, über die

Erwartung einer Gegenleistung verbunden ist, selbst wenn diese nicht im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem eigenen Beitrag steht.

Dann schrumpfen wir eben

In seinen *Erläuterungen zur Diskursethik* hat Jürgen Habermas die Solidarität als das Andere der Gerechtigkeit bezeichnet. Sie beziehe sich auf „das Wohl der in einer intersubjektiv geteilten Lebensform verschwisterten Genossen“. Diese in einer Lebensform verschwisterten Genossen haben sich miteinander verpflichtet, individuell alle Kräfte aufzubieten, um die selbstbestimmte und wertebasierte kollektive Lebensform zu sichern.

Solidarität ist also nicht ohne Inhalt vorstellbar, sie zielt auf einen Zweck, den es zu erreichen gilt. Aber es ist offensichtlich, dass wir uns darüber in Europa nicht einig sind. In den 27 verbleibenden Mitgliedsstaaten gibt es unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte, welche Ziele man mit welchen Mitteln anstreben sollte – und eine unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft, für diese Ziele auch gemeinsam und unter Inkaufnahme von Kompromissen einzustehen. Darüber hinaus benötigen wir einen intensiven und grenzüberschreitenden Diskurs der Gesellschaften, an dessen Ende die –Europäische Union anders aufgestellt sein wird als bisher. Wir sind es gewohnt, dass die EU immer größer wird. Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um zu akzeptieren, dass die EU auch schrumpfen kann. Wir müssen uns eingestehen, dass wir nicht alle dieselben Ziele verfolgen und dieselben Instrumente für richtig erachten, so dass es eine Europäische Union der konzentrischen Kreise geben wird, in der einige Staaten zusätzliche Politikbereiche vergemeinschaften, während andere Länder eher zurückhaltend sind. Statt diesen Zustand durch Formelkompromisse zu überbrücken, sollten wir ihn akzeptieren und uns darauf einstellen.

Auf die Verlässlichkeit kommt es an

Der Kern dieser erneuerten Europäischen Union wird eine Solidar–Union sein, in der die Staaten und ihre Bürger ihr Schicksal verbindlich und energisch in die Hände nehmen. Wie viele Mitglieder

Rahmenbedingungen des eigenen Lebens mitzuentcheiden. Funktionieren wird dies nur, wenn die Mitgliedsstaaten und ihre Bürger zum gemeinsamen Handeln bereit sind. Allerdings mangelt es an dem notwendigen Willen. Und dies ist nicht das einzige Problem. Hinzu kommt, dass die Verbindlichkeit von Absprachen zunehmend infrage gestellt wird, wie die Flüchtlingsfrage zeigt. Einige Staaten erklären offen, dass sie nicht bereit sind, die gemeinsamen Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Andere sind klug genug, den Mund zu halten und es einfach nicht zu tun. Verlässlichkeit und Solidarität bleiben dabei auf der Strecke, und mit ihnen die Handlungsfähigkeit und das Ansehen der Europäischen Union.

Nur wenn es den EU–Mitgliedsländern gelingt, die Solidarität untereinander wiederherzustellen, und wenn man sich aufeinander verlassen kann, werden die Bürger erkennen können, dass Kompromisse sich lohnen, weil man schlussendlich gemeinsam mehr bewirkt als im Alleingang.

Mit dem Begriff der Solidarität und dem berühmten Motto der Drei Muskettiere „Einer für alle, alle für einen“ kann jeder etwas anfangen. Solidarität ist keine bedingungslose Hingabe. Sie ist auf ein gemeinsames Ziel gerichtet, das wir gemeinsam anstreben und welches wir nur gemeinsam erreichen können. Alle setzen sich mit ganzen Kräften dafür ein. Dass die Potenziale unterschiedlich groß sind, spielt dabei keine Rolle. Und wenn dem Einzelnen die Kräfte verlassen, stehen die anderen für ihn ein.

In diesem Sinne ist die Solidarität nicht und zugleich vollständig konditioniert. *Nicht konditioniert* bedeutet: Alle engagieren sich mit ganzer Kraft für das Ziel und damit auch für die anderen. Eine halbe oder „flexible Solidarität“, wie die Visegrád–Staaten sie aktuell propagieren, um ihre Verweigerungshaltung zu kaschieren, ist ein Widerspruch in sich. *Vollständig konditioniert* heißt: Alle sind verpflichtet, sich mit allen Mitteln einzubringen. Solidarität ist also keine Beliebigkeit und auch keine Gönnerhaftigkeit, sondern ein Vertrag; sie ist reziprok und setzt gemeinsame Ziele voraus. In diesem Sinne ist Solidarität nicht altruistisch, sondern durchaus egoistisch, da sie – entgegen der landläufigen Auffassung – mit der

Weil Misserfolg hässlich macht

In Bezug auf die Weiterentwicklung der EU ist vieles denkbar, eines allerdings nicht: dass wir so weitermachen wie bisher und dabei zusehen, wie der EU langsam die Luft ausgeht. Misserfolg macht hässlich, kostet das Ansehen der globalen Partner und die Akzeptanz der Bürger.

Für unsere eigene Zukunftsgestaltung ist es von immenser Bedeutung, dass wir in Europa gemeinsam entscheiden, wie die Europäische Union im 21. Jahrhundert aussehen soll: Welche Ziele streben wir an? Zu welchem Kreis wollen wir gehören? Für die Europäische Union beginnt jetzt vielleicht die spannendste Phase ihrer Geschichte – Europas Bürgerinnen und Bürger müssen dabei die Akteure sein, nicht die Zuschauer.

einer solchen Solidar-Union angehören werden, ist nachrangig. Wirklich wichtig ist, dass die Staaten, die sich zusammenschließen, verlässlich sind, und dass sie Gemeinsames miteinander erreichen wollen. Über die Zugehörigkeit zum inneren Kreis entscheidet folglich nicht die Größe, die wirtschaftliche Stärke oder die geografische Lage, sondern einzig und allein die Bereitschaft, in diesem Integrationsverbund durch gemeinsames Handeln Erfolge zu erzielen.

„Flexible Solidarität“ ist ein Abwehrbegriff gegen den tatsächlich bestehenden Anspruch auf Solidarität, aber eine abgestufte Solidarität wird es im Europa der Zukunft geben. Jeder Kreis legt seine Regeln fest und definiert dabei den Grad der Verbindlichkeit.

Dieses Modell ist nicht zu verwechseln mit einem „Europa à la carte“, wo der eine mal hier und der andere mal dort mitmacht. Europäische Beschlüsse sind immer ein Kompromiss. Die bisherige Stärke der EU liegt gerade darin, dass sie sich nicht auf ein Thema beschränkt, sondern verschiedene Bereiche miteinander verbindet und so zu einem Interessenausgleich gelangen kann. So können etwa Strukturmittel für den Ausbau des Flughafens in einem Land verbunden werden mit der Subvention des Milchmarkts in einem anderen Land, mit einer Lockerung der Klimaschutzvorschriften für große Automobile, von der ein drittes Land profitiert, und der Ansiedlung einer neuen EU-Behörde in einem vierten Mitgliedsstaat. Nur wenn viele *bargaining chips* auf dem Tisch liegen, ist es möglich, im positiven Sinne über Bande zu spielen und die Nachteile eines Beschlusses durch die Vorteile eines anderen auszugleichen.

Die wertebasierte Solidarität als Kern-begriff des neuen europäischen Aufbruchs bietet zudem die Möglichkeit, die Menschen wieder emotional mitzunehmen und ihnen ein ganzheitliches Konzept für die Verwirklichung dieser Idee zu bieten. Mit Einzelmaßnahmen wird dies nicht gelingen, so schön sie auch sein mögen (angefangen mit 200 zusätzlichen Grenzpolizisten an der bulgarisch-türkischen Grenze bis hin zur Abschaffung der Roaming-Gebühren). Dies ist umso wichtiger, als wir in „postfaktischen Zeiten“ leben, wie man neuerdings sagt: Viele Menschen scheren sich nicht um die Realität, sondern lassen sich von ihren „Gefühlen“ leiten.

Angela Merkel afronta la seva campanya electoral més difícil

El populisme de dretes d'AfD sacseja el panorama polític alemany

MARC VIDAL
BARCELONA

A Berlín es respiren aires de canvi. L'olla a pressió política treu fum. El setembre de l'any que ve els alemanys aniran a les urnes per decidir si renoven la confiança en Angela Merkel o prefereixen un relleu a la cancelleria. Merkel opta a un quart mandat –té les de guanyar segons apunten les enquestes– i això faria que hagués estat a la cancelleria –si esgota els terminis– dos anys més que el fundador de l'Alemanya moderna, Konrad Adenauer, i el mateix temps que Helmut Kohl, el seu gran mentor polític.

Però aquest escenari aparentment estable en una Europa políticament convulsa es veu sacsejat per l'efecte de l'auge del populisme de dretes, el d'Alternativa per a Alemanya (AfD). Un fantasma alimentat per la crisi de refugiats, que ha donat ales al discurs xenòfob d'AfD. La cancellera Merkel, la que va imposar l'austeritat a la UE, afronta la campanya electoral més difícil de la seva carrera política.

Alternativa per a Alemanya Un partit anti-Merkel que suma suport en cada elecció

Situat més a la dreta que els conservadors de la CDU/CSU, la coalició que lidera Merkel, l'AfD no para de créixer. Aquest partit populista ha obtingut guanys decisius en les diferents eleccions als Parlaments regionals que s'han anat celebrant els últims mesos. I les enquestes donen per fet que entrarà amb força al Bundestag l'any que ve.

“El missatge de l'AfD ha penetrat en totes les capes socials. Aquest no

és el partit dels pobres o dels que tenen un baix nivell cultural. És transversal”, reflexiona el periodista Leon Stebe, presentador a la ràdio RBB de Berlín. “Els que voten a l'AfD ho fan decebut, presos d'un sentiment d'injustícia, senten que el sistema no els ha tractat bé. Són gent més aviat gran però també hi ha molts joves que el troben un partit modern, davant dels partits tradicionals que no els atrauen”, alerta Eckart D. Stratschulte, director de l'Acadèmia Europea de Berlín (EAB).

El que va començar com un partit contra l'euro i les ajudes als països del sud ara s'han convertit en un partit anti-Merkel. “Qui no pot veure l'actual cancellera, ja té un partit per votar”, sentència Leon Stebe. L'AfD ha esdevingut un vot protesta contra la cancellera i contra la política de portes obertes als refugiats, justament el principal cavall de batalla dels populistes de dreta, que han situat aquesta qüestió –la immigració– al mateix centre del debat de la campanya electoral.

L'oposició, esborrada

La Gran Coalició condemna els partits opositors a la marginalitat
Alternativa per a Alemanya s'ha convertit, en la pràctica, en l'única oposició –fora del Bundestag ara mateix– a la cancellera Merkel. Amb la Gran Coalició que ha governat a Berlín els últims anys, el pacte entre els conservadors de la CDU/CSU i els socialdemòcrates de l'SPD, aquests últims han quedat difuminats en l'escena política. I els partits opositors dins del Parlament, bàsicament Els Verds i Die Linke, representen només un

10% dels escons. És difícil fer-se sentir en aquestes circumstàncies. Més encara quan Merkel ha acabat assumint com a seus postulats propis d'aquests partits opositors, entre els quals hi ha el tancament de les centrals nuclears o una ambiciosa política de suport a les famílies. El seu lideratge enlluerna els alemanys, els que la voten i els que no. “Quan Merkel obre les portes als refugiats, això divideix la societat i molts dels que li donen suport per aquesta decisió, paradoxalment, no són votants seus”, diu Stratschulte.

Quin pacte per governar? La fragmentació aboca el país a un pacte quasi impossible

“El sistema gairebé bipartidista alemany, dos grans partits que s'alternaven al poder amb el suport d'altres de més petits, entra en crisi amb la irrupció d'AfD”, explica el politòleg Frank Burgdörfer. La fragmentació al Bundestag farà necessàries coalicions gairebé impossibles per governar després de les eleccions del 2017. Fins i tot s'especula amb un pacte entre la CDU/CSU i Els Verds, pels punts en comú que tenen ara dues formacions suposadament als antípodes. També l'SPD podria intentar una entesa amb Els Verds i Die Linke, un partit amb una relació complicada amb l'SPD, un experiment arriscat que es prova justament ara a l'estat ciutat de Berlín. Més difícil serà que AfD toqui poder en un país vacuat per la història –fins ara– contra la ultradreta. —

Seminar für Journalist*innen aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in der EAB

Spanien / Barcelona – ara DIUMENGE, Dezember 2016



A la bugaderia de l'alberg de refugiats es renten cada setmana 700 cistells de roba.



L'antiga seu del districte de Wilmersdorf, a Berlín oest, va ser aixecada en l'època nazi.



Dues mil bicicletes han sigut donades pels veïns del barri als refugiats del centre.

El 'Willkommen' de l'esperança

Un centre de Berlín amb 1.150 refugiats, un model gairebé idíl·lic d'acollida

MARC VIDAL
BERLÍN

"Hallo!", "Willkommen"... tot són somriures i bones paraules entre els refugiats acollits en un immens edifici municipal en desús a Wilmersdorf, a tocar del cor de Berlín oest. En total, aquest alberg d'urgència acull 1.150 persones, entre les quals 430 menors, que són conscients de la seva fortuna –i en donen gràcies–. Habiten unes antigues dependències municipals que una ONG es va encarregar de reconvertir en alberg, per encàrrec de les autoritats alemanyes, en plena crisi de refugiats l'estiu del 2015. És un edifici de planta quadrada, amb un gran pati interior, tot pintat d'un blanc intens que reflecteix el sol esmorteït d'una tardor rigorosa a Berlín.

La majoria dels acollits provenen de Síria, l'Iraq, l'Afganistan, Eritrea i Somàlia, però també de territoris com Txetxènia i el Dagestan. En total, fins a 17 orígens

diferents. Estan a l'espera del resultat de la petició d'asil que han formulat a les autoritats alemanyes, un tràmit que es pot allargar mesos i que, si es resol positivament, els obrirà les portes a la residència legal en aquest país. Dels primers que van arribar, ara fa un any i mig, una trentena encara esperen el resultat. Els dies es fan eterns.

La seva "llar"

Mentre es tramita l'asil, els refugiats són acollits en el que ara és la seva "llar", tal com explica Philipp Bertram, un talentós jove de 25 anys que dirigeix aquesta instal·lació. A la porta, dos guàrdies registren qui entra i qui surt –per si hi ha una emergència– i no és permesa l'entrada a desconeguts. "Però això no és una presó, els refugiats entren i surten quan volen", assegura Bertram.

L'edifici és un eixam d'escales i llargs passadissos. Però impera l'ordre i l'organització. En total hi ha 400 habitacions habilitades dis-

Procés

Els refugiats s'estan en aquest centre mentre es tramita l'asil a Alemanya

Embaràs

L'alberg és el centre de referència per a les dones que esperen una criatura

tribuïdes en diferents plantes, cadascuna de les quals designa uns representants i, un cop per setmana, es reuneixen per veure com va tot. És com una petita ciutat: menjador, bugaderia, escola bressol, sales de trobada, consultoris mèdics, magatzems... En total, hi ha 70 persones en nòmina, 200 voluntaris i 250 refugiats –dels que hi viuen– que també treballen en el dia a dia de l'alberg.

"No diferenciem per nacionalitats, ni tampoc per religions, no hi ha cap barrera entre els refugiats. La idea és no separar-los, com tampoc no estaran separats en la societat alemanya", explica el director de l'alberg, que assegura que es financien amb els 25 € diaris que els dona el govern de l'estat de Berlín per cada un dels refugiats acollits. "Si féssim estrictament el que fixen les autoritats, un llit i menjar, n'hi hauria prou. Però fem moltes més coses, els ajudem amb l'aprenentatge de l'alemany, en l'accés al mercat laboral, en la cura dels infants..."

Aquest alberg és el centre de referència per a les refugiades embarassades que han arribat a Berlín. Algunes escuren el sol que entra pels finestrals de l'alberg amb una criatura de pocs dies als braços. És per això que la consulta de les llevadores i l'escola bressol són la joia de la corona del refugi. Ara mateix hi ha una cinquantena d'embarassades i 430 dels 1.150 refugiats acollits aquí són menors.

La gran majoria dels 200 nens i nenes que tenen edat escolar van a una vintena de centres educatius del barri. El més petits van a l'escola bressol habilitada dins del mateix alberg. "Aquest espai és bàsic per donar independència a les dones i que puguin aprendre alemany o fer tràmits sense els seus fills petits", explica el director de la instal·lació. Dibuixos dels nens, molts dels quals exercicis per aprendre alemany, acolorixen les parets grises de l'edifici.

La necessitat de perspectiva

Un altre dels punts calents de l'alberg és la sala d'ordinadors que van muntar uns refugiats informàtics –que després van trobar feina– i que permeten aprendre i buscar informació per adaptar-se als costums alemanys o buscar feina. "La gent necessita perspectiva. Això no pot ser només un esperar, esperar, esperar. Volem que facin coses que saben fer i siguin útils per a la resta: informàtica, perruqueria... Són gent que ho han perdut tot i poden recuperar certa estima veient que són útils, que poden ensenyar coses als altres", reflexiona el jove director de l'alberg.

L'any passat van arribar a Alemanya un milió de refugiats que han sigut acollits, entre d'altres, en 120 albergs com el de Wilmersdorf –més o menys provisionals– distribuïts arreu del país. Però aquest de Berlín, plenament integrat al barri, és l'excepció en positiu, ja que molts s'aixequen en poliesportius o antigues factories on la intimitat i la convivència, a diferència d'aquest que gairebé és un model idíl·lic, són un repte diari.

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Un any clau per al projecte europeu

Una UE tocada intenta refer-se de la ferida del Brexit i l'augment de la ultradreta

MARC VIDAL
BARCELONA

Amb un projecte europeu en crisi, el Brexit i la força de la ultradreta marcaran el rumb. El 2016 serà recordat com l'any del *no* a Europa. La decisió dels britànics d'abandonar la UE deixa empremta en un projecte europeu malferit per la crisi de l'euro i la de refugiats. Toca mirar endavant i escrutar l'any que comença, un 2017 farcit de reptes i cites electorals que poden acabar de dibuixar com serà l'Europa de la pròxima generació.

Nou president de l'Eurocambra

La primera cita de l'any a Europa ja és d'alta tensió. La segona quinzena de gener, el Parlament Europeu elegirà el seu nou president i tot està en l'aire. El socialdemòcrata alemany Martin Schulz ha decidit tornar a fer política al seu país amb la perspectiva de disputar la cancelleria a Angela Merkel. I la vacant a Estrasburg no se sap encara qui l'omplirà. Tradicionalment, els dos grans grups a l'Eurocambra, els conservadors i els socialdemòcrates, es repartien la presidència. Però aquest cop no és així, i les negociacions fins a última hora poden decantar la balança. Hi ha dos candidats amb opcions: Antonio Tajani a les files conservadores i Gianni Pittella per als socialdemòcrates. A aquests s'hi ha d'afegir el dels liberals, Guy Verhofstadt.

Cap dels tres no pot guanyar si no hi ha un pacte, amb l'agreujant que, si triomfa el conservador, la mateixa família política, el Partit Popular Europeu, assumirà la màxima responsabilitat al Parlament, a la Comissió i al Consell. I la resta de grups polítics no ho veuen amb bons ulls. La cursa està més oberta, i encesa, que mai.

Arrenquen les negociacions del Brexit

Aquesta sí que és una data marcada en vermell al calendari europeu. A finals de març es preveu que la primera ministra britànica, Theresa May, presenti la sol·licitud formal a Brussel·les per abandonar la UE i el rellotge començarà a córrer: en dos anys s'haurà de negociar el divorci. Brussel·les, i cada una de les capitals europees, obrirà un període de reunions maratòniques en què s'haurà de fixar quina relació tindrà el Regne Unit amb la resta de la UE quan deixi de formar-ne part.

El moll de l'os de la negociació serà com es garanteix l'accés de les empreses (i la totpoderosa City de Londres) al gran mercat únic que és la UE, una relació que quedarà su-



Merkel, candidata a la reelecció, passant per davant de Renzi, recentment dimitit, i Hollande, que no es presentarà a les eleccions de la primavera. SEAN GALLUP / GETTY

peditada a les condicions que s'imposaran als ciutadans europeus que vulguin emigrar al Regne Unit. Tot plegat, un trencaclosques enorme.

L'expansió de l'ombra de l'eurofòbia

Els Països Baixos obriran al març un ball d'eleccions que mostraran, aquest 2017, la fortalesa de la ultradreta a Europa. Geert Wilders, líder del Partit per la Llibertat, encapçala les enquestes de les legislatives holandeses i, tot i que ho tindrà difícil per governar en un país amb tradició de coalicions, el seu triomf donarà més moral als euròfobs.

A l'abril, França celebrarà la primera volta de les presidencials, que, segons assenyalen les enquestes, guanyarà la líder de l'ultradreta Front Nacional, Marine Le Pen. Més que aquesta, les grans incògnites són qui es classificarà per a la definitiva segona volta, si el conservador François Fillon o un socialista –entre els quals hi podria haver Manuel Valls– i quines opcions tindran aquests candidats de barrar l'accés de la ultradreta a l'Elisi, com ja va passar el 2002.

Passat l'estiu serà el torn d'Alemanya. La cancellera Angela Merkel afronta la reelecció amb el dubte de la força que tindrà al Bundestag el partit populista de dretes Alternativa per a Alemanya (AfD). Els

Eleccions
Holanda, Alemanya i França van a les urnes amb por dels xenòfobs

Aniversari
La UE fa front a dues grans efemèrides enmig de la crisi més greu de la història

sondejos apunten que en tindrà prou per marcar l'agenda d'un país que, fins ara, és l'únic que ha fet els deures en l'acollida dels refugiats.

I per acabar de completar el mosaic, Itàlia podria anar a les urnes també aquest any en unes eleccions anticipades que haurà precipitat la negativa en referèndum a la reforma constitucional que impulsava Matteo Renzi. Els populistes del Moviment 5 Estrelles voldran aprofitar aquesta cita electoral per sumar encara més suport.

¿Alguna cosa per celebrar a Europa?

Europa estrenarà una nova seu a Brussel·les aquest 2017. I ho farà amb tota la pompa de les grans ocasions. És un edifici conegut com "Fou" per la seva forma, i és a tocar de l'actual seu, al cor del barri europeu. Ha costat més de 300 milions d'euros. Això just quan el projecte europeu viu la pitjor crisi d'identitat de la seva història i quan, aquest 2017, s'acumulen aniversaris que, molts, voldrien no haver de celebrar. Així, al març farà 60 anys del Tractat de Roma, que va posar les bases del que ara és Europa, i, una mica abans, al febrer, farà 25 anys del Tractat de Maastricht, que va significar el naixement de la UE i de l'euro. Un bon moment per reivindicar-se. —

negocios

UNIÃO EUROPEIA (/ECONOMIA/EUROPA/UNIAO-EUROPEIA)

Portugal faz torcer narizes, mas não tira o sono a Berlim

Nos próximos meses, muita coisa pode correr mal para a coesão da UE e do euro. Além da incerteza política reinstalada em Itália, há eleições em países centrais, caso da Alemanha. Visto de Berlim, Portugal parece ser a menor das dores de cabeça.



Eva Gaspar
06 de Dezembro de 2016 às 09:00

Brexit, Trump, presidenciais austríacas, reforma política chumbada em Itália.

Com maior ou menor fundamento, os resultados das mais recentes chamadas às urnas têm sido interpretados como um voto sobre a (des)confiança e o

desejo de (des)continuidade do projecto

européu. À medida que as páginas do calendário de 2017 forem folheadas,

mais "referendos" à União Europeia (UE) irão genuinamente ocorrer.

Além da incerteza política agora reinstalada em Itália, há eleições marcadas em três outros países fundadores – Holanda (Março), França (Maio) e Alemanha (Setembro) – e todas elas prometerem ficar marcadas por resultados inéditos ou vitórias inapeláveis de forças políticas que querem seguir o caminho britânico do "Exit". A



Qilai

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

menos de um ano das eleições nas quais Angela Merkel tentará igualar o recorde de longevidade de Helmut Kohl, o Negócios esteve em Berlim, capital do país por onde há muito passa, e cada vez mais, o essencial da política europeia. Visto por olhos lusos, a primeira constatação é que Portugal não existe: só se fala do país se os jornalistas indagarem. A solução de Governo e a situação económica e financeira ainda fazem torcer alguns narizes, mas Portugal não tirará hoje o sono a nenhum alto funcionário ou governante alemão.

Uma nova crise da dívida na Zona Euro não é uma hipótese posta de parte, e, nesse cenário, Atenas e Lisboa continuam a ser vistos como os elos mais frágeis. Mas no Ministério alemão das Finanças, por exemplo, considera-se que Portugal tem uma "história positiva para contar". É verdade que a dívida pública continua a subir, que as perdas da banca parecem não ter fundo, mas "o fundamental" – respondem-nos – passa por o governo apresentar no fim deste ano um défice orçamental inferior ao limite de 3% do PIB e garantir que esse limite máximo não será ultrapassado nos anos vindouros. "Se os dados fundamentais [da economia] forem positivos e se perspectivar uma descida do rácio da dívida, podemos facilmente recomendar a quem nos procura que financie um pequeno país do euro", diz-nos um alto funcionário acostumado a receber gestores de fundos.

Foi esse percurso "positivo" que levou o ministro Wolfgang Schäuble a mostrar-se contra a possibilidade de Portugal, a par de Espanha, ser sancionado com multas por não ter cumprido as metas orçamentais nos últimos três anos. Já quanto aos fundos estruturais, a conversa é outra: Berlim acha que a Comissão Europeia pisou feio no risco, ao pura e simplesmente ignorar os regulamentos comunitários quando decidiu pela não-suspensão.

Mas essas são contas que a Alemanha tenciona acertar a partir de Março. Quando a Comissão puser à discussão o "livro branco" sobre a reforma da governação económica, Berlim defenderá uma condicionalidade "sistemática" entre os financiamentos da Política de Coesão (que absorve hoje 40% do Orçamento comunitário) e o cumprimento não só das metas orçamentais como das inscritas nos programas nacionais de reforma das economias.

No imediato, porém, o que mais preocupa Berlim é Itália, desde logo devido à fragilidade da banca num país hiper-endividado, que cresce há décadas em torno do zero. Preocupa também a Grécia, porque, tal como Itália, é hoje uma das principais portas de entrada de imigrantes e de refugiados que querem chegar e viver na Alemanha. E porque sobre a mesa está uma renegociação das condições de pagamento da dívida que pode significar uma poupança de 50 mil milhões de euros para Atenas - e perdas equivalentes para quem lhe emprestou. "Isto é um quarto resgate", avisa-se. E resgates têm de ser aprovados pelo parlamento. Da última vez que Merkel pediu autorização aos eleitos pelo alemães para emprestar à Grécia mais de uma centena de deputados votou contra – metade eram do seu partido, a CDU, e, sobretudo, da CSU, os conservadores da Baviera. "Também temos populistas aqui, não é só em Atenas", alerta-se.

Desde esse Verão de 2015, o AfD – partido agora liderado por Frauke Petry, que não quer mais financiar resgates, nem receber refugiados e que acena com a possibilidade de fazer um referendo para tirar a Alemanha da UE – conseguiu eleger deputados em todas as eleições estaduais, sendo provável que, em Setembro de 2017, entre pela primeira vez no Bundestag com uma votação superior a 10%. Resultado? "Vai derrubar o sistema tradicional de formação de governos, ao impedir a CDU de fazer coligações à direita e pode tornar aritmeticamente insuficiente uma reedição da actual grande coligação CDU-SPD", prevê o analista político Frank Burgdörfer.

A maior dor de cabeça em Berlim tem também nome de mulher mas diz-se em francês. "Se Marine vencer em França e tirar a França da UE, acabou UE e acaba uma das 'raison d'Etat' da Alemanha. Entraremos num novo paradigma", antecipa Eckart D. Stratenschulte. Para o director da Academia Europeia de Berlim, "2017 será o ano de todos os perigos".

** Em Berlim, a convite da Academia Europeia de Berlim*

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Política interna tira margem de manobra a Merkel para agir na zona euro

Até às eleições de Outubro, a prioridade em Berlim é retirar do debate político os problemas em torno do euro, para não dar mais munições à extrema-direita.



SÉRGIO ANÍBAL em Berlim 7 de Dezembro de 2016, 6:46 Partilhar notícia



Foto

António Costa diz que Angela Merkel não aceitará discutir dívida antes das eleições na Alemanha REUTERS/FABRIZIO BENSCH

Com a crise dos refugiados a dominar todas as atenções e a ameaça de um avanço da extrema-direita a pressionar o partido liderado por Angela Merkel, os temas relacionados com a economia da zona euro, incluindo eventuais alívios de dívida nos países periféricos, desapareceram do debate político na Alemanha. Em Berlim, para evitar fazer do país o próximo na linha das surpresas políticas internacionais, o governo decidiu que o melhor é não tomar qualquer decisão que implique custos adicionais para a Alemanha na gestão da crise da zona euro, explicam os economistas e politólogos alemães ouvidos pelo PÚBLICO.

“A crise do euro não existe neste momento nos media e na opinião pública alemãs”, afirma Eckart Stratenschulte, director da Academia Europeia de Berlim. Para este analista, às portas de um ano de grande incerteza política na Europa, a opção do governo alemão é muito clara: não falar, pelo menos até às eleições, de assuntos delicados que envolvam perdas financeiras para a Alemanha relacionadas com outros países. “Todos sabemos que terá de haver uma reestruturação na Grécia e eventualmente algumas mudanças nas exigências que são feitas a países como Portugal Itália ou Espanha. E até é geralmente aceite que, depois das eleições, terão de se encontrar soluções para estes problemas. Mas, entretanto, o que se faz é ganhar tempo”, explica.

Este cenário está em linha com a ideia expressa por António Costa em entrevista à RTP, quando foi questionado sobre a possibilidade de uma reestruturação de dívida em Portugal. O primeiro-ministro disse que até às eleições na Alemanha, nada acontecerá na Europa, razão pela qual só espera que haja discussão sobre a dívida, na União Europeia, depois desse momento.

O silêncio propositado de Berlim sobre este tema tem uma justificação principal: o partido Alternativa para a Alemanha – AfD, que, com uma política agressiva contra a entrada de refugiados e contra o euro, se tem vindo a fortalecer, constituindo já uma ameaça eleitoral real para a CDU de Angela Merkel. Essa ameaça tornou-se ainda mais forte com as vitórias do “Brexit” no Reino Unido e de Trump nos Estados Unidos e com a perspectiva de resultados fortes para Marine Le Pen em França.

É verdade que a AfD tem actualmente como grande bandeira o tema dos refugiados. É aí que tem conseguido desferir mais golpes à política de Merkel e conquistar mais

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

eleitorado, passando de uma votação abaixo de 5% nas eleições anteriores para sondagens que apontam para resultados próximos dos 15%.

No entanto, quando nasceu, a AfD tinha como principal objectivo defender a ideia de que a Alemanha não deve continuar a resgatar os países periféricos e que, se o tiver que fazer, então o melhor é sair do euro. O próprio nome do partido surgiu de uma frase dita por Angela Merkel no auge da crise do euro: “A Alemanha não tem alternativa a salvar o euro”.

Sendo assim, já sob pressão por causa dos refugiados, o Governo prefere não dar mais munhões à AfD com o regresso das discussões públicas sobre o papel da Alemanha no euro. “Se se aceitasse agora uma reestruturação da dívida, o que aconteceria é que a AfD diria que tinha razão”, afirma Eckart Stratenschulte.

Aquilo que vier a acontecer a seguir às eleições de Outubro de 2017 dependerá, é claro, de quais forem os resultados nas urnas. Angela Merkel decidiu voltar a candidatar-se à chefia do Governo e, neste momento, a generalidade das sondagens aponta para uma nova vitória do seu partido.

No entanto, o sistema eleitoral alemão não facilita em nada a obtenção de maiorias absolutas e, tal como acontece no actual Governo, será certamente necessário encontrar coligações que viabilizem um executivo. Para o politólogo Frank Burgdörfer, o cenário mais provável passa pela formação de uma coligação governamental liderada pela CDU de Merkel, com os seus parceiros históricos CSU e com um dos partidos no centro esquerda. Ou uma grande coligação idêntica à actual com o SPD ou com os Verdes, que em temas com o ambiente ou os refugiados está muito alinhado com Merkel.

Uma possibilidade mais distante é o entendimento do SPD (talvez liderado por Martin Schulz) com os Verdes e o Die Linke, numa espécie de “geringonça” alemã. O acordo entre o SPD e o Die Linke parece contudo muito difícil devido à forte diferença de opiniões em relação à Europa e à Nato, por exemplo. “Não parece provável que o SPD aceite ficar dependente do Die Linke”, diz Frank Burgdörfer .

Sendo assim, tendo em conta que o mais provável é a CDU continuar a liderar o Governo, pode ser demasiado arriscado pensar que, a seguir às eleições, a Alemanha

vai mudar a sua política e abrir a porta, por exemplo, a uma reestruturação das dívidas europeias.

Neste momento, com o ministro das Finanças Wolfgang Schäuble a ocupar um papel de destaque, a Alemanha tem dado sinais com todos os sinais de maior flexibilização das regras orçamentais vindas de Bruxelas, reagindo também mal a qualquer facilitismo relativamente à Grécia. Berlim mostra-se também muito reticente em responder positivamente à recomendação da Comissão Europeia de aplicação de uma política económica mais expansionista.

Depois, para além disso, a AfD não vai desaparecer depois das eleições. Pelo contrário, irá provavelmente ganhar peso, com uma presença no parlamento. “A AfD retirou espaço de manobra a Angela Merkel para actuar a um nível europeu”, afirma Julian Rappold, um especialista alemão em política internacional.

Este especialista tem muitas dúvidas sobre a capacidade alemã para liderar um processo ambicioso de mudança na Europa. “A Alemanha não é boa a avançar com uma ideia de Europa Alemanha. Sente dificuldades em ultrapassar a imagem de ser o país que impõe a austeridade ao Sul e que impõe um estilo de vida ocidental ao Leste”, afirma, assinalando que “isso não faz parte também do carácter de Angela Merkel”. “Ela prefere sempre uma estratégia em que aquilo para onde se se avança é apenas o que é exequível politicamente”, explica.

O jornalista viajou a convite da Academia Europeia de Berlim

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

negocios

WEEKEND (WEEKEND)

O berlinense do ano

O lugar é despido, os tectos são subidos, o mobiliário é simples. Ainda assim, envolve-nos uma austeridade tranquila nesta casa de acolhimento temporário de refugiados em Berlim. À frente da "Casa", Philipp Bertrams.



Eva Gaspar | egaspar@negocios.pt (<mailto:egaspar@negocios.pt>)
31 de Dezembro de 2016 às 11:30

Recebe-nos no átrio da ala central do enorme edifício construído pelos nazis em forma de "U" durante a Segunda Guerra Mundial, mais tarde ocupado pelas forças britânicas. No topo das largas escadarias de pedra branca, junto a uma das muitas janelas altas batidas pelo sol frio de Inverno, está sentado um jovem casal debruçado sobre um carrinho de bebé. Descem dois homens adultos que saem para o pátio, talvez para dali saírem para rua e percorrerem a cidade numa das centenas de bicicletas que decoram a entrada. Pouco depois, chega um miúdo com ar reguila que atravessa o hall a correr, entra num corredor e nos deixa o eco da porta a bater.

O lugar é despido, os tectos são subidos, o mobiliário é simples e parece ser menos do que o estritamente necessário. Nada aqui chega a remeter para conforto. Ainda



Fabrizio

assim, envolve-nos uma austeridade tranquila, e a tranquilidade neste lugar sente-se reconfortante.

Inicialmente, diz-nos, pensou-se que seria razoável alojar aqui 500 pessoas, mas três dias depois, nesse Verão que transformou a paisagem humana da cidade, eram já 600.

Hoje, ano e meio volvido, após algumas obras e a ocupação de uma outra ala, a "Casa", como insiste em chamar-lhe a cada frase que serenamente compõe, tem 400 quartos e acolhe 1.100 pessoas. Quase metade são menores, mais de duas centenas são crianças com menos de seis anos, quase todos estão neste momento fora, nas "welcome classes" que as escolas circundantes abriram.

Mãos pintadas em cores alegres na parede de um corredor mais ao fundo anunciam que os mais pequeninos estão aqui mesmo, na creche improvisada para criar igualmente condições para as mães saírem e seguirem também elas o seu caminho, seguindo aulas de alemão. "Os homens saem de manhã e chegam à noite, mas as mulheres ficavam todo o dia com as crianças. Isso agora mudou um pouco, mas temos aulas também cá na Casa".

Aqui estão todas as mulheres grávidas chegadas a Berlim na expectativa de receber o estatuto de refugiado. Já nasceram aqui vários bebés. São três dezenas as que neste momento esperam, em breve, dar à luz.

Aqui, ainda no piso térreo, há uma enfermaria, um gabinete de psicologia, uma consulta semanal de planeamento familiar, regularmente habitados por enfermeiros, médicos, psicólogos, dentistas capazes de tentar ajudar em árabe, em turco, em russo.

Há uma cozinha onde se aquece a comida que vem preparada de fora, uma lavandaria com dez máquinas de lavar e outras tantas de secar presenteadas por um vizinho generoso e abastado, e uma sala de informática equipada com algumas dezenas dos 25 mil Chromebooks oferecidos pela Google no âmbito do projecto "Reconnect" lançado na Alemanha.

"Isto foi maravilhoso. As pessoas precisam de horizontes. Não podem passar os

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

dias à espera". Com Internet e computadores, passaram a poder falar com as famílias que deixaram para trás, passaram a poder ligar-se umas às outras em grupos no Facebook, passou a ser mais fácil procurar casa e trabalho lá fora. "Muitos chegam sem papéis, sem licenciaturas, sem terem como mostrar que sabem fazer coisas", diz-nos, antes de nos contar uma "história boa": "Tivemos dois sírios e um iraquiano que deram aqui cursos de iniciação informática e que estão hoje a trabalhar em empresas alemãs".

Subimos as escadarias para chegar a um grande salão onde antes se reuniam os vereadores e hoje se juntam semanalmente às sextas-feiras o director da "Casa" e os habitantes de turno responsáveis por cada sector para falar dos problemas e de como se pode melhorar a convivência.

Mesmo ao lado, junto às janelas, há um cantinho com sofás e uma mesa de pingue-pongue doada pela actriz norte-americana Susan Sarandon. Ao fundo, duas portas abrem-se para duas pequenas salas reservadas para a oração - os turnos são organizados por quem cá mora e não se permite a vinda de religiosos de fora.

A maioria veio da Síria, do Afeganistão e da Eritreia, mas há também quem tenha deixado para trás horrores vividos no Iraque, no Sudão, no Daguestão. Neste momento, há gente de 17 nacionalidades. Há muçulmanos sunitas e xiitas, há católicos, há judeus - "há seres humanos", atalha, sempre no mesmo registo sereno, quase tímido.

Há conflitos? Elementos radicais? Sim, já houve denúncias e detenções, inclusive de um general de Assad - mas fora da Casa. "Por vezes, temos discussões e vozes exaltadas, mas nunca tivemos problemas graves; nunca foi preciso chamar alguém de fora", regozija-se, referindo-se à polícia que está à entrada do edifício.

"Queremos também mostrar que podemos viver todos juntos com todas as nossas diferenças".

Aqui trabalham 70 funcionários, são cerca de 250 os habitantes da "Casa" que participam nas tarefas diárias, de limpeza por exemplo, e há 200 voluntários.

Alguns vêm apenas para conversar, mas há também os que tomam nota de quem vem às refeições e que tenta saber do paradeiro de quem não aparece.

Como num hotel, cada um sai e entra quando quer, mas tem um cartão para registar os movimentos.

A "Casa" governa-se com menos de 30 euros diários por pessoa pago pelos governos local e federal, e muitos, muitos donativos privados. "Colchões, camas, roupas, duas mil bicicletas ... estamos no centro de Berlim e temos tido uma vizinhança incrível", conta-nos.

Enquanto esperam pela decisão das autoridades, os requerentes de asilo recebem em média 130 euros por mês, podendo trabalhar até 80 horas por mês.

"Não tem sido fácil, mas queremos oferecer mais do que uma cama, uma mesa e um cacifo. Queremos que quem aqui vive tenha escola, futebol, piscina, cinema, a possibilidade de ir jantar fora a um restaurante. Esses 130 euros não são muito, mas dão para pequenos extras".

Estamos mais perto da hora do almoço e há mais gente no vaivém das escadarias quando as voltamos a descer. Quem passa, sorri-nos ostensivamente. Agradece com o rosto curvado e as mãos juntas ao peito. Talvez pressintam que somos jornalistas. Não nos devem agradecimento. Tenta-se o diálogo. Não nos cruzamos com quem vá além de uma ou duas palavras em inglês. Uma mulher de rosto vincado como argila no deserto fala e gesticula sem parar. Entendemo-nos num abraço.

Esta é, avisa-nos amiúde, a melhor casa de acolhimento temporário de refugiados em Berlim, onde ainda há seis mil pessoas acampadas em ginásios.

E ele, quem é?

"Tenho 25 anos. Há cinco, comecei a trabalhar como voluntário com refugiados da Eritreia. Mas, no Verão passado, quando chegavam mais de mil refugiados por dia a Berlim, envolvi-me mais activamente com a 'Arbeiter Samariter-Bund'", uma ONG samaritana. "Era preciso encontrar alojamento para estas pessoas".

Chama-se Philipp Bertrams e, em 14 de Agosto de 2015, veio para aqui e pouco daqui saiu. Abandonou o curso de Economia. É o chefe do Departamento de voluntariado, coordenação e integração de um espaço por onde, desde então e até

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

hoje, penúltimo dia de Novembro de 2016, passaram 2.700 pessoas. Este é o seu último dia aqui. Acaba de se eleger deputado para o parlamento de Berlim pelo "Die Linke". Foi o "Berlinense do Ano", descobre-se mais tarde, título atribuído pelo "Berliner Morgenpost". Não surpreende.

Estamos de saída. Para trás fica o edifício da antiga câmara de Wilmersdorf.

Estava devoluto desde 2001, quando o "distrito" foi fundido com o de Charlottenburg. Ambos tinham, no início do século passado, a maior concentração de judeus. Foi num mercado de Natal deste distrito que morreram neste Dezembro 12 pessoas.

Ο χώρος υποδοχής στο κέντρο φιλοξενίας εκατοντάδων προσφύγων στο παλαιό δημαρχείο του Βίλμερσντορφ | Protagon/Χριστίνα Ταχιάου

ΚΟΣΜΟΣ

Στο «Χίλτον» των προσφύγων του Βερολίνου

Στο νούμερο 16 της Brienner Strasse στο Βίλμερσντορφ του Βερολίνου βρίσκεται το παλιό δημαρχείο της περιοχής: ένα τεράστιο κτίριο με εσωτερική αυλή που είχε μείνει κενό τα τελευταία χρόνια. Εκεί, η διοίκηση αποφάσισε να στεγάσει πρόσφυγες και ανέθεσε την οργάνωση και τη φροντίδα στη γερμανική ΜΚΟ ASB (Arbeiter – Samariter – Bund). Εκεί έφτιαξαν ένα «Χίλτον» προσφύγων.

ύδρευσης. Για κάθε πρόσφυγα, η ASB παίρνει 15 ευρώ συν 10 ευρώ για τη σίτισή τους. «Για να τους παρέχουμε ένα κρεβάτι, μια ντουλάπα, ένα τραπέζι και κάτι να φάνε», όπως το περιγράφουν σχηματικά στελέχη της ΜΚΟ.



Το ιατρείο

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Στην πραγματικότητα, παρέχουν στους 1.100 πρόσφυγες πολύ περισσότερα: ένα ζεστό χώρο, ιδιωτικότητα, μαθήματα υπολογιστών, συμβουλές για την εξεύρεση εργασίας στη Γερμανία, παιδότοπο, ασφάλεια, μαθήματα γερμανικών για τις γυναίκες, πλυντήρια, στεγνωτήρια, απασχόληση, ψυχολογική στήριξη, ιατρική υποστήριξη για τις εγκυμονούσες, ποδήλατα, προετοιμασία για τη συνέντευξη στην Υπηρεσία Ασύλου, ελπίδα. Το κτίριο είναι ιδανικό, καθώς διαθέτει 400 δωμάτια (άλλοτε γραφεία) αλλά και μεγάλους χώρους, όπως η αίθουσα του δημοτικού συμβουλίου.



Ο χώρος των πλυντηρίων

Η δέσμευση του κτιρίου και η «επιστράτευση» της ΜΚΟ έγιναν ξαφνικά, όταν προέκυψε πρόβλημα στέγασης και το κέντρο άνοιξε στις 15 Αυγούστου 2015. Χαρακτηρίζεται ως emergency shelter, ενώ λειτουργούν, επίσης, και community shelters, με συνθήκες μόνιμης διαμονής. Υπάρχουν, όμως, και χειρότεροι χώροι φιλοξενίας, όπως γυμναστήρια. Στο Βερολίνο, 6.000 πρόσφυγες φιλοξενούνται σε γυμναστήρια, κάτι που φέρουν βαρέως στην πόλη.

Στο κέντρο εργάζονται 70 επαγγελματίες της ΜΚΟ, μαζί με 200 εθελοντές και 250 πρόσφυγες, προκειμένου να γίνονται όλες οι δουλειές. Το μαγείρεμα επιτρέπεται μόνο στις κουζίνες και όχι στα δωμάτια και τους άλλους χώρους, για λόγους ασφαλείας. Οι φιλοξενοούμενοι είναι ελεύθεροι να μπαينوβγαίνουν όποτε θέλουν, αρκεί να χτυπούν τη μαγνητική κάρτα που τους έχει δοθεί. Οι άνθρωποι της ASB το θεωρούν απαραίτητο, ώστε αν κάτι συμβεί (π.χ. απαιτηθεί

επέμβαση Πυροσβεστικής) να γνωρίζουν πόσοι και ποιοι βρίσκονται στο κτίριο. Οι φιλοξενούμενοι προέρχονται από διάφορες χώρες. Εκτός από τις εμπόλεμες, υπάρχουν πολλοί που προέρχονται από την Αφρική αλλά και από πρώην ανατολικές, όπως από το Τατζικιστάν. «Δεν κάνουμε καμιά διάκριση λόγω θρησκείας. Θέλουμε, επίσης, να τους δείξουμε ότι στο



Χώρος υποδοχής...

Οι άντρες βγαίνουν από το χώρο προκειμένου να κάνουν μαθήματα γερμανικών, ενώ οι γυναίκες έχουν χώρο και χρόνο για να φροντίσουν τα παιδιά τους και τον εαυτό τους, να μιλήσουν με τις φίλες τους, να εκπαιδευτούν στα γερμανικά ή σε μια τέχνη. Τρεις IT experts από τη Συρία και το Ιράκ ανέλαβαν στην αρχή να κάνουν μαθήματα υπολογιστών, με ένα πρόγραμμα της ΜΚΟ που το ονόμασαν Project Reconnect. Οι υπολογιστές προέρχονται από δωρεές, ενώ οι IT experts πλέον εργάζονται σε γερμανικές επιχειρήσεις, στο αντικείμενό τους. Μια φορά την εβδομάδα, κάθε οικογένεια (ή εργένης, καθώς στο κέντρο υπάρχουν 50 single άντρες) βάζουν πλυντήριο. Τα πλυντήρια και τα στεγνωτήρια είναι, επίσης, από δωρεά. Τα παιδιά πηγαίνουν όλα στο σχολείο, σε welcome class. Στο κέντρο υπάρχουν 430 παιδιά, εκ των οποίων τα 220 είναι κάτω των 6 ετών.

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX



Τα ποδήλατα είναι των προσφύγων

Επιπλέον, κάθε ενήλικος φιλοξενούμενος δικαιούται από το κρατίδιο του Βερολίνου 130 ευρώ το μήνα και κάθε παιδί 65. Ωστόσο, οι μετακινήσεις με τα δημόσια μέσα συγκοινωνίες είναι ακριβή υπόθεση γι αυτούς, έτσι οι άνθρωποι της ASB ζήτησαν από τη γειτονιά κι από εθελοντές ποδήλατα, κι εκείνοι ανταποκρίθηκαν δωρίζοντας 200 ποδήλατα. Γι αυτό, η εικόνα με τα ποδήλατα έξω από το παλιό δημαρχείο του Βίλμερσντορφ δεν θυμίζει σε τίποτα κέντρο φιλοξενίας προσφύγων. Το κέντρο του Βίλμερσντορφ είναι το καμάρι των γερμανικών emergency shelters. Οι φιλοξενούμενοι το εγκαταλείπουν εάν βρεθεί θέση σε community center, εάν τους επιτραπεί να εγκατασταθούν σε διαμέρισμα ή εάν πρέπει να εγκαταλείψουν τη χώρα. Γι αυτό το λόγο, το επισκέπτονται αρκετά συχνά πολιτικοί και celebrities, όπως ο πρόεδρος της Γερμανίας Γιόαχιμ Γκάουκ και η ηθοποιός Σούζαν Σάραντον. «Οι φιλοξενούμενοι νιώθουν ότι έχουν την ευκαιρία να πουν σε κάποιον υψηλά ιστάμενο τα προβλήματά τους», μας λέει ο κ. Μπέρτμαν.

ΥΓ. Η επίσκεψη πραγματοποιήθηκε στο πλαίσιο προγράμματος της Europäische Akademie Berlin

Il «ricatto» tedesco

Berlino vuole vincolare le risorse per coesione e agricoltura alle riforme

di Giuseppe Chittellino

U sare le risorse che oggi l'Europa spende per la politica di coesione e la politica agricola per finanziare le riforme strutturali negli Stati membri. Per il ministro delle Finanze tedesco, Wolfgang Schäuble, quest'idea è diventata un chiodo fisso. La brandisce tutte le volte che si parla del bilancio dell'Unione e della governance economica, con i toni ruvidi che lo contraddistinguono.

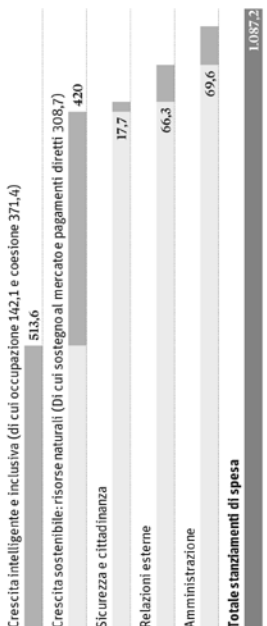
L'idea è di «rendere più coerenti le politiche all'interno dell'Unione». Per farlo, secondo il ministro tedesco, bisognerebbe collegare le risorse del bilancio dell'Unione europea alle raccomandazioni di politica economica specifiche per ciascun Paese, proposte ogni anno dalla Commissione e adottate dal Consiglio, nelle quali vengono indicate le principali «sfide» economiche per ogni Stato membro. Ricette, o «compiti a casa». Tali riforme, sostiene Schäuble, «potrebbero contribuire a una crescita economica sostenibile e alla riduzione del debito pubblico nello Stato membro in questione ma anche in tutta la Ue».

Perciò, i progetti nazionali che beneficerebbero dei finanziamenti dei fondi europei «dovrebbero sistematicamente essere disegnati in modo da implementare le raccomandazioni». Questa dovrebbe essere considerata dalla Commissione «una precondizione per concedere i finanziamenti». Se questa è la proposta, inevitabile dedurre che la principale destinataria sia l'Italia, seconda beneficiaria dei fondi europei e prima per massa di debito pubblico.

Berlino insiste su questa strada, nonostante da qualche mese la Commissione stia lavorando al Libro bianco per il rafforzamento della zona euro, che Jean-Claude Juncker vorrebbe fosse pronto a marzo, per i 60 anni dei trattati di Roma. Anzi, al ministero delle Finanze sembrano del tutto disinteressati alla questione che, invece, nelle intenzioni dei tecnici potrebbe portare - tra l'altro - al superamento o almeno a una nuova configurazione dello strumento delle racco-

1.087 miliardi di euro ma solo lo 0,98% del Pil

Le principali voci di spesa del Quadro finanziario pluriennale 2014-2020. In miliardi di euro



Fonte: Commissione Ue

mandazioni, finora del tutto inefficaci visto che in buona parte restano lettera morta. All'Italia, per esempio, a luglio scorso si chiedeva di contenere il deficit entro i limiti della flessibilità per investimenti e riforme strutturali, di attuare la riforma della pubblica amministrazione, di ridurre i crediti detentati, di attuare le politiche attive per il lavoro, di adottare la legge sulla concorrenza. Tutti sanno a che punto siamo.

La proposta tedesca non è stata ancora presentata formalmente ma è presumibile che ciò accada presto, dal momento che è uno dei tre punti che la Germania intende portare al tavolo di discussione sul bilancio 2021-2027, per il quale il 2017 sarà l'anno sarà decisivo. Per ora, ogni volta che rispunta l'ipotesi, la reazione a Bruxelles è di fastidio: «Il legame tra riforme strutturali e politiche regionali e di coesione è già al centro delle riflessioni della Commissione». Tra Fesr, Fse, Feads che sono i fondi principali, è in ballo poco meno della metà del bilancio Ue, più di 450 miliardi di euro nel periodo 2014-2020.

Ciò che Schäuble non dice - irritando Bruxelles - è che questo legame esiste già, con al-

l'Unione da incentivare: se fai questo ti concedo i finanziamenti. Gli Stati membri, cioè, devono creare le condizioni affinché i fondi europei loro assegnati siano efficaci, cioè producano sviluppo, occupazione e in definitiva cambiamenti strutturali. L'Italia, per esempio, ha dovuto associare a ogni programma regionale e nazionale un Piano di rafforzamento amministrativo (Pra) con cui ogni amministrazione ha dovuto indicare le misure che avrebbe adottato per rendere più fluide e efficaci le procedure di accesso ai finanziamenti europei. Ma gli interventi, per i quali c'è tempo fino al 31 dicembre prossimo, possono riguardare anche altri ambiti: investimenti in R&S, ambiente, regole sugli appalti pubblici, trasporti.

Nella relazione annuale 2017 ciascun Paese dovrà dare conto alla Commissione di quanto è stato fatto, nel caso in cui verificasse che gli impegni non sono stati rispettati, quest'ultima può sospendere i pagamenti. Gli strumenti, dunque, esistono già e sarebbe davvero strano (forse anche grave) se Schäuble e i suoi collaboratori non ne fossero consapevoli.

L'insistenza su questo fatto fa nascere lo spettro che più che una minaccia rivolta a Paesi beneficiari come l'Italia, siam un argomento a uso e consumo interno, un osso da spolpare per chi è attratto dall'antieuropesismo di AfD, Alternative für Deutschland, il partito di destra euroscettico che in meno di tre anni ha conquistato ampie fasce di elettorato ed è considerato una minaccia in vista del voto nel 2017. Un argomento che, al pari della minaccia del veto sul bilancio Ue agitata a Bruxelles dall'ex presidente del Consiglio Matteo Renzi in piena campagna referendaria per avere mani più libere sul deficit e poi svanita nel nulla, sposta l'attenzione dai problemi veri, aumenta le distanze tra i cittadini europei e in fin dei conti finisce per rafforzare proprio quelle pulsioni "populiste" che vorrebbe combattere, alimentando stereotipi, rivalità e luoghi comuni. Non è questa la via per liberare l'Unione dalle sabbie mobili in cui l'abbiamo cacciata.

@chigu
COMUNICAZIONE ESTERNA

L'ESEMPIO TEDESCO

Migranti: bici, computer e corsi nel centro-modello di Berlino

-di Giuseppe Chiellino | 09 gennaio 2017

La prima cosa che colpisce davanti all'ex sede del municipio di Wilmersdorf, nel distretto Wilmersdorf-Charlottenburg, è la distesa di biciclette, di qualsiasi tipo e misura. I berlinesi le hanno regalate al centro di accoglienza per immigrati richiedenti asilo, allestito nell'austero complesso di oltre 400 stanze risistemate dopo il trasferimento degli uffici comunali.

«Servono ai nostri ospiti per muoversi in città senza spendere per i mezzi pubblici i pochi soldi che hanno a disposizione» spiega Philipp Bertram, giovanissimo responsabile del centro per conto della ASB che sta Arbeiter-Samariter-Bund, Federazione samaritana dei lavoratori, una onlus laica e indipendente fondata nel 1888 a cui è stata affidata la gestione di uno dei più importanti centri di accoglienza allestiti nell'estate del 2015 per far fronte all'emergenza profughi.

«Nel centro sono ospitate 1.100 persone richiedenti asilo - spiega Philipp - di 17 nazionalità e molte religioni diverse, ma con una cosa in comune: tutti sono scappati dal proprio paese e hanno abbandonato la propria casa». Questo "legame" di fondo che tutti gli ospiti, loro malgrado, sono obbligati a condividere, è la regola base non scritta della convivenza nel centro. «Per questo motivo non ci sono conflitti». Certo. Ma forse è anche perché ogni gruppo familiare ha a disposizione gli spazi in base al numero dei componenti: massimo tre persone per camera. I minori sono 430. Di questi più della metà hanno meno di 6 anni e frequentano l'asilo infantile nel centro: «Un modo per dare alle mamme qualche opportunità come frequentare i corsi di tedesco, ricevere consulenza familiare, sanitaria e legale». I minori in età scolare sono iscritti nelle 25 scuole pubbliche del distretto: il primo anno seguono un programma speciale, la "Welcome class" tanto criticata in Italia, per allinearsi ai coetanei tedeschi.

Distribuite su più turni nel centro lavorano 70 persone tra operatori sociali, mediatori culturali, personale medico, insegnanti, addetti alle cucine, personale di sicurezza. Ad essi si aggiungono circa 200 volontari che hanno seguito un programma di formazione. Anche gli immigrati danno un contributo alla gestione della quotidianità, in cucina, nei lavori di pulizia, come parrucchieri o interpreti. Duecentocinquanta ospiti lavorano nel centro per un massimo di 80 ore al mese, retribuite 1 euro all'ora: un piccolo budget che si aggiunge ai 130 euro al mese distribuiti ad ogni ospite come *argent de poche* per le piccole spese (per i minori la somma è dimezzata). I costi di gestione sono a carico del Land di Berlino: la Asb riceve 15 euro al giorno per ciascun ospite, più 10 euro per i pasti. «Servono ad assicurare un tetto, un letto, il cibo e l'assistenza sociale» spiega sempre Philipp.

Non tutto ciò che è nel centro è a carico delle finanze pubbliche. Bici a parte, il contributo economico dei privati e delle aziende si concretizza, per esempio, in una lavanderia. «È frutto della donazione provvidenziale di un facoltoso abitante del quartiere che, nei giorni in cui l'amministrazione stava attrezzando precipitosamente le strutture per accogliere le migliaia di profughi che giungevano ogni giorno a Berlino lungo la rotta balcanica, si è messo a disposizione per ciò che serviva, acquistando dieci lavatrici e

dieci asciugatrici» racconta il giovane responsabile. Le macchine vanno a pieni giri, gestite dai volontari, per smaltire l'ordinato flusso di cestelli numerati con la biancheria degli ospiti. Un modo per assicurare condizioni dignitose a tutti i migranti.

C'è poi "Project Reconnect" che coinvolge tutti i centri di accoglienza profughi in Germania. Grazie ad NetHope che raccoglie 50 organizzazioni nonprofit internazionali, a Google e a Deutsche Telekom, 25 mila Chromebooks, i computer portatili basati su Google Chrome, sono stati messi a disposizione delle associazioni che in Germania si occupano di assistenza ai rifugiati. «L'obiettivo è sostenere queste persone nello sforzo di ricostruire le loro vite, agevolando l'accesso a risorse di formazione e informazione sul web». In una saletta del centro di Wilmersdorf, i rifugiati hanno a disposizione alcune decine di postazioni per utilizzare un pc e la rete, strumenti preziosi per ricostruire contatti, ricomporre famiglie e trovare lavoro. «Tutti - spiega infatti Philipp - possono lavorare, anche prima di ottenere l'asilo, pur se a condizioni particolari. Serve a tenerli impegnati mentre sono in attesa del verdetto sul permesso di soggiorno». Fanno di tutto: i traduttori, i parrucchieri, i lavori domestici. «È anche un modo per dimostrare cosa sono in grado di fare nella prospettiva dell'integrazione». Un'attenzione particolare è dedicata alla preparazione del colloquio con le autorità per ottenere l'asilo. Chi viene respinto riceve comunque assistenza legale.

Non dappertutto è così. «In Germania ci sono ancora migliaia di profughi che dormono nelle palestre» ricorda Philipp. Quello che abbiamo visitato con un gruppo di giornalisti europei è probabilmente il meglio che i tedeschi potevano mostrare. Ma è sicuramente un esempio positivo di come sia possibile dare accoglienza e proporre integrazione.

© Riproduzione riservata

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Se ofreció una recompensa de 100.000 euros y se emitió una orden de detención en toda Europa:

Intenso operativo en Alemania para capturar a tunecino sospechoso del atentado en Berlín

Anis Amri es un solicitante de asilo que ya era vigilado por las autoridades.

JEAN PALOU EGOAGUIRRE

Alemania le puso nombre y apellido a su nuevo hombre más buscado: Anis Amri, un tunecino de 24 años que llegó al país en 2015 solicitando asilo, es el principal sospechoso de ser el autor del atentado del lunes en Berlín.

Luego de haber seguido una pista falsa y haber detenido a un hombre equivocado —un paquistaní que fue liberado el martes—, las autoridades germanas emitieron ayer una orden de detención en Europa contra Amri y ofrecieron hasta 100.000 euros de recompensa por información que ayude a dar con su paradero.

"Si ven a la persona buscada, avisen a la policía. No se arriesguen, ya que puede ser peligroso y estar armado", advirtió la Fiscalía General sobre el sospechoso de haber atropellado con un camión a una multitud, matando a 12 personas e hiriendo a otras 48, en un atentado que fue reivindicado por el Estado Islámico.

La policía sigue las huellas de Amri luego que se encontrara documentación suya con un permiso de residencia temporal en la cabina del camión y se analizaran muestras de ADN. Aparentemente, el presunto autor de la matanza luchó con el conductor polaco del vehículo, quien apareció muerto en el puesto del copiloto con una herida de bala.

"Es un sospechoso, lo cual no quiere decir necesariamente que sea el autor", matizó ayer el ministro alemán del Interior, Thomas de Maizière.

Amri, quien ha usado varias identidades, no es nombre desconocido para los servicios de seguridad alemanes, que lo tenían hace meses en su lista de vigilancia.

El tunecino entró al país entre junio y julio de 2015 por el estado de Baden-Württemberg, —una ruta menos común que la de Baviera— y desde entonces había cambiado de residencia con frecuencia: vivió en Friburgo, en Renania del Norte-Westfalia y, desde febrero, en Berlín.



INDIVIDU TRES DANGEREUX SUSCEPTIBLE D'ETRE ARME

SEGÚN LA ORDEN de alerta, Anis Amri nació en Túnez en 1992, tiene varios alias, mide 1,78 metros, pesa unos 75 kilos y tiene cabello negro y ojos color café.

La ruta del atacante



- **Noche:** La policía entra al albergue para refugiados del aeropuerto Tempelhof, donde está registrado el sospechoso.
- **Dic 20:** La policía libera al sospechoso llamado Naved B, por falta de evidencia. El llamado Estado Islámico reivindica el ataque.
- **Dic 21:** Se dice que en el estado de Renania del Norte-Westfalia se busca a un tunecino llamado Anis Amri, cuyos documentos de solicitud de asilo estaban en la cabina del camión. El sospechoso pudo resultar herido en una lucha con Urban.
- **Dic 19,** alrededor de las 15:00 hora local: Secuestro del camión del conductor Lukasz Urban, posiblemente cerca de un depósito de camiones en Berlín.
- **Tarde:** Datos del GPS muestran que el motor del camión fue encendido tres veces porque el conductor era novata.
- **19:34:** El camión es conducido hacia el sitio del ataque en Breitscheidplatz.
- **Después de las 20:00:** El camión se estrella contra los puestos del mercado y los clientes que están afuera de la iglesia Kaiser Guillermo. Tras el ataque, hallan muerto a Urban en el camión, apuñalado y baleado, quizás a manos del atacante.
- **21:00:** Un paquistaní solicitante de asilo es arrestado en Tiergarten sobre la base en la descripción de testigos de la huida del sospechoso tras el ataque.



En junio de este año, las autoridades de Renania del Norte-Westfalia, que tramitaban su estatus de refugiado, le denegaron a Amri la solicitud de asilo, sin embargo, podía seguir en el país con un permiso temporal, ya que no fue posible expulsarlo al carcer de la documentación necesaria. Y aquí se enreda aún más su situación: en un principio, las autoridades tunecinas negaron que fuera ciudadano de ese país y rechazaron recibirlo, pero ayer mismo llegaron a Alemania desde Túnez los

papeles sobre su nacionalidad. Amri estaba en el radar de los servicios de seguridad —que tienen registradas a 549 personas susceptibles de cometer actos terroristas— debido a sus contactos con una red de reclutadores del Estado Islámico y en particular con el predicador islamista Abu Waala, hoy en prisión. El tunecino fue vigilado desde marzo hasta septiembre de este año, ante las sospechas de que pretendía cometer un robo para comprar armas automáticas y presunta-

Debate sobre medidas de seguridad

En medio de la persecución al autor del atentado en Berlín, en Alemania se ha abierto un debate sobre la necesidad de endurecer las medidas de seguridad. Y todo indica que así será. Ayer, el gobierno aprobó un proyecto que ampliará la vigilancia de cámaras de video en los espacios públicos, dotará a las fuerzas policiales de cámaras corporales e instalará más sistemas de lectura de matrículas de vehículos.

Aunque estas medidas ya son norma en otros países de Europa, es un tema sensible en Alemania por la historia de extenso espionaje practicado por la Stasi en la RDA y por la Gestapo en la era nazi.

"Alemania es una sociedad abierta, y hay muchos blancos fáciles como las ferias navideñas. Defenderlos de todo y de cualquier tipo de riesgo implicaría un nivel de seguridad que los ciudadanos normales probablemente encontrarían demasiado oneroso", comenta a este diario Constanze Stelzenmüller, experta en política alemana de la Brookings Institution, quien destaca que existe una "resistencia cultural" a

los sistemas de videovigilancia. "Sin embargo, esto podría cambiar ahora".

Para **Weronika Priemwayer-Tkocz**, directora del **Europäische Akademie Berlin**, "Alemania había tenido un montón de suerte" en los últimos años al no ser víctima de atentados como los de Londres, Madrid o París. "Esto fue debido a un intenso trabajo de los servicios de inteligencia que previnieron ataques. Pero la guerra irregular del Estado Islámico y recientes crímenes ocurridos en Alemania indicaban que no se trataba de si ocurriría una tragedia mayor, sino cuándo. Desafortunadamente fue ahora".

Según la experta, Alemania tiene "una tradición de luchar contra el terrorismo" por las experiencias de Múnich y las operaciones de la Facción del Ejército Rojo (RAF), y en esos casos la sociedad siempre demostró la capacidad de "dejar a un lado el debate político para enfrentar el desafío". Por lo mismo, aprueba las medidas para aumentar la vigilancia: "Creo que ha llegado el momento".



Restringen accesos a Buckingham

Las calles alrededor del palacio de Buckingham, en Londres, permanecerán cerradas durante el cambio de guardia, como medida de seguridad tras el ataque de Berlín. Se trata de una medida de precaución de la dirección

MEDIDAS:

UE irá tras "financiación del terrorismo"

La Comisión Europea propuso ayer reforzar los controles a los envíos de dinero y metales preciosos desde fuera de la Unión Europea UE, en un intento por cerrar una de las rutas de financiación de atentados en el continente.

La decisión se produce después del atentado del lunes en Alemania. Se integra dentro del "plan de acción contra la financiación terrorista" presentado por la UE tras los atentados de París de noviembre de 2015.

Ahora, las autoridades aduaneras de los países de la UE podrán reforzar las comprobaciones del dinero y tarjetas de prepago

FRANCIA:

El precio de la paz es el esfuerzo de la guerra... y este esfuerzo debe dar lugar a un aumento en el presupuesto de defensa para alcanzar el objetivo del 2% del PIB.

General Pierre de Villiers

EL JEFE DE LAS FUERZAS ARMADAS FRANCÉSES PLEGA UN AUMENTO DE RECURSOS PARA HACER FRENTE AL TERRORISMO Y A LOS ESTADOS

EE.UU.:

Trump califica como "ataque a la humanidad" atentado en Alemania

El Presidente electo de EE.UU., Donald Trump, calificó ayer de "ataque a la humanidad" el atentado en Berlín, tras reunirse con el general retirado Michael Flynn, a quien designó como su asesor de seguridad nacional.

"Es un ataque a la humanidad. Eso es lo que es. Un ataque a la humanidad, y tiene que ser detenido", manifestó Trump, un descendiente de inmigrantes alemanes.

El Mandatario electo y Flynn trataron el atentado en Berlín atribuido al Estado Islámico y el asesinato del embajador ruso en Turquía.

Previamente, el Vicepresidente electo, Mike Pence, se reunió el martes con el general retirado John Kelly, nombrado por Trump para ser secretario de Seguridad Interior, el general retirado James Mattis, seleccionado para secretario de Defensa, y Rex Tillerson, candidato de Exxon Mobil y

TAGUNG

**Stabilitätsexport durch gemeinsame Normen und Regeln –
Wunschdenken oder Zukunftsprojekt?***Antonia Labitzky und Weronika Priesmeyer-Tkocz***Das Puzzle: Grenzen und Möglichkeiten von
Normen- und Regelexport*

Die Grenzen und Möglichkeiten von Normen- und Regelexport sind nicht nur aus theoretischer Perspektive von Interesse, sondern werden auch im Hinblick auf jüngste außenpolitische Herausforderungen intensiv diskutiert. Kernpunkt ist hierbei die Frage, welche Möglichkeiten die Europäische Union hat, ihr unmittelbares Umfeld ohne Rückgriff auf das Beitrittsinstrument zu stabilisieren.

Die Europäische Akademie Berlin nahm, gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, der Universität Passau und der Andrassy Universität Budapest, die Aktualität und Relevanz des Themas zum Anlass, um über die Chancen und Grenzen von Normen- und Regelexport in der EU-Außenpolitik multiperspektivisch zu diskutieren. Während der Tagung setzten sich etablierte WissenschaftlerInnen, NachwuchsforscherInnen und ExpertInnen mit der Frage auseinander, ob und unter welchen Bedingungen die bisherige externe Governance-Strategie der Europäischen Union – Stabilitätsexport durch Inklusion – ad infinitum fortsetzbar ist.

*Konstruktivistische, institutionalistische und
(neo-)realistische Ansätze zur Erfassung von
Normen- und Regelexport*

Daniel Göler eröffnete die Tagung mit einer Einführung in die Problematik. Ausgehend

**Normative Power, External
Governance und Milieuziele: Der
europäische Normen- und
Regelexport**

In Kooperation und mit freundlicher Unterstützung des Arbeitskreises Europäische Integration, der Universität Passau und der Andrassy Universität Budapest

Kofinanziert von der Europäischen Union

22.-24. April 2016, Berlin

Begrüßung und Eröffnung

Dr. Weronika PRIESMEYER-TKOCZ, Europäische Akademie Berlin
Prof. Dr. Daniel GÖLER, Universität Passau
Dr. Frédéric KRUMBEIN, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

**Konstruktivistische, institutionalistische und
(neo-)realistische Ansätze zur Erfassung von
Norm- und Regelexport**

Einführung: Prof. Dr. Daniel GÖLER, Universität Passau

*Zivilgesellschaftliche Akteure – Neue Player im
„Export“ von Normen und Werten?*

Robert LOHMANN, Universität Passau

Zivilgesellschaft und Externe Governance: Partnerschaft oder Kontrolle?

Dr. Aron BUZOGÁNY, Freie Universität Berlin

Abendvortrag

Christoph WOLFRUM, EU-Grundsatzreferat, Auswärtiges Amt, Berlin

* Antonia Labitzky, The Hague University of Applied Sciences, Den Haag.
Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz, Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin.

von Ian Manners' Ausführungen zu ‚normative power‘¹ akzentuierte er die Wichtigkeit des Normen- und Regelexports, der als Phänomen aus einem konstruktivistischen, institutionalistischen oder (neo-)realistischen Blickwinkel betrachtet und analysiert werden könne. Die allumfassende Idee sei, dass Akteure durch Normen und Werte auf internationaler Ebene mitwirken und als Vorbild fungieren können.

Darüber hinaus wies Göler aber auch auf die Tatsache hin, dass ein Akteur, der Normen- und Regeltransfers betreibt, deren Wirkung nur beschränkt beeinflussen könne und dass Handlungszwänge entstehen können. Als Beispiel nannte er den Arabischen Frühling: Von einem machstrategischen Standpunkt aus betrachtet waren die Diktaturen für die Europäische Union von Nutzen, beispielsweise um Europa von ‚Flüchtlingsströmen‘ abzusichern. Gleichwohl sei europäische Außenpolitik normgeleitet, weshalb eine Unterstützung der Diktatoren bei der Bekämpfung der gegen sie gerichteten Proteste keine Option für die Europäische Union darstellte.

Umstrittene Entscheidungen, wie die Vereinbarungen der Europäischen Union mit der Türkei in der Flüchtlingspolitik, sind laut Göler Gegenstand der Compliance-Forschung und zeugen weniger von guter und wertorientierter externer Governance. Indessen bleibe die zentrale Frage bestehen: Wie schafft es ein Staat, erfolgreich Normen und Regeln in Drittstaaten zu exportieren?

Die Rolle der Zivilgesellschaft im europäischen Normen- und Regelexport

Robert Lohmann ging in seinem Vortrag der Frage nach, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Akteure zum Normen- und Regelexport leisten können. Mit speziellem Blick auf den Mehrwert von Politiksimulationen nahm er an, dass zivilgesellschaftliche Akteu-

Die Beitrittseuropäisierung im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik

Einführung: Dr. Weronika PRIESMEYER-TKOCZ, Europäische Akademie Berlin

Norm- und Regelexport durch Konditionalität und Angebot der Vollmitgliedschaft

Dr. Barbara LIPPERT, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Bilateral oder strukturiert? Der EU-Regelexport in die Schweiz und in den EWR-Raum

Lorenz FISCHER, Andrassy Universität Budapest

Die Europäische Nachbarschaftspolitik: Schaffung eines „Rings verantwortungsvoll regierter Staaten“ ohne Beitrittsperspektive

Einführung: Dr. Weronika PRIESMEYER-TKOCZ, Europäische Akademie Berlin

Politische Liberalisierung in Marokko: Gestaltung der nationalen Reformagenda durch Democratic-Governance-Transfer und Demokratieförderung

Ingrid HEIDLMAJR, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Die Demokratieförderung der EU in Osteuropa und Russlands Antwort

Boris LITWIN, Andrassy Universität Budapest

Die Multilateralisierung des Norm- und Regelexports: Die Rolle der EU in internationalen Organisationen und Regimen

Einführung: Prof. Dr. Daniel GÖLER, Universität Passau

Europas Rolle in der Welt: Populärkulturelle Darstellungen der Außenpolitik Europas

Lukas ZECH, Universität Passau

Zivilgesellschaft und Lobbyismus im europäischen Mehrebenensystem: Begriffsverwirrung in der Europawissenschaft

Bernd HÜTTEMANN, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland, Berlin

re als eigenständige ‚player‘ Außenpolitik in Form von ‚(European) public policy‘ betreiben. Aufgrund der starken Vernetzung der

¹ Ian Manners: Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?, in: Journal of Common Market Studies 2/2002, S. 235-258.



Polish–German cooperation in strengthening European Policy towards the East



Weronika Priesmeyer-Tkocz
Bartosz Rydliński

December 2016

I

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

Policy Paper von AE und EAB, Dezember 2016

The following policy paper is the result of two roundtable seminars organized in Warsaw at "Amicus Europae" Foundation of Aleksander Kwaśniewski on 23rd of June 2016 and at the European Academy in Berlin on 13th of October 2016. The seminars were held under Chatham House Rule.

The individuals listed below had participated in the discussions. They are not responsible for the content of this paper. The recommendations reflect the views of the authors. The affiliations are provided for identification purposes only.

- Constanze Aka, Institute for European Politics
- Ireneusz Bil, Ph.D., "Amicus Europae" Foundation of Aleksnader Kwaśniewski
- Łukasz Grajewski, Eastbook.eu
- Ireneusz Paweł Karolewski, Prof. Ph.D., University of Wrocław
- Emilie Mansfeld, German Council on Foreign Relations
- Thomas Mehlhausen, Ph.D., University of Potsdam
- Cornelius Ochmann, Foundation for Polish-German Cooperation
- Weronika Priesmeyer-Tkocz, Ph.D., European Academy Berlin
- Iwona Reichardt, Ph.D., New Eastern Europe
- Bartosz Rydliński, Ph.D., "Amicus Europae" Foundation of Aleksander Kwaśniewski
- Bastian Sendhardt, Friedrich Ebert Foundation
- Susanne Zels, POLIS180



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

The publication was co-financed
by the Foundation for Polish-German Cooperation

Audio- und Videobeiträge unter Mitwirkung des Teams der Europäischen Akademie Berlin

Datum	Mitwirkung	Thema	Medium / Quelle
11.01.2016	Aufzeichnung einer Radiosendung in der EAB	Ein Jahr auf Bewährung – Schafft die EU den Ausweg aus der Krise	Radio Inforadio
09.02.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Flüchtlingspolitik und Türkei	Radio Deutschlandfunk
22.02.2016	Mechthild Baumann im Interview	Flüchtlingskrise – vage Hoffnung auf Waffenruhe in Syrien	Video N24
25.02.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	Flüchtlingskrise und Europa	Video N24 Welt
03.03.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Letzter Trumpf Türkei?	Podcast SWR 2
07.03.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise	Podcast SWR 2
08.03.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Auslaufmodell EU	Podcast Deutsche Welle
11.03.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Berlin weist Kritik aus Skopje zurück	Podcast Deutsche Welle
11.04.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Sind Populisten auf dem Vormarsch?	Radio Deutschlandfunk
15.05.2016	Aufzeichnung einer Radiosendung in der EAB	Herausforderung Europa – Nachrichtenradios im Zeichen der EU-Krise	Radio Inforadio rbb
30.05.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Sultan Erdogan: Wie weiter mit der Türkei?	Podcast SWR 2
02.06.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	Armenischer Völkermord und der Deutsche Bundestag	Youtube Video TRT

I

II

III

IV

V

VI


VII

VIII

IX

Audio- und Videobeiträge unter Mitwirkung des Teams der Europäischen Akademie Berlin

Datum	Mitwirkung	Thema	Medium / Quelle
16.06.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	EU Tagesgespräch (Brexit)	Podcast Bayern 2/ ARD alpha
24.06.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	Brexit – der Startschuss in eine neue Union?	Radio SRF
02.07.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Mittelmeer statt Balkan	Fernsehen ARD/Tagesschau
12.09.2016	Elisabeth Botsch im Gespräch	Auswirkungen der kommunalen Außenpolitik	Podcast Deutschlandradio
14.09.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Chaos in der EU	Video n-tv
14.09.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Zerbricht die EU?	Podcast rbb
14.09.2016	Eckart Stratenschulte im Gespräch	Rede zur Lage der Europäischen Union	Podcast Bayern 2
07.11.2016	Andrea Despot im Gespräch	Der entfesselte Präsident: Wohin führt Erdogan die Türkei?	Radio SWR 2
06.12.2016	Aufzeichnung einer Radiosendung in der EAB	Weckruf aus Wien – Österreich nach der Bundespräsidentenwahl	Radio Inforadio rbb
07.12.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	Merkels Wiederwahl und Burkaverbot	Youtube Video TRT
12.12.2016	Eckart Stratenschulte im Interview	Mauer vor München	Youtube Video TRT



Europäische Akademie Berlin
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
Tel.: +49-(0)30 89 59 51 0
Fax: +49-(0)30 89 59 51 95
E-Mail: eab@eab-berlin.eu

www.eab-berlin.eu

NACHHALTIGKEIT
VERANTWORTUNG
ZUKUNFT EUROPA